

Vorläufiger Gebarungserfolg 2025

Bericht gem. § 47 Abs. 2 BHG 2013

inkl. Rücklagenbericht gem. § 47 Abs. 2a Z 2 BHG 2013 und
Forderungsbericht gem. § 47 Abs. 2a Z 1 BHG 2013

Wien, März 2026



Zum Bericht

Der Bundesminister für Finanzen ist gem. § 47 Abs. 2 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) 2013 verpflichtet, dem Nationalrat jährlich bis zum 31. März den vorläufigen Gebarungserfolg des vorangegangenen Finanzjahres zu übermitteln. Zugleich ist gem. § 47 Abs. 2a BHG 2013 jeweils zum Ende des vorangegangenen Finanzjahres in aggregierter Form über die im vorangegangenen Finanzjahr vorgenommenen Stundungen, Ratenbewilligungen, Aussetzungen und Einstellungen der Einziehung bei Forderungen des Bundes sowie über Stand und Veränderung der Rücklagen der Detailbudgets zu berichten.

Aufgrund des engen Zusammenhangs der Berichtsinhalte und der identischen Termine wird ein gemeinsamer Bericht gem. § 47 Abs. 2 sowie § 47 Abs. 2a Z 1 und Z 2 BHG 2013 vorgelegt. Der gegenständliche Bericht wurde auf Grundlage der Daten der Haushaltsleitenden Organe erstellt, die gem. § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Aufstellung und Erläuterung ihrer Monatsnachweise und Abschlussrechnungen verpflichtet sind.

Die Zahlenangaben erfolgen per Ende 2025 mit Auswertungsstand vom 18.3.2026 für den Ergebnishaushalt und 22.1.2026 für den Finanzierungshaushalt (jeweils bis inklusive Buchungsperiode 13), in Millionen Euro und sind in dieser Darstellung in der Regel auf eine Stelle gerundet. Es kann bei Summenbildungen zu Rundungsdifferenzen kommen.

Aufgrund von allfälligen zeitlichen Abgrenzungen (Time adjustments), von Anpassungen der Wertansätze bei Beteiligungen (gem. § 3 RLV bis 25.4. durchzuführen) sowie der vom Rechnungshof gem. § 9 Rechnungshofgesetz durchzuführenden Prüfung der Jahresrechnungen und aufgrund der Bestimmungen des Artikel VII BFG 2025 kann es noch zu Änderungen des vorläufigen Erfolges 2025 kommen.

Auf budget.gv.at werden interaktive Grafiken und Tabellen (csv) zu diesem Bericht zur Verfügung gestellt. Zudem gibt es eine ausführliche Berichterstattung zu Maßnahmen im Zusammenhang mit der Energiekrise und der COVID-19-Krise sowie aktuelle Informationen zum Umsetzungsstand des Aufbau- und Resilienzplans und zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Österreich.

Kurzfassung

Das Konsolidierungsvolumen im Bundesbudget 2025 wurde vollständig erbracht.

Durch strengen Budgetvollzug und bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen war der Finanzierungssaldo des Bundes 2025 mit -14,4 Mrd. € um 3,7 Mrd. € besser als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung erwartet.

Gleichermaßen war auch das gesamtstaatliche Defizit 2025 mit 4,2% des BIP, um 0,3%p besser.

Die Verbesserungen im administrativen Saldo bei Zinsen und Steuern sind im Sinne der EU-Fiskalregeln (Nettoausgabenwachstum) nicht verbessernd anzurechnen.

Die EU-Fiskalregeln und der neue Österreichische Stabilitätspakt erfordern weiterhin einen strengen Budgetvollzug in allen Gebietskörperschaften und die konsequente Umsetzung aller vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen.

Bund FH, 2025, in Mrd. €	BVA	v. Erfolg	Δ	WIFO-Prognose März 2025 vs. Realisation	WIFO 03/25	Ist 03/26	Δ	
Auszahlungen	123,2	121,5	-1,8	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen				
Konjunktur (und Demografie)	43,1	43,5	+0,3	BIP-Wachstum real	Veränd. in %	-0,3	+0,6	+0,9
Zinsen (UG 58)	8,4	6,8	-1,6	BIP nominell	in Mrd. €	492,4	512,8	+20,4
Bundespersonal u. Landeslehrp.	18,6	18,7	+0,0	Private Konsumausgaben, real	Veränd. in %	+0,2	+0,5	+0,3
COVID-19- & Energiekrise	0,9	0,7	-0,2	Lohn- und Gehaltssumme, brutto	Veränd. in %	+3,5	+3,8	+0,3
Sonstige	52,2	51,9	-0,3	Inflation				
Einzahlungen	105,1	107,1	+2,0	Verbraucherpreise	Veränd. in %	+2,7	+3,6	+0,9
Konjunktur (und Demografie)	90,6	92,8	+2,3	Arbeitsmarkt				
UG 16 Öffentliche Abgaben	71,8	73,8	+2,0	Arbeitslosen-Quote, national	in %	7,3	7,4	+0,1
Öffentliche Abgaben - Brutto	117,4	119,7	+2,3	Registrierte Arbeitslose	in Tsd. Pers	312,9	317,5	+4,7
UG 20 Arbeit	9,9	10,0	+0,1	Unselbstständig aktiv Beschäftigte	Veränd. in %	+0,3	+0,2	-0,1
UG 25 Familie und Jugend	9,0	9,1	+0,1	Zinsen				
Sonstige	14,5	14,2	-0,3	3-Monatszinssatz	in %	2,2	2,2	-0,0
Nettofinanzierungssaldo	-18,1	-14,4	+3,7	Sekundärmarktrend. 10-j. Bundesanl.	in %	3,2	3,0	-0,3

Die **Auszahlungen** betragen **121,5 Mrd. €** und blieben damit **um 1,8 Mrd. € unter dem BVA 2025** iHv. 123,2 Mrd. €. Das ist insbesondere auf um 1,6 Mrd. € niedrigere Auszahlungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen zurückzuführen. In den konjunktursensiblen Bereichen kam es vor allem aufgrund höherer Arbeitslosigkeit zu Mehrauszahlungen von in Summe 0,3 Mrd. €.

Die **Einzahlungen** beliefen sich auf **107,1 Mrd. €** und lagen damit um 2,0 Mrd. € über dem BVA 2025.

Maßgeblich dafür waren die für die Einzahlungsseite günstigeren Konjunkturindikatoren Bruttolohnsumme und privater Konsum. In der UG 16 Öffentliche Abgaben überschritten die Bruttoabgaben den Voranschlag um 2,3 Mrd. € (zur Hälfte aufgrund höherer Einzahlungen bei Kapitalertragssteuern). Dementsprechend waren auch die Ertragsanteile an Länder und Gemeinden höher als veranschlagt.

Ebenfalls aufgrund der größeren Bruttolohnsumme überschritten die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und zum Familienlastenausgleichsfonds um jeweils 0,1 Mrd. € den BVA.

Den Mehreinzahlungen stehen Mindereinzahlungen aufgrund von Zahlungsverchiebungen bei den EU-Fonds für Landwirtschaft/Fischerei und dem EU-Strukturfonds von insgesamt 0,5 Mrd. € in der UG 51 Kassenverwaltung gegenüber.

Der **gesamtsstaatliche Maastricht-Saldo** belief sich **2025** auf **-21,5 Mrd. €** bzw. **-4,2% des BIP**. Die **Schuldenquote** betrug Ende 2025 **81,5% des BIP**. Die Schuldenquote fiel insbesondere aufgrund einer BIP-Revision 2024 niedriger aus als im April 2025 prognostiziert.

Gesamtstaat gem. ESVG 2010 In % des BIP	STAT (03/26)	BMF-Prognosen für 2025		STAT (03/26)	Δ BMF Apr.25 STAT 2025
	2024	April 2025	Sep. 2025	2025	
Staatsausgaben	55,3	56,8	55,4	55,2	-1,6
Zinsen	1,5	1,7	1,7	1,6	-0,1
Staatseinnahmen	50,6	52,2	50,8	51,0	-1,2
Steuern und Abgaben (Indikator 2 - national)	43,8	45,3	44,0	44,3	-1,0
Maastricht-Saldo Gesamtstaat	-4,6	-4,5	-4,5	-4,2	+0,3
Schuldenquote (Maastricht)	80,0	84,7	81,7	81,5	-3,2

Der Gesamtstand an **Rücklagen** nach der Zuführung betrug mit 31.12.2025 28,7 Mrd. €, was eine Erhöhung von 38,0 Mio. € (bzw. +0,1%) gegenüber dem Vorjahr darstellt. Der Abbau von Rücklagen entfällt in erster Linie auf die UG 15 Finanzverwaltung mit 695,5 Mio. € (davon 634,1 Mio. € Umschichtung gemäß BMG-Novelle 2025 zu UG 17 Fremdenwesen) und auf die UG 30 Bildung mit 279,7 Mio. €. Demgegenüber wurden weitere Rücklagen in der UG 45 Bundesvermögen mit 486,6 Mio. € und in der UG 41 Mobilität mit 365,9 Mio. € aufgebaut.

Für **Forderungen** wurden 2025 insgesamt 33,7 Mio. € an Stundungen, Raten, Aussetzungen und Einstellungen der Einziehung genehmigt, was 0,1% des Forderungsstands des Bundes gem. BRA 2024 per 31.12.2025 (44,8 Mrd. €) entspricht.

Inhalt

Kurzfassung	3
1. Vorläufiger Gebarungserfolg	7
1.1. Übersicht Bundeshaushalt	7
1.2. Gesamtstaatliche Eckwerte	29
1.3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	32
1.4. Bundesfinanzierung.....	41
1.5. Ökonomische Gliederung der Auszahlungen	42
1.6. Ökonomische Gliederung der Einzahlungen	49
1.7. Vergleich mit dem Bundesfinanzrahmen	53
1.8. Nettoergebnis.....	55
2. Vorläufiger Gebarungserfolg nach Untergliederungen	65
3. Rücklagenbericht	139
Entnahmen	140
Zuführungen	146
Gesamtüberblick vor und nach Rücklagenzuführung	155
4. Forderungsbericht – Verfügung gem. § 73 BHG 2013.....	165
Detailübersicht nach Untergliederungen.....	167
5. Übersichten.....	179
Tabellenverzeichnis	189
Abbildungsverzeichnis	191
Abkürzungen.....	192
Impressum	194

1. Vorläufiger Gebarungserfolg

Das Konsolidierungsvolumen im Bundesbudget 2025 wurde vollständig erbracht. Durch strengen Budgetvollzug und bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen war der Finanzierungssaldo des Bundes 2025 mit -14,4 Mrd. € um 3,7 Mrd. € besser als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung erwartet.

Die Verbesserungen im administrativen Saldo bei Zinsen und Steuern sind im Sinne der EU-Fiskalregeln nicht verbessernd anzurechnen.

Das gesamtstaatliche Defizit betrug 2025 4,2% des BIP und war damit um 0,3%P besser als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung prognostiziert.

1.1. Übersicht Bundeshaushalt

Nettofinanzierungssaldo

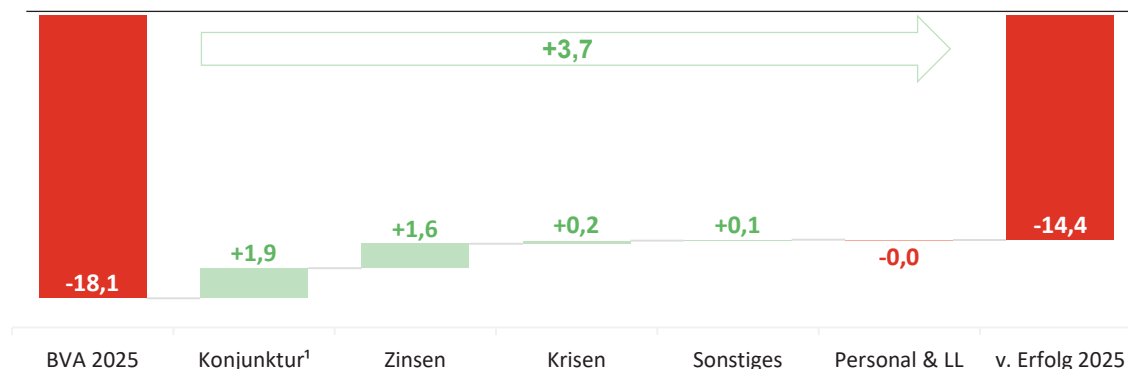
Der **Saldo des Bundes** für das Jahr 2025 weist ein **Defizit von 14,4 Mrd. €** auf und liegt damit **um 3,7 Mrd. € besser als im BVA 2025 veranschlagt**.

Tabelle 1 und Abbildung 1: Saldenentwicklung vom BVA 2025 zum vorl. Erfolg 2025

In Mrd. €		Einz.	Ausz.	Saldo
BVA 2025		105,1	123,2	-18,1
Abweichungen BVA 2025 zu v. Erfolg 2025		+2,0	-1,8	+3,7
Konjunktur & Demografie	Einz: UG 16, UG 20, UG 25; Ausz: UG 20, UG 22, UG 23	+2,3	+0,3	+1,9
Zinsen	UG 58: Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen		-1,6	+1,6
Krisen*	Auszahlungen iZm. der COVID-19- & Energiekrise		-0,2	+0,2
Sonstiges	Ausz.: Klimabonus etc. Einz.: RRF etc.	-0,3	-0,3	+0,1
Personal & Landeslehrer	Aktives Bundespersonal und Landeslehrer		+0,0	-0,0
v. Erfolg 2025		107,1	121,5	-14,4

* nur Auszahlungen iZm. der COVID-19- & Energiekrise

In Mrd. €



¹ Einz: UG 16, UG 20, UG 25; Ausz: UG 20, UG 22, UG 23

Positiv auf den Saldo wirkten insbesondere die Konjunktur und niedrigere Auszahlungen für Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen.

Die konjunkturbedingten Einzahlungen waren in Summe um 2,3 Mrd. € höher als im BVA 2025 (davon 2,0 Mrd. € an Nettoabgaben in der UG 16) und überstiegen damit die konjunkturbedingte Mehrauszahlungen iHv. 0,3 Mrd. € deutlich. Zusammengenommen ergibt sich ein positiver Effekt von 1,9 Mrd. € auf den Saldo.

Die Auszahlungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen blieben um 1,6 Mrd. € unter dem BVA 2025.

Ferner wurden auch für Auszahlungen in Zusammenhang mit der COVID-19-Krise und der Energiekrise in Summe um 0,2 Mrd. € weniger ausbezahlt als im BVA 2025 veranschlagt.

Die sonstigen Auszahlungen blieben um 0,3 Mrd. € unter dem BVA 2025. Die sonstigen Einzahlungen fielen um 0,3 Mrd. € niedriger aus als im BVA 2025 erwartet.

Auch die Auszahlungen für Bundespersonal und Landeslehrpersonal entsprachen in Summe im Wesentlichen dem BVA 2025.

Das angestrebte Konsolidierungsvolumen wurde 2025 in Summe betrachtet erzielt. 2026 ist weiterhin ein strikter Budgetvollzug sowie die Gegenfinanzierung sämtlicher neuer Maßnahmen vonnöten. Vor allem im Hinblick auf die Einhaltung der unionsrechtlichen Vorgaben für den Gesamtstaat als auch auf die Verpflichtungen des Bundes gemäß ÖStP 2025 sind die Anstrengungen zur Budgetkonsolidierung in den nächsten Jahren aufrecht zu erhalten.

Auszahlungen

Die **Auszahlungen** gemäß vorläufigem Erfolg 2025 betragen **121,5 Mrd. €** und blieben damit **um 1,8 Mrd. € unter den veranschlagten Auszahlungen** iHv. 123,2 Mrd. €.

In den **konjunktursensiblen Bereichen** – UG 20, UG 22 und UG 23 – kam es zu Mehrauszahlungen von in Summe 0,3 Mrd. €. Dies resultiert insbesondere aus höheren Arbeitslosenversicherungsleistungen (+0,3 Mrd. €) infolge einer höheren Anzahl an registrierten Arbeitslosen als in der Prognose angenommen. Bei den Pensionsauszahlungen wurde der BVA 2025 hingegen unterschritten (-0,1 Mrd. €), was auf die UG 23 Pensionen – Beamtinnen und Beamte zurückzuführen ist.

Tabelle 2: Vorläufiger Erfolg 2025, Übersicht Finanzierungsrechnung

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Δ BVA / v. Erf. 25
Auszahlungen	120.687,3	123.233,4	+2.546,1	+2,1%	120.687,3	121.468,0	+780,7	+0,6%	-1.765,5
Konjunktur (und Demografie)	40.094,6	43.141,6	+3.047,1	+7,6%	40.094,6	43.461,6	+3.367,0	+8,4%	+319,9
UG 20 Arbeit ¹	10.079,9	10.266,9	+187,0	+1,9%	10.079,9	10.706,3	+626,4	+6,2%	+439,4
Pensionen (UG 22, UG 23)	30.014,7	32.874,7	+2.860,1	+9,5%	30.014,7	32.755,2	+2.740,6	+9,1%	-119,5
Zinsen (UG 58)	7.365,1	8.384,0	+1.018,9	+13,8%	7.365,1	6.823,5	-541,6	-7,4%	-1.560,6
Bundespersonal und Landeslehrpersonal	17.850,0	18.639,8	+789,7	+4,4%	17.850,0	18.654,2	+804,2	+4,5%	+14,5
Bundespersonal	12.204,2	12.781,1	+577,0	+4,7%	12.204,2	12.704,1	+499,9	+4,1%	-77,1
Landeslehrpersonal	5.645,9	5.858,6	+212,7	+3,8%	5.645,9	5.950,2	+304,3	+5,4%	+91,6
COVID-19- & Energiekrisenbewältigung	4.114,3	871,6	-3.242,7	-78,8%	4.114,3	666,8	-3.447,5	-83,8%	-204,8
Sonstige	51.263,3	52.196,4	+933,1	+1,8%	51.263,3	51.861,9	+598,6	+1,2%	-334,5
Grüne Transformation (UG 40, 41, 43)	1.883,8	2.438,9	+555,1	+29,5%	1.883,8	2.397,7	+514,0	+27,3%	-41,2
UG 31 Universitäten	4.871,6	5.371,0	+499,4	+10,3%	4.871,6	5.381,8	+510,2	+10,5%	+10,8
UG 44 Finanzausgleich	3.405,1	3.905,4	+500,3	+14,7%	3.405,1	3.741,8	+336,8	+9,9%	-163,5
UG 14 Militärische Angelegenheiten	2.428,4	2.655,1	+226,7	+9,3%	2.428,4	2.919,4	+491,0	+20,2%	+264,3
UG 42 Ländliche Entwicklung	957,2	910,2	-47,0	-4,9%	957,2	1.160,1	+202,9	+21,2%	+249,9
UG 25 Valorisierung der Familienleistungen	5.506,9	5.762,4	+255,5	+4,6%	5.506,9	5.716,9	+210,1	+3,8%	-45,5
UG 41 Verkehrsdienstverträge (ÖBB-PV und Privatbahner)	1.112,3	1.288,2	+175,9	+15,8%	1.112,3	1.248,2	+135,9	+12,2%	-40,0
UG 43 Klima- und Anti-Teuerungsbonus	1.910,3	110,0	-1.800,3	-94,2%	1.910,3	88,0	-1.822,3	-95,4%	-22,0
UG 45 Exportförderung	446,7	546,8	+100,1	+22,4%	446,7	331,0	-115,6	-25,9%	-215,7
Restl. Auszahlungen	28.741,0	29.208,4	+467,4	+1,6%	28.741,0	28.876,8	+135,8	+0,5%	-331,6
Einzahlungen	101.567,9	105.101,1	+3.533,2	+3,5%	101.567,9	107.074,3	+5.506,4	+5,4%	+1.973,2
Konjunktur (und Demografie)	88.723,8	90.585,0	+1.861,2	+2,1%	88.723,8	92.842,7	+4.118,9	+4,6%	+2.257,7
UG 16 Öffentliche Abgaben	70.016,5	71.762,4	+1.745,9	+2,5%	70.016,5	73.764,8	+3.748,3	+5,4%	+2.002,4
Öffentliche Abgaben - Brutto	114.268,8	117.398,0	+3.129,2	+2,7%	114.268,8	119.736,7	+5.467,9	+4,8%	+2.338,7
Ab-Überweisungen	-44.252,3	-45.635,6	-1.383,3	+3,1%	-44.252,3	-45.971,9	-1.719,6	+3,9%	-336,3
UG 20 Arbeit	9.803,9	9.864,9	+60,9	+0,6%	9.803,9	9.990,0	+186,0	+1,9%	+125,1
UG 25 Familie und Jugend	8.903,3	8.957,8	+54,4	+0,6%	8.903,3	9.088,0	+184,6	+2,1%	+130,2
Sonstige	12.844,1	14.516,0	+1.671,9	+13,0%	12.844,1	14.231,6	+1.387,5	+10,8%	-284,5
Nettofinanzierungssaldo	-19.119,4	-18.132,4	+987,0		-19.119,4	-14.393,7	+4.725,7		+3.738,7

¹ exkl. Personalauszahlungen

Die Auszahlungen für **Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen** fielen um 1,6 Mrd. € niedriger aus als im BVA 2025 erwartet. Sowohl für Emissionsdisagien als auch für Zinszahlungen wurde weniger aufgewendet.

Bei Auszahlungen für das **Bundespersonal und Landeslehrpersonal** wurde der BVA 2025 in Summe nur geringfügig überschritten (+14,5 Mio. €). Genauer betrachtet resultiert dies aus Minderauszahlungen für das Bundespersonal (-77,1 Mio. €), die die Mehrauszahlungen für das Landeslehrpersonal (+91,6 Mio. €) nahezu kompensierten.

Gemäß vorläufigem Erfolg tätigte der Bund 2025 0,7 Mrd. € für Auszahlungen iZm. **COVID-19 und der Energiekrise**, was um 0,2 Mrd. € unter den veranschlagten Mitteln liegt. Die Auszahlungen im Zusammenhang mit der Energiekrise iHv. 0,6 Mrd. € überschritten den BVA 2025 um 0,1 Mrd. €, insbesondere infolge von Mehrauszahlungen für den Stromkostenzuschuss. Bei den COVID-19-Auszahlungen iHv. 0,1 Mrd. € wurde eine Unterschreitung des BVA um 0,3 Mrd. € verzeichnet, vor allem aufgrund von Rückflüssen in den Bundeshaushalt bzw. Minderbedarfen in der UG 45 Bundesvermögen.

In den **sonstigen Auszahlungsbereichen** kam es im Vergleich zum BVA 2025 in Summe zu Minderauszahlungen iHv. 0,3 Mrd. €. Diese Kategorie zeigt deutlich, dass die auszahlungsseitigen Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung gesamthaft betrachtet implementiert wurden.

Minderauszahlungen im Vergleich zum BVA 2025 gab es insbesondere bei der Exportförderung (-0,2 Mrd. €, UG 45 Bundesvermögen), in der UG 44 Finanzausgleich (-0,2 Mrd. €, va. Zweckzuschuss Wohnbauförderung und Katastrophenfonds) sowie in geringerem Ausmaß in einer Vielzahl von anderen Bereichen. Zu Mehrauszahlungen kam es vor allem in der UG 14 Militärische Angelegenheiten (+0,3 Mrd. € exkl. Auszahlungen für Personal) sowie im Rahmen der Ländlichen Entwicklung (+0,2 Mrd. €, UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft). Bei den Auszahlungen für die Grüne Transformation (UG 40 Wirtschaft, UG 41 Mobilität und UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft) wurde der BVA 2025 in Summe unterschritten, wobei Mehrauszahlungen für die Sanierungsoffensive (UG 43) durch Minderauszahlungen in anderen Bereichen (ua. E-Mobilität, UG 41) kompensiert wurden.

Auszahlungen iZm. Konjunktur (und Demografie)

Die Auszahlungen der UG 20 Arbeit, UG 22 Pensionsversicherung und UG 23 Pensionen – Beamtinnen und Beamte sind in hohem Maße von konjunkturellen und demografischen Entwicklungen abhängig. Bereinigt um Personalauszahlungen beliefen sich diese konjunktur- und demografieabhängigen Auszahlungen im vorläufigen Erfolg 2025 auf 43.461,6 Mio. €. Damit wurde der BVA 2025 um 319,9 Mio. € bzw. 0,7% überschritten, wobei die Steigerung überwiegend auf Auszahlungen für ALV-Leistungen zurückzuführen ist.

Tabelle 3: Auszahlungen iZm. Konjunktur (und Demografie)

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	in %	
UG 20 Arbeit ¹	10.079,9	10.266,9	+187,0	+1,9%	10.079,9	10.706,3	+626,4	+6,2%	+439,4
ALV-Leistungen	6.100,6	6.495,4	+394,8	+6,5%	6.100,6	6.820,9	+720,3	+11,8%	+325,5
Bildungskarenz	440,2	275,0	-165,2	-37,5%	440,2	376,9	-63,3	-14,4%	+101,9
UG 22 Pensionsversicherung	17.356,8	19.446,8	+2.089,9	+12,0%	17.356,8	19.446,7	+2.089,9	+12,0%	-0,0
Bundesbeitrag	15.997,0	18.029,6	+2.032,6	+12,7%	15.997,0	18.034,3	+2.037,3	+12,7%	+4,7
Ausgleichszulagen	1.247,9	1.296,5	+48,6	+3,9%	1.247,9	1.304,0	+56,2	+4,5%	+7,6
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	12.657,8	13.428,0	+770,1	+6,1%	12.657,8	13.308,5	+650,7	+5,1%	-119,5
Pensionen Beamtinnen und Beamte	12.372,5	13.124,3	+751,8	+6,1%	12.372,5	13.009,0	+636,5	+5,1%	-115,3
Pflegegeld Beamtinnen und Beamte	285,4	303,7	+18,3	+6,4%	285,4	299,6	+14,2	+5,0%	-4,2
Auszahlungen iZm. Konjunktur (und Demografie)	40.094,6	43.141,6	+3.047,1	+7,6%	40.094,6	43.461,6	+3.367,0	+8,4%	+319,9

¹ exkl. Personalauszahlungen

In der **UG 20 Arbeit** (exkl. Personalauszahlungen) kam es 2025 zu Mehrauszahlungen iHv. 439,4 Mio. € (+4,3%) gegenüber der Planung. Ausschlaggebend hierfür war insbesondere

die ungünstigere Arbeitsmarktlage, die zu einer höheren Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe führte. Dies umfasste auch erhöhte Auszahlungen für damit verbundene Pensions- und Krankenversicherungsbeiträge sowie für Krankengeld.

Der vorläufige Erfolg 2025 der **UG 22 Pensionsversicherung** entspricht dem BVA.

Die Auszahlungen der **UG 23 Pensionen – Beamtinnen und Beamte** werden vor allem durch die Inflationsentwicklung sowie durch demografische Faktoren, insbesondere die Altersstruktur der Beamtinnen und Beamten, beeinflusst. Im vorläufigen Erfolg 2025 lagen die Auszahlungen um 119,5 Mio. € bzw. 0,9% unter dem BVA 2025. Diese Abweichung ist – je nach Beamtengruppe – auf eine gegenüber der Budgeterstellung abweichende Entwicklung der Personalstände bzw. der Pensionshöhen zurückzuführen.

Auszahlungen für Zinsen

Die **UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge** verzeichnete im Jahr 2025 **Nettoauszahlungen iHv. 6.823,5 Mio. €**, was eine Unterschreitung des BVA um 1.560,6 Mio. € bzw. 18,6% bedeutet.

Tabelle 4: UG 58: Finanzierungen, Währungstauschverträge

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Sonstige Finanzaufwendungen	2.187,9	2.192,1	+4,1	+0,2%	2.187,9	1.136,3	-1.051,7	-48,1%	-1.055,8
Zinsen	5.177,2	6.192,0	+1.014,8	+19,6%	5.177,2	5.687,2	+510,1	+9,9%	-504,7
Auszahlungen für Zinsen (UG 58)	7.365,1	8.384,0	+1.018,9	+13,8%	7.365,1	6.823,5	-541,6	-7,4%	-1.560,6

Diese Unterschreitung resultiert aus um 1.055,8 Mio. € niedrigeren Emissionsdisagien und um 504,7 Mio. € niedrigeren Zinszahlungen, vorwiegend aufgrund des niedrigeren Nettofinanzierungssaldos und der veränderten Nachfragestruktur am Kapitalmarkt im Vergleich zum Zeitpunkt der Budgeterstellung. Die geringeren Nettodisagien sind dadurch begründet, dass teilweise andere Bundesanleihen als ursprünglich geplant aufgestockt werden konnten. Dieses geänderte Emissionsverhalten führt zu Nettominderauszahlungen von Emissionsdisagien.

Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit

Der Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit in der UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge umfasst alle Einzahlungen und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit des Bundes, zB. im Zusammenhang mit Begebungen von

Bundesanleihen bzw. -tilgungen sowie dem Eingehen kurzfristiger Verbindlichkeiten zur Sicherstellung der Liquidität.

Der Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit hängt sowohl von der Höhe des administrativen Budgetdefizits als auch von der Verteilung der zu tilgenden Finanzierungen in diesem Jahr und deren Refinanzierungen ab.

Tabelle 5: Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ v. Erf. / BVA 2025
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	in %	
Einzahlungen	210.571,8	239.630,8	+29.059,0	+13,8%	210.571,8	220.213,2	+9.641,4	+4,6%	-19.417,6
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	85.054,3	108.155,8	+23.101,5	+27,2%	85.054,3	89.457,4	+4.403,2	+5,2%	-18.698,3
Einz. aus der Aufnahme vorübergehender zur Kassenstärkung eingegangener Geldverbindlichkeiten	104.610,9	110.500,0	+5.889,1	+5,6%	104.610,9	97.519,7	-7.091,2	-6,8%	-12.980,3
Einz. infolge Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	20.906,7	20.975,0	+68,4	+0,3%	20.906,7	33.236,1	+12.329,4	+59,0%	+12.261,0
Auszahlungen	191.452,4	221.498,4	+30.046,0	+15,7%	191.452,4	205.819,5	+14.367,1	+7,5%	-15.678,9
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	66.093,7	89.648,3	+23.554,6	+35,6%	66.093,7	74.797,3	+8.703,6	+13,2%	-14.851,0
Ausz. aus der Tilgung vorübergehender zur Kassenstärkung eingegangener Geldverbindlichkeiten	104.654,0	110.500,0	+5.846,0	+5,6%	104.654,0	97.243,4	-7.410,6	-7,1%	-13.256,6
Ausz. infolge Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	20.704,7	21.350,2	+645,4	+3,1%	20.704,7	33.778,8	+13.074,1	+63,1%	+12.428,7
Bundesfinanzierung	19.119,4	18.132,4	-987,0	-5,2%	19.119,4	14.393,7	-4.725,7	-24,7%	-3.738,7

Im BVA 2025 wurde im Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit eine hohe Umschlagshäufigkeit von Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Tilgung von Finanzschulden angenommen. Hauptursache dafür ist die Einführung des Finanzierungsinstruments Bundesschatz für öffentliche Einheiten, wo es auch die Möglichkeit einer täglich fälligen Laufzeit (Tagesschatz) gibt. Die bruttomäßige Verbuchung führt zu einer entsprechend hohen Umschlagshäufigkeit. Dies spiegelt sich in den veranschlagten Werten wider.

Tatsächlich kam es im Finanzjahr 2025 gegenüber dem Voranschlag bei den Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Tilgung von Finanzschulden zu Mindereinzahlungen iHv. 18,7 Mrd. € bzw. Minderauszahlungen iHv. 14,9 Mrd. €.

Weitere Mindereinzahlungen iHv. 13,0 Mrd. € sowie Minderauszahlungen iHv. 13,3 Mrd. € ergaben sich durch geringere kurzfristige Mittelaufnahmen aufgrund des Aus- und Einzahlungsprofils des Bundes.

Den Mindereinzahlungen und -auszahlungen gegenüber stehen Mehreinzahlungen iHv. 12,3 Mrd. € bzw. Mehrauszahlungen iHv. 12,4 Mrd. €, die sich hauptsächlich aufgrund der erhöhten Aufnahme und daher erhöhten Tilgung von kurzfristigen Kreditoperationen in fremder Währung und damit der höheren

Notwendigkeit Währungstauschverträge bzw. Devisentermingeschäfte abzuschließen, ergaben.

Finanzschulden des Bundes

Die Finanzschulden des Bundes werden unter Berücksichtigung der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen und den Forderungen aus den im Bundesbesitz befindlichen Wertpapieren dargestellt. Sie sind gemäß vorläufigem Erfolg 2025 auf 313,0 Mrd. € gestiegen. Dies ist um 4,4 Mrd. € geringer als zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung angenommen. Der im Vergleich zum BVA 2025 geringere Finanzschuldenstand ergibt sich aufgrund des ivz. Budgetplanung geringeren administrativen Defizits.

Tabelle 6: Finanzschulden des Bundes

In Mrd. €, per Ende 2025	Planung				Vollzug				Vergleich Δ v. Erf. / BVA 2025
	Erfolg		Veränderung		v. Erfolg		Veränderung		
	2024	BVA 2025	in Mio. €	in %	2024	2025	in Mio. €	in %	
Nichtfällige Finanzschulden	312,4	330,5	+18,1	+5,8%	312,4	329,4	+17,0	+5,4%	-1,1
Schulden aus Währungstauschverträgen	5,2	11,2	+5,9	+113,2%	5,2	7,1	+1,9	+35,8%	-4,1
Forderungen aus Währungstauschverträgen	-5,4	-11,3	-5,9	+108,4%	-5,4	-7,3	-1,9	+34,6%	+4,0
Nettofinanzschulden	312,2	330,4	+18,1	+5,8%	312,2	329,2	+17,0	+5,4%	-1,1
Eigenbesitz des Bundes	-13,0	-13,0	0,0	0,0%	-13,0	-16,2	-3,2	+24,7%	-3,2
Bereinigte Finanzschulden	299,3	317,4	+18,1	+6,1%	299,3	313,0	+13,8	+4,6%	-4,4

Weitere Informationen zur Bundesfinanzierung wie zB. zu den Finanzierungsinstrumenten und derzeit ausstehenden Bundesanleihen, finden sich auf der Homepage der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (www.oebfa.at).

Auszahlungen für Bundespersonal und Landeslehrpersonal

Im BVA 2025 wurden insgesamt für das Personal 18.639,8 Mio. € vorgesehen – davon für Bundesbedienstete 12.781,1 Mio. € und für Transferzahlungen an Landeslehrpersonen 5.858,6 Mio. €.

Die Entwicklung war bei den einzelnen Untergliederungen uneinheitlich, wobei die Vergleichbarkeit durch die BMG Novelle 2024 und 2025 bei UG 10 Bundeskanzleramt, UG 15 Finanzverwaltung, UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport, UG 20 Arbeit, UG 21 Soziales und Konsumentenschutz, UG 30 Bildung, UG 31 Wissenschaft und Forschung, UG 40 Wirtschaft, UG 41 Mobilität, UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft sowie UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft verzerrt ist. Die deutlichste Budgetüberschreitung erfolgte in der UG 30 Bildung (+83,1 Mio. €) – vor allem

bei den Bundeslehrpersonen aufgrund einer stärker wachsenden Zahl an Schülerinnen und Schülern als im Bundesvoranschlag unterstellt wurde.

Erheblichen Minderbedarf gab es dagegen in den UG 14 Militärische Angelegenheiten (-46,2 Mio. €), UG 13 Justiz (-44,2 Mio. €), UG 15 Finanzverwaltung (-27,6 Mio. €), UG 11 Inneres (-15,1 Mio. €) und UG 12 Äußeres (-13,2 Mio. €). Eine Ursache für diese Budgetunterschreitungen waren Verzögerungen bei den Verfahren in Folge der 1. Dienstrechtsnovelle 2023.

Tabelle 7: Übersicht Auszahlungen für Bundespersonal und Landeslehrer

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg		Veränderung		v. Erfolg		Veränderung		
	2024	BVA 2025	in Mio. €	in %	2024	2025	in Mio. €	in %	
Bundespersonal	12.204,2	12.781,1	+577,0	+4,7%	12.204,2	12.704,1	+499,9	+4,1%	-77,1
UG 01 Präsidentschaftskanzlei	7,9	8,5	+0,7	+8,6%	7,9	8,8	+1,0	+12,5%	+0,3
UG 02 Bundesgesetzgebung	56,4	61,4	+5,0	+8,9%	56,4	59,0	+2,7	+4,8%	-2,3
UG 03 Verfassungsgerichtshof	10,1	10,9	+0,8	+7,5%	10,1	10,6	+0,4	+4,4%	-0,3
UG 04 Verwaltungsgerichtshof	23,0	25,2	+2,2	+9,4%	23,0	23,6	+0,6	+2,7%	-1,5
UG 05 Volksanwaltschaft	9,6	10,0	+0,3	+3,4%	9,6	10,7	+1,1	+11,3%	+0,8
UG 06 Rechnungshof	38,6	41,6	+3,0	+7,8%	38,6	40,2	+1,5	+4,0%	-1,5
UG 10 Bundeskanzleramt	76,4	85,4	+9,0	+11,7%	76,4	86,4	+9,9	+13,0%	+1,0
UG 11 Inneres	3.006,6	3.112,0	+105,4	+3,5%	3.006,6	3.096,9	+90,3	+3,0%	-15,1
UG 12 Äußeres	159,9	178,5	+18,6	+11,6%	159,9	165,3	+5,4	+3,4%	-13,2
UG 13 Justiz	1.070,6	1.169,9	+99,3	+9,3%	1.070,6	1.125,7	+55,1	+5,1%	-44,2
UG 14 Militärische Angelegenheiten	1.613,2	1.735,7	+122,4	+7,6%	1.613,2	1.689,5	+76,2	+4,7%	-46,2
UG 15 Finanzverwaltung	960,7	997,5	+36,8	+3,8%	960,7	969,8	+9,1	+1,0%	-27,6
UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport	31,9	34,3	+2,4	+7,5%	31,9	34,4	+2,5	+7,9%	+0,1
UG 18 Fremdenwesen	108,0	110,1	+2,2	+2,0%	108,0	113,4	+5,4	+5,0%	+3,3
UG 20 Arbeit	101,4	78,5	-22,9	-22,6%	101,4	75,0	-26,4	-26,0%	-3,5
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	117,9	147,3	+29,4	+25,0%	117,9	143,6	+25,7	+21,8%	-3,7
UG 25 Familie und Jugend	11,5	12,5	+1,1	+9,2%	11,5	11,7	+0,2	+1,8%	-0,9
UG 30 Bildung	4.255,7	4.370,9	+115,2	+2,7%	4.255,7	4.454,0	+198,3	+4,7%	+83,1
UG 31 Wissenschaft und Forschung	50,7	63,9	+13,1	+25,9%	50,7	63,1	+12,4	+24,4%	-0,7
UG 32 Kunst und Kultur	26,2	27,5	+1,4	+5,3%	26,2	27,3	+1,1	+4,3%	-0,3
UG 40 Wirtschaft	161,6	177,9	+16,4	+10,1%	161,6	174,3	+12,7	+7,9%	-3,7
UG 41 Mobilität	112,7	92,7	-20,0	-17,8%	112,7	92,3	-20,4	-18,1%	-0,4
UG 42 Land- u. Forstwirtschaft, Regionen u. Wasserwirtschaft	193,5	228,9	+35,4	+18,3%	193,5	228,4	+34,9	+18,0%	-0,5
Landeslehrpersonal	5.645,9	5.858,6	+212,7	+3,8%	5.645,9	5.950,2	+304,3	+5,4%	+91,6
UG 30 Bildung	5.593,4	5.804,6	+211,2	+3,8%	5.593,4	5.896,2	+302,8	+5,4%	+91,6
UG 42 Land- u. Forstwirtschaft, Regionen u. Wasserwirtschaft	52,4	54,0	+1,5	+3,0%	52,4	54,0	+1,5	+3,0%	
Auszahlungen für Bundespersonal und Landeslehrpersonal	17.850,0	18.639,8	+789,7	+4,4%	17.850,0	18.654,2	+804,2	+4,5%	+14,5

Im BVA 2025 wurden für Transferzahlungen an Landeslehrpersonen insgesamt 5.858,6 Mio. € budgetiert. Auf die UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft entfielen dabei 54,0 Mio. € – hier wurde der BVA eingehalten. Bei der UG 30 Bildung (BVA: 5.804,6 Mio. €) gab es einen Mehrbedarf von 91,6 Mio. €. Vor allem die stärker wachsende Zahl der Schülerinnen und Schüler als im Bundesvoranschlag unterstellt wurde, führte zu höheren Auszahlungen.

Auszahlungen iZm. der Energiekrise und COVID-19

Die **Auszahlungen im Zusammenhang mit der Energiekrise und COVID-19** summierten sich im Jahr 2025 gemäß vorläufigem Erfolg auf **0,7 Mrd. €**. Damit lagen die

krisebedingten Auszahlungen zusammengenommen **um 0,2 Mrd. € unter** den hierfür im **BVA 2025** veranschlagten Mitteln. Von den Auszahlungen iHv. 0,7 Mrd. € entfielen **0,6 Mrd. € auf Energiekrisenmaßnahmen** und **0,1 Mrd. € auf COVID-19-Maßnahmen**. Bei den Energiekrisenmaßnahmen kam es in Summe zu einer Überschreitung des BVA 2025 um 0,1 Mrd. €, während bei den COVID-19-Auszahlungen eine Unterschreitung von 0,3 Mrd. € verzeichnet wurde.

Tabelle 8: Übersicht Auszahlungen iZm. der Energiekrise und COVID-19

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich	
	Erfolg		Δ 24/25		Erfolg		Δ 24/25		Summe 2020-25	Δ BVA / v. Erf. 25
	2024	BVA 2025	in Mio. €	in %	2024	v. Erfolg 2025	in Mio. €	in %		
Auszahlungen iZm. der Energiekrise	3.534,8	533,1	-3.001,7	-84,9%	3.534,8	589,2	-2.945,6	-83,3%	16.618,0	+56,2
Auszahlungen iZm. COVID-19	579,4	338,5	-240,9	-41,6%	579,4	77,6	-501,9	-86,6%	46.704,8	-260,9
COVID-19- & Energiekrisenbewältigung	4.114,3	871,6	-3.242,7	-78,8%	4.114,3	666,8	-3.447,5	-83,8%	63.322,8	-204,8

Tabelle 9 bietet eine detaillierte Aufstellung der auszahlungsseitigen Maßnahmen iZm. der **Energiekrise**. **Auszahlungen iHv. 589,2 Mio. €** für Energiekrisenmaßnahmen bedeuten in Summe eine **Überschreitung** der diesbezüglichen Mittel im BVA 2025 **um 56,2 Mio. €**. Die Überschreitung resultiert insbesondere aus Mehrauszahlungen für den Stromkostenzuschuss (+145,6 Mio. €), welchen Minderauszahlungen für Maßnahmen gemäß Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz (LWA-G) gegenüberstehen (-96,1 Mio. €). Im Detail zeigt sich bei den Auszahlungen für Energiekrisenmaßnahmen im Jahr 2025 folgendes Bild:

Für den **Stromkostenzuschuss** (UG 45 Bundesvermögen) wurden 2025 noch **345,6 Mio. €** ausbezahlt. Von dieser Summe entfallen 287,7 Mio. € auf den regulären Stromkostenzuschuss, 40,9 Mio. € auf den Stromkostenergänzungszuschuss für Haushalte mit mehr als drei Personen, 12,0 Mio. € auf den Netzkostenzuschuss für einkommensschwache Haushalte und für 5,0 Mio. € auf Abwicklungskosten. In Summe wurde der **BVA 2025 um 145,6 Mio. € überschritten**. Der Stromkostenzuschuss ist grundsätzlich per 31.12.2024 ausgelaufen, nur für begünstigte Personen gemäß § 4 Abs. 2 Stromkostenzuschussgesetz (SKZG) lief die Unterstützung noch bis 30.6.2025. Die Überschreitung des BVA 2025 resultiert ua. aus verzögerten Abrechnungen für vergangene Jahre.

Restzahlungen iHv. 0,2 Mio. € wurden 2025 noch im Rahmen des **Energiekostenausgleichs** verzeichnet (+0,2 Mio. € iVz. BVA 2025; UG 45 Bundesvermögen). Im Zusammenhang mit der **Abfederung der gestiegenen Netzverlustkosten** kam es hingegen zu Rückzahlungen in den Bundeshaushalt iHv. 3,5 Mio. € (-5,2 Mio. €, bis März 2025 UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft, seit April 2025 UG 40 Wirtschaft).

Tabelle 9: Auszahlungen iZm. der Energiekrise

In Mio. €	UG	Planung			Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
		Erfolg 2024	BVA 2025	Δ 24/25 in Mio. €	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Δ 24/25 in Mio. €	Summe 2022-25	
Entlastungsmaßnahmen für Haushalte/Personen									
		1.098,8	201,7	-897,1	1.098,8	342,4	-756,4	8.644,2	+140,7
Stromkostenzuschuss	45	1.042,4	200,0	-842,4	1.042,4	345,6	-696,8	2.284,4	+145,6
<i>Stromkostenzuschuss regulär</i>		899,0	-	-	899,0	287,7	-611,3	2.063,3	-
<i>Stromkostenergänzungszuschuss</i>		116,7	-	-	116,7	40,9	-75,8	170,6	-
<i>Netzkostenzuschuss</i>		22,6	-	-	22,6	12,0	-10,6	39,6	-
<i>Abwicklungskosten</i>		4,1	-	-	4,1	5,0	+0,9	10,8	-
Energiekostenausgleich	45	0,9		-0,9	0,9	0,2	-0,7	401,9	+0,2
Abfederung Netzverlustkosten	40/43	55,4	1,7	-53,7	55,4	-3,5	-58,9	498,6	-5,2
Restliche Maßnahmen 2022-2023	div.							5.459,4	
Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen									
		1.054,8	3,0	-1.051,7	1.054,8	1,9	-1.052,9	2.211,7	-1,1
Energiekostenzuschuss Neue Selbständige	24	57,6	0,6	-57,0	57,6	0,6	-57,0	58,2	-0,0
Energiekostenförderungen (EKZ I, EKZ II, EKP 1, EKP 2)	40	997,2	2,4	-994,8	997,2	1,3	-995,9	1.636,5	-1,1
Restliche Maßnahmen 2022-2023						-0,0	-0,0	517,1	-0,0
Energiekostenausgleich NPOs & Vereine									
		6,0	5,0	-1,0	6,0	10,0	+4,0	18,6	+5,0
Energiekostenzuschuss-NPO (inkl. Abwicklungskosten)	17	6,0	5,0	-1,0	6,0	10,0	+4,0	16,0	+5,0
Energiekostenausgleich Sportinfrastruktur	17							2,5	
Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz									
		367,2	183,7	-183,5	367,2	87,7	-279,5	642,1	-96,1
Sonderzuwendungen gem. § 3a und § 3d LWA-G ¹	21	269,7	130,0	-139,7	269,7	80,4	-189,4	483,5	-49,6
Wohnschirm gem. LWA-G (inkl. "Housing First") ²	21	77,0	40,0	-37,0	77,0	-10,4	-87,3	116,5	-50,4
Schulstartplus gem. LWA-G	21	13,3	13,7	+0,4	13,3	17,2	+3,9	34,4	+3,5
Lebensmittelweitergabe gem. LWA-G	21	7,2		-7,2	7,2	0,5	-6,7	7,7	+0,5
Summe Entlastungsmaßnahmen									
		2.526,7	393,5	-2.133,3	2.526,7	442,0	-2.084,8	11.516,7	+48,5
Versorgungssicherheit & Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz									
		1.008,1	139,6	-868,5	1.008,1	147,3	-860,8	5.101,4	+7,7
Beschaffung strategische Gasreserve	43							3.737,1	
Speicherkosten strategische Gasreserve (GWG)	40/43	98,9	113,3	+14,3	98,9	124,7	+25,7	418,8	+11,4
Gasdiversifizierungsgesetz (GDG)	40/43		26,4	+26,4		22,5	+22,5	35,3	-3,9
Stromverbrauchsreduktionsgesetz (SVRG)	43							0,1	
Verwaltungs- und Abwicklungskosten	40/43	0,4		-0,4	0,4	0,1	-0,3	1,4	+0,1
Liquidität zur Abdeckung der Verbindlichkeiten gem. EAG	43	908,7		-908,7	908,7		-908,7	908,7	
Summe Energiekrise									
		3.534,8	533,1	-3.001,7	3.534,8	589,2	-2.945,6	16.618,0	+56,2

¹ § 3a LWA-G: Sonderzuwendungen für Sozialhilfe- und Mindestsicherungshaushalte. § 3d LWA-G: Sonderzuwendungen für Alleinverdienende und Alleinerziehende mit geringem Einkommen und für Arbeitslose und Ausgleichszulagenbeziehende mit Kindern.

² 2022 und 2023 fanden Auszahlungen des "Wohnschirms" sowohl im Rahmen der COVID-19-bedingten Delogierungsprävention und Wohnungssicherung gemäß COVID 19-Gesetz-Armut als auch gemäß Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz statt. Erstere beliefen sich auf 8,3 Mio. € im Jahr 2022 bzw. rd. 16 Mio. € im Jahr 2023, sind in dieser Tabelle zu den Energie-Entlastungsmaßnahmen aber nicht angeführt.

Hinweis: Im Vergleich zu der Darstellung des Rechnungshofes zu den Entlastungsmaßnahmen infolge der Teuerung 2024 iHv. 2.642,1 Mio. € im Bundesrechnungsabschluss (BRA) 2024 gibt es zwei wesentliche Unterschiede. Erstens inkludiert der Rechnungshof in der Darstellung im BRA 2024 die Gutschrift der Krankenversicherungsbeiträge von Selbständigen (§ 27f GSVG) sowie Landwirtinnen und Landwirte (§ 24f BSVG) von in Summe 65,5 Mio. €. Zweitens wird auch der Bodenbewirtschaftungsbeitrag (Sonderrichtlinie) iHv. 49,2 Mio. € in der BRA 2024-Darstellung hinzugerechnet.

Bei den Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen und Selbständige wurden 2025 nur mehr Auszahlungen iHv. 0,6 Mio. € verzeichnet. Diese betrafen die Refundierung der Sozialversicherung der Selbständigen (SVS) für den **Energiekostenzuschuss für Neue Selbständige**, die in gleicher Höhe im BVA 2025 vorgesehen war (UG 24 Gesundheit). Die im BVA 2025 veranschlagten 2,4 Mio. € für Abwicklungskosten der **Energiekostenförderungen für Unternehmen** wurden iHv. 1,3 Mio. € in Anspruch genommen (UG 40 Wirtschaft).

Für den **Energiekostenzuschuss für Non-Profit-Organisationen** wurden 2025 10,0 Mio. € an die Abwicklungsstelle Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH (aws) aus dem Bundeshaushalt überwiesen. Davon entfielen 9,4 Mio. € auf Mittel für die Auszahlung von

Zuschüssen und 0,6 Mio. € für Abwicklungskosten. Der BVA 2025 wurde in Summe um 5,0 Mio. € überschritten.

Die Auszahlungen für Maßnahmen gemäß **Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz (LWA-G)** beliefen sich 2025 auf **87,7 Mio. €** und fielen damit **um 96,1 Mio. € geringer aus als im BVA 2025** veranschlagt. Der Großteil der Auszahlungen betraf mit 80,4 Mio. € die **Sonderzuwendungen** für Sozialhilfe- und Mindestsicherungshaushalte (§3a LWA-G), für Alleinverdienende und Alleinerziehende mit geringem Einkommen sowie für Arbeitslose und Ausgleichszulagenbeziehende mit Kindern (§ 3d LWA-G). Diese blieben in Summe um 49,6 Mio. € unter dem BVA 2025, was insbesondere auf Rückzahlungen der Bundesländer im Dezember 2025 zurückzuführen ist (Monatserfolg Dezember: -43,9 Mio. €). Die im BVA 2025 vorgesehenen Mittel für den **Wohnschirm gemäß LWA-G** wurden aufgrund geringerer Mittelanforderungen der Abwicklungsstellen nicht benötigt. Stattdessen wurden Rückzahlungen iHv. 10,4 Mio. € verzeichnet, womit der BVA 2025 um 50,4 Mio. € unterschritten wurde. Für die **Aktion Schulstartplus** wurden 2025 17,2 Mio. € ausbezahlt (+3,5 Mio. € iVz. BVA 2025) und für die **Sonderrichtlinie Lebensmittelweitergabe** 0,5 Mio. € (+0,5 Mio. € iVz. BVA 2025).

Die **Speicherkosten der strategischen Gasreserve** betragen 2025 **124,7 Mio. €** und fielen damit etwas höher aus als im BVA 2025 geplant (+11,4 Mio. €).

Die Förderauszahlungen für **Maßnahmen zur Gasdiversifizierung** iHv. 22,5 Mio. € entsprachen im Wesentlichen dem im BVA 2025 abgebildeten Wert (-3,9 Mio. €).

In Summe beliefen sich alle wesentlichen Auszahlungen aus dem Bundeshaushalt seit 2022, die mit der Energiekrise assoziiert werden können, auf 16,6 Mrd. €, wovon 8,3 Mrd. € auf 2022 entfallen, 4,2 Mrd. € auf 2023, 3,5 Mrd. € auf 2024 und 0,6 Mrd. € auf 2025.

Tabelle 10 stellt die **Auszahlungen iZm. mit COVID-19** dar. Die COVID-19-Hilfsmaßnahmen sind in den meisten Fällen bereits im Jahr 2022 ausgelaufen. Auszahlungen im Jahr 2025 wurden vor allem noch im Gesundheitsbereich geleistet.

Die COVID-19-Auszahlungen im Jahr 2025 beliefen sich auf **77,6 Mio. €**. Damit wurde der **BVA 2025 in Summe um 260,9 Mio. € unterschritten**.

Tabelle 10: Auszahlungen für die COVID-19-Krisenbewältigung

Auszahlungen COVID-19-Krisenbewältigung In Mio. €	Planung			Vollzug					Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg	BVA	Δ 24/25	Erfolg	v. Erfolg	Δ 24/25	Summe		
	2024	2025	in Mio. €	2020-23	2024	2025	in Mio. €	2020-25	
COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	579,4	338,5	-240,9	35.409,1	579,4	77,6	-501,9	36.066,1	-260,9
UG 45 Bundesvermögen	327,8	192,2	-135,6	15.537,7	327,8	-9,6	-337,4	15.855,8	-201,8
COFAG & ab 08/2024 COFAG-NoAG (inkl. Verwaltungsk.)	284,5	21,3	-263,2	15.537,7	284,5	-87,3	-371,9	15.734,9	-108,7
COVID-19 Schadloshaltung (ab 08/2024; inkl. Verwalt.k.)	42,8	118,4	+75,6		42,8	58,4	+15,6	101,3	-60,0
COVID-19 OeKB Garantien (ab 08/2024; inkl. Verwalt.k.)	0,4	52,4	+52,0		0,4	19,3	+18,9	19,7	-33,1
UG 24 Gesundheit	266,8	143,5	-123,3	10.968,1	266,8	97,4	-169,3	11.332,3	-46,1
Epidemiegesetz, ua.	185,7	39,4	-146,3	4.161,7	185,7	36,1	-149,6	4.383,5	-3,3
COVID-19-Zweckzuschussgesetz	15,8	10,0	-5,8	2.998,5	15,8	11,4	-4,4	3.025,6	+1,4
Kostenersätze an KV-Träger	24,0	50,0	+26,0	2.099,8	24,0	11,2	-12,8	2.135,1	-38,8
COVID-19-Impfstoffe, COVID-19-Arzneimittel, etc.	39,2	44,0	+4,8	1.412,5	39,2	35,8	-3,5	1.487,5	-8,2
Sonstige Maßnahmen	2,1	0,1	-2,0	295,6	2,1	2,9	+0,9	300,6	+2,8
Sonstige Auszahlungen COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	-15,1	2,8	+17,9	8.903,3	-15,1	-10,3	+4,9	8.878,0	-13,1
Auszahlungen reguläres Budget (insb. Corona-Kurzarbeit)				10.638,7				10.638,7	
Auszahlungen im Bundeshaushalt	579,4	338,5	-240,9	46.047,8	579,4	77,6	-501,9	46.704,8	-260,9

Die COVID-19-Auszahlungen in der **UG 24 Gesundheit** summierten sich 2025 auf **97,4 Mio. €** und blieben damit um **46,1 Mio. € unter dem BVA 2025**. Von den Auszahlungen entfielen 36,1 Mio. € auf das Epidemiegesetz und 35,8 Mio. € auf Beschaffungen (zB. für COVID-19-Impfstoffe und Arzneimittel). Die Minderauszahlungen resultieren insbesondere aus geringeren Kostenersätzen an die KV-Träger (-38,8 Mio. €).

In der **UG 45 Bundesvermögen** kam es 2025 bei den Auszahlungen in Zusammenhang mit COVID-19 in Summe zu **Rückflüssen von 9,6 Mio. €**. Ursächlich hierfür ist eine im Zuge der Liquidierung der COFAG ergebende Verbindlichkeit der COFAG iA. gegenüber dem Bund iHv. 75,8 Mio. €, welche im Jänner 2025 an den Bund überwiesen wurde. Darüber hinaus kam es im Rahmen des COFAG-NoAG im Jahr 2025 zu Rückzahlungen von Zuschüssen iHv. insgesamt 12,2 Mio. €, welche als absetzbare Zahlungen dargestellt werden, sowie zu einem Verwaltungsaufwand von 0,7 Mio. €. Diesen Rückflüssen stehen Auszahlungen infolge schlagend gewordener COVID-19-Haftungen iHv. 58,4 Mio. € sowie in Zusammenhang mit OeKB COVID-19-Garantien iHv. 19,3 Mio. € (davon 0,5 Mio. € Verwaltungsaufwand) gegenüber. Der **BVA 2025** für Auszahlungen im Zusammenhang mit COVID-19 in der UG 45 iHv. 192,2 Mio. € wurde bedingt durch die Rückflüsse um **201,8 Mio. € unterschritten** wurde.

Bei den **restlichen COVID-19-Maßnahmen** im Bundeshaushalt kam es 2025 in Summe zu **Rückflüssen in den Bundeshaushalt iHv. 10,3 Mio. €** und somit einer **Unterschreitung des BVA 2025 von 13,1 Mio. €**. Die Rückflüsse ergeben sich aus Rückzahlungen in den Bundeshaushalt iHv. insgesamt 13,0 Mio. €, die insbesondere folgende Maßnahmen betreffen:

- Abrechnung eines Zweckzuschusses im Pflegebereich (10,5 Mio. €, UG 21 Soziales und Konsumentenschutz)
- Härtefallfonds (1,1 Mio. €, UG 40 Wirtschaft)
- Härtefallfonds, Umsatzersatz und Ausfallsbonus für die Land- und Forstwirtschaft sowie dem Härtefallfonds für Privatzimmervermietungen (in Summe 0,8 Mio. €, UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft)
- Überbrückungsfonds für selbstständige Künstlerinnen und Künstler (0,3 Mio. €, UG 31 Kunst und Kultur)

Diesen Rückzahlungen stehen Auszahlungen von in Summe 2,7 Mio. € gegenüber, die vorwiegend Restzahlungen des Kommunalen Investitionsgesetzes 2020 sind (2,6 Mio. €, UG 44 Finanzausgleich)

Gesamthaft betrachtet wurden seit dem Frühjahr 2020 bis zum 31.12.2025 in Summe 46,7 Mrd. € für COVID-19-Maßnahmen aus dem Bundeshaushalt ausgezahlt.

Ferner ist zu erwähnen, dass es 2025 zu **Einzahlungen** im Zusammenhang mit COVID-19 iHv. 10,9 Mio. € kam. Diese betreffen insbesondere Zinszahlungen im Rahmen des COFAG-NoAG sowie Garantieentgelte, Rückflüsse aus Schadenszahlungen und Zinszahlungen im Zusammenhang mit COVID-19 OeKB Garantien in der UG 45 Bundesvermögen.

Eine detaillierte Berichterstattung über COVID-19 und die Energiekrisenmaßnahmen wird auf budget.gv.at geboten.

Auszug aus dem Bericht gemäß § 12 COFAG-NoAG

Bis Ende Juli 2024 war die COVID-19-Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG) für die Abwicklung verschiedener Zuschussinstrumente zur Unterstützung von durch die Krise besonders stark betroffenen Unternehmen zuständig. Ab 1.8.2024 befand sich die COFAG in Liquidation, die schließlich Ende März 2025 abgeschlossen wurde. Die Löschung der COFAG aus dem Firmenbuch erfolgte am 29.3.2025. Bereits mit 1.8.2024 gingen gemäß § 6 Abs. 1 COFAG-NoAG sämtliche Rechte und Pflichten der COFAG aus Förderverträgen auf den Bund über. Die Abarbeitung noch offener Förderanträge ist damit in die Zuständigkeit des Bundes und des Finanzministers zur Entscheidung als Abwicklungsstelle übergegangen. Die Rückforderung von zu Unrecht bezogenen

COVID-19-Hilfen erfolgt nun durch die Abgabenbehörden, die Restrukturierung und Einbringung von Forderungen aus Garantien und Haftungen durch die aws.

Dem BMF wurden 638 Anträge auf Gewährung von finanziellen Maßnahmen mit einem Auszahlungsvolumen von 170,7 Mio. € zur Abwicklung übertragen (Basisanträge). Zusätzlich hat die COFAG 38 Ergänzungen zu diesen Anträgen mit einem Volumen von 1,4 Mio. € an das BMF übergeben (ergänzende Anträge), die als eigenständige Anträge zu prüfen sind. Dem BMF wurde somit die Entscheidung über 676 Förderanträge mit einem Auszahlungsvolumen von 172,0 Mio. € übertragen. Von den 638 zur Entscheidung an den Bundesminister für Finanzen übertragenen Förderanträgen entfallen 567 auf Unternehmensverbände mit Überschreitung der beihilfenrechtlichen Obergrenzen.

Von den 676 an das BMF zur Entscheidung übertragenen Anträgen mit einem Auszahlungsvolumen von 172,0 Mio. € wurden 188 Anträge mit einem Auszahlungsvolumen von 60,2 Mio. € bis zum 31.12.2025 erledigt. Offen ist noch ein Auszahlungsvolumen von 111,8 Mio. €, wobei davon 95% auf Unternehmensverbände entfallen, die hinsichtlich eines Überschreitens von beihilfenrechtlichen Obergrenzen in Prüfung sind.

Insgesamt erfolgten seit dem Inkrafttreten des COFAG-NoAG bis zum 31.12.2025 Auszahlungen von finanziellen Maßnahmen gemäß den in § 2 Abs. 9 COFAG-NoAG angeführten Förderrichtlinien im Gesamtbetrag von 43,7 Mio. €. Davon wurde ein Betrag von rund 265 Tsd. € durch Pfändung zur Begleichung von Abgabenschulden verwertet. Eine Aufteilung des Gesamtbetrages zeigt die nachfolgende Tabelle.

Tabelle 11: Auszahlungen gem. § 2 Abs. 9 COFAG-NoAG

Stand zum 31.12.2025	Fixkosten- zuschuss I	Fixkosten- zuschuss 800.000	Umsatz- ersatz November	Umsatz- ersatz Dezember	Umsatz- ersatz Indirekt Betroffene	Ausfalls- bonus	Verlust- ersatz	Verlust- ersatz Verlänger- ung	Verlust- ersatz III	Gesamt
Beobachtungszeitraum 08/2024 - 12/2025										
Anzahl Anträge	26	48	12	9	1	248	16	26	21	407
davon Umwidmung Spätanträge									13	13
davon Umwidmung Obergrenzenrichtlinien		21	1			56	6	8	5	97
Zuschusshöhe in Tsd. Euro	740,0	9.503,8	613,1	455,2	34,7	4.152,0	14.362,2	7.868,7	5.922,6	43.652,3
davon Umwidmung Spätanträge									1.670,7	1.670,7
davon Umwidmung Obergrenzenrichtlinien		8.062,8	6,9			3.027,0	6.314,7	6.207,7	3.724,6	27.343,7

Quelle: BMF Fördermanager

Garantiezahlungen im Zusammenhang mit COVID-19

Für Garantiezahlungen von in Anspruch genommenen COVID-19-Haftungen wurden im Zeitraum 2020-2025 bis zum Stichtag 31.12.2025 kumuliert insgesamt 329,6 Mio. € aus dem Bundeshaushalt ausgezahlt (davon 209,5 Mio. € via COFAG und 120,0 Mio. € im Zeitraum 1.8.2024-31.12.2025 direkt aus der UG 45 Bundesvermögen, ohne Berücksichtigung von Verwaltungskosten und einzahlungsseitigen Rückflüssen). Hinzu kommen Schadensfälle beim OeKB Sonder-KRR iHv. 2,8 Mio. €, denen Haftungsentgelte von kumuliert 15,0 Mio. € gegenüberstehen (jeweils Stand zum 31.12.2025).

Sonstige Auszahlungen

Die **sonstigen Auszahlungen** – exkl. Konjunktur, Zinsen, Bundespersonal und Landeslehrer sowie COVID-19 und Energiekrise – beliefen sich auf **51,9 Mrd. €**. Sie lagen damit **um 0,3 Mrd. € unter dem BVA 2025**.

Tabelle 12: Sonstige Auszahlungen

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	in %	
Grüne Transformation (UG 40, 41, 43)	1.883,8	2.438,9	+555,1	+29,5%	1.883,8	2.397,7	+514,0	+27,3%	-41,2
UG 40 Wirtschaft		209,1	+209,1	kA.		79,4	+79,4	kA.	-129,7
UG 41 Mobilität	159,9	418,1	+258,2	+161,4%	159,9	194,3	+34,4	+21,5%	-223,7
UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	1.723,8	1.811,8	+87,9	+5,1%	1.723,8	2.124,0	+400,2	+23,2%	+312,3
UG 25 Familienleistungen	5.506,9	5.762,4	+255,5	+4,6%	5.506,9	5.716,9	+210,1	+3,8%	-45,5
UG 25 Familienbeihilfe	4.225,4	4.413,7	+188,3	+4,5%	4.225,4	4.401,4	+176,0	+4,2%	-12,3
UG 25 Kinderbetreuungsgeld	1.281,5	1.348,7	+67,2	+5,2%	1.281,5	1.315,6	+34,1	+2,7%	-33,1
UG 41 Verkehrsdiensteverträge (ÖBB-PV und Privatbahnen)	1.112,3	1.288,2	+175,9	+15,8%	1.112,3	1.248,2	+135,9	+12,2%	-40,0
UG 43 Klimabonus	1.910,3	110,0	-1.800,3	-94,2%	1.910,3	88,0	-1.822,3	-95,4%	-22,0
UG 44 Finanzausgleich	3.405,1	3.905,4	+500,3	+14,7%	3.405,1	3.741,8	+336,8	+9,9%	-163,5
UG 44 Katastrophenfonds	669,5	673,4	+3,9	+0,6%	669,5	601,6	-67,9	-10,1%	-71,8
UG 44 Finanzzuweisungen Gemeinden	394,0	698,6	+304,5	+77,3%	394,0	698,6	+304,5	+77,3%	-0,0
UG 44 Kommunalinvestitionsgesetze	381,0	211,3	-169,7	-44,5%	381,0	211,6	-169,4	-44,5%	+0,3
UG 44 Zweckzuschuss Wohnbauförderung	29,8	275,0	+245,2	+823,4%	29,8	183,6	+153,9	+516,6%	-91,4
UG 44 Restl. Auszahlungsbereiche	1.930,8	2.047,1	+116,3	+6,0%	1.930,8	2.046,5	+115,7	+6,0%	-0,6
UG 45 Exportförderung	446,7	546,8	+100,1	+22,4%	446,7	331,0	-115,6	-25,9%	-215,7
UG 14 Militärische Angelegenheiten	2.428,4	2.655,1	+226,7	+9,3%	2.428,4	2.919,4	+491,0	+20,2%	+264,3
UG 31 Universitäten	4.871,6	5.371,0	+499,4	+10,3%	4.871,6	5.381,8	+510,2	+10,5%	+10,8
UG 31 Universitäten (exkl. Klinischer Mehraufwand Bau)	4.808,4	5.340,7	+532,3	+11,1%	4.808,4	5.247,6	+439,2	+9,1%	-93,1
UG 31 Universitäten - Klin. Mehraufw. (Klinikbauten)	63,3	30,4	-32,9	-52,0%	63,3	134,2	+70,9	+112,2%	+103,8
UG 42 Ländliche Entwicklung	957,2	910,2	-47,0	-4,9%	957,2	1.160,1	+202,9	+21,2%	+249,9
UG 42 Ländliche Entwicklung - ELER (EU var.)	613,6	573,1	-40,4	-6,6%	613,6	741,5	+127,9	+20,8%	+168,4
UG 42 Ländliche Entwicklung (Bund fix)	343,6	337,1	-6,5	-1,9%	343,6	418,6	+75,0	+21,8%	+81,5
Restl. Auszahlungen	28.741,0	29.208,4	+467,4	+1,6%	28.741,0	28.876,8	+135,8	+0,5%	-331,6
Sonstige Auszahlungen	51.263,3	52.196,4	+933,1	+1,8%	51.263,3	51.861,9	+598,6	+1,2%	-334,5

kA. = keine %-Angabe da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert.

Wesentliche Minderauszahlungen:

- **UG 45 | Exportförderung (-215,7 Mio. €):** Die Auszahlungen unterschreiten den BVA 2025, da insbesondere im Ausfuhrförderungsverfahren weniger Haftungsübernahmen für Schadensfälle erfolgten als geplant.
- **UG 44 Finanzausgleich (-163,5 Mio. €):** Ausschlaggebend waren geringere Abrufe der Länder bei der Wohnbauförderung (-91,4 Mio. €) sowie Minderauszahlungen beim Katastrophenfonds (-71,8 Mio. €).

Tabelle 13: Grüne Transformation

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg		Veränderung		v. Erfolg		Veränderung		
	2024	BVA 2025	in Mio. €	in %	2024	2025	in Mio. €	in %	
Aktive Mobilität (UG 41)	8,1	10,9	+2,7	+33,6%	8,1	9,0	+0,9	+10,8%	-1,9
E-Mobilität (exkl. Anteil KLI.EN) (UG 41)	8,9	177,8	+168,9	kA.	8,9	22,3	+13,4	+150,4%	-155,5
Klima- und Energiefonds (KLI.EN)	366,3	374,4	+8,1	+2,2%	366,3	299,2	-67,1	-18,3%	-75,2
UG 40 Wirtschaft		72,6	+72,6	kA.		7,6	+7,6	kA.	-65,0
UG 41 Mobilität	142,9	229,4	+86,5	+60,5%	142,9	163,1	+20,2	+14,1%	-66,4
UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	223,4	72,5	-151,0	-67,6%	223,4	128,6	-94,8	-42,4%	+56,2
Transformation des Gebäudesektors (UG 43)	1.135,5	1.352,8	+217,3	+19,1%	1.135,5	1.656,5	+521,0	+45,9%	+303,6
Sonstige grüne Transformation	364,9	522,9	+158,0	+43,3%	364,9	410,7	+45,8	+12,5%	-112,2
UG 40 Wirtschaft		136,5	+136,5	kA.		71,8	+71,8	kA.	-64,7
UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	364,9	386,5	+21,5	+5,9%	364,9	338,9	-26,0	-7,1%	-47,5
Grüne Transformation	1.883,8	2.438,9	+555,1	+29,5%	1.883,8	2.397,7	+514,0	+27,3%	-41,2

kA. = keine %-Angabe da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert.

- **Grüne Transformation (-41,2 Mio. €):** Trotz gegenläufiger Effekte ergab sich in Summe eine leichte Unterschreitung (siehe Tabelle 13). Diese ist erstens auf Verzögerungen bei den E-Mobilitäts-Programmen EBIN II und ENIN II (-155,5 Mio. €, UG 41 Mobilität) zurückzuführen. Zweitens kam es im Rahmen der sonstigen grünen Transformation zu Minderauszahlungen gegenüber dem BVA 2025 (-112,2 Mio. €, UG 40 Wirtschaft und UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft). Diese betreffen in der UG 40 insbesondere das Energieeffizienzprogramm, bei dem es zu Zahlungsverzögerungen in der Umsetzung mehrjähriger Projekte kam, und in der UG 43 ua. die Umweltförderung im Inland und die internationale Klimafinanzierung. Drittens wurden auch bei den Überweisungen an den Klima- und Energiefonds (KLI.EN) in Summe Minderauszahlungen verzeichnet (-75,2 Mio. €, UG 40 Wirtschaft, UG 41 Mobilität und UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft). In der UG 40 wurden 2025 Förderungen der Grünen Transformation gegenüber dem BVA reduziert, als Ausgleich für Kosten, die 2026 und 2027 für das Standortabsicherungsgesetz (SAG) anfallen. In der UG 41 bedingten Zahlungsverzögerungen in die Folgejahre Minderbedarfe des KLI.EN, während in der UG 43 Vorbelastungsstände, die sich auf Förderzusagen in vergangenen Jahren zurückführen lassen, Mehrbedarfe des KLI.EN bewirkten. Diesen Minderauszahlungen stehen Mehrauszahlungen bei der Sanierungsoffensive durch die vorgezogene Ausschöpfung des Zusagerahmens im

Dezember 2024 gegenüber (+303,6 Mio. €, UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft).

Wesentliche Mehrauszahlungen:

- **UG 14 Militärische Angelegenheiten (+264,3 Mio. €):** Die Auszahlungen überschreiten den BVA 2025 vorwiegend durch Investitionen für die erste Teilanzahlung zur Beschaffung des „Advanced Jet Trainer & Fighter Attack“ und höhere Unterstützungsleistungen an die Europäische Friedensfazilität.
- **UG 31 | Universitäten (+10,8 Mio. €):** Die Mehrauszahlungen bei den Klinikbauten entsprechend dem Baufortschritt (+103,8 Mio. €) und wurden teilweise durch Einbehalte beim Universitäten-Gesamtbetrag gemäß § 12 Abs. 2 Universitätsgesetz 2002 (-93,1 Mio. €; soziale Dimension) kompensiert.
- **UG 42 | Ländliche Entwicklung (+249,9 Mio. €):** Aufgrund der Ausfinanzierung der Programmperiode Ländliche Entwicklung 2014-2022 kam es beim Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (+168,4 Mio. €) und der nationalen Kofinanzierung (+81,5 Mio. €) zu Überschreitungen des BVA 2025.

Auszahlungen für Fördermittel 2025

Die vorläufigen Zahlen zu den direkten Förderungen des Bundes gemäß § 30 Abs. 5 BHG 2013 sind ein weiterer Beleg für den ersten Schritt zur Sanierung der Staatsfinanzen durch die Bundesregierung. Die Auszahlungen für Fördermittel des Bundes beliefen sich 2025 auf 10,5 Mrd. €. Damit lagen sie um 2,1 Mrd. € bzw. 16,5% unter dem Erfolg 2024 und blieben um 0,1 Mrd. € unter dem BVA 2025.

Tabelle 14: Auszahlungen für Fördermittel 2025

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	in %	
Auszahlungen	120.687,3	123.233,4	+2.546,1	+2,1%	120.687,3	121.468,0	+780,7	+0,6%	-1.765,5
Auszahlungen für Fördermittel	12.584,2	10.637,6	-1.946,6	-15,5%	12.584,2	10.508,4	-2.075,8	-16,5%	-129,2
Im Namen und auf Rechnung des Bundes	10.358,0	8.928,7	-1.429,3	-13,8%	10.358,0	8.886,6	-1.471,4	-14,2%	-42,1
Im Namen und auf Rechnung eines externen Abwicklers	2.226,2	1.708,9	-517,3	-23,2%	2.226,2	1.621,8	-604,3	-27,1%	-87,1

Die Förderungen im Namen und auf Rechnung des Bundes betragen 8,9 Mrd. € und gingen damit um 1,5 Mrd. € bzw. 14,2% gegenüber dem Erfolg 2024 zurück. Jene im Namen und auf Rechnung eines externen Abwicklers summierten sich auf 1,6 Mrd. €, ein Rückgang von 0,6 Mrd. € bzw. 27,1% gegenüber 2024. In beiden Fällen wurde der BVA 2025 unterschritten.

Wesentlich für den starken Rückgang bei den Auszahlungen für Fördermittel im **Vergleich zu 2024** waren insbesondere die 2025 bereits ausgelaufenen Energiekrisenmaßnahmen wie die Energiekostenförderungen für Unternehmen oder die Liquidität zur Abdeckung der Verbindlichkeiten gemäß Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz.

Die **Unterschreitung des BVA 2025** ist auf verschiedene Minderbedarfe zurückzuführen, insbesondere für die E-Mobilität (UG 41 Mobilität).

Einzahlungen

Die **Einzahlungen** beliefen sich laut vorläufigem Erfolg 2025 auf **107,1 Mrd. €** und lagen damit um 2,0 Mrd. € über dem BVA 2025.

Maßgeblich für diese Entwicklung war die im Vergleich zur Planung günstigere Konjunktur, die zu höheren Zuflüssen bei den Bruttoabgaben und abgabenähnlichen Positionen führte. In der UG 16 Öffentliche Abgaben überschritten die Bruttoabgaben den Voranschlag um 2,4 Mrd. €. Dementsprechend fielen auch die Ab-Überweisungen – insbesondere die Ertragsanteile an die Länder (+0,2 Mrd. €) und Gemeinden (+0,1 Mrd. €) – höher aus, was die Nettoabgaben des Bundes verringerte.

Bei den abgabenähnlichen Einzahlungen stiegen vor allem die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (ALV) um 0,1 Mrd. € (UG 20 Arbeit) sowie die Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) um 0,1 Mrd. € (UG 25 Familie und Jugend). Diesen Mehreinzahlungen stehen vor allem Mindereinzahlungen aufgrund von Zahlungsverchiebungen bei den EU-Fonds für Landwirtschaft/Fischerei und den EU-Strukturfonds von insgesamt 0,5 Mrd. € (UG 51 Kassenverwaltung) gegenüber.

Einzahlungen iZm. Konjunktur (und Demografie)

Die Einzahlungen der UG 16 Öffentliche Abgaben, UG 20 Arbeit und UG 25 Familie und Jugend sind stark von konjunkturellen und demografischen Entwicklungen abhängig. Im Jahr 2025 beliefen sich die Einzahlungen in diesen Untergliederungen auf insgesamt 92.842,7 Mio. € und lagen damit um 2.257,7 Mio. € bzw. 2,5% über dem im BVA 2025 veranschlagten Wert.

Tabelle 15: Einzahlungen in konjunktur reagiblen Untergliederungen

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg	BVA	Veränderung		Erfolg	v. Erfolg	Veränderung		
	2024	2025	in Mio. €	in %	2024	2025	in Mio. €	in %	
16 Öffentliche Abgaben - Netto	70.016,5	71.762,4	+1.745,9	+2,5%	70.016,5	73.764,8	+3.748,3	+5,4%	+2.002,4
Abgabenguthaben	206,6		-206,6	kA.	206,6	18,8	-187,8	-90,9%	+18,8
Bruttosteuern	112.885,6	115.950,0	+3.064,4	+2,7%	112.885,6	118.301,3	+5.415,7	+4,8%	+2.351,3
Veranlagte Einkommensteuer	5.005,5	4.500,0	-505,5	-10,1%	5.005,5	5.094,9	+89,4	+1,8%	+594,9
Lohnsteuer	36.214,2	37.200,0	+985,8	+2,7%	36.214,2	37.832,6	+1.618,4	+4,5%	+632,6
Kapitalertragsteuer	5.635,1	5.500,0	-135,1	-2,4%	5.635,1	6.705,9	+1.070,9	+19,0%	+1.205,9
Körperschaftsteuer	12.657,8	12.100,0	-557,8	-4,4%	12.657,8	11.859,7	-798,1	-6,3%	-240,3
Umsatzsteuer	38.628,2	40.100,0	+1.471,8	+3,8%	38.628,2	40.177,1	+1.548,9	+4,0%	+77,1
Energieabgaben	32,8	1.000,0	+967,2	kA.	32,8	922,4	+889,7	kA.	-77,6
Mineralölsteuer	3.803,7	3.700,0	-103,7	-2,7%	3.803,7	3.687,2	-116,6	-3,1%	-12,8
Nationaler Emissionszertifikatehandel	1.176,6	1.448,0	+271,4	+23,1%	1.176,6	1.416,6	+240,0	+20,4%	-31,4
Finanzausgleich Abüberweisungen I	-36.279,6	-37.173,8	-894,2	+2,5%	-36.279,6	-37.545,5	-1.265,9	+3,5%	-371,8
Ertragsanteile an Ländern	-20.589,8	-21.131,7	-541,9	+2,6%	-20.589,8	-21.358,6	-768,8	+3,7%	-227,0
Ertragsanteile an Gemeinden	-13.419,0	-13.615,9	-196,9	+1,5%	-13.419,0	-13.754,8	-335,8	+2,5%	-138,9
Sonstige Abüberweisungen I	-4.955,3	-5.185,8	-230,5	+4,7%	-4.955,3	-5.188,3	-233,0	+4,7%	-2,5
EU Abüberweisungen II	-2.936,6	-3.200,0	-263,4	+9,0%	-2.936,6	-3.150,8	-214,2	+7,3%	+49,2
NEHS Ab-Überweisungen III	-80,8	-76,0	+4,8	-5,9%	-80,8	-87,2	-6,4	+8,0%	+11,2
20 Arbeit	9.803,9	9.864,9	+60,9	+0,6%	9.803,9	9.990,0	+186,0	+1,9%	+125,1
ALV-Beiträge	9.372,7	9.692,0	+319,2	+3,4%	9.372,7	9.821,7	+449,0	+4,8%	+129,8
Auflösung Arbeitsmarktrücklage	381,9	105,1	-276,8	-72,5%	381,9	100,0	-281,9	-73,8%	-5,1
25 Familie und Jugend	8.903,3	8.957,8	+54,4	+0,6%	8.903,3	9.088,0	+184,6	+2,1%	+130,2
Beiträge zum FLAF – Dienstgeber	6.955,9	7.194,8	+239,0	+3,4%	6.955,9	7.223,1	+267,2	+3,8%	+28,3
Beiträge zum FLAF – Steueranteile	1.585,0	1.585,8	+0,8	+0,1%	1.585,0	1.617,2	+32,2	+2,0%	+31,4
Sonstiges	362,4	177,1	-185,3	-51,1%	362,4	247,6	-114,8	-31,7%	+70,5
Einzahlungen aufgrund Konjunktur	88.723,8	90.585,0	+1.861,2	+2,1%	88.723,8	92.842,7	+4.118,9	+4,6%	+2.257,7

kA. = keine %-Angabe da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert.

In der **UG 16 Öffentliche Abgaben** gab es Mehreinzahlungen iHv. 2.002,4 Mio. € (+2,8%). Diese resultierten aus höheren Bruttosteuern iHv. 2.351,3 Mio. €. Maßgeblich hierfür waren insbesondere die positive Entwicklung der Kapitalertragsteuern (+1.205,9 Mio. €), der Lohnsteuer (+632,6 Mio. €) sowie der veranlagten Einkommenssteuer (+594,9 Mio. €). Demgegenüber blieb die Körperschaftsteuer um 240,3 Mio. € unter dem Planwert. Den höheren Bruttosteuern stehen um 227,0 Mio. € höhere Ab-Überweisungen an Länder sowie um 138,9 Mio. € höhere Ab-Überweisungen an die Gemeinden gegenüber.

In der **UG 20 Arbeit** gab es gegenüber dem BVA 2025 Mehreinzahlungen iHv. 125,1 Mio. € (+1,3%). Diese sind vor allem auf höhere Arbeitslosenversicherungsbeiträge (+129,8 Mio. €) zurückzuführen, insbesondere infolge der positiven Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme.

Auch in der **UG 25 Familie und Jugend** lagen die Einzahlungen mit 130,2 Mio. € (+1,5%) über dem im BVA 2025 veranschlagten Wert. Ausschlaggebend waren insbesondere um 28,3 Mio. € höhere Dienstgeberbeiträge zum FLAF aufgrund des positiven Wachstums der Lohn- und Gehaltssumme sowie um 31,4 Mio. € höhere Steueranteile des FLAF infolge der Entwicklung der maßgeblichen Steuern. Zusätzlich gab es Mehreinzahlungen iHv. 70,5 Mio. €, die insbesondere die gesetzlich vorgesehene Schuldentilgung des Reservefonds an den Bund betreffen (+73,4 Mio. €, saldenneutral).

Sonstige Einzahlungen

Tabelle 16: Sonstige Einzahlungen

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %	
Dividenden und ähnliche Gewinnausschüttungen	1.931,2	1.579,0	-352,2	-18,2%	1.931,2	1.584,2	-347,0	-18,0%	+5,2
UG 40 Dividenden (ÖBAG, Verbund)		1.263,0	+1.263,0	kA.		1.263,0	+1.263,0	kA.	
UG 41 ASFINAG-Dividende	255,0	305,0	+50,0	+19,6%	255,0	305,0	+50,0	+19,6%	
UG 42 Gewinnausschüttung Öbf AG	10,5	11,0	+0,5	+4,8%	10,5	11,0	+0,5	+4,8%	
UG 45 Dividenden (ÖBAG, Verbund)	1.665,7		-1.665,7	kA.	1.665,7	0,3	-1.665,5	-100,0%	+0,3
Transfers¹	6.983,9	9.502,0	+2.518,0	+36,1%	6.983,9	8.924,1	+1.940,2	+27,8%	-577,8
UG 21 Pflegefonds	1.300,0	1.355,0	+55,0	+4,2%	1.300,0	1.355,0	+55,0	+4,2%	
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	2.191,4	2.129,3	-62,0	-2,8%	2.191,4	2.103,8	-87,6	-4,0%	-25,5
UG 51 EU-Strukturfonds	198,7	260,0	+61,2	+30,8%	198,7	46,3	-152,4	-76,7%	-213,6
UG 51 EU-Fonds Landwirtschaft/Fischerei	1.281,8	1.475,9	+194,1	+15,1%	1.281,8	1.162,5	-119,4	-9,3%	-313,4
UG 51 RRF - Aufbau- und Resilienzfähigkeit		2.137,0	+2.137,0	kA.		2.138,4	+2.138,4	kA.	+1,4
Restliche Transfers	2.012,0	2.144,8	+132,7	+6,6%	2.012,0	2.118,1	+106,1	+5,3%	-26,7
Sonstige Einzahlungsbereiche	3.416,5	3.168,7	-247,9	-7,3%	3.416,5	3.429,3	+12,7	+0,4%	+260,6
UG 45 Darlehen Griechenland	282,8	27,0	-255,8	-90,5%	282,8	182,1	-100,7	-35,6%	+155,1
Sonstige Einzahlungen	12.844,1	14.516,0	+1.671,9	+13,0%	12.844,1	14.231,6	+1.387,5	+10,8%	-284,5

¹ exkl. UG 20 und UG 25 (im Bereich Einzahlungen aufgrund Konjunktur (und Demografie) enthalten)

kA. = keine %-Angabe da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert.

Während die Dividenden und ähnliche Gewinnausschüttungen plangemäß realisiert wurden, kam es in anderen Bereichen zu Abweichungen vom BVA 2025. Abseits der bereits erläuterten konjunkturellen Effekte sind insbesondere folgende Positionen anzuführen:

- **Transfers (-577,8 Mio. €):** Die Unterschreitung resultiert primär aus der UG 51 Kassenverwaltung. Hier führten Zahlungsverchiebungen bei den EU-Fonds für Landwirtschaft und Fischerei (-313,4 Mio. €) sowie bei den EU-Strukturfonds (-213,6 Mio. €) zu geringeren Einzahlungen.
- **UG 45 | Darlehen Griechenland (+155,1 Mio. €):** Die Mehreinzahlungen sind auf eine vorzeitige Teilrückzahlung des Darlehens zurückzuführen.

Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen 2025 im Bundeshaushalt

Im administrativen Bundeshaushalt waren Konsolidierungen von 5,8 Mrd. € geplant.

Bezüglich der **steuerlichen Konsolidierungsmaßnahmen** lagen die Einzahlungen bei den meisten betroffenen Steuern über dem BVA 2025.

Tabelle 17: Abweichungen Konsolidierungsmaßnahmen 2025

Konsolidierungsmaßnahmen 2025 Wesentliche quantifizierbare Abweichungen ggü. Planung Saldowirkung in Mio. €	UG	Konsolidierungsvolumen		Vergleich
		Planung 2025	Realisation 2025	Δ Planung / Realisation
Investitionsprämie	40	130,0	114,5	-15,5
Umweltförderungen (inkl. E-Mobilität)	40, 41, 43	557,0	520,8	-36,2
<i>Klima- und Energiefonds (KL. EN)</i>	<i>40, 41, 43</i>	<i>328,5</i>	<i>403,7</i>	<i>+75,2</i>
<i>Transformation der Industrie & Energieeffizienz</i>	<i>40</i>	<i>177,1</i>	<i>204,1</i>	<i>+27,0</i>
<i>E-Mobilität (exkl. Anteil KL. EN)</i>	<i>41</i>	<i>30,0</i>	<i>155,5</i>	<i>+125,5</i>
<i>Sanierungsoffensive, Umweltförderung im Inland, Fernwärme etc.</i>	<i>43</i>	<i>21,4</i>	<i>-242,5</i>	<i>-263,9</i>
Abschaffung Bildungskarenz	20	240,0	138,1	-101,9

Zur Evaluierung der **Einsparungen in der Verwaltung** zeigt sich, dass die Auszahlungen gemäß vorläufigem Erfolg 2025 in den meisten Untergliederungen unter dem BVA 2025 blieben. Signifikante Überschreitungen, sind auf spezifische Ursachen zurückzuführen:

- UG 14 Militärische Angelegenheiten: insbesondere infolge der genehmigten Inanspruchnahme der Ermächtigung im BFG 2025 für Beschaffungen von Investitionsgütern zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit samt komplementärem Sachaufwand (Art. VI Z 11 BFG 2025)
- UG 20 Arbeit: vor allem aufgrund der höheren Anzahl an Arbeitslosen als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung im Frühjahr 2025 auf Basis der WIFO-Konjunkturprognose erwartet wurde sowie höheren Auszahlungen für die Altersteilzeit und Bildungskarenz (siehe unten)
- UG 25 Familie und Jugend: insbesondere aus einer höheren Überweisung an den Reservefonds für Familienbeihilfen infolge des gestiegenen Überschusses aus der Gebarung des FLAF gemäß § 40 (1) FLAG
- UG 30 Bildung: zurückzuführen auf eine stärker wachsende Zahl an Schülerinnen und Schüler und sich daraus ergebender Mehrbedarf für das Bundes- und Landeslehrpersonal
- UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft sowie UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft: vor allem durch höhere Auszahlungen im Bereich Förderungen

Die Auszahlungen für betrieblichen Sachaufwand beliefen sich auf 8,3 Mrd. € gemäß vorläufigem Erfolg 2025, womit sie um 0,2 Mrd. € unter dem BVA 2025 lagen.

Bei den Auszahlungen für Fördermittel wurde in Summe betrachtet der BVA 2025 um 0,1 Mrd. € unterschritten (siehe Tabelle 14). Auch bei Nicht-Berücksichtigung

von Förderungen im Zusammenhang mit der COVID-19- und der Energiekrise lagen die Auszahlungen für Fördermittel geringfügig unter dem BVA 2025.

Bei manchen Förderungen wurde das Konsolidierungsvolumen nicht vollständig erreicht, jedoch sind die Abweichungen in den meisten Fällen geringfügig. Größere Verschiebungen gab es bei der Konsolidierung im Bereich der Umweltförderungen. Insbesondere im Bereich Transformation des Gebäudesektors kam es aufgrund des starken Antragsverhaltens bei thermisch-energetischen Sanierungen zu einem erhöhten Liquiditätsbedarf.

Demgegenüber steht ein größerer Minderbedarf bei den Förderungen für die E-Mobilität und bei der Transformation der Industrie. Auch bei den Mitteln für den KLI.EN wurde das avisierte Konsolidierungsvolumen überschritten, jedoch sind in diesem Fall 75,0 Mio. € als Gegenfinanzierung für das Standortabsicherungsgesetz herangezogen worden (Auszahlung für den Förderzeitraum 2025 erfolgt erst 2026, Zuordnung der Subvention nach wirtschaftlicher Perspektive gemäß ESVG 2010 jedoch 2025).

Bei der Investitionsprämie ergab sich ein Mehrbedarf im Vergleich zum BVA 2025, womit das angestrebte Konsolidierungsvolumen nicht vollumfänglich erreicht wurde. Zu geringfügig positiven bzw. negativen Abweichungen (< +/- 10,0 Mio. €) gegenüber dem geplanten Einsparungsvolumen kam es zudem beim Energiekostenzuschuss-NPO, bei der Allgemeinen Sportförderung, bei der Kunst- und Kulturförderung, beim Klimaticket sowie beim Waldfonds.

Bei den avisierten Kürzungen im Bereich der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft iHv. 110,0 Mio. € muss berücksichtigt werden, dass auch hierbei die Perspektive ESVG 2010 relevant ist. Die Überschreitung des BVA 2025 in der UG 42 ist im Wesentlichen auf die Ländliche Entwicklung (ELER) zurückzuführen, die einerseits aus EU-Mitteln und andererseits aus nationalen Mitteln bedeckt wird. Der aus EU-Mitteln-bedeckte Anteil an den Auszahlungen ist in diesem Fall nicht Maastricht-relevant.

Im Bereich Arbeitsmarkt, Älteren Beschäftigung und Pensionen gab es mit der Abschaffung der Bildungskarenz nur eine Maßnahme, für die bereits 2025 ein Konsolidierungsvolumen einkalkuliert war. Das geplante Konsolidierungsvolumen wurde aufgrund der Inanspruchnahme von Übergangsfristen nicht erreicht. Wie

bei der Sanierungsoffensive gilt auch hier, dass in legislativer Hinsicht die Konsolidierung umgesetzt ist und die Bildungskarenz abgeschafft wurde bzw. durch die Weiterbildungszeit ersetzt wurde.

Bei den **weiteren Maßnahmen** gab es bei der Anpassung im Bereich Digitalisierung eine geringfügige Überschreitung des BVA 2025 und damit implizit minimale Unterschreitung des angestrebten Konsolidierungsvolumens.

Der **Konsolidierungsbeitrag staatsnaher Betriebe** in Form höherer Dividendenzahlungen an den Bund sowie die Anpassungen beim ÖBB-Rahmenplan 2025-2030 wurde vollständig erbracht.

1.2. Gesamtstaatliche Eckwerte

Fiskalprognose zur Budgeterstellung im April 2025

Im April 2025 wurde im Zuge der Budgeterstellung für 2025 ein gesamtstaatlicher Maastricht-Saldo von -22,2 Mrd. € bzw. -4,5% des BIP prognostiziert. Dieser Einschätzung lag die WIFO-Konjunkturprognose von März 2025 zugrunde, die für 2025 einen realen Rückgang des BIP von 0,3% erwartete. Die Arbeitslosigkeit sollte im Vergleich zu 2024 um 15,0 Tsd. Personen zunehmen. Gleichzeitig wurde auch bei den unselbständig aktiv Beschäftigten ein leichtes Plus erwartet. Für die Zinsen wurde im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2024 ein Rückgang vorausgesagt.

Für den Bundessektor wurde im Rahmen dieser Fiskalprognose ein Maastricht-Saldo von -17,3 Mrd. € bzw. -3,5% des BIP prognostiziert. Dieser setzte sich aus dem BVA 2025 iHv. -18,1 Mrd. € und einer positiven Maastricht-Überleitung iHv. 0,9 Mrd. € zusammen. Die positive Maastricht-Überleitung resultierte insbesondere aus Periodenabgrenzungen iZm. den Zinsen, den Steuern, den Militärinvestitionen und weiteren Sachverhalten. Denen stand insbesondere ein erwartetes negatives Ergebnis der ÖBB-Infrastruktur AG und ÖBB-Personenverkehr AG sowie die periodengerechte Darstellung der RRF-Zahlungen gegenüber.

Für den Landes- und Gemeindesektor wurde in Summe ein Maastricht-Defizit von 4,8 Mrd. € bzw. 1,0% des BIP angenommen. Für den Sozialversicherungssektor belief sich vor dem Hintergrund der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen (insb. Erhöhung KV-Beitragsatz für Pensionistinnen und Pensionisten) auf die Einschätzung für den Maastricht-Saldo auf -0,1 Mrd. € (-0,0% des BIP).

Fiskalprognosen im September 2025

Ende September 2025 hat das BMF gemäß dem europäischen Notifikationsprozess die Prognose für das gesamtstaatliche Defizit und die Schuldenquote für das Jahr 2025 aktualisiert.

Die Prognose des gesamtstaatlichen Maastricht-Saldos wurde absolut um 1,0 Mrd. € verschlechtert, blieb aber in Relation zum BIP unverändert bei -4,5%. Dafür verantwortlich war das höhere nominelle BIP, das sich auch positiv auf die Schuldenquote auswirkte. Diese wurde mit 81,7% des BIP 2025 um 3,0 Prozentpunkte niedriger eingeschätzt als im Frühjahr.

Die Revision des gesamtstaatlichen Defizits resultierte aus einer Verschlechterung der Maastricht-Saldeneinschätzung für den Landes-, Gemeinde- und SV-Sektor, denen eine im Vergleich zur Prognose im April 2025 optimistischere Einschätzung für den Bundessektor gegenüberstand.

Konkret wurde die Prognose für den Maastricht-Saldo des Bundessektors um um 0,8 Mrd. € auf -16,5 Mrd. € bzw. um 0,3 Prozentpunkte auf -3,2% des BIP verbessert. Maßgeblich für diese positivere Einschätzung waren Erkenntnisse aus dem bisherigen Vollzug und dem Controlling des Bundeshaushalts, die auf Potenzial für ein noch geringeres Nettofinanzierungsdefizit hindeuteten. So zeigte sich im Vollzug im Zeitraum Jänner bis September 2025 eine dynamischere Entwicklung der Steuereinnahmen und weiteren lohnabhängigen Einnahmen, während die Auszahlungen in Summe betrachtet dem Plan entsprachen (periodengerechte Betrachtung).

Die Einschätzung für den Landes- und Gemeindesektor wurde im Vergleich zur Annahme im April 2025 um 0,8 Mrd. € auf -6,2 Mrd. € bzw. -1,2% des BIP verschlechtert. Wesentliche Grundlage für diese Verschlechterung waren das revidierte Ergebnis 2024 sowie die ESVG-Quartalsdaten, die zu diesem Zeitpunkt für das erste Halbjahr 2025 vorlagen.

Das erwartete Ergebnis des SV-Sektors wurde um 0,4 Mrd. € auf -0,6 Mrd. € (-0,1% des BIP) verschlechtert. Neben den ESVG-Quartalsdaten beruhte diese aktualisierte Einschätzung auch auf der Gebarungsvorschau des Dachverbands der Sozialversicherungsträger.

Vorläufiges gesamtstaatliches Ergebnis – Stand März 2026

Das vorläufige gesamtstaatliche Ergebnis wurde durch Statistik Austria Ende März 2026 bekanntgegeben. Gemäß diesen vorläufigen Berechnungen belief sich der **gesamtstaatliche Maastricht- Saldo 2025** auf **-21,5 Mrd. €** bzw. **-4,2% des BIP**. Das Ergebnis fiel um 0,8 Mrd. € bzw. 0,3 Prozentpunkte des BIP besser aus als im April 2025 prognostiziert. Damit wurde auch das gesamtstaatliche Ziel eines Maastricht-Defizits von 4,5% des BIP 2025 übertroffen.

Tabelle 18: Gesamtstaatliche Eckwerte 2025

Gesamtstaat gem. ESVG 2010 In Mrd. €	STAT (03/26)	BMF-Prognosen für 2025		STAT (03/26)	Δ STAT 2024	Δ BMF Apr.25
	2024	April 2025	Sep. 2025	2025	STAT 2025	STAT 2025
Staatsausgaben	273,2	279,4	283,3	283,0	+9,8	+3,6
Zinsen	7,3	8,6	8,5	8,3	+0,9	-0,3
Staatseinnahmen	250,2	257,2	260,1	261,5	+11,3	+4,3
Steuern und Abgaben (Indikator 2 - national)	216,3	223,0	224,8	227,0	+10,7	+4,0
Maastricht-Saldo Gesamtstaat	-23,0	-22,2	-23,2	-21,5	+1,5	+0,8
Bundessektor	-16,7	-17,3	-16,5	-15,2	+1,5	+2,1
Landes- und Gemeindesektor	-5,4	-4,8	-6,2	-5,6	-0,2	-0,8
Sozialversicherungssektor	-0,9	-0,1	-0,6	-0,6	+0,2	-0,5
Primärsaldo	-15,6	-13,6	-14,7	-13,2	+2,4	+0,4
Schuldenstand (Maastricht)	395,1	417,0	417,7	418,1	+23,0	+1,1
Gesamtstaat gem. ESVG 2010 In % des BIP	STAT (03/26)	BMF-Prognosen für 2025		STAT (03/26)	Δ STAT 2024	Δ BMF Apr.25
	2024	April 2025	Sep. 2025	2025	STAT 2025	STAT 2025
Staatsausgaben	55,3	56,8	55,4	55,2	-0,1	-1,6
Zinsen	1,5	1,7	1,7	1,6	+0,1	-0,1
Staatseinnahmen	50,6	52,2	50,8	51,0	+0,4	-1,2
Steuern und Abgaben (Indikator 2 - national)	43,8	45,3	44,0	44,3	+0,5	-1,0
Maastricht-Saldo Gesamtstaat	-4,6	-4,5	-4,5	-4,2	+0,5	+0,3
Bundessektor	-3,4	-3,5	-3,2	-3,0	+0,4	+0,5
Landes- und Gemeindesektor	-1,1	-1,0	-1,2	-1,1	-0,0	-0,1
Sozialversicherungssektor	-0,2	-0,0	-0,1	-0,1	+0,1	-0,1
Primärsaldo	-3,2	-2,8	-2,9	-2,6	+0,6	+0,2
Schuldenquote (Maastricht)	80,0	84,7	81,7	81,5	+1,6	-3,2
Veränderung gegenüber Vorjahr	+2,2	+4,7	+1,7	+1,6	-0,6	-3,2
Schuldenstand-Effekt, in pp. des BIP	4,7	+4,5	+4,4	4,5	-0,3	+0,0
BIP-Nennereffekt, in pp. des BIP	-2,6	+0,3	-2,7	-2,9	-0,4	-3,2

Quelle: BMF, Statistik Austria, WIFO-Konjunkturprognosen April 2025 und Oktober 2025

Die Verbesserung des Maastricht-Saldos ist auf höhere Staatseinnahmen zurückzuführen, die mit 261,5 Mrd. € um 4,3 Mrd. € über der Prognose im April 2025 lagen (+11,3 Mrd. € gegenüber 2024). Die Staatseinnahmenquote belief sich auf 51,0% des BIP, was infolge des höheren nominellen BIP um 1,2 Prozentpunkte unter der Prognose von April 2025 liegt. Die Steuer- und Abgabenquote betrug 44,3% des BIP, was ebenfalls niedriger ist als die Einschätzung von April 2025. Die Staatsausgaben fielen mit 283,0 Mrd. € um 3,6 Mrd. € höher aus als im April 2025 prognostiziert (+9,8 Mrd. € gegenüber 2024). Das entspricht einer Staatsausgabenquote von 55,2% des BIP, was ebenfalls infolge des höheren nominellen BIP um 1,6 Prozentpunkte unter der Prognose von April 2025 liegt.

Auch gegenüber 2024 stellt dies einen geringfügigen Rückgang dar (-0,1 Prozentpunkte des BIP). Die Zinsausgaben beliefen sich auf 8,3 Mrd. € bzw. 1,6% des BIP.

Nach Sektoren betrachtet entfallen 15,2 Mrd. € des gesamtstaatlichen Defizits iHv. 21,5 Mrd. € auf den Bundessektor. Das Maastricht-Ergebnis des Bundessektors ist somit um 2,1 Mrd. € besser als im April 2025 prognostiziert.

Der Landes- und Gemeindefaktor wies 2025 ein Defizit iHv. -5,6 Mrd. € (-1,1% des BIP) auf und ist damit um 0,8 Mrd. € schlechter als im April 2025 prognostiziert. Dies ist gegenüber dem Ergebnis 2024 eine weitere Verschlechterung um 0,2 Mrd. €.

Der SV-Sektor verzeichnete ein Defizit von 0,6 Mrd. €. Das Ergebnis des SV-Sektor fiel damit um 0,5 Mrd. € schlechter aus als im April 2025 prognostiziert, aber verbesserte sich um 0,2 Mrd. € gegenüber 2024.

Der absolute Schuldenstand war Ende 2025 mit 418,1 Mrd. € um 1,1 Mrd. € höher als im April 2025 angenommen.¹ Das signifikant höhere nominelle BIP führte dazu, dass die Schuldenquote mit 81,5% des BIP um 3,2 Prozentpunkte unter der Prognose von April 2025 liegt. Im Vergleich zu 2024 ist die Schuldenquote jedoch um 1,6 Prozentpunkte des BIP gestiegen.

1.3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Auf budget.gv.at werden aktuelle und detaillierte Übersichten samt interaktiven Visualisierungen über zentrale wirtschaftlichen Kennzahlen betreffend BIP, Inflation und Arbeitsmarkt geboten.

Konjunkturprognose zur Budgeterstellung im Mai 2025

Dem im April/Mai 2025 geplanten BVA 2025 liegt die Konjunkturprognose des WIFO von März 2025 zugrunde. Diese zeichnete für 2025 ein getrübttes Bild, wobei insbesondere die Lage in der Industrie angesichts der US-Zollpolitik unter der Administration Trump

¹ Während das Maastricht-Defizit um 0,8 Mrd. € niedriger ausfiel als im April 2025 prognostiziert, ist der Schuldenstand um 1,1 Mrd. € höher als im April 2025 erwartet. Für die Entwicklung des Schuldenstands ist grundsätzlich die Liquiditätsperspektive entscheidend, während bei der Berechnung des Maastricht-Saldos Periodenabgrenzungen vorgenommen werden. Davon abgesehen wirkt sich eine Revision des Schuldenstandes 2024 von 394,1 Mrd. € (Stand Ende März 2025) auf 395,1 Mrd. € (Stand März 2026) aus.

weiterhin angespannt bleiben sollte. Positive Signale wurden vor dem Hintergrund eines niedrigeren Zinsniveaus, gelockerter Kreditrichtlinien und der 2024 beschlossenen Wohnbauoffensive erwartet. Auch vom Tourismus sollte 2025 ein positiver Wachstumsbeitrag kommen.

In Summe erwartete das WIFO in seiner Konjunkturprognose von Ende März 2025 jedoch einen weiteren Rückgang des **realen BIP** um 0,3% im Jahr 2025. Das nominelle BIP für 2025 wurde mit 492,4 Mrd. € prognostiziert und lag damit – aufgrund des realen Negativwachstums und eines laut Statistik Austria niedrigerem nominellen BIP 2024 – deutlich unter der Einschätzung der Konjunkturprognose vom Jänner 2025.

Die **Inflationsrate (VPI)** sollte leicht auf 2,7% zurückgehen, wobei nach deutlich erhöhten Werten in den ersten Monaten des Jahres 2025 im Jahresverlauf ein Rückgang angenommen wurde.

Trotz der langen Rezession sollte sich der **Arbeitsmarkt** als robust erweisen, wobei branchenspezifisch insbesondere in der Herstellung von Waren und dem Handel die Entwicklung als herausfordernd eingeschätzt wurde. Insgesamt wurde ein Anstieg der registrierten Arbeitslosen um 15,0 Tsd. Personen auf 312,9 Tsd. Personen im Jahresdurchschnitt 2025 erwartet. Gleichzeitig sollte jedoch auch die Anzahl der unselbständig aktiv Beschäftigten mit 0,3% zunehmen.

Unterjährige Entwicklung 2025 im Vergleich zu 2024

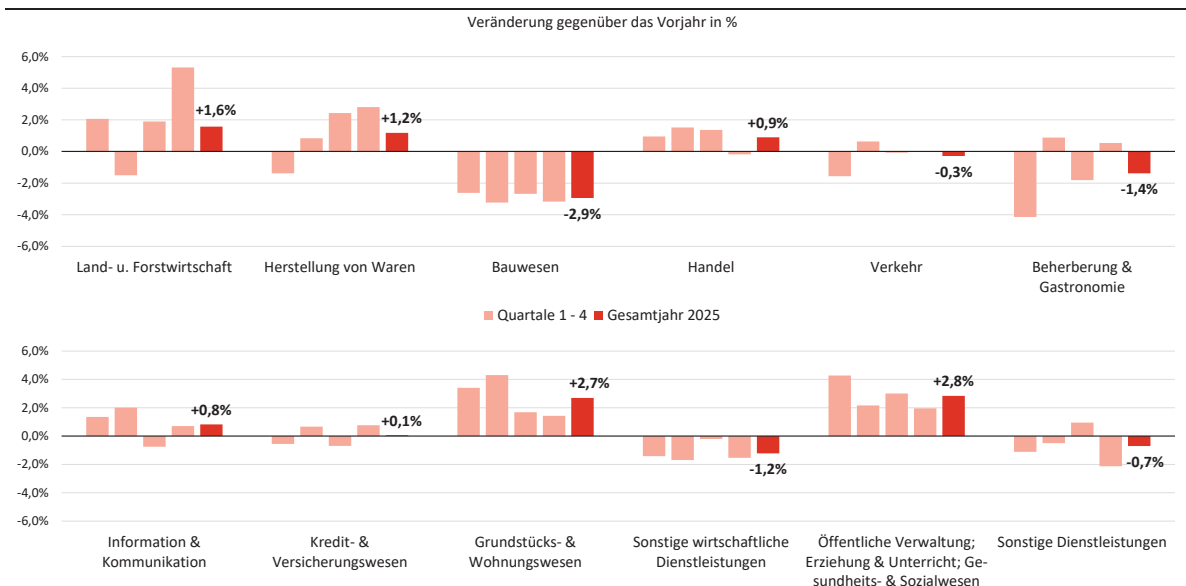
Anfang März 2026 hat Statistik Austria die vorläufige Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für das Jahr 2025 veröffentlicht. Die Daten belegen, dass Österreichs Volkswirtschaft 2025 die hartnäckige Rezession hinter sich lassen konnte. Gegenüber dem Vorquartal legte die **Wirtschaftsleistung** saison- und kalenderbereinigt im ersten und dritten (jeweils +0,3%) Quartal zu, während im zweiten und vierten Quartal im Wesentlichen eine Stagnation (jeweils +0,0%) verzeichnet wurde. Im Vergleich zum Vorjahresquartal wuchs die österreichische Volkswirtschaft in allen vier Quartalen 2025 (Q1 +0,2%, Q2 +0,6%, Q3 +1,1% und Q4 +0,6%).

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte expandierten im Vergleich zu 2024 vor allem im zweiten Quartal recht stark (+1,5%), aber auch im ersten und dritten Quartal wiesen sie eine positive Entwicklung gegenüber dem Vorjahresquartal auf (+0,6% bzw. +0,2%). Im vierten Quartal sanken sie hingegen real gegenüber 2024 (-0,4%). Auch die Investitionstätigkeit erholte sich 2025. Gegenüber 2024 wurde in allen vier Quartalen eine

Ausweitung verzeichnet. Im Detail gibt es jedoch Unterschiede: Während die Bruttoanlageinvestitionen in Nichtwohnbauten und Ausrüstungsinvestitionen in allen Quartalen zunahmen (mit einer Ausnahme: Nichtwohnbauten in Q1 -0,0%), war bei den Bruttoanlageinvestitionen in Wohnbauten in allen Quartalen ein Rückgang im Vergleich zu 2024 zu verzeichnen. Die handelspolitischen Unsicherheiten im vergangenen Jahr spiegeln sich im Außenhandel wider. Das reale Exportvolumen lag gemäß aktuellem Datenstand im ersten Halbjahr 2025 unter jenem 2024, zeigte aber im zweiten Halbjahr wieder positives Wachstum. Da die Importe sich vergleichsweise positiver entwickelten, ergab sich von den Nettoexporten 2025 ein negativer Wachstumsbeitrag zum BIP.

Entstehungsseitig sorgte die Herstellung von Waren nach Rückgängen 2023 und 2024 wieder für positive Wachstumsimpulse. Nach einem Rückgang im ersten Quartal 2025 gegenüber dem Vorjahresquartal, nahm die die Bruttowertschöpfung in den folgenden drei Quartalen kontinuierlich zu. Im Einklang mit den rückläufigen Wohnbauinvestitionen war in der Bauwirtschaft insgesamt die Dynamik schwach. In allen vier Quartalen 2025 wurde sowohl gegenüber dem Vorquartal (saison- und kalenderbereinigt) als auch dem Vorjahresquartal ein Rückgang der Wertschöpfung verzeichnet. In Summe entwickelte sich die Bruttowertschöpfung des produzierenden Bereichs (ÖNACE A-F) im Vergleich zu 2024 im ersten Halbjahr 2025 negativ und im zweiten Halbjahr 2025 positiv.

Abbildung 2: Entstehung des BIP – Bruttowertschöpfung nach Sektoren



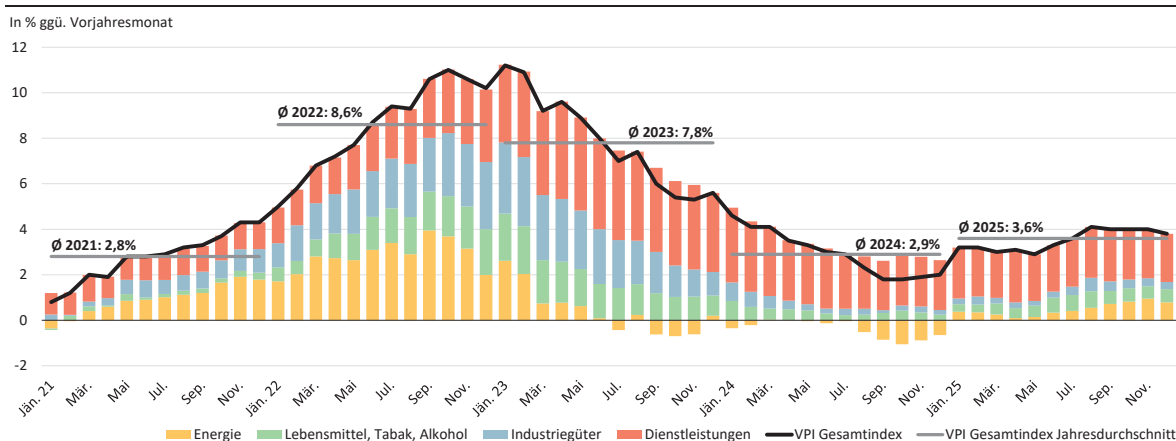
Quelle: Statistik Austria – Bruttoinlandsprodukt und Hauptaggregate - Quartalsdaten

Der Handel wies in den ersten drei Quartalen 2025 nach einem herausfordernden Jahr 2024 eine stabile Entwicklung auf, in allen Quartalen konnte im Vergleich zu 2024 ein

Zuwachs der Bruttowertschöpfung verzeichnet werden. Im vierten Quartal kam es zu einem geringen Rückgang. Schwieriger war die Lage in der Beherbergung und Gastronomie, in der die Wertschöpfung im ersten und dritten Quartal 2025 deutlich rückläufig war. Die Bruttowertschöpfung des Verkehrssektors, des Bereichs der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen sowie der sonstigen Dienstleistungen war mit wenigen Ausnahmen in allen Quartalen im Jahresvergleich rückläufig. Das Kredit- und Versicherungswesen zeigte im Wesentlichen eine Seitwärtsbewegung, die Bruttowertschöpfung im Sektor Information und Kommunikation wuchs im ersten Halbjahr sowie im vierten Quartal 2025, während sie im dritten Quartal leicht rückläufig war. Eine positive Entwicklung wurde 2025 im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie in der öffentlichen Verwaltung inkl. Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen verzeichnet.

Die **Inflationsrate** (Steigerung des Verbraucherpreisindex VPI) lag das gesamte Jahr 2025 signifikant über dem EZB-Zielwert von 2%. Nach einem sprunghaften Anstieg im Jänner und Februar 2025 auf jeweils 3,2% (nach 2,0% im Dezember 2024) – ua. infolge des Auslaufens von krisenbedingten Entlastungsmaßnahmen Ende 2024 sowie des Anstiegs der Netzentgelte – sank sie leicht auf 2,9% im Mai 2025. Folgend stieg sie auf 4,1% im August 2025, wobei der Preisauftrieb vor allem in den COICOP-Hauptgruppen Restaurants und Hotels sowie Wohnung, Wasser, Energie stark war. Bis Jahresende verblieb sie auf einem ähnlich hohen Niveau; im Dezember 2025 betrug die Inflationsrate noch 3,8%.

Abbildung 3: Entwicklung der Inflationsrate samt Beiträge gemäß IHS-Preismonitor



Quelle: Institut für Höhere Studien (IHS), Preismonitor, <https://inflation.ihs.ac.at/> (Abfrage am 19.1.2026), eigene Darstellung.

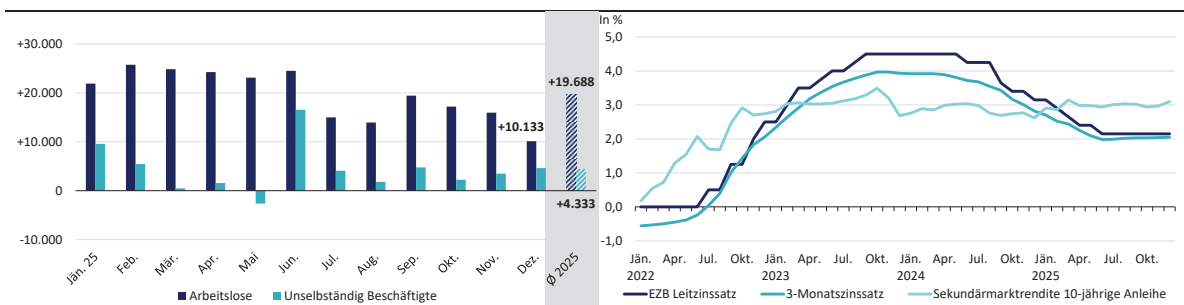
Wie der Preismonitor des Instituts für Höhere Studien (IHS) zeigt (Abbildung 3), trugen insbesondere Dienstleistungen im Jahresverlauf zur Gesamtinflation bei. Die Energiepreise hatten vor allem zu Jahresbeginn und folgend wieder ab Sommerbeginn einen deutlichen

Beitrag zur Gesamtinflation. Der Beitrag von Lebensmitteln, Tabak und Alkohol stieg im Jahresverlauf bis einschließlich August leicht.

Die realwirtschaftlichen Entwicklungen wirken sich gewöhnlich erst mit einer Verzögerung auf den **Arbeitsmarkt** aus. Die leichte Konjunkturaufhellung spiegelte sich somit noch nicht in einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen wider, jedoch sind erste Zeichen einer Trendwende erkennbar. Im ersten Halbjahr 2025 lag die Anzahl der registrierten Arbeitslosen in jedem Monat um deutlich mehr als 20 Tsd. Personen über dem Vergleichsmonat 2024; in relativer Hinsicht betrug der Zuwachs im Durchschnitt mehr als 8%. Im zweiten Halbjahr 2025 wurde dann mit Ausnahme des Septembers eine Verlangsamung der Zunahme an Arbeitslosen verzeichnet. Im Dezember 2025 belief sich der Anstieg der Arbeitslosen auf 10,1 Tsd. Personen bzw. 2,9% – der geringste Zuwachs im Vorjahresmonatsvergleich seit April 2023.

Die Anzahl der unselbständig Beschäftigten blieb über das gesamte Jahr 2025 vergleichsweise stabil und war in jedem Monat geringfügig höher als im Vergleichsmonat 2024, mit Ausnahme von Mai 2025. Die Entwicklung der unselbständig Beschäftigten wurde dabei auch durch die schrittweise Anhebung des Regelpensionsantrittsalters für Frauen positiv beeinflusst.

Abbildung 4 und Abbildung 5: Entwicklung Arbeitsmarkt und Entwicklung Zinsen



Linke Grafik: Absolute Veränderung der Anzahl der registrierten Arbeitslosen und der unselbständig Beschäftigten (inkl. Präsenzdienerrinnen und -diener sowie Kinderbetreuungsgeldbezieherinnen und -bezieher mit aufrehtem Dienstvertrag) zum Vorjahresmonat. Quelle: BMASGPK – amis Arbeitsmarktinformationssystem
 Rechte Grafik: Entwicklung des EZB-Zinssatzes für das Hauptrefinanzierungsgeschäft, des 3-Monatszinssatzes und der Sekundärmarktrendite für 10-jährige österreichische Staatsanleihen. Quelle: OeNB

Die Europäische Zentralbank senkte den **Zinssatz** für das Hauptrefinanzierungsgeschäft („Leitzins“) von 3,15% zu Jahresbeginn 2025 auf nunmehr 2,15% seit 11.6.2025. Damit in Einklang ging auch der 3-Monatszinssatz von durchschnittlich 2,70% im Jänner 2025 auf rund 2% im Zeitraum Juni bis Dezember 2025 zurück. Die Sekundärmarktrendite für 10-jährige österreichische Staatsanleihen war im Jänner 2025 erstmals seit März 2023

wieder höher als der 3-Monatszinssatz. Damit drehte sich die zuvor beobachtete inverse Zinskurve, sodass nun wieder eine übliche Zinsstruktur vorliegt. Der Abstand zwischen dem lang- und kurzfristigen Zinssatz vergrößerte sich in den folgenden Monaten des Jahres 2025. Die Sekundärmarktrendite für 10-jährige österreichische Staatsanleihen lag seit April bis November 2025 um 3% und der Abstand zum 3-Monatszinssatz betrug durchschnittlich 0,9 Prozentpunkte in diesem Zeitraum. Im Dezember 2025 stieg sie auf 3,10% an und der Abstand zum 3-Monatszinssatz kletterte auf über einem Prozentpunkt.

Gesamtjahr 2025 und Vergleich mit BVA-Planungsannahmen

Die vorläufigen Jahresdaten zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für 2025 zeigen, dass die österreichische Volkswirtschaft 2025 im Vergleich zu der Prognose im März 2025 positiver entwickelt hat. Demnach ist das **reale BIP** 2025 um 0,6% gewachsen. Das ist um 0,9 Prozentpunkte mehr als der prognostizierte Rückgang iHv. 0,3% im März 2025, der der Budgeterstellung 2025 zugrunde gelegen ist. Nach zwei Jahren rückläufiger realer Wirtschaftsleistung in den Jahren 2023 und 2024 – das erste Mal in der Nachkriegszeit – expandierte die österreichische Volkswirtschaft damit 2025 wieder.

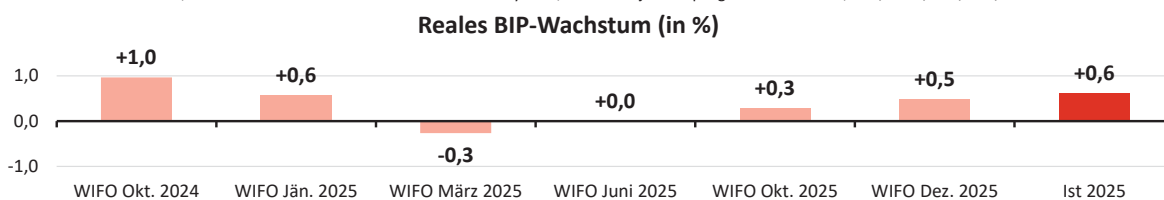
Tabelle 19: Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen		2024	WIFO-Prognosen für 2025					Ist 2025 Stand 03/26	Δ Ist 2025 WIFO 03/25	
			10/24	01/25	03/25	06/25	10/25			12/25
Bruttoinlandsprodukt										
real	Veränd. in %	-0,7	+1,0	+0,6	-0,3	+0,0	+0,3	+0,5	+0,6	+0,9
nominell	Veränd. in %	+3,4	+3,1	+2,5	+2,2	+2,7	+3,5	+3,6	+3,8	+1,6
nominell	in Mrd. €	494,1	506,0	502,5	492,4	497,5	511,5	512,1	512,8	+20,4
Private Haushalte										
Konsumausgaben ¹ , real	Veränd. in %	+1,0	+1,2	+0,8	+0,2	+0,4	+0,6	+0,7	+0,5	+0,3
Konsumausgaben ¹ , nominell	Veränd. in %	+4,3	+3,5	+3,0	+3,0	+3,4	+4,2	+3,8	+3,2	+0,2
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	Veränd. in %	+7,4	+4,1	+3,7	+3,5	+3,4	+3,8	+3,8	+3,8	+0,3
Staat										
Konsumausgaben, real	Veränd. in %	+3,8	+0,8	+0,6	-0,3	+0,0	+1,0	+2,8	+2,4	+2,7
Konsumausgaben, nominell	Veränd. in %	+8,5	+3,3	+3,5	+2,9	+3,4	+4,8	+5,9	+5,3	+2,4
Inflation										
Verbraucherpreise	Veränd. in %	+2,9	+2,2	+2,3	+2,7	+2,9	+3,5	+3,5	+3,6	+0,9
Arbeitsmarkt										
Arbeitslosen-Quote, national	in %	7,0	7,2	7,4	7,3	7,5	7,5	7,4	7,4	+0,1
Registrierte Arbeitslose	in Tsd. Pers.	297,9	307,8	316,8	312,9	319,9	319,9	318,9	317,5	+4,7
Unselbstständig aktiv Beschäftigte ²	Veränd. in %	+0,2	+0,7	+0,4	+0,3	+0,2	+0,2	+0,2	+0,2	-0,1
Zinsen										
3-Monatszinssatz	in %	3,6	2,9	2,3	2,2	2,3	2,2	2,2	2,2	-0,0
Sekundärmarktrend. 10-j. Bundesanl.	in %	2,8	2,9	2,9	3,2	3,1	3,0	3,0	+3,0	-0,3

1) Inkl. Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck

2) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten.

Quelle: Statistik Austria, BMASGPK – amis Arbeitsmarktinformationssystem, WIFO-Konjunkturprognosen Okt. 2024, Jän./März/Juni/Okt./Dez. 2025



Mit Ausnahme der Nettoexporte weisen alle Nachfragekomponenten in der aktuellen Prognose eine positivere Entwicklung auf als in der Konjunkturprognose von März 2025 erwartet wurde. Die **privaten Konsumausgaben** (inkl. privater Organisationen ohne Erwerbzweck) wuchsen 2025 real um 0,5% und damit um 0,3 Prozentpunkte mehr als im Frühjahr 2025 prognostiziert. Da die privaten Konsumausgaben knapp mehr als die Hälfte des österreichischen BIP ausmachen, trägt diese Entwicklung wesentlich zum höheren Wachstum des BIP bei. Das Wachstum der realen privaten Konsumausgaben ging auch mit einem Rückgang der Sparquote einher. Nachdem sie von 8,6% des verfügbaren Einkommens 2023 auf 11,7% 2024 gestiegen war, lag sie in den ersten drei Quartalen 2025 bei durchschnittlich 10,1% (Wert für das vierte Quartal 2025 bzw. Jahreswert für 2025 lag zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht vor).

Die **Bruttoanlageninvestitionen** nahmen 2025 real in Summe um 1,4% zu, während im März 2025 noch ein Rückgang von 0,7% erwartet wurde. Ursächlich hierfür sind höhere Ausrüstungsinvestitionen (+9,2% vs. -1,6%), während es bei den Bauinvestitionen entgegen der Erwartung im März auch 2025 zu einem Rückgang gekommen ist (-2,9% vs. +0,5%).

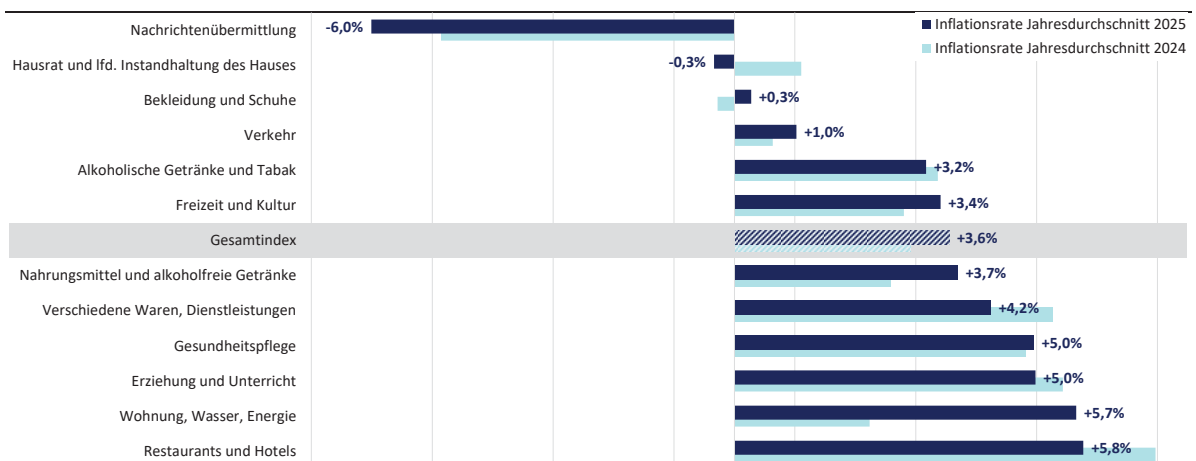
Die **Exporte** stiegen 2025 real um 0,3%, womit sich der in der Frühjahrsprognose erwartete Rückgang (-0,9%) nicht realisierte. Die **Importe** nahmen 2025 um 1,7% zu, während im Frühjahr noch von einem leichten Rückgang ausgegangen wurde (-0,2%). Aufgrund des stärkeren Wachstums der Importe impliziert dies, dass von den Nettoexporten 2025 ein negativer Wachstumsbeitrag für das BIP ausgegangen ist.

Der **öffentliche Konsum** ist 2025 wesentlich stärker gewachsen sein, als im Frühjahr 2025 erwartet wurde. Im März 2025 ging das WIFO in seiner Prognose angesichts der Konsolidierungsmaßnahmen von einem realen Rückgang iHv. 0,3% aus. Gemäß den vorläufigen VGR-Jahresdaten hat der öffentliche Konsum real jedoch um 2,4% zugelegt. Dies dürfte einerseits an den Auswirkungen der höheren Inflationsrate liegen (VPI, +0,9 Prozentpunkte), andererseits vor allem auch an einem Beschäftigungsanstieg in öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Branchen. Der Personalaufwand der öffentlichen Hand ist ein wesentlicher Teil des öffentlichen Konsums und umfasst nicht nur den Bund, sondern auch ausgegliederte Einheiten, die anderen Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungsträger. Beispielsweise betrug der Anstieg der unselbständig Beschäftigten 2025 im Vergleich zu 2024 (Jahresdurchschnitt) im „Gesundheits- und Sozialwesen“ 4,4%, im Sektor „Öffentliche Verwaltung und Verteidigung, Sozialversicherung“ 1,3% und im Sektor „Erziehung und Unterricht“ 0,9%.

Substanziell höher ist das **nominelle BIP** 2025, das mit 512,8 Mrd. € um 20,4 Mrd. € höher ausfällt als im März 2025 und insbesondere auch signifikante Auswirkungen auf die Schuldenquote hat. Hierbei ist anzumerken, dass dies nicht nur auf das höhere reale Wachstum und eine höhere Inflation (BIP-Deflator) zurückzuführen ist. Auch ein durch Statistik Austria deutlich nach oben revidiertes nominelles BIP im Jahr 2024 wirkte sich über einen Niveaueffekt positiv aus. In der WIFO-Konjunkturprognose von März 2025 belief sich die aktuelle Einschätzung für das nominelle BIP 2024 noch auf 481,9 Mrd. €, während sie nunmehr bei 494,1 Mrd. € liegt.

Die **Inflationsrate** fiel mit 3,6% im Jahresdurchschnitt 2025 um 0,9 Prozentpunkte höher aus als zum Zeitpunkt der Planung des BVA 2025 im Frühjahr 2025 erwartet wurde. Inflationstreiber waren 2025 – wie schon 2024 – insbesondere Dienstleistungen. Konkret stiegen etwa die Preise im Jahresdurchschnitt in den Gruppen Restaurants und Hotels (+5,8%), Erziehung und im Unterricht (+5,0%) und Gesundheitspflege (+5,0%) überdurchschnittlich stark. Auch im Bereich Wohnung, Wasser, Energie (+5,7%) wurde 2025 ein deutlicher Anstieg der Preise verzeichnet. Die Teuerung bei Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+3,7%) entsprach im Wesentlichen der Gesamtinflation. Die Bundesregierung hat ein Bündel an Maßnahmen gesetzt, um insbesondere die Inflation bei Mieten, Energie und Grundnahrungsmittel in der Zukunft einzudämpfen. Preisrückgänge wurden wie schon 2024 bei der Nachrichtenübermittlung (-6,0%) verzeichnet, 2025 kam es auch in der Gruppe Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses (-0,3%) zu einem Preisrückgang.

Abbildung 6: Jahresinflationen nach COICOP



Quelle: Statistik Austria, STATcube – VPI 2020, Coicop – Hauptgruppen; jährliche Veränderungsdaten des Jahresdurchschnitts nach der Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualverbrauchs (COICOP)

Das durchschnittliche **Zinsniveau** 2025 lag auf das Gesamtjahr bezogen im Wesentlichen auf dem Niveau der Prognose von März 2025. Die kurzfristigen Zinsen entsprachen mit durchschnittlich 2,2% dem erwarteten Wert, die langfristigen Zinsen waren mit 3,0% um 0,3 Prozentpunkte unter der Planungsannahme. Die leicht niedrigeren langfristigen Zinsen wirkten sich positiv auf den Finanzschuldenaufwand aus.

Der **Arbeitsmarkt** war 2025 von der hartnäckigen Rezession in den Jahren 2023 und 2024 gekennzeichnet, wenngleich die Auswirkungen im Vergleich zu vergangenen Rezessionen insgesamt gedämpfter waren. Die leichte Konjunkturerholung 2025 zeigte sich zwar in einer Abschwächung des Anstiegs der Arbeitslosen, für das Gesamtjahr war jedoch eine deutliche Zunahme zu beklagen. Im Durchschnitt des Gesamtjahres 2025 lag die Anzahl der registrierten Arbeitslosen um 19,7 Tsd. Personen über jener des Jahres 2024 und die Anzahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 4,3 Tsd. Personen.

Im Vergleich zur WIFO-Prognose im März 2025, die der Planung des BVA 2025 zugrunde liegt, war die Anzahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt um 4,7 Tsd. Personen höher. Die Arbeitslosenquote war mit 7,4% im Jahresdurchschnitt um 0,1 Prozentpunkte über der Prognose. Im Bundeshaushalt zeigt sich dies in erster Linie durch die Mehrauszahlungen bei den ALV-Leistungen (+0,3 Mrd. € iVz. BVA 2025, 0,7 Mrd. € iVz. Erfolg 2024). Überdurchschnittlich betroffen vom Anstieg der Arbeitslosigkeit waren die industriegeprägten Bundesländer Oberösterreich (+11,5% ggü. 2024), Steiermark und Salzburg (jeweils +8,8%), was sich nach Branchen² im Bereich der Herstellung von Waren (+10,3% ggü. 2024) widerspiegelt. Auch im Handel war die Lage nach wie vor herausfordernd (+9,6%).

Die Anzahl der unselbständig Beschäftigten hat 2025 mit 0,2% minimal geringer zugenommen als in der WIFO-Märzprognose mit 0,3% erwartet. Die Lohn- und Gehaltssumme ist 2025 mit 3,8% hingegen infolge stärker gestiegener Löhne um 0,3 Prozentpunkte stärker gewachsen als in der WIFO-Märzprognose 2025 erwartet wurde. Im Bundeshaushalt hatte dies positive Auswirkungen insbesondere auf die Lohnsteuer sowie wie weitere lohnabhängigen Abgaben wie die ALV-Beiträge oder die Dienstgeberbeiträge zum FLAF.

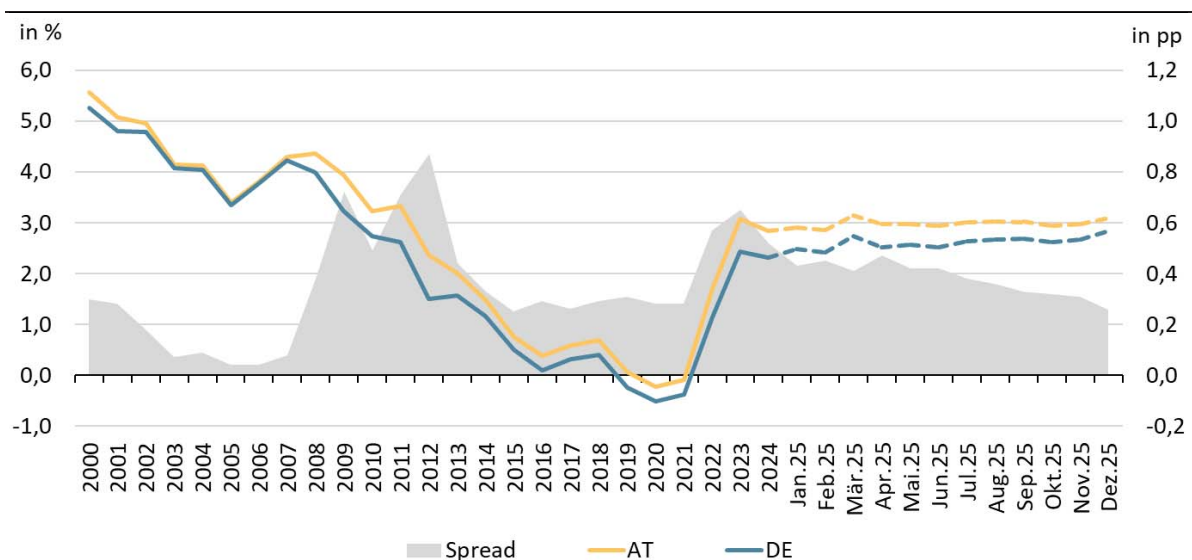
² Die Werte zur Veränderung der Arbeitslosigkeit nach Branchen können aufgrund der seit 1.1.2025 neuen ÖNACE-Klassifikation verzerrt sein.

1.4. Bundesfinanzierung

Die Republik Österreich verfolgt im Schuldenmanagement eine konservative Ausrichtung mit langen Laufzeiten und einem hohen Anteil von fix-verzinsten Finanzierungen. Die Niedrigzinsphase der vergangenen Jahre wurde gut genutzt, um die Restlaufzeit der Staatsverschuldung weiter auszuweiten. Im EU-Vergleich hat Österreich per 31.12.2025 mit durchschnittlich 11,45 Jahren Restlaufzeit eine der längsten Laufzeiten (vgl. 31.12.2015 noch 8,39 Jahre). Dadurch wirkt sich der Anstieg der Renditen langsamer auf den Bundeshaushalt als in anderen Staaten aus.

Der Anteil der Bundesausgaben für Zinsen am BIP stieg von 0,83% 2023 auf 1,06% 2024. Gemäß vorläufigem Erfolg vom Dezember 2025 wird für 2025 von einem Wert von 1,16% des BIP ausgegangen. Die Effektivverzinsung des Finanzschuldportfolios des Bundes erhöhte sich von 1,91% Ende 2024 auf 2,02% per 31.12.2025.

Abbildung 7: Entwicklung der 10-jährigen Bundesanleihe



Die Rendite der 10-jährigen österreichischen Bundesanleihe sank in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich. Seit den Tiefständen (Jahresdurchschnittswerte) von -0,23% pa. bzw. -0,09% pa. in den Jahren 2020 bzw. 2021 wurde aufgrund der EZB-Leitzinserhöhungen seit 2022 auf 4,5% pa. für den Hauptfinanzierungssatz ein starker Anstieg verzeichnet. Nach mehreren Leitzinssenkungen (Hauptfinanzierungssatz) 2024 erfolgten 2025 vier weitere Senkungen (letzte im Juni 2025) um jeweils 0,25% auf 2,15% pa., insgesamt die achte in Folge. Die durchschnittliche Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg von 2,84% im Jahr 2024 auf 3,10% im Dezember 2025. Der Zinsspread zu Deutschland lag bei 26 Basispunkten und damit unter dem Niveau des Jahres 2024.

Rating

Fitch hat Österreich im Juni 2025 auf eine Bonität von AA herabgestuft. Von S&P, Moody's und Scope Ratings ist Österreich mit dem zweitbesten Rating (AA+ bzw. Aa1) bewertet worden. Morningstar DBRS bewertet die Bonität mit dem besten Rating (AAA). Die Mehrheit der Rating-Agenturen bewertet den Ausblick für Österreich derzeit negativ. Fitch setzte ihn im Januar 2025 zunächst auf negativ, stufte das Rating im Juni von AA+ auf AA herab und hob den Ausblick anschließend wieder auf stabil an. S&P änderte seine Einschätzung im Februar 2025 von positiv auf stabil. Morningstar DBRS senkte den Ausblick Anfang Juni von stabil auf negativ, und im August 2025 nahm auch Moody's eine entsprechende Abwärtskorrektur vor. Im September folgte nun auch Scope mit der Senkung des Ausblicks auf negativ. Die Ratingagenturen haben ihre Entscheidung mit schwächeren wirtschaftlichen Aussichten sowie erhöhte Risiken bei der Stabilisierung und Rückführung der gesamtstaatlichen (Brutto-) Schuldenquote begründet. Moody's hat die Änderung des Ausblicks insbesondere mit einer anhaltenden und erheblichen Schwächung der Finanzkraft Österreichs begründet.

1.5. Ökonomische Gliederung der Auszahlungen

Tabelle 20: Ökonomischer Gliederung der Auszahlungen

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	in %	
Investitionstätigkeit	1.578,5	1.596,1	+17,6	+1,1%	1.578,5	1.826,9	+248,3	+15,7%	+230,7
Darlehen und Vorschüsse	542,9	562,4	+19,5	+3,6%	542,9	307,1	-235,8	-43,4%	-255,3
Personal	12.204,2	12.781,1	+577,0	+4,7%	12.204,2	12.704,1	+499,9	+4,1%	-77,1
Betrieblicher Sachaufwand	8.267,6	8.505,3	+237,7	+2,9%	8.267,6	8.312,5	+44,8	+0,5%	-192,8
Transfers	90.728,5	91.403,9	+675,4	+0,7%	90.728,5	91.493,7	+765,2	+0,8%	+89,7
Finanzaufwand	7.365,5	8.384,5	+1.018,9	+13,8%	7.365,5	6.823,8	-541,7	-7,4%	-1.560,7
Auszahlungen	120.687,3	123.233,4	+2.546,1	+2,1%	120.687,3	121.468,0	+780,7	+0,6%	-1.765,5

Der BVA 2025 sah im Finanzierungshaushalt Auszahlungen von 123,2 Mrd. € vor, was gegenüber den Auszahlungen des Jahres 2024 einer Steigerung von 2,5 Mrd. € bzw. 2,1% entsprach. Tatsächlich beliefen sich die Auszahlungen im vorläufigen Erfolg 2025 auf 121,5 Mrd. €, womit der im BVA 2025 veranschlagte Wert um 1,8 Mrd. € unterschritten wurde.

Investitionstätigkeit

Die Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit wurden im BVA 2025 mit 1.596,1 Mio. € veranschlagt. Tatsächlich betragen die Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit im vorläufigen Erfolg 2025 1.826,9 Mio. €, womit der BVA 2025 insgesamt um 230,7 Mio. € überschritten wurde. Die Überschreitung ist im Wesentlichen auf die UG 14 Militärische Angelegenheiten zurückzuführen (+233,7 Mio. €), vorwiegend infolge der Inanspruchnahme der Ermächtigung für Investitionen für die erste Teilanzahlung zur

Beschaffung des „Advanced Jet Trainer & Fighter Attack“. Geringfügige Über- und Unterschreitungen in anderen Untergliederungen gleichen sich in Summe beinahe aus. Nennenswerte Überschreitungen gab es insbesondere in der UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (+17,5 Mio. €) und Unterschreitungen insbesondere in der UG 11 Inneres (-13,3 Mio. €) und der UG 12 Äußeres (-15,1 Mio. €).

Darlehen und Vorschüsse

Für Auszahlungen aus Darlehen und Vorschüssen wurden im Jahr 2025 562,4 Mio. € veranschlagt. Die tatsächlichen Auszahlungen im vorläufigen Erfolg 2025 waren geringer (307,1 Mio. €), womit der BVA 2025 um 255,3 Mio. € unterschritten wurde. Die Minderauszahlungen entstanden fast ausschließlich in der UG 45 Bundesvermögen aufgrund niedrigerer Inanspruchnahmen von Garantien im Rahmen der Ausfuhrförderung (-225,0 Mio. €) und geringerer Zahlungen aus den OeKB-Garantien für Schadenszahlungen aufgrund von COVID-19 (-31,3 Mio. €).

Personal

Im BVA 2025 waren für Personalauszahlungen insgesamt 12.781,1 Mio. € vorgesehen. Im vorläufigen Erfolg gab es eine leichte Budgetunterschreitung von 77,1 Mio. € bzw. 0,6%.

Tabelle 21: Personalauszahlungen nach ökonomischer Gliederung

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Bezüge	8.298,7	8.867,0	+568,4	+6,8%	8.298,7	8.722,5	+423,8	+5,1%	-144,5
Mehrdienstleistungen	941,9	900,3	-41,6	-4,4%	941,9	929,2	-12,7	-1,3%	+28,9
Sonstige Nebengebühren	537,7	546,7	+9,0	+1,7%	537,7	545,3	+7,7	+1,4%	-1,4
Gesetzlicher Sozialaufwand	2.166,1	2.239,5	+73,3	+3,4%	2.166,1	2.248,8	+82,7	+3,8%	+9,4
Abfertigungen und Jubiläumszuwendungen	175,4	145,1	-30,3	-17,3%	175,4	177,3	+1,9	+1,1%	+32,2
Freiwilliger Sozialaufwand	46,3	42,6	-3,7	-8,1%	46,3	42,3	-4,0	-8,7%	-0,3
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	38,1	40,0	+1,9	+5,0%	38,1	38,6	+0,5	+1,3%	-1,4
Auszahlungen für Personal	12.204,2	12.781,1	+577,0	+4,7%	12.204,2	12.704,1	+499,9	+4,1%	-77,1

Die wesentlichsten Abweichungen zum BVA 2025 gab es bei den Bezügen (-144,5 Mio. € / -1,6%), insbesondere in der UG 14 Militärische Angelegenheiten (-60,2 Mio. € / -5,0%), der UG 13 Justiz (-53,1 Mio. € / -6,1%), der UG 11 Inneres (-25,0 Mio. € / -1,3%) und der UG 15 Finanzverwaltung (-16,0 Mio. € / -2,2%). Wesentliche Mehrauszahlungen für Bezüge gab es in der UG 30 Bildung (+22,9 Mio. € / +0,7%).

Zu Mehrauszahlungen kam es bei den Mehrdienstleistungen (+28,9 Mio. € / +3,2%), vor allem in der UG 30 Bildung (+24,1 Mio. € / +8,7%), und den Abfertigungs- und Jubiläumszuwendungen (+32,2 Mio. € / +22,2%), ebenfalls vor allem in der UG 30 Bildung (+30,1 Mio. € / +47,2%).

Vorjahresvergleich der Personalauszahlungen und Vollbeschäftigtenäquivalente

Tabelle 22: Auszahlungen für Personal und Vollbeschäftigtenäquivalente

	Ø VBÄ		Veränderung		Ausz. in Mio. €		Veränderung		Ausz./VBÄ in Euro		Veränderung	
	2024	2025*	abs.	in %	2024	2025	abs.	in %	2024	2025	abs.	in %
01 Präsidentschaftskanzlei	74,7	83,2	+8,5	11,4%	7,9	8,8	1,0	12,5 %	105.224,6	106.302,1	1.078	1,0%
02 Bundesgesetzgebung	470,9	482,1	+11,2	2,4%	56,4	59,0	2,7	4,8 %	119.672,6	122.456,5	2.784	2,3%
03 Verfassungsgerichtshof	102,5	100,8	-1,7	-1,6%	10,1	10,6	0,4	4,4 %	98.923,7	104.991,4	6.068	6,1%
04 Verwaltungsgerichtshof	189,2	191,5	+2,2	1,2%	23,0	23,6	0,6	2,7 %	121.566,9	123.420,5	1.854	1,5%
05 Volksanwaltschaft	84,8	88,8	+4,0	4,7%	9,6	10,7	1,1	11,3 %	113.634,0	120.834,5	7.200	6,3%
06 Rechnungshof	291,2	291,9	+0,7	0,2%	38,6	40,2	1,5	4,0 %	132.615,2	137.578,6	4.963	3,7%
10 Bundeskanzleramt	771,2	836,1	+64,8	8,4%	76,4	86,4	9,9	13,0 %	99.129,7	103.291,2	4.161	4,2%
11 Inneres	36.361,4	36.755,9	+394,6	1,1%	3.006,6	3.096,9	90,3	3,0 %	82.687,6	84.256,6	1.569	1,9%
12 Äußeres	1.135,0	1.147,8	+12,8	1,1%	159,9	165,3	5,4	3,4 %	140.924,7	144.045,4	3.121	2,2%
13 Justiz	12.200,5	12.289,4	+88,9	0,7%	1.070,6	1.125,7	55,1	5,1 %	87.750,3	91.595,4	3.845	4,4%
14 Militärische Angelegenheiten	20.212,7	20.638,6	+425,9	2,1%	1.613,2	1.689,5	76,2	4,7 %	79.812,2	81.859,5	2.047	2,6%
15 Finanzverwaltung	11.003,6	10.842,0	-161,5	-1,5%	960,7	969,8	9,1	1,0 %	87.307,4	89.450,7	2.143	2,5%
17 Wohnen, Medien, Telekom. u. Sport	305,3	317,9	+12,6	4,1%	31,9	34,4	2,5	7,9 %	104.519,5	108.326,6	3.807	3,6%
18 Fremdenwesen	1.311,0	1.317,0	+6,0	0,5%	108,0	113,4	5,4	5,0 %	82.363,7	86.127,4	3.764	4,6%
20 Arbeit	936,7	692,2	-244,6	-26,1%	101,4	75,0	-26,4	-26,0 %	108.233,3	108.343,8	110	0,1%
21 Soziales u. Konsumentensch.	1.241,5	1.449,6	+208,1	16,8%	117,9	143,6	25,7	21,8 %	94.948,9	99.059,2	4.110	4,3%
25 Familie und Jugend	127,0	123,4	-3,6	-2,8%	11,5	11,7	0,2	1,8 %	90.295,3	94.617,0	4.322	4,8%
30 Bildung	44.551,6	44.812,0	+260,5	0,6%	4.255,7	4.454,0	198,3	4,7 %	95.523,4	99.393,7	3.870	4,1%
31 Wissenschaft und Forschung	514,3	618,6	+104,3	20,3%	50,7	63,1	12,4	24,4 %	98.660,8	102.068,8	3.408	3,5%
32 Kunst und Kultur	285,0	287,9	+2,9	1,0%	26,2	27,3	1,1	4,3 %	91.801,7	94.784,9	2.983	3,2%
40 Wirtschaft	1.803,3	1.900,4	+97,1	5,4%	161,6	174,3	12,7	7,9 %	89.601,2	91.700,3	2.099	2,3%
41 Mobilität	1.097,9	902,1	-195,8	-17,8%	112,7	92,3	-20,4	-18,1 %	102.648,4	102.325,4	-323	-0,3%
42 Land- u. Forstw., R. u. Wasserw.	2.158,4	2.359,9	+201,5	9,3%	193,5	228,4	34,9	18,0 %	89.645,8	96.769,7	7.124	7,9%
Bundspersonal	137.229,7	138.528,9	+1.299,2	0,9%	12.204,2	12.704,1	499,9	4,1 %	88.932,4	91.707,0	2.775	3,1%

*vorläufiger Stand

Die Auszahlungen für Bundespersonal summierten sich 2025 auf insgesamt 12.704,1 Mio. € und waren damit um 499,9 Mio. € bzw. 4,1% höher als im Vorjahr. Die wichtigsten Ursachen hierfür waren die Gehaltserhöhung für 2025 mit 3,5%, der durchschnittliche Personalanstieg von 0,9% sowie die weiter steigenden Folgekosten aus der 1. Dienstrechtsnovelle 2023. Die höchsten Mehrkosten aus dieser Reform werden voraussichtlich 2026 anfallen, da es bedingt durch die Komplexität der Verfahren zu Verzögerungen kam. Dämpfend auf die Entwicklung der Personalauszahlungen wirkte sich hingegen die sinkende Altersstruktur aufgrund der hohen Pensionierungen aus.

Hinsichtlich der ökonomischen Gliederung gab es vor allem höhere Abweichungen bei:

- Bezügen (+423,8 Mio. €/+5,1%): vor allem UG 30 Bildung 145,3 Mio. €/4,8%, UG 11 Inneres 104,3 Mio. €/6,0%, UG 14 Militärische Angelegenheiten 65,3 Mio. €/6,0% sowie UG 13 Justiz 42,9 Mio. €/5,5%
- Gesetzlichem Sozialaufwand (+82,7 Mio. €/+3,8%): speziell UG 30 Bildung 37,1 Mio. €/4,7% und UG 11 Inneres 13,7 Mio. €/2,7%

- Mehrdienstleistungen (-12,7 Mio. €/ -1,3%): mit einer Reduktion bei UG 11 Inneres (-23,3 Mio. €/ -5,6%) und einem Zuwachs bei UG 30 Bildung (+11,2 Mio. €/ +3,9%)

Betrieblicher Sachaufwand

Im BVA 2025 waren die Auszahlungen für betrieblichen Sachaufwand mit 8.505,3 Mio. € um 237,7 Mio. € höher geplant als im Erfolg 2024. Im vorläufigen Erfolg 2025 sind die Auszahlungen mit 8.312,5 Mio. € jedoch deutlich niedriger als geplant ausgefallen, womit der BVA-Wert um 192,8 Mio. € bzw. 2,3% unterschritten wurde.

Tabelle 23: Auszahlungen für betrieblichen Sachaufwand

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Vergütungen innerhalb des Bundes	82,3	10,4	-71,9	-87,3%	82,3	5,9	-76,4	-92,9%	-4,6
Materialaufwand	14,2	14,1	-0,1	-1,0%	14,2	12,4	-1,8	-12,6%	-1,7
Mieten	1.311,9	1.383,6	+71,7	+5,5%	1.311,9	1.376,6	+64,7	+4,9%	-7,0
Instandhaltung	388,2	390,8	+2,5	+0,6%	388,2	407,9	+19,7	+5,1%	+17,2
Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	139,5	138,4	-1,1	-0,8%	139,5	123,3	-16,2	-11,6%	-15,1
Reisen	113,9	111,6	-2,3	-2,0%	113,9	116,3	+2,4	+2,1%	+4,7
Aufwand für Werkleistungen	3.582,2	3.829,5	+247,2	+6,9%	3.582,2	3.734,5	+152,2	+4,2%	-95,0
Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund	363,6	373,1	+9,4	+2,6%	363,6	370,1	+6,5	+1,8%	-3,0
Transporte durch Dritte	552,6	553,6	+1,0	+0,2%	552,6	561,9	+9,2	+1,7%	+8,2
Heeresanlagen	181,0	174,7	-6,3	-3,5%	181,0	218,5	+37,5	+20,7%	+43,8
Entschädigungen an Präsenz- und Zivildienstleistende	108,2	113,4	+5,2	+4,8%	108,2	111,8	+3,6	+3,3%	-1,6
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	102,4	103,1	+0,7	+0,7%	102,4	78,7	-23,7	-23,1%	-24,4
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	1.327,4	1.309,0	-18,4	-1,4%	1.327,4	1.194,6	-132,9	-10,0%	-114,4
Auszahlungen f. betrieblichen Sachaufwand	8.267,6	8.505,3	+237,7	+2,9%	8.267,6	8.312,5	+44,8	+0,5%	-192,8

Betrachtet man die Sachausgaben nach ökonomischer Gliederung, so zeigt sich, dass die größten BVA-Unterschreitungen beim sonstigen betrieblichen Sachaufwand (-114,4 Mio. €), bei den Werkleistungen (-95,0 Mio. €) und bei Telekommunikation und Nachrichtenaufwand (-24,4 Mio. €) aufgetreten sind. Nennenswerte Mehrauszahlungen gab es bei den Heeresanlagen (+43,8 Mio. €) und für Instandhaltung (+17,2 Mio. €).

Beim sonstigen betrieblichen Sachaufwand kam es in den meisten UG zu BVA-Unterschreitungen. Die deutlichsten traten in der UG 30 Bildung (-21,7 Mio. €), UG 13 Justiz (-19,5 Mio. €), UG 14 Militärische Angelegenheiten (-19,0 Mio. €), UG 11 Inneres (-16,2 Mio. €) und UG 24 Gesundheit (-15,9 Mio. €) auf.

Die BVA-Unterschreitung bei den Auszahlungen für Werkleistungen (-95,0 Mio. €) ist ein Saldo aus Über- und Unterschreitungen des BVA. Die deutlichsten Überschreitungen gab es in der UG 13 Justiz (+56,2 Mio. €) und in der UG 20 Arbeit (+42,2 Mio. €; insbesondere Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik). Deutliche Unterschreitungen gab es in der UG 30 Bildung (-58,4 Mio. €; insbesondere im Bereich Gebäudeinfrastruktur) und in der

UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft (-31,8 Mio. €; insbesondere Grüne Transformation). Der Rest verteilt sich auf eine Reihe weiterer kleinerer Abweichungen in diversen Untergliederungen.

Die BVA-Unterschreitungen bei den Auszahlungen für geringwertige Wirtschaftsgüter (-24,4 Mio. €) resultieren größtenteils aus der UG 11 Inneres (-22,5 Mio. €). Die BVA-Überschreitungen beim Sachaufwand für Heeresanlagen betrafen naturgemäß nur die UG 14 Militärische Angelegenheiten (+43,8 Mio. €).

Die Mehrauszahlungen für Instandhaltung (in Summe +17,2 Mio. €) ergeben sich aus Mehrauszahlungen insbesondere in der UG 30 Bildung (+43,4 Mio. €) und Minderauszahlungen in diversen Untergliederungen, insbesondere in der UG 11 Inneres (-12,8 Mio. €) und der UG 13 Justiz (-7,0 Mio. €).

Transfers

Der BVA 2025 sah Auszahlungen für Transfers iHv. 91.403,9 Mio. € vor. Im vorläufigen Erfolg belaufen sich die bereinigten Auszahlungen für Transfers auf 91.493,7 Mio. €, womit der BVA 2025 um 89,7 Mio. € bzw. 0,1% überschritten wurde. Dabei kam es jedoch zu signifikanten Über- und Unterschreitungen des BVA in verschiedenen Budgetbereichen.

Bei der Interpretation der folgenden Daten ist zu berücksichtigen, dass die Darstellung der ökonomischen Gliederung folgt. Die hier ausgewiesenen Beträge umfassen ausschließlich **Transferzahlungen**. Da Themenbereiche – wie die Grüne Transformation oder E-Mobilität – zusätzlich Anteile aus anderen Kategorien (insbesondere dem betrieblichen Sachaufwand) enthalten können, weichen die hier dargestellten Summen unter Umständen vom Gesamtauszahlungsbetrag des jeweiligen Themenbereiches ab.

Bedeutende BVA-Überschreitungen gab es in:

- UG 20 Arbeit (+397,1 Mio. €): Mehrauszahlungen insbesondere bei ALV-Leistungen (+325,5 Mio. €), Bildungskarenz (+101,9 Mio. €) und Altersteilzeit (+87,3 Mio. €) sowie Minderauszahlungen für aktive Arbeitsmarktpolitik (-89,3 Mio. €) und Kurzarbeit (-21,4 Mio. €).

- UG 30 Bildung (+78,6 Mio. €): Darin enthalten sind Mehrauszahlungen iHv. 91,6 Mio. € für Landeslehrpersonal und Minderauszahlungen iHv. 13,0 Mio. € für restliche Themenbereiche.
- UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (+175,8 Mio. €): Großteils Förderungen der ländlichen Entwicklung sowie Marktordnung, davon 106,9 Mio. € aus den EU-Förderfonds.
- UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft (+323,6 Mio. €): Insbesondere wegen Mehrauszahlungen für Förderungen im Bereich Grüne Transformation (+335,5 Mio. €) und Umwelt- und Kreislaufwirtschaft (+10,1 Mio. €), aber geringeren Restzahlungen für den Klimabonus (-22,0 Mio. €).

Die Mehrauszahlungen wurden jedoch durch BVA-Unterschreitungen in anderen Auszahlungsbereichen in Summe bis auf 0,1 Mrd. € kompensiert. Die größten BVA-Unterschreitungen gab es in:

- UG 21 Soziales und Konsumentenschutz (-151,8 Mio. €): Ua. geringere Auszahlungen aus dem Hospiz- und Palliativfonds (-27,6 Mio. €), für Sonderzuwendungen gemäß LWA-G (-49,6 Mio. €) und den Wohnschirm (-48,2 Mio. €) sowie Rückzahlungen (negative Auszahlungen) beim Projekt Community Nurses (-10,0 Mio. €).
- UG 23 Pensionen Beamtinnen und Beamte (-119,5 Mio. €).
- UG 41 Mobilität (-349,2 Mio. €): Ua. geringere Auszahlungen für Förderungen der E-Mobilität aufgrund von Verzögerungen beim Start der Förderprogramme EBIN II und ENIN II (-157,6 Mio. €), Zahlungsverchiebungen in die Folgejahre bei Förderungen des Klima- und Energiefonds (-66,4 Mio. €) und bei Zahlungen aufgrund der Verkehrsdiensteverträge (-40,0 Mio. €) sowie geringere RRF-Fördermittel für emissionsfreie Busse aufgrund von Projektverzögerungen (-34,2 Mio. €).
- UG 44 Finanzausgleich (-163,7 Mio. €): Wegen geringerer Auszahlungen beim Zweckzuschuss für Wohnbauförderung (-91,4 Mio. €) und aus Mitteln des Katastrophenfonds (-71,8 Mio. €).
- UG 45 Bundesvermögen (-55,3 Mio. €): Darin enthalten sind Minderauszahlungen für COVID-19-Schadloshaltungen (-60,0 Mio. €), COFAG & COFAG-NoAG (-98,7 Mio. €) sowie der Kostenersatz IAKW (-26,9 Mio. €), aber auch Mehrauszahlungen für den Stromkostenzuschuss iHv. 140,6 Mio. €.

Tabelle 24: Auszahlungen für Transfers

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	in %	
UG 01 Präsidentschaftskanzlei				kA.				kA.	
UG 02 Bundesgesetzgebung	62,9	53,6	-9,3	-14,8%	62,9	49,2	-13,7	-21,8%	-4,5
UG 03 Verfassungsgerichtshof	1,8	1,7	-0,1	-4,9%	1,8	1,7	-0,1	-5,9%	-0,0
UG 04 Verwaltungsgerichtshof	0,0	0,0	+0,0	kA.	0,0	0,0		kA.	-0,0
UG 05 Volksanwaltschaft	0,9	0,9	+0,0	+0,4%	0,9	0,8	-0,1	-8,2%	-0,1
UG 06 Rechnungshof	0,2	0,2	+0,0	+13,4%	0,2	0,2	+0,0	+1,8%	-0,0
UG 10 Bundeskanzleramt	681,1	386,4	-294,6	-43,3%	681,1	396,7	-284,3	-41,7%	+10,3
UG 11 Inneres	99,8	93,7	-6,1	-6,1%	99,8	95,8	-4,0	-4,1%	+2,1
UG 12 Äußeres	324,9	303,1	-21,8	-6,7%	324,9	302,7	-22,2	-6,8%	-0,5
UG 13 Justiz	118,9	120,4	+1,5	+1,3%	118,9	118,7	-0,2	-0,1%	-1,7
UG 14 Militärische Angelegenheiten	63,1	39,9	-23,2	-36,8%	63,1	58,7	-4,4	-6,9%	+18,8
UG 15 Finanzverwaltung	155,7	138,9	-16,7	-10,8%	155,7	134,4	-21,3	-13,7%	-4,5
UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport	222,3	347,3	+124,9	+56,2%	222,3	336,9	+114,6	+51,5%	-10,3
UG 18 Fremdenwesen	458,4	521,1	+62,6	+13,7%	458,4	509,8	+51,4	+11,2%	-11,2
UG 20 Arbeit	9.661,5	9.912,9	+251,4	+2,6%	9.661,5	10.310,1	+648,6	+6,7%	+397,1
ALV-Leistungen	6.100,6	6.495,4	+394,8	+6,5%	6.100,6	6.820,9	+720,3	+11,8%	+325,5
Aktive Arbeitsmarktpolitik: Förderbudget Arbeitsmarkt	1.074,4	1.090,0	+15,6	+1,5%	1.074,4	1.043,9	-30,5	-2,8%	-46,1
Aktive Arbeitsmarktpolitik: ESF	84,4	46,4	-38,0	-45,0%	84,4	3,2	-81,2	-96,2%	-43,2
Altersteilzeit	594,0	600,0	+6,0	+1,0%	594,0	687,3	+93,3	+15,7%	+87,3
Bildungskarenz	440,2	275,0	-165,2	-37,5%	440,2	376,9	-63,3	-14,4%	+101,9
Kurzarbeit	-4,6	20,0	+24,6	kA.	-4,6	-1,4	+3,2	-69,6%	-21,4
Restliche Themenbereiche	1.372,5	1.386,1	+13,6	+1,0%	1.372,5	1.379,3	+6,7	+0,5%	-6,9
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	5.449,2	5.505,5	+56,3	+1,0%	5.449,2	5.353,7	-95,5	-1,8%	-151,8
Hospiz- und Palliativfonds	25,4	52,3	+26,9	+106,2%	25,4	24,7	-0,7	-2,7%	-27,6
Sonderzuwendungen gem. LWA-G	269,7	130,0	-139,7	-51,8%	269,7	80,4	-189,4	-70,2%	-49,6
Wohnschirm	12,2	37,0	+24,8	+202,7%	12,2	-11,2	-23,4	kA.	-48,2
RRF-Projekt (Community Nurses)	20,3		-20,3	kA.	20,3	-10,0	-30,3	kA.	-10,0
Restliche Themenbereiche	5.121,6	5.286,2	+164,6	+3,2%	5.121,6	5.269,8	+148,3	+2,9%	-16,4
UG 22 Pensionsversicherung	17.356,8	19.446,8	+2.089,9	+12,0%	17.356,8	19.446,7	+2.089,9	+12,0%	-0,0
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	12.657,6	13.427,7	+770,1	+6,1%	12.657,6	13.308,2	+650,6	+5,1%	-119,5
UG 24 Gesundheit	2.629,2	2.624,4	-4,8	-0,2%	2.629,2	2.600,2	-29,0	-1,1%	-24,2
UG 25 Familie und Jugend	7.848,7	8.083,3	+234,6	+3,0%	7.848,7	8.122,4	+273,7	+3,5%	+39,1
UG 30 Bildung	5.993,4	6.178,8	+185,4	+3,1%	5.993,4	6.257,3	+264,0	+4,4%	+78,6
Landeslehrpersonal	5.593,4	5.804,6	+211,2	+3,8%	5.593,4	5.896,2	+302,8	+5,4%	+91,6
Restliche Themenbereiche	399,9	374,2	-25,8	-6,4%	399,9	361,2	-38,8	-9,7%	-13,0
UG 31 Wissenschaft und Forschung	6.448,5	7.128,7	+680,2	+10,5%	6.448,5	7.092,4	+643,9	+10,0%	-36,3
UG 32 Kunst und Kultur	602,3	614,0	+11,8	+2,0%	602,3	605,8	+3,5	+0,6%	-8,3
UG 33 Wirtschaft (Forschung)	203,1	211,9	+8,8	+4,4%	203,1	215,8	+12,7	+6,3%	+3,9
UG 34 Innovation und Technologie (Forschung)	508,4	595,2	+86,8	+17,1%	508,4	597,4	+89,0	+17,5%	+2,2
UG 40 Wirtschaft	1.636,3	980,1	-656,2	-40,1%	1.636,3	959,1	-677,2	-41,4%	-21,0
UG 41 Mobilität	4.764,9	5.309,4	+544,5	+11,4%	4.764,9	4.960,3	+195,3	+4,1%	-349,2
Verkehrsdienstverträge (ÖBB-PV und Privatbahnen)	1.112,3	1.288,2	+175,9	+15,8%	1.112,3	1.248,2	+135,9	+12,2%	-40,0
E-Mobilität (exkl. Anteil KLI.EN)	7,0	177,8	+170,8	kA.	7,0	20,2	+13,2	+188,7%	-157,6
Klima- und Energiefonds (KLI.EN)	142,9	229,4	+86,5	+60,5%	142,9	163,1	+20,2	+14,1%	-66,4
Emissionsfreie Busse (RRF)	50,3	51,2	+0,9	+1,7%	50,3	17,0	-33,3	-66,2%	-34,2
Restliche Themenbereiche	3.452,4	3.562,8	+110,4	+3,2%	3.452,4	3.511,8	+59,4	+1,7%	-51,0
UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	2.636,7	2.429,7	-207,0	-7,9%	2.636,7	2.605,5	-31,2	-1,2%	+175,8
Ländliche Entwicklung - ELER (EU var.)	613,6	573,1	-40,4	-6,6%	613,6	741,5	+127,9	+20,8%	+168,4
Gem. Marktorganisation & EGFL (EU var.)	694,1	709,9	+15,8	+2,3%	694,1	688,4	-5,7	-0,8%	-21,5
Ländliche Entwicklung (Bund fix)	343,6	337,1	-6,5	-1,9%	343,6	418,6	+75,0	+21,8%	+81,5
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EU var.)	143,5	66,4	-77,1	-53,7%	143,5	26,4	-117,1	-81,6%	-40,0
Restliche Themenbereiche	842,0	743,2	-98,8	-11,7%	842,0	730,6	-111,4	-13,2%	-12,6
UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	4.702,0	2.037,7	-2.664,3	-56,7%	4.702,0	2.361,2	-2.340,7	-49,8%	+323,6
Grüne Transformation	1.646,9	1.752,6	+105,8	+6,4%	1.646,9	2.088,1	+441,3	+26,8%	+335,5
Umwelt und Kreislaufwirtschaft	81,7	135,2	+53,4	+65,4%	81,7	145,3	+63,5	+77,7%	+10,1
Klima- und Anti-Teuerungsbonus	1.910,3	110,0	-1.800,3	-94,2%	1.910,3	88,0	-1.822,3	-95,4%	-22,0
Restliche Themenbereiche	1.063,1	39,9	-1.023,2	-96,2%	1.063,1	39,8	-1.023,3	-96,3%	-0,1
UG 44 Finanzausgleich	3.404,5	3.906,9	+502,4	+14,8%	3.404,5	3.743,2	+338,7	+9,9%	-163,7
Zweckzuschuss Wohnbauförderung	29,8	275,0	+245,2	+823,4%	29,8	183,6	+153,9	+516,6%	-91,4
Katastrophenfonds	669,5	673,4	+3,9	+0,6%	669,5	601,6	-67,9	-10,1%	-71,8
Restliche Themenbereiche	2.705,2	2.958,5	+253,3	+9,4%	2.705,2	2.957,9	+252,7	+9,3%	-0,6
UG 45 Bundesvermögen	2.035,6	1.003,7	-1.031,8	-50,7%	2.035,6	948,4	-1.087,2	-53,4%	-55,3
COVID-19 Schadloshaltung	42,8	118,4	+75,6	+176,4%	42,8	58,4	+15,6	+36,4%	-60,0
COFAG & COFAG-NoAG	284,4	10,6	-273,8	-96,3%	284,4	-88,0	-372,5	kA.	-98,7
Kostensatz IAKW	35,9	40,5	+4,6	+12,8%	35,9	13,7	-22,3	-62,0%	-26,9
Stromkostenzuschuss	1.038,3	200,0	-838,3	-80,7%	1.038,3	340,6	-697,7	-67,2%	+140,6
Restliche Themenbereiche	634,0	634,2	+0,2	+0,0%	634,0	623,8	-10,2	-1,6%	-10,4
UG 51 Kassenverwaltung				kA.		0,3	+0,3	kA.	+0,3
Auszahlungen für Transfers	90.728,5	91.403,9	+675,4	+0,7%	90.728,5	91.493,7	+765,2	+0,8%	+89,7

Finanzaufwand

Zahlungen für Finanzaufwand, das sind Zinsen und „Sonstige Finanzaufwendungen“ (Zahlungen aufgrund Disagios bei Aufstockung von Anleihen mit Kupon unter Marktzins), fallen aus der Verzinsung der Bundesschulden an. Ausführliche Erläuterungen dazu finden sich in Kapitel 1.1 unter „Auszahlungen für Zinsen, Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit und Finanzschulden des Bundes“ und in Kapitel 2 „Vorläufiger Erfolg nach Untergliederungen“ in „UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge“.

1.6. Ökonomische Gliederung der Einzahlungen

Tabelle 25: Ökonomische Gliederung der Einzahlungen

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ Erf. / BVA 2025
	Erfolg	BVA	Veränderung		Erfolg	v. Erfolg	Veränderung		
	2024	2025	in Mio. €	in %	2024	2025	in Mio. €	in %	
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	28,4	4,3	-24,1	-84,8%	28,4	19,4	-9,0	-31,7%	+15,1
Einzahlungen aus Darlehen und Vorschüsse	373,3	189,6	-183,7	-49,2%	373,3	305,5	-67,8	-18,2%	+115,9
Abgaben - brutto	114.268,8	117.398,0	+3.129,2	+2,7%	114.268,8	119.736,7	+5.467,9	+4,8%	+2.338,7
Ab-Überweisungen	-44.252,3	-45.635,6	-1.383,3	+3,1%	-44.252,3	-45.971,9	-1.719,6	+3,9%	-336,3
Abgabenähnliche Einzahlungen	17.978,0	18.536,6	+558,6	+3,1%	17.978,0	18.731,6	+753,6	+4,2%	+194,9
Einzahlungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	864,7	881,8	+17,1	+2,0%	864,7	812,3	-52,4	-6,1%	-69,5
Kostenbeiträge und Gebühren	1.584,2	1.722,0	+137,8	+8,7%	1.584,2	1.739,1	+155,0	+9,8%	+17,2
Transfers	7.692,6	9.764,9	+2.072,4	+26,9%	7.692,6	9.251,9	+1.559,3	+20,3%	-513,1
Vergütungen innerhalb des Bundes	45,3	10,0	-35,3	-77,9%	45,3	5,9	-39,4	-87,0%	-4,1
Sonstige Einzahlungen	541,2	384,0	-157,2	-29,1%	541,2	565,6	+24,3	+4,5%	+181,6
Finanzeinzahlungen	2.443,7	1.845,4	-598,3	-24,5%	2.443,7	1.878,3	-565,5	-23,1%	+32,9
Einzahlungen	101.567,9	105.101,1	+3.533,2	+3,5%	101.567,9	107.074,3	+5.506,4	+5,4%	+1.973,2

Der BVA 2025 erwartete Einzahlungen von insgesamt 105,1 Mrd. €, was gegenüber den Einzahlungen des Jahres 2024 einem geplanten Anstieg von 3,5 Mrd. € (+3,5%) entsprach. Im vorläufigen Erfolg belaufen sich die bereinigten Einzahlungen auf 107,1 Mrd. €, womit der BVA 2025 um 2,0 Mrd. € (1,9%) überschritten wurde.

Abgaben brutto, Ab-Überweisungen, abgabenähnliche Einzahlungen

Dem erwarteten Einzahlungsanstieg im BVA von insgesamt 3,5 Mrd. € lagen ua. Mehreinzahlungen bei den Bruttoabgaben (+3,1 Mrd. €; davon Energieabgaben: +1,0 Mrd. €, LSt: +1,0 Mrd. €, ESt: -0,5 Mrd. €, KöSt: -0,6 Mrd. €, USt: +1,5 Mrd. €, Sonderzahlung Stabilitätsabgabe: +0,3 Mrd. €, Non-ETS-Erlöse: +0,3 Mrd. €) sowie den abgabenähnlichen Einzahlungen (+0,6 Mrd. €) zugrunde. Die Ab-Überweisungen waren mit insgesamt -1,4 Mrd. € budgetiert.

Tatsächlich entwickelte sich die Konjunktur im Jahr 2025 etwas besser als erwartet. Anstelle der weiterhin prognostizierten leichten Rezession (BIP real -0,3%, nominell +2,2%) gab es 2025 erstmals nach zwei Jahren wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum (aktuelle WIFO-Prognose: BIP real +0,5%, nominell +3,6%), wobei auch die Inflation höher als erwartet ausgefallen ist. Damit verbesserten sich wesentliche Parameter für die

Budgeteinzahlungen (Konsum, Lohnsumme). Arbeitsmarkt und Beschäftigung entwickelten sich jedoch trotz der Konjunkturerholung etwas schlechter als geplant (siehe dazu ausführlich Kapitel 1.2).

So konnten die geplanten Einzahlungen sowohl aus den Bruttoabgaben als auch aus den abgabenähnlichen Einzahlungen übertroffen werden. Die Bruttoabgaben überschreiten den BVA um 2,3 Mrd. € (davon ESt: +0,6 Mrd. €, LSt: +0,6 Mrd. €, KSt: +1,2 Mrd. €). Die abgabenähnlichen Einzahlungen fielen um 194,9 Mio. € höher aus als geplant (ALV-Beiträge: +133,5 Mio. €; FLAF-Beiträge/-Anteile: +59,7 Mio. €).

Die Ab-Überweisungen, welche die Netto-Abgaben des Bundes verringern, korrelieren (leicht verzögert) mit den Bruttoabgaben. Infolge der Mehreinzahlungen bei den Bruttoabgaben fielen auch die Ab-Überweisungen in Summe höher aus als erwartet (+336,3 Mio. €), was ua. höhere Ertragsanteile für Länder (+227,0 Mio. €) und Gemeinden (+138,9 Mio. €) im Jahr 2025 bedeutete.

Einzahlungen aus Transfers

Im Vergleich zu 2024 wurden im BVA 2025 höhere Einzahlungen aus Transfers budgetiert (+2,1 Mrd. €). Die Abweichung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass zwei außerordentlich hohe Einzahlungen iHv. insgesamt 2,1 Mrd. € aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) von der EK erwartet und auch tatsächlich vereinnahmt wurden.

In einer detaillierten Betrachtung setzen sich die im Vergleich zu 2024 höher geplanten Einzahlungen aus Transfers (+2.072,4 Mio. €) wie folgt zusammen: 2.137,0 Mio. € RRF-Mittel von der EU, 194,1 Mio. € aus den EU-Fonds für Landwirtschaft und Fischerei, 61,2 Mio. € aus den EU-Strukturfonds, 55,0 Mio. € aus der Valorisierung der Mittel des Pflegefonds sowie geringere Einzahlungen aus der Auflösung der Arbeitsmarktrücklage (-276,8 Mio. €) und sonstige Mindereinzahlungen aus Transfers von in Summe 98,2 Mio. €.

Im vorläufigen Erfolg bleiben die Einzahlungen aus Transfers jedoch deutlich hinter dem BVA zurück (-513,1 Mio. €). Dies liegt insbesondere daran, dass es aufgrund von Zahlungsverchiebungen 2025 zu Mindereinzahlungen aus den EU-Fonds für Landwirtschaft/Fischerei und den EU-Strukturfonds von insgesamt 527,1 Mio. € gekommen ist. Daneben gab es eine Reihe kleinerer Abweichungen, die sich in Summe annähernd ausglich.

Finanzeinzahlungen, Darlehen und Vorschüsse, Kostenbeiträge und Gebühren, Sonstige Einzahlungen

Bei den Finanzeinzahlungen erwartete man im BVA 2025 substantielle Mindereinzahlungen gegenüber 2024 (-598,3 Mio. €; davon 402,7 Mio. € geringere Dividenden von ÖBAG und Verbund sowie 239,9 Mio. € geringer erwartete Zinseinzahlungen aus der Veranlagung der Kassenmittel des Bundes). Der Rückgang der Dividendeneinzahlungen fiel wie erwartet aus. Aus Zinsen für die Veranlagung der Kassenmittel konnten jedoch Mehreinzahlungen gegenüber dem BVA iHv. 29,4 Mio. € erzielt werden. Zusammen mit einigen kleinen Abweichungen in anderen UG konnte der BVA in der Kategorie Finanzeinzahlungen um 32,9 Mio. € überschritten werden.

Die Einzahlungen aus **Darlehen und Vorschüssen** wurden im BVA 2025 um 183,7 Mio. € unter dem Erfolg 2024 budgetiert, hauptsächlich weil im Jahr 2024 ein Teil des Griechenland-Darlehens vorzeitig zurückgezahlt wurde (-233,6 Mio. €, ohne Zinsen). Tatsächlich gab es jedoch auch 2025 wieder eine vorzeitige Darlehensrückzahlung durch Griechenland iHv. 156,3 Mio. €. Die erwarteten Rückzahlungen im Bereich Exportförderung wurden nicht im vollen Ausmaß realisiert. Im vorläufigen Erfolg wurde damit der BVA 2025 bei den Einzahlungen aus Darlehen und Vorschüssen um 115,9 Mio. € übertroffen.

Die Einzahlungen aus **Kostenbeiträgen und Gebühren** wurden 2025 um 137,8 Mio. € höher budgetiert als der Erfolg 2024. Die größten Mehreinnahmen wurden in der UG 13 Justiz erwartet (+143,4 Mio. €; insbes. wegen Valorisierung der Gerichtsgebühren und Mehreinzahlungen aus Grundbuchsgebühren aufgrund der erwarteten Stabilisierung des Immobilienmarktes). Nennenswerte Mehreinzahlungen wurden noch in der UG 45 Bundesvermögen (+25,7 Mio. €, Exportförderung, Finanzhaftungen) erwartet, die jedoch durch erwartete Rückgänge in anderen UG in Summe leicht überkompensiert werden sollten.

Im Vollzug blieben die Einzahlungen in der UG 13 Justiz um 115,8 Mio. € hinter den Erwartungen des BVA zurück, insbesondere wegen der weiterhin gedämpften Entwicklung im Bereich der Einzahlungen aus Grundbuchsgebühren. Im Gegenzug wurde jedoch der BVA in der UG 45 Bundesvermögen bei den Gebühreneinnahmen aus Exportförderungen und sonstigen Finanzhaftungen um 105,2 Mio. € übertroffen. Zusammen mit einer Reihe kleinerer Mehreinzahlungen in anderen UG konnte der BVA bei den Einzahlungen aus Kostenbeiträgen und Gebühren um 17,2 Mio. € übererfüllt werden.

Bei den **sonstigen Einzahlungen** wurde im BVA 2025 ein Rückgang gegenüber dem Erfolg 2024 iHv. 157,2 Mio. € budgetiert. Rückgänge wurden insbesondere in der UG 13 Justiz (- 59,7 Mio. €), der UG 45 Bundesvermögen (- 42,7 Mio. €), der UG 41 Mobilität (- 16,7 Mio. €), UG 40 Wirtschaft (-15,0 Mio. €) und UG 11 Inneres (- 13,0 Mio. €) erwartet.

Im Vollzug gab es Mindereinzahlungen im erwarteten Ausmaß in dieser Kategorie jedoch nur in UG 45 Bundesvermögen und UG 41 Mobilität; in diesen beiden UG fielen die Mindereinzahlungen in Summe sogar stärker aus als erwartet (-19,2 Mio. €). In UG 13 Justiz und UG 40 Wirtschaft gab es Mehr- statt Mindereinzahlungen und in der UG 11 Inneres fielen die Mindereinzahlungen geringer aus, womit diese drei UG in Summe zu einer Verbesserung gegenüber dem BVA um 116,6 Mio. € beitrugen. Zusammen mit einer Reihe von kleinen ungeplanten Mehreinzahlungen in anderen UG konnten schließlich statt der budgetierten Mindereinzahlungen Mehreinzahlungen iHv. 24,3 Mio. € gegenüber 2024 erzielt und damit der BVA um 181,6 Mio. € übererfüllt werden.

1.7. Vergleich mit dem Bundesfinanzrahmen

Die Auszahlungsobergrenzen des im Jahr 2025 gültigen Bundesfinanzrahmens 2025-2028 wurden, unter Berücksichtigung etwaiger Rücklagenentnahmen, Erhöhung variabler Obergrenzen und Umschichtungen, in allen Untergliederungen eingehalten.

Tabelle 26: Vergleich mit dem Bundesfinanzrahmen 2025

Auszahlungen 2025	BFRG 2025	Abweichungen zum BFRG						BFRG + Abweich.	vorl. Erfolg unbereinigt	Δ BFRG+ Änderungen / v. Erfolg
		Rücklagen-Entnahmen			Erhöhung variabler Obergrenzen	Umschicht. aus anderen UG	Ermächtigungen gem. Art. VI Z 4 bis 19			
		budgetiert	nicht budgetiert	von anderen UG						
Rubrik 0,1: Recht und Sicherheit	15.461,4	416,2	16,0	16,0				15.909,6	15.345,2	-564,4
01 Präsidentschaftskanzlei	12,7							12,7	12,7	0,0
02 Bundesgesetzgebung	284,8							284,8	259,9	-25,0
03 Verfassungsgerichtshof	20,7							20,7	20,2	-0,5
04 Verwaltungsgerichtshof	27,4	0,2						27,6	25,8	-1,8
05 Volksanwaltschaft	15,7		0,3	0,1				16,1	16,1	0,0
06 Rechnungshof	48,6							48,6	46,8	-1,8
10 Bundeskanzleramt	700,7		13,4				1,7	714,1	643,0	-71,1
11 Inneres	4.106,6	58,6	0,9	5,0		1,4		4.172,4	4.108,3	-64,1
12 Äußeres	665,7			6,9				672,6	631,4	-41,2
13 Justiz	2.442,9	15,0	0,0	1,4			15,0	2.459,3	2.385,2	-74,0
14 Militärische Angelegenheiten	4.740,8		0,1	2,2			219,0	4.743,1	4.608,9	-134,2
15 Finanzverwaltung	1.501,5	58,4						1.559,9	1.499,2	-60,7
16 Öffentliche Abgaben	0,0							0,0	0,0	0,0
17 Öffentlicher Dienst und Sport	477,3	6,0						483,3	413,7	-69,6
18 Fremdenwesen	415,8	278,1	1,4	0,4		-1,4		694,3	673,9	-20,4
Rubrik 2: Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	60.660,2	196,1	0,0	77,3	499,0			61.432,7	60.997,3	-435,4
20 Arbeit	10.244,6	100,8	0,0	7,3	496,3			10.849,1	10.781,3	-67,8
21 Soziales und Konsumentenschutz	5.704,1	95,3				-14,9		5.784,6	5.623,3	-161,3
22 Pensionsversicherung	19.446,8							19.446,8	19.446,7	0,0
23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	13.428,0							13.428,0	13.308,5	-119,5
24 Gesundheit	2.845,2				2,7	14,9	2,2	2.862,7	2.793,2	-69,6
25 Familie und Jugend	8.991,6			70,0				9.061,6	9.044,3	-17,2
Rubrik 3: Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	20.691,8	193,3	151,1	7,9				21.044,0	20.836,4	-207,6
30 Bildung	11.849,1	147,0	129,3	7,7		-2,4		12.130,7	12.087,7	-43,0
31 Wissenschaft und Forschung	7.326,3	36,5		0,2		2,4	90,0	7.365,3	7.221,3	-144,0
32 Kunst und Kultur	670,7		6,7					677,4	661,3	-16,1
33 Wirtschaft (Forschung)	224,7	3,8	7,1					235,6	235,4	-0,1
34 Innovation und Technologie (Forschung)	621,1	6,0	8,0					635,1	630,7	-4,4
Rubrik 4: Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	17.704,8	612,3	284,1	12,1	2,3			18.615,6	17.465,2	-1.150,4
40 Wirtschaft	1.243,4	127,7		0,3				1.371,5	1.330,1	-41,3
41 Mobilität	6.004,3	25,2	0,0	3,5				6.033,0	5.667,8	-365,2
42 Land-Forstw.Reg.WaWi	2.833,3	15,0	210,8	1,1	1,6		8,0	3.061,8	3.016,8	-45,0
43 Klima, Umwelt und Energie	2.060,9	412,2	66,2				242,5	2.539,3	2.491,8	-47,6
44 Finanzausgleich	3.907,9				0,6			3.908,6	3.744,4	-164,2
45 Bundesvermögen	1.654,7	32,1	7,1	7,2			150,0	1.701,2	1.214,3	-486,9
46 Finanzmarktstabilität	0,3							0,3	0,0	-0,3
Rubrik 5: Kassa und Zinsen	8.384,1			0,3				8.384,4	6.823,8	-1.560,6
51 Kassenverwaltung	0,0			0,3				0,3	0,3	0,0
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	8.384,0							8.384,0	6.823,5	-1.560,6
Summe	122.902,3	1.417,9	451,3	113,6	501,2			125.386,4	121.467,9	-3.918,5

Überblick über Ermächtigungen

Im Rahmen der Budgeterstellung 2025 wurden zum damaligen Zeitpunkt zum Teil absehbare aber insbesondere der Höhe nach unsichere Entwicklungen berücksichtigt, indem neben der Veranschlagung von bereits beschlossenen Maßnahmen auch Ermächtigungen im BFG 2025 vorgesehen wurden.

Tabelle 27: Ermächtigungen im BFG 2025

Ermächtigungen im BFG 2025 In Mio. €	BFG 2025	Inanspruch- nahme
UG 10 IFG, DZG, Verordnung über die europäisch digitale Identität (EUDI) und EU-Verordnung über künstliche Intelligenz (KI-VO)	7,5	1,7
UG 10 Kursmaßnahmen und Integrationsprogrammen im Bereich der Integration	67,0	
UG 11 Kriminalitätsbekämpfung und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit	10,0	
UG 12 Maßnahmen der „Europäischen Nachbarschaft“	10,0	
UG 13 Verteidigerkostenersatz	40,0	
UG 13 Medizinische Versorgung bzw. Unterbringung im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzuges	15,0	15,0
UG 14 Europäische Friedensfazilität (European Peace Facility)*	150,0	4,2
UG 14 Beschaffungen von Investitionsgütern zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit samt komplementärem Sachaufwand	200,0	200,0
UG 17 Energiekostenzuschuss für Non-Profit-Organisationen (EKZ-NPOG)	10,0	
UG 17 Breitband	39,3	
UG 24 Maßnahmen gemäß § 66 Abs. 1 Z 1 bis 12 Tiergesundheitsgesetz 2024, BGBl. I Nr. 53/2024, zur Bekämpfung einer Tierseuche	5,0	2,2
UG 31 Erhöhungen der Gehälter von Arbeitnehmerinnen u. -nehmern an Medizinischen Universitäten bzw. Medizinischen Fakultäten an Univ.	90,0	90,0
UG 40 Nachzahlungen von Vordienstzeiten bei Personal, das für Dritte leistet (Ämter gem. Poststrukturgesetz)	5,0	
UG 42 Sanierungsmaßnahmen an land- und forstwirtschaftlichen Schulen und für Maßnahmen des Ausbaus erneuerbarer Energieerträge	8,0	8,0
UG 43 Förderungen von thermisch-energetischen Sanierungen	280,0	242,5
UG 45 Entlastung von natürlichen Personen durch Sicherstellung einer leistbaren Stromversorgung in Vollziehung des Stromkostenzuschussgesetzes	150,0	150,0
Summe	1.086,8	713,6

* Während der Gültigkeit des gesetzlichen Budgetprovisoriums wurden bereits 14,8 Mio. € genehmigt (Art. VI Z 5 BFG 2024 iVm. Art. I § 2 Ges. Budgetprovisorium BGBl. I Nr. 8/2025).

Tabelle 27 gibt einen Überblick über alle Ermächtigungen im BFG 2025 und deren Inanspruchnahme im Jahr 2025. In Summe wurden von den 16 Ermächtigungen iHv. insgesamt 1.086,8 Mio. € im BFG 2025 **neun Ermächtigungen bzw. 713,6 Mio. € in Anspruch genommen**. Die überwiegende Mehrheit wurde im Sinne des restriktiven Budgetvollzugs erst im vierten Quartal genehmigt, als die Einhaltung des BVA 2025 sichergestellt war. Im Detail handelt es sich um folgende Ermächtigungen:

- Informationsfreiheitsgesetz (IFG), Datenzugangsgesetz (DZG), Verordnung über die europäische digitale Identität (EUDI) und der EU-Verordnung über künstliche Intelligenz (KI-VO) (Art. VI Z 4 BFG 2025; UG 10 Bundeskanzleramt): 1,7 Mio. €
- Medizinische Versorgung bzw. Unterbringung im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzuges (Art. VI Z 9 BFG 2025; UG 13 Justiz): 15,0 Mio. €
- Europäische Friedensfazilität (Art. VI Z 10 BFG 2025; UG 14 Militärische Angelegenheiten): 4,2 Mio. €
- Beschaffungen von Investitionsgütern zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit samt komplementärem Sachaufwand (Art. VI Z 11 BFG 2025; UG 14 Militärische Angelegenheiten): 200,0 Mio. €
- Maßnahmen gemäß § 66 Abs. 1 Z 1 bis 12 Tiergesundheitsgesetz 2024, BGBl. I Nr. 53/2024, zur Bekämpfung einer Tierseuche (Art. VI Z 14 BFG 2025, UG 24 Gesundheit): 2,2 Mio. €
- Erhöhungen der Gehälter von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an Medizinischen Universitäten bzw. Universitäten, an denen eine Medizinische Fakultät eingerichtet ist (Art. VI Z 15 BFG 2025, UG 31 Wissenschaft und Forschung): 90,0 Mio. €

- Sanierungsmaßnahmen an land- und forstwirtschaftlichen Schulen und für Maßnahmen des Ausbaus erneuerbarer Energieträger (Art. VI Z 17 BFG 2025, UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft): 8,0 Mio. €
- Förderungen von thermisch-energetischen Sanierungen (Art. VI Z 18 BFG 2025, UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft): 242,5 Mio. €
- Maßnahmen zur Entlastung von natürlichen Personen durch Sicherstellung einer leistbaren Stromversorgung in Vollziehung des Stromkostenzuschussgesetzes, BGBl. I Nr. 156/2022 idgF. (Art. VI Z 19 BFG 2025, UG 45 Bundesvermögen): 150,0 Mio. €

Während der Gültigkeit des gesetzlichen Budgetprovisoriums wurde zudem bereits eine Ermächtigung für Auszahlungen an die Europäische Friedensfazilität iHv. 14,8 Mio. € genehmigt (Art. VI Z 5 BFG 2024 iVm. Art. I § 2 Ges. Budgetprovisorium BGBl. I Nr. 8/2025; UG 14 Militärische Angelegenheiten).

1.8. Nettoergebnis

Tabelle 28: Übersicht Ergebnishaushalt

Ergebnishaushalt In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Aufwendungen	118.906,9	126.710,9	+7.804,0	+6,6%	118.811,0	121.086,6	+2.275,6	+1,9%	-5.624,3
Erträge	105.151,6	103.651,4	-1.500,2	-1,4%	104.424,9	106.832,2	+2.407,4	+2,3%	+3.180,9
Nettoergebnis	-13.755,3	-23.059,5	-9.304,2		-14.386,1	-14.254,4	+131,7		+8.805,1

Das **vorläufige Nettoergebnis 2025 betrug 14,3 Mrd. €** und ist damit **um 8,8 Mrd. € besser als im BVA** veranschlagt.

Die **Aufwendungen** beliefen sich auf 121,1 Mrd. € und sind damit **um 5,6 Mrd. € niedriger als im BVA 2025** geplant. Die **Erträge** summieren sich auf 106,8 Mrd. € und **übertreffen** damit den **BVA um 3,2 Mrd. €**.

Für Abweichungen im Vollzug des Ergebnishaushalts im Vergleich zum BVA 2025 gelten grundsätzlich die gleichen Gründe wie im Finanzierungshaushalt. In diesem Abschnitt werden die wesentlichen Unterschiede zwischen Aufwendungen und Auszahlungen sowie zwischen Erträgen und Einzahlungen erläutert.

Die Zahlenangaben für den Ergebnishaushalt in diesem Bericht basieren auf dem Auswertungsstand vom 18.3.2026 und umfassen ausschließlich die Buchungsperioden 1 bis 13. Damit stellen sie einen Zwischenstand dar, da noch

Abschlussbuchungen ausstehen. Die finalen Zahlen zum Ergebnishaushalt sowie detaillierte Erläuterungen werden im Bundesrechnungsabschluss veröffentlicht, den der Rechnungshof Ende Juni vorlegt.

Unterschiede zwischen Aufwendungen und Auszahlungen

Tabelle 29: Unterschiede zwischen Aufwendungen und Auszahlungen

In Mio. €	Auszahlungen	Investitions- tätigkeit	Darlehen und Vorschüsse	Auszahlungen für fw. Aufw.	Perioden- abgrenzung	Nicht fw. Aufw.	Aufwendungen	Unterschied
13 Justiz	2.385,3	32,3	0,0	2.352,9	-69,7	198,9	2.482,1	+96,8
14 Militärische Angelegenheiten	4.608,9	1.611,1	2,0	2.995,7	-130,7	336,7	3.201,8	-1.407,1
15 Finanzverwaltung	1.499,2	1,5	0,5	1.497,2	-106,8	29,1	1.419,5	-79,7
16 Öffentliche Abgaben						316,3	316,3	+316,3
17 Wohnen Medien Sport*	413,7	2,4	0,0	411,3	99,4	4,4	515,2	+101,5
18 Fremdenwesen	673,9	0,1	0,0	673,8	-73,8	6,1	606,0	-67,9
21 Soziales und Konsumentenschutz	5.623,3	1,1	4,3	5.617,9	68,6	8,5	5.694,9	+71,7
25 Familie und Jugend	9.044,3	0,0	144,6	8.899,7	2,9	53,8	8.956,4	-87,9
30 Bildung	12.087,7	25,7	1,0	12.061,0	-79,1	274,0	12.255,9	+168,3
32 Kunst und Kultur	661,3	0,3	0,0	661,0	-50,4	0,7	611,3	-50,0
41 Mobilität	5.667,8	0,8	0,0	5.667,0	1.235,7	12,0	6.914,7	+1.246,9
45 Bundesvermögen	1.214,3	24,9	152,2	1.037,2	-296,0	275,3	1.016,5	-197,8
46 Finanzmarktstabilität	0,0			0,0		79,8	79,8	+79,8
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	6.823,5			6.823,5	-619,4		6.204,0	-619,4
Alle Untergliederungen	121.468,0	1.826,9	307,1	119.334,0	-121,9	1.874,5	121.086,6	-381,4

*) In der UG 17 Wohnen Medien Sport erfolgen im Rahmen des Bundesrechnungsabschlusses noch weitere Buchungen, wodurch sich der Unterschied zwischen den Haushalten noch wesentlich ändern wird. Daher entfällt die Erläuterung in diesem Bericht.

Insgesamt belaufen sich die **Aufwendungen** auf 121,1 Mrd. € und liegen damit **um 0,4 Mrd. € unter den Auszahlungen**. Dies ist hauptsächlich auf die periodengerechte Zuordnung von Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen im Ergebnishaushalt (0,6 Mrd. €, UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge) und auf ausschließlich im Finanzierungshaushalt erfasste militärische Investitionsauszahlungen (1,4 Mrd. €, UG 14 Militärische Angelegenheiten) zurückzuführen.

Demgegenüber stehen Periodenabgrenzungen iZm. dem Verbindlichkeitzuwachs bei den Zuschussverträgen mit der ÖBB-Infrastruktur AG (1,1 Mrd. €, UG 41) sowie nicht finanzierungswirksame Aufwendungen für Forderungsabschreibungen und -wertberichtigungen bei öffentlichen Abgaben (0,3 Mrd. €, UG 16 Öffentliche Abgaben).

Aufbau der Tabelle zur Überleitung der Auszahlungen zu den Aufwendungen

Der **Finanzierungshaushalt (Auszahlungen)** setzt sich zusammen aus

- den Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit,
- den Auszahlungen aus Darlehen und Vorschüssen und
- den Auszahlungen für finanzierungswirksame Aufwendungen.

Der **Ergebnishaushalt (Aufwendungen)** setzt sich zusammen aus

- den Auszahlungen für finanzierungswirksame Aufwendungen,
- den Periodenabgrenzungen (finanzierungswirksame Aufwendungen) und
- den nicht finanzierungswirksamen Aufwendungen.

Im Vergleich bedeutet das:

- **Investitionstätigkeit** sowie **Darlehen und Vorschüsse** wirken sich unmittelbar nur im **Finanzierungshaushalt** aus (Zahlungsfokus).
- **Nicht finanzierungswirksame Aufwendungen** (zB. Abschreibungen) sind ausschließlich im **Ergebnishaushalt** enthalten (Ressourcenfokus).
- **Die finanzierungswirksamen Aufwendungen** bilden die Schnittmenge beider Haushalte. Die zeitliche Differenz zwischen der Auszahlung und dem tatsächlichen Ressourcenverbrauch wird dabei als **Periodenabgrenzung** abgebildet.

In folgenden Untergliederungen gibt es wesentliche Unterschiede zwischen Aufwendungen und Auszahlungen:

- **UG 13 Justiz (um 96,8 Mio. € höhere Aufwendungen als Auszahlungen):** In der UG 13 Justiz erfolgten Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit iHv. 32,3 Mio. € (hauptsächlich für Gebäude und Bauten iHv. 22,6 Mio. €). Periodenabgrenzungen iHv. 69,7 Mio. € (niedrigere Aufwendungen als Auszahlungen) betrafen va. den Personalaufwand (8,4 Mio. €) und den betrieblichen Sachaufwand (60,9 Mio. €) primär bei den Werkleistungen (51,6 Mio. €) und bei den Mieten (6,3 Mio. €). Zudem fielen nicht finanzierungswirksame Aufwendungen iHv. 198,9 Mio. € an, insbesondere bei den Abschreibungen auf Vermögenswerte (29,2 Mio. €), bei den Rückstellungen

für Jubiläumszuwendungen (15,0 Mio. €), nicht konsumierte Urlaube (5,1 Mio. €) und Abfertigungen (3,8 Mio. €) sowie beim Aufwand für Wertberichtigungen iHv. 141,6 Mio. €.

- **UG 14 Militärische Angelegenheiten (um 1.407,1 Mio. € niedrigere Aufwendungen als Auszahlungen):** Die Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit iHv. 1.611,1 Mio. € betrafen vorwiegend militärisches Gerät (1.134,5 Mio. €), Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (280,1 Mio. €) sowie im Bau befindliche Anlagen und Sonderanlagen (207,2 Mio. €). Zu Periodenabgrenzungen (niedrigere Aufwendungen als Auszahlungen) iHv. 130,7 Mio. € kam es vorwiegend im betrieblichen Sachaufwand bei den Heeresanlagen (64,3 Mio. €) und bei den Werkleistungen (61,8 Mio. €). Zudem wurden nicht finanzierungswirksame Aufwendungen iHv. 336,7 Mio. € gebucht, vorwiegend für die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (286,8 Mio. €).
- **UG 15 Finanzverwaltung (um 79,7 Mio. € niedrigere Aufwendungen als Auszahlungen):** Die Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit iHv. 1,5 Mio. € betrafen hauptsächlich den Kauf von Amts- und Betriebsausstattung. Periodenabgrenzungen iHv. 106,8 Mio. € (niedrigere Aufwendungen als Auszahlungen) gab es vorwiegend im Bereich der Förderungen Breitband iHv. 78,0 Mio. € aufgrund der BMG-Novelle 2025 mit 1. März 2025 (Telekommunikation und Breitband), bei den Schadensvergütungen (sonstiger betrieblicher Sachaufwand 10,7 Mio. €), bei der IT (8,3 Mio. €) und beim Personal. Nicht finanzierungswirksame Aufwendungen iHv. 29,1 Mio. € fielen insbesondere im Personalbereich iHv. 14,6 Mio. € für Dotierungen für Personalrückstellungen bzw. für Dotierungen für sonstige Rückstellungen im Bereich Schadensfälle Zoll (6,2 Mio. €) und Abschreibungen bei Investitionen an.
- **UG 16 Öffentliche Abgaben (um 316,3 Mio. € höhere Aufwendungen als Auszahlungen):** Erläuterungen befinden sich in Tabelle 34 auf Seite 90.
- **UG 18 Fremdenwesen (um 67,9 Mio. € niedrigere Aufwendungen als Auszahlungen):** Periodenabgrenzungen iHv. 73,8 Mio. € (niedrigere Aufwendungen als Auszahlungen) wurden vorwiegend bei den Transferzahlungen an die Länder im Rahmen der Grundversorgung (67,5 Mio. €), welche im Jahr 2025 für den Zeitraum 3. Quartal 2024 bis 2. Quartal 2025 und einen Teil des 3. Quartals 2025 geleistet wurden, getätigt (Auszahlungen insgesamt 397,8 Mio. €). Der Ergebnishaushalt bildet die periodengerechte Zuordnung der Aufwendungen der Quartale 1-4 des Jahres 2025 ab (Aufwendungen insgesamt 330,3 Mio. €). Nicht finanzierungswirksame Aufwendungen iHv. 6,1 Mio. € entfielen insbesondere auf die Bildung von Rückstellungen und auf Abschreibungen auf Vermögenswerte.

- **UG 21 Soziales und Konsumentenschutz (um 71,1 Mio. € höhere Aufwendungen als Auszahlungen):** Die in Summe um 71,7 Mio. € höheren Aufwendungen als Auszahlungen von Jänner bis Dezember 2025 in der UG 21 Soziales und Konsumentenschutz resultieren im Wesentlichen aus Periodenabgrenzungen im Bereich Pflegegeld (50,9 Mio. €) und beim Wohnschirm (15,6 Mio. €).
- **UG 25 Familie und Jugend (um 87,9 Mio. € niedrigere Aufwendungen als Auszahlungen):** Auszahlungen aus Darlehen und Vorschüssen iHv. 144,6 Mio. €, entfielen insbesondere für die Auszahlungen von Unterhaltsvorschüssen. Demgegenüber stehen nicht finanzierungswirksame Aufwendungen iHv. 53,8 Mio. €, die insbesondere aus Forderungsabschreibungen bei den Unterhaltsvorschüssen (26,0 Mio. €) sowie aus Forderungsabschreibungen und Wertberichtigungen bei den Einnahmen des FLAF (11,2 Mio. €) resultieren.
- **UG 30 Bildung (um 168,3 Mio. € höhere Aufwendungen als Auszahlungen):** Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit iHv. 25,7 Mio. € betrafen hauptsächlich Hardware (ADV) und Geschäftsausstattung. Periodenabgrenzungen iHv. 79,1 Mio. € wurden vorwiegend im Bereich Personalaufwand aufgrund der Abgrenzung von Abfertigungen und Jubiläumszuwendungen sowie im Bereich betrieblicher Sachaufwand bei der Schulraumbeschaffung, Instandhaltung von Gebäuden sowie den Mieten durchgeführt (niedrigere Aufwendungen als Auszahlungen). Nicht finanzierungswirksame Aufwendungen iHv. 274,0 Mio. € fielen insbesondere bei den Personalaufwendungen iHv. 193,7 Mio. € für Dotierungen für Rückstellungen, Jubiläumszuwendungen, Abfertigungen und Zeitkonten für Lehrerinnen und Lehrer sowie beim betrieblichen Sachaufwand iHv. 80,3 Mio. € für Dotierungen für Rückstellungen für Prozesskosten sowie für Abschreibungen an.
- **UG 32 Kunst und Kultur (um 50,0 Mio. € niedrigere Aufwendungen als Auszahlungen):** Die in Summe um 50,0 Mio. € niedrigeren Aufwendungen als Auszahlungen von Jänner bis Dezember 2025 in der UG 32 Kunst und Kultur resultieren aus Periodenabgrenzungen vorwiegend im Bereich der Bundesmuseen aufgrund von Veränderungen beim Sammlungsvermögen.
- **UG 41 Mobilität (um 1.246,9 Mio. € höhere Aufwendungen als Auszahlungen):** Periodenabgrenzungen iHv. 1.235,7 Mio. € betrafen va. die Zuschussverträge gem. § 42 Bundesbahngesetz mit der ÖBB-Infrastruktur AG (1.108,1 Mio. €), basierend auf den Festlegungen zwischen BMF, RH und BMIMI, wonach Annuitätenzahlungen für bereits erfolgte Investitionen nicht im Ergebnishaushalt erfasst werden. Allerdings wird der jährliche Verbindlichkeitzuwachs (Annuitäten für im Kalenderjahr hinzukommende Investitionen) im Ergebnishaushalt abgebildet.

- **UG 45 Bundesvermögen (um 197,8 Mio. € niedrigere Aufwendungen als Auszahlungen):** Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit iHv. 24,9 Mio. € entfielen hauptsächlich auf Beteiligungen im Rahmen der internationalen Finanzinstitutionen (zB. Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Afrikanische Entwicklungsbank. Auszahlungen aus Darlehen und Vorschüssen iHv. 152,2 Mio. € entfielen va. auf Haftungsübernahmen iHv. 133,5 Mio. € im Rahmen des Ausfuhrförderungsverfahrens und auf Schadenszahlungen iHv. 18,7 Mio. € im Zusammenhang mit COVID-19 OeKB-Garantien (ausschließlich im Finanzierungshaushalt verrechnet). Periodenabgrenzungen iHv. 296,0 Mio. € wurden vorwiegend im Bereich des Stromkostenzuschusses (136,5 Mio. €), der COVID-19 Schadloshaltung (58,4 Mio. €), bei Transferzahlungen im Bereich der COFAG & COFAG-NoAG (65,9 Mio. €) und bei Zahlungen im Rahmen des Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank (14,1 Mio. €) bzw. der IFIs (12,1 Mio. €) aufgrund der periodengerechten Zuordnungen der Zahlungen getätigt (niedrigere Aufwendungen als Auszahlungen). Nicht finanzierungswirksamen Aufwendungen iHv. 275,3 Mio. € umfassen höhere Aufwendungen insbesondere in der Exportförderung infolge Dotierungen von Rückstellungen iHv. 138,0 Mio. € im AusFFG (72,2 Mio. €) für Haftungen und im AFFG (45,1 Mio. €) für Zinseffekte bzw. Forderungsabschreibungen iHv. 59,7 Mio. € im AusFFG. Weitere Aufwendungen ergeben sich im Rahmen der Beteiligungen aufgrund der Neubewertung, insbesondere bei den IFIs (10,0 Mio. €), sowie in den Bereichen COVID-19 Schadloshaltung und COVID-19 OeKB-Garantien wegen der Dotierung von Rückstellungen für Haftungen und Zinseffekte (13,5 Mio. €). Zudem fallen Aufwendungen bei den sonstigen Finanzhaftungen an, insbesondere beim Europäischen Garantiefonds (EGF) der Europäischen Investitionsbank für Haftungsrückstellungen iHv. 7,2 Mio. € und im Bereich COFAG & COFAG-NoAG infolge von Wertberichtigungen zu Forderungen iHv. 66,8 Mio. € im Rahmen der Rückforderungen.
- **UG 46 Finanzmarktstabilität (um 79,8 Mio. € höhere Aufwendungen als Auszahlungen):** Die in Summe um 79,8 Mio. € höheren Aufwendungen als Auszahlungen Jänner bis Dezember 2025 in der UG 46 Finanzmarktstabilität resultieren überwiegend aus nicht finanzierungswirksamen Aufwendungen, insbesondere für Wertberichtigungen von Forderungen iHv. 79,8 Mio. €. Die Wertberichtigungen stehen im Zusammenhang mit einer Zinsforderung des Bundes an die KA Finanz AG aus dem „Besserungsschein“ (eine Regressforderung des Bundes aufgrund einer 2012 schlagend gewordenen Bundeshaftung).
- **UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (um 619,4 Mio. € niedrigere Aufwendungen als Auszahlungen):** Periodenabgrenzungen iHv. 619,4 Mio. €

resultieren daraus, dass Zinsen sowie Emissionsagien und -disagien im Ergebnishaushalt über die gesamte Laufzeit der Finanzierungsinstrumente verteilt werden. Der Ergebnishaushalt ist im Gegensatz zum Finanzierungshaushalt wesentlich aussagekräftiger, da er auf die Effektivverzinsung (=wirtschaftliche Belastung) der Finanzierungen abstellt.

Unterschiede zwischen Erträge und Einzahlungen

Tabelle 30: Unterschiede zwischen Erträge und Einzahlungen

In Mio. €	Einzahlungen	Investitions- tätigkeit	Darlehen und Vorschüsse	Einzahlungen aus fw. Ertr.	Perioden- abgrenzung	Nicht fw. Ertr.	Erträge	Unterschied
13 Justiz	1.346,7	0,0	0,0	1.346,6	59,7	14,3	1.420,6	+73,9
16 Öffentliche Abgaben	73.764,8			73.764,8	762,2	31,2	74.558,1	+793,4
24 Gesundheit	68,4			68,4	-4,7	80,4	144,0	+75,7
25 Familie und Jugend	9.088,0		88,5	8.999,4	-127,4	0,3	8.872,3	-215,7
43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft*	288,6			288,6	17,5	136,1	442,2	+153,6
45 Bundesvermögen	745,6	18,0	211,2	516,4	-84,0	407,1	839,5	+93,9
46 Finanzmarktstabilität	4,9			4,9	79,8		84,7	+79,8
51 Kassenverwaltung	3.634,4			3.634,4	-1.478,6		2.155,9	-1.478,6
Alle Untergliederungen	107.074,3	19,4	305,5	106.749,3	-763,9	846,8	106.832,2	-242,0

*) In der UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft erfolgen im Rahmen des Bundesrechnungsabschlusses noch weitere Buchungen, wodurch sich der Unterschied zwischen den Haushalten noch wesentlich ändern wird. Daher entfällt die Erläuterung in diesem Bericht.

Insgesamt betragen die **Erträge** 106,8 Mrd. € und liegen damit **um 0,2 Mrd. € unter den Einzahlungen**. Dies ist im Wesentlichen auf periodengerechte Zuordnung von eingereichten Zahlungsanträgen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität sowie bei den EU-Strukturfonds (1,5 Mrd. €, UG 51) sowie auf die zeitliche Abweichung zwischen der Vorschreibung und dem Zahlungszeitpunkt öffentlicher Abgaben (0,8 Mrd. €, UG 16) zurückzuführen.

Aufbau der Tabelle zur Überleitung der Einzahlungen zu den Erträgen

Der **Finanzierungshaushalt (Einzahlungen)** setzt sich zusammen aus

- den Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit,
- den Einzahlungen aus Darlehen und Vorschüssen und
- den Einzahlungen aus finanzierungswirksamen Erträgen.

Der **Ergebnishaushalt (Erträge)** setzt sich zusammen aus

- den Einzahlungen aus finanzierungswirksamen Erträgen,
- der Periodenabgrenzung (finanzierungswirksame Erträge) und
- den nicht finanzierungswirksamen Erträgen.

Im Vergleich bedeutet das:

- **Investitionstätigkeit** sowie **Darlehen und Vorschüsse** wirken sich unmittelbar nur im **Finanzierungshaushalt** aus (Zahlungsfokus beim Verkauf/Rückfluss).
- **Nicht finanzierungswirksame Erträge** sind ausschließlich im **Ergebnishaushalt** enthalten (Ressourcenzuwachs ohne sofortigen Geldfluss).
- Die **finanzierungswirksamen Erträge** bilden die Schnittmenge beider Haushalte. Dabei stellt die Differenz zwischen dem Zeitpunkt der Einzahlung und dem tatsächlichen Entstehen des Ertrags die **Periodenabgrenzung** dar.

In folgenden Untergliederungen gibt es wesentliche Unterschiede zwischen Erträgen und Einzahlungen:

- **UG 13 Justiz (um 73,9 Mio. € höhere Erträge als Einzahlungen):** Die höheren Erträge resultieren va. aus Periodenabgrenzungen iHv. 59,7 Mio. € bei den Erträgen aus Kostenbeiträgen und Gebühren (8,6 Mio. €) und bei den verfallenen Vermögenswerten (48,0 Mio. €). Nicht finanzierungswirksame Erträge iHv. 14,3 Mio. € ergeben sich insbesondere aus den Erlösen aus der Auflösung von Personalrückstellungen für Jubiläumswendungen und nicht konsumierte Urlaube.
- **UG 16 Öffentliche Abgaben (um 793,4 Mio. € höhere Erträge als Einzahlungen):** Die Erläuterungen befinden sich in Tabelle 35 auf 90 und danach.
- **UG 24 Gesundheit (um 75,7 Mio. € höhere Erträge als Einzahlungen):** Insbesondere durch die Auflösung von Rückstellungen iZm. COVID-19-Maßnahmen entstehen nicht finanzierungswirksame Erträge iHv. 80,4 Mio. €.
- **UG 25 Familie und Jugend (um 215,7 Mio. € niedrigere Erträge als Einzahlungen):** Die Einzahlungen für Darlehen und Vorschüsse iHv. 88,5 Mio. € resultieren aus Rückzahlungen der Unterhaltsvorschüsse, da diese ausschließlich im Finanzierungshaushalt verrechnet werden. Periodenabgrenzungen iHv. 127,4 Mio. € ergeben sich va. durch die Verbuchung des Überschusses aus der Gebarung des FLAF – welcher sich aufgrund der Reduzierung der offenen Forderungen des Bundes gegenüber dem Reservefonds ausschließlich im Finanzierungshaushalt auswirkt.
- **UG 45 Bundesvermögen (um 93,9 Mio. € höhere Erträge als Einzahlungen):** Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit iHv. 18,0 Mio. € resultieren hauptsächlich

aus Liegenschaftsverkäufen (BIG, BMeiA, ehemaliges deutsches Eigentum).
Einzahlungen aus Darlehen und Vorschüssen iHv. 211,2 Mio. € entfallen insbesondere auf Rückflüsse aus übernommenen Haftungen im Rahmen des AusfFG (48,9 Mio. € - Exportförderung) und vorzeitigen Rückzahlungen von Teilbeträgen des Griechenlanddarlehens (156,3 Mio. €). Periodenabgrenzungen iHv. 84,0 Mio. € (niedrigere Erträge als Einzahlungen) betreffen vorwiegend den Bereich der periodengerechten Zuordnung der geleisteten Haftungsentgelte, insbesondere im AusfFG und AFFG (Exportförderung 96,8 Mio. €) bzw. höhere Zinserträge iHv. 10,4 Mio. € bei COFAG & COFAG-NoAG. Nicht finanzierungswirksame Erträge iHv. 407,1 Mio. € stammen insbesondere aus der Auflösung von dotierten Rückstellungen und Wertberichtigungen im Bereich der Exportförderung für Haftungen und Zinseffekte (104,7 Mio. €), der COVID-19 Schadloshaltung Agenden (199,4 Mio. €) bzw. COVID-19 OeKB-Garantien (6,9 Mio. €), der aws-Schadloshaltungen aus dem Stammgeschäft (14,7 Mio. €) bzw. des Energiekostenausgleichs (54,8 Mio. €) und aus Erlösen aus Liegenschaftsaktivitäten (21,0 Mio. €).

- **UG 46 Finanzmarktstabilität (um 79,8 Mio. € höhere Erträge als Einzahlungen):**
Periodenabgrenzungen iHv. 79,8 Mio. € betreffen die Forderung des Bundes an die KA Finanz AG auf Zinsen aus dem Besserungsschein.
- **UG 51 Kassenverwaltung (um 1.478,6 Mio. € niedrigere Erträge als Einzahlungen):**
Der Unterschied resultiert aus Periodenabgrenzungen, vorwiegend im Bereich Aufbau- und Resilienzfazilität, weil der Zahlungsantrag für die zweite und dritte Tranche im Jahr 2024 gestellt und somit ertragswirksam wurde, aber – mit Ausnahme zurechenbarer Vorauszahlungen – erst 2025 zu einer Einzahlung führte. Zudem wurde im Jahr 2025 der Zahlungsantrag für die vierte Tranche ertragswirksam, wobei die Einzahlung – mit Ausnahme zurechenbarer Vorauszahlungen – ebenfalls im Jahr 2025 einlangte.

2. Vorläufiger Gebarungserfolg nach Untergliederungen

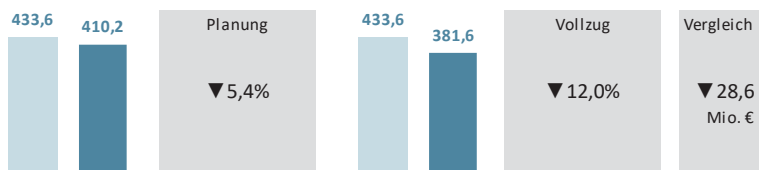
In diesem Kapitel werden alle wesentlichen Abweichungen des vorläufigen Erfolgs 2025 zum BVA 2025 je Untergliederung dargestellt.

Tabelle 31: Abweichungen zum BVA 2025 je Untergliederung

In Mio. €	Auszahlungen				Einzahlungen			
	BVA 2025	v. Erfolg 2025	Veränderung		BVA 2025	v. Erfolg 2025	Veränderung	
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %
Summe	123.233,4	121.468,0	-1.765,5	-1,4%	105.101,1	107.074,3	+1.973,2	+1,9%
Rubrik 0,1: Recht und Sicherheit	15.328,8	15.345,3	+16,5	+0,1%	73.612,6	75.650,7	+2.038,1	+2,8%
UG 01 Präsidentschaftskanzlei	12,7	12,7	-0,0	-0,3%	0,0	0,0	-0,0	kA.
UG 02 Bundesgesetzgebung	284,8	259,9	-25,0	-8,8%	2,3	2,3	-0,0	-0,8%
UG 03 Verfassungsgerichtshof	20,7	20,2	-0,5	-2,2%	0,1	0,2	+0,1	+91,5%
UG 04 Verwaltungsgerichtshof	27,6	25,8	-1,8	-6,5%	0,0	0,0	+0,0	kA.
UG 05 Volksanwaltschaft	15,7	16,1	+0,4	+2,4%	0,1	0,1	+0,0	+18,9%
UG 06 Rechnungshof	48,6	46,8	-1,8	-3,6%	0,1	0,1	+0,0	+30,7%
UG 10 Bundeskanzleramt	626,2	643,0	+16,8	+2,7%	5,9	5,5	-0,5	-7,9%
UG 11 Inneres	4.155,1	4.108,3	-46,9	-1,1%	152,9	172,5	+19,6	+12,8%
UG 12 Äußeres	655,7	631,4	-24,3	-3,7%	6,4	7,1	+0,7	+11,3%
UG 13 Justiz	2.402,9	2.385,3	-17,6	-0,7%	1.363,3	1.346,7	-16,7	-1,2%
UG 14 Militärische Angelegenheiten	4.390,8	4.608,9	+218,1	+5,0%	50,0	55,0	+4,9	+9,9%
UG 15 Finanzverwaltung	1.559,9	1.499,2	-60,7	-3,9%	220,8	238,0	+17,2	+7,8%
UG 16 Öffentliche Abgaben				kA.	71.762,4	73.764,8	+2.002,4	+2,8%
UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport	434,0	413,7	-20,3	-4,7%	14,9	26,2	+11,3	+75,8%
UG 18 Fremdenwesen	693,9	673,9	-20,0	-2,9%	33,3	32,3	-1,0	-3,0%
Rubrik 2: Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	60.851,4	60.997,3	+146,0	+0,2%	22.545,8	22.769,7	+224,0	+1,0%
UG 20 Arbeit	10.345,4	10.781,3	+435,9	+4,2%	9.864,9	9.990,0	+125,1	+1,3%
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	5.799,5	5.623,3	-176,2	-3,0%	1.453,7	1.452,9	-0,8	-0,1%
UG 22 Pensionsversicherung	19.446,8	19.446,7	-0,0	-0,0%	64,6	65,3	+0,7	+1,1%
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	13.428,0	13.308,5	-119,5	-0,9%	2.130,3	2.105,2	-25,1	-1,2%
UG 24 Gesundheit	2.840,2	2.793,2	-47,1	-1,7%	74,5	68,4	-6,1	-8,2%
UG 25 Familie und Jugend	8.991,6	9.044,3	+52,8	+0,6%	8.957,8	9.088,0	+130,2	+1,5%
Rubrik 3: Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	20.795,1	20.836,4	+41,3	+0,2%	93,4	98,3	+4,9	+5,2%
UG 30 Bildung	11.996,1	12.087,7	+91,6	+0,8%	79,9	86,8	+6,9	+8,6%
UG 31 Wissenschaft und Forschung	7.272,8	7.221,3	-51,4	-0,7%	6,3	5,5	-0,8	-12,2%
UG 32 Kunst und Kultur	670,7	661,3	-9,4	-1,4%	6,2	4,8	-1,4	-23,2%
UG 33 Wirtschaft (Forschung)	228,5	235,4	+6,9	+3,0%	1,0	1,2	+0,2	+17,0%
UG 34 Innovation und Technologie (Forschung)	627,1	630,7	+3,6	+0,6%	0,0	0,0	+0,0	kA.
Rubrik 4: Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	17.874,1	17.465,2	-408,9	-2,3%	4.755,2	4.921,1	+165,9	+3,5%
UG 40 Wirtschaft	1.366,1	1.330,1	-36,0	-2,6%	1.286,5	1.319,1	+32,6	+2,5%
UG 41 Mobilität	6.029,5	5.667,8	-361,7	-6,0%	1.167,9	1.160,1	-7,8	-0,7%
UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	2.840,3	3.016,8	+176,5	+6,2%	478,6	480,0	+1,4	+0,3%
UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	2.193,1	2.491,8	+298,6	+13,6%	405,0	288,6	-116,3	-28,7%
UG 44 Finanzausgleich	3.907,9	3.744,4	-163,5	-4,2%	907,7	922,6	+14,9	+1,6%
UG 45 Bundesvermögen	1.536,9	1.214,3	-322,6	-21,0%	509,4	745,6	+236,2	+46,4%
UG 46 Finanzmarktstabilität	0,3	0,0	-0,3	kA.	0,0	4,9	+4,9	kA.
Rubrik 5: Kassa und Zinsen	8.384,1	6.823,3	-1.560,8	-18,6%	4.094,1	3.634,4	-459,7	-11,2%
UG 51 Kassenverwaltung	0,0	0,3	+0,3	kA.	4.094,1	3.634,4	-459,7	-11,2%
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	8.384,0	6.823,5	-1.560,6	-18,6%				kA.

kA. = keine %-Angabe da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert.

UG 01-06 Oberste Organe



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	433,6	410,2	-23,4	-5,4%	433,6	381,6	-52,0	-12,0%	-28,6
01.01.01 Präsidentschaftskanzlei	12,3	12,7	+0,5	+4,0%	12,3	12,7	+0,4	+3,6%	-0,0
02.01.01 Nationalrat	60,4	62,9	+2,5	+4,1%	60,4	58,7	-1,8	-2,9%	-4,3
02.01.02 Bundesrat	8,0	8,4	+0,4	+5,0%	8,0	7,9	-0,0	-0,4%	-0,4
02.01.03 Klubförderung und gemeinsame Ausgaben	31,4	32,5	+1,1	+3,5%	31,4	31,2	-0,2	-0,5%	-1,3
02.01.04 Parlamentsdirektion-Verwaltung	158,9	166,0	+7,1	+4,4%	158,9	150,7	-8,3	-5,2%	-15,3
02.01.05 Nationalfonds für Opfer des Nationalsozia	24,6	14,0	-10,6	-43,2%	24,6	10,7	-13,9	-56,4%	-3,3
02.01.06 Parlamentssanierung und Interimslokati	29,8		-29,8	kA.*	29,8		-29,8	kA.*	
02.01.07 Parlamentarisches Datenschutzkomitee (P		1,1	+1,1	kA.*		0,7	+0,7	kA.*	-0,4
03.01.01 Verfassungsgerichtshof	19,6	20,7	+1,1	+5,7%	19,6	20,2	+0,7	+3,3%	-0,5
04.01.01 Verwaltungsgerichtshof	26,5	27,6	+1,1	+4,2%	26,5	25,8	-0,7	-2,5%	-1,8
05.01.01 Volksanwaltschaft	15,7	15,7	+0,1	+0,5%	15,7	16,1	+0,5	+2,9%	+0,4
06.01.01 Rechnungshof	46,5	48,6	+2,1	+4,5%	46,5	46,8	+0,3	+0,7%	-1,8
Einzahlungen	2,6	2,6	+0,0	+1,1%	2,6	2,7	+0,1	+5,0%	+0,1
01.01.01 Präsidentschaftskanzlei	0,0	0,0	+0,0	kA.*	0,0	0,0	-0,0	kA.*	-0,0
02.01.01 Nationalrat	0,9	1,3	+0,4	+39,5%	0,9	0,9	-0,0	-3,5%	-0,4
02.01.02 Bundesrat	0,1	0,2	+0,1	+49,5%	0,1	0,1	-0,0	-5,6%	-0,1
02.01.03 Klubförderung und gemeinsame Ausgaben	0,0	0,0	-0,0	kA.*	0,0	0,0	-0,0	kA.*	+0,0
02.01.04 Parlamentsdirektion-Verwaltung	0,9	0,8	-0,1	-10,7%	0,9	1,2	+0,3	+36,4%	+0,4
03.01.01 Verfassungsgerichtshof	0,2	0,1	-0,1	-55,3%	0,2	0,2	-0,0	-14,4%	+0,1
04.01.01 Verwaltungsgerichtshof	0,0	0,0	-0,0	kA.*	0,0	0,0	-0,0	kA.*	+0,0
05.01.01 Volksanwaltschaft	0,2	0,1	-0,0	-22,2%	0,2	0,1	-0,0	-7,5%	+0,0
06.01.01 Rechnungshof	0,2	0,1	-0,1	-60,5%	0,2	0,1	-0,1	-48,4%	+0,0
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	433,6	410,2	-23,4	-5,4%	433,6	381,6	-52,0	-12,0%	-28,6
Investitionstätigkeit	33,3	5,0	-28,2	-84,8%	33,3	3,4	-29,9	-89,9%	-1,7
Darlehen und Vorschüsse	0,1	0,2	+0,1	+119,3%	0,1	0,1	+0,0	+45,6%	-0,1
Personal	145,6	157,6	+12,0	+8,2%	145,6	153,0	+7,4	+5,1%	-4,6
Betrieblicher Sachaufwand	188,8	191,0	+2,2	+1,1%	188,8	173,2	-15,6	-8,3%	-17,7
Transfers	65,7	56,4	-9,3	-14,2%	65,7	51,8	-13,9	-21,1%	-4,6
Finanzaufwand	0,0	0,0	+0,0	kA.*	0,0	0,0	-0,0	kA.*	-0,0

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

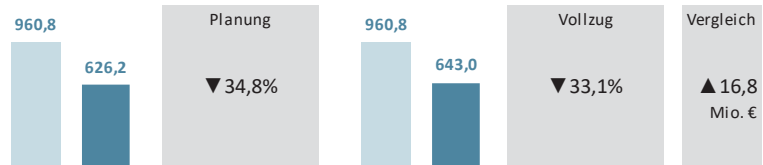
Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der Obersten Organe mit 410,2 Mio. € um 23,4 Mio. € bzw. 5,4% niedriger geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf die UG 02 Bundesgesetzgebung zurückzuführen, weil die Parlamentssanierung 2024 abgeschlossen wurde und beim Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus 2024 einmalig zusätzliche Mittel für Gestezahlungen zur Verfügung gestellt wurden.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 sanken die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 52,0 Mio. € bzw. um 12,0%, vorwiegend aufgrund von geringeren Auszahlungen in der UG 02 Bundesgesetzgebung. Die Auszahlungen sanken um 8,3 Mio. € in der Parlamentsdirektion-Verwaltung. Weiters sind aufgrund einmaliger Gestezahlungen an die Opfer des Nationalsozialismus im Jahr 2024 die Auszahlungen 2025 um 13,9 Mio. €

bzw. 56,4% gesunken. Aufgrund der Fertigstellung der Parlamentssanierung sanken die Auszahlungen wie geplant um 29,8 Mio. €.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen bei den Obersten Organen unterschreiten den BVA 2025 um 28,6 Mio. € vorwiegend aufgrund geringerer Auszahlungen im Sachaufwand der UG 02 Bundesgesetzgebung.

UG 10 Bundeskanzleramt



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	960,8	626,2	-334,6	-34,8%	960,8	643,0	-317,8	-33,1%	+16,8
Personal	76,4	85,4	+9,0	+11,7%	76,4	86,4	+9,9	+13,0%	+1,0
Medien	237,1	92,5	-144,6	-61,0%	237,1	92,5	-144,6	-61,0%	-0,0
Digitalisierung	63,2	58,6	-4,6	-7,3%	63,2	61,5	-1,7	-2,6%	+2,9
Partei- und Parteikademieförderung	64,0	50,7	-13,3	-20,7%	64,0	50,7	-13,3	-20,7%	-0,0
Refundierungen Bezüge RMgl. und LH	19,3	20,8	+1,5	+7,9%	19,3	20,4	+1,1	+5,9%	-0,4
Statistik Austria	80,2	57,2	-23,0	-28,7%	80,2	57,0	-23,2	-29,0%	-0,2
Integration	187,8	78,0	-109,8	-58,5%	187,8	85,4	-102,4	-54,5%	+7,4
Kultus	81,2	72,1	-9,1	-11,2%	81,2	83,8	+2,6	+3,2%	+11,7
Volksgruppen	7,7	7,7	+0,0	+0,4%	7,7	7,3	-0,3	-4,3%	-0,4
IT	50,4	44,2	-6,2	-12,3%	50,4	46,9	-3,5	-6,9%	+2,7
Frauen	33,6	0,7	-32,9	-98,0%	33,6	0,7	-32,9	-98,0%	-0,0
Miete, Instandhaltung, Energie	19,1	16,3	-2,8	-14,8%	19,1	16,6	-2,5	-13,3%	+0,3
Übrige Transferaufwendungen	16,5	13,8	-2,8	-16,8%	16,5	12,5	-4,1	-24,7%	-1,3
Sonstiger Personalaufwand	5,3	5,6	+0,3	+6,4%	5,3	5,0	-0,3	-4,9%	-0,6
Sonstiger Betriebsaufwand	18,3	22,7	+4,4	+24,2%	18,3	16,3	-1,9	-10,5%	-6,3
Sonstiges	0,7		-0,7	kA.*	0,7	0,0	-0,7	kA.*	+0,0
Einzahlungen	21,6	5,9	-15,7	-72,5%	21,6	5,5	-16,1	-74,7%	-0,5
Sonstiges	21,6	5,9	-15,7	-72,5%	21,6	5,5	-16,1	-74,7%	-0,5
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	960,8	626,2	-334,6	-34,8%	960,8	643,0	-317,8	-33,1%	+16,8
Investitionstätigkeit	19,5	1,6	-17,9	-91,9%	19,5	1,2	-18,3	-94,1%	-0,4
Darlehen und Vorschüsse	0,0	0,1	+0,1	kA.*	0,0	0,0	+0,0	kA.*	-0,1
Personal	76,4	85,4	+9,0	+11,7%	76,4	86,4	+9,9	+13,0%	+1,0
Betrieblicher Sachaufwand	183,8	152,7	-31,1	-16,9%	183,8	158,7	-25,1	-13,6%	+6,0
Transfers	681,1	386,4	-294,6	-43,3%	681,1	396,7	-284,3	-41,7%	+10,3
Finanzaufwand	-0,0		+0,0	kA.*	-0,0	0,0	+0,0	kA.*	+0,0

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

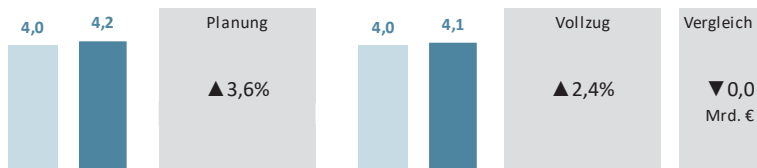
Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 10 Bundeskanzleramt mit 626,2 Mio. € um 334,6 Mio. € bzw. 34,8% niedriger geplant als im Erfolg 2024 – dies ist vor allem auf die Umsetzung der BMG-Novelle 2025 und die damit einhergehende Übertragung der Zuständigkeit für die Bereiche Medien und Frauen an das Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport bzw. Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 sanken die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 317,8 Mio. € bzw. 33,1%, vorwiegend im Bereich Medien um 144,6 Mio. € bzw. 61,0% und im Bereich Frauen um 32,9 Mio. € bzw. 98,0%. Aufgrund der Übertragung der Zuständigkeiten vom Bundeskanzleramt zum Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport bzw. an das Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung. Weiters sanken die Auszahlungen im Bereich Integration um 102,4 Mio. € bzw. 54,5%, aufgrund der niedrigeren Überweisungen an den ÖIF.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 10 Bundeskanzleramt überschreiten den BVA 2025 um 16,8 Mio. € aufgrund höherer Auszahlungen des Kultusamtes für ständige Leistungen an die vier Religionsgemeinschaften (Röm.-Kath. Kirche, Evang. Kirche, Altkath. Kirche und Israelitische Religionsgesellschaft) Kultus iHv. 11,7 Mio. € sowie 7,4 Mio. € im Bereich Integration für Projekte des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF).

UG 11 Inneres



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ v. Erf. / BVA 2025
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. € in %		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. € in %		
Auszahlungen	4.010,6	4.155,1	+144,5	+3,6%	4.010,6	4.108,3	+97,6	+2,4%	-46,9
11.01.01 Zentralstelle	65,4	68,0	+2,6	+3,9%	65,4	65,9	+0,5	+0,7%	-2,1
11.01.02 Sicherheitsakademie	76,1	85,0	+8,9	+11,7%	76,1	81,6	+5,5	+7,2%	-3,5
11.01.03 EU und Internationales	12,6	14,2	+1,6	+13,0%	12,6	11,8	-0,8	-6,4%	-2,4
11.02.01 Landespolizeidirektionen	2.950,5	3.022,0	+71,5	+2,4%	2.950,5	3.012,6	+62,0	+2,1%	-9,5
11.02.02 Auslandseinsätze	29,5	30,2	+0,7	+2,3%	29,5	28,5	-1,0	-3,4%	-1,7
11.02.03 Direktion Spezialeinheiten/Einsatzkommandos	147,0	159,8	+12,8	+8,7%	147,0	154,0	+7,0	+4,8%	-5,8
11.02.05 Krisenmanagement	34,3	36,2	+1,9	+5,5%	34,3	35,5	+1,2	+3,6%	-0,6
11.02.06 Bundeskriminalamt	124,7	131,8	+7,1	+5,7%	124,7	127,9	+3,2	+2,5%	-3,9
11.02.08 Zentrale Sicherheitsaufgaben	123,1	144,2	+21,1	+17,1%	123,1	134,4	+11,3	+9,2%	-9,8
11.03.05 Logistik, Wahlen und rechtliche Angelegenheiten	44,1	33,8	-10,3	-23,4%	44,1	31,2	-12,9	-29,2%	-2,6
11.03.06 Bundesamt zur Korruptionsprävention und	13,7	14,2	+0,5	+3,7%	13,7	14,6	+0,9	+6,6%	+0,4
11.04.03 Bau/Liegenschaften (zentrale Dienste)	47,0	50,5	+3,5	+7,4%	47,0	44,5	-2,5	-5,3%	-6,0
11.04.04 Direktion Digitale Services	304,8	327,9	+23,1	+7,6%	304,8	331,0	+26,2	+8,6%	+3,1
11.04.05 Sonstige Serviceleistungen	37,8	37,3	-0,5	-1,3%	37,8	34,8	-3,0	-8,0%	-2,5
Einzahlungen	172,2	152,9	-19,3	-11,2%	172,2	172,5	+0,3	+0,2%	+19,6
11.01.01 Zentralstelle	0,3	0,2	-0,1	-40,7%	0,3	0,3	+0,1	+28,2%	+0,2
11.01.02 Sicherheitsakademie	1,1	0,7	-0,4	-38,6%	1,1	1,3	+0,2	+18,9%	+0,6
11.01.03 EU und Internationales	0,8	0,0	-0,8	kA.*	0,8	0,5	-0,3	-32,7%	+0,5
11.02.01 Landespolizeidirektionen	137,0	125,4	-11,5	-8,4%	137,0	134,7	-2,2	-1,6%	+9,3
11.02.02 Auslandseinsätze	6,7	5,8	-0,9	-13,5%	6,7	4,9	-1,8	-26,2%	-0,9
11.02.03 Direktion Spezialeinheiten/Einsatzkommandos	1,2	1,1	-0,1	-9,8%	1,2	1,0	-0,2	-15,0%	-0,1
11.02.05 Krisenmanagement	4,4	3,6	-0,8	-17,6%	4,4	4,2	-0,2	-4,7%	+0,6
11.02.06 Bundeskriminalamt	0,5	0,2	-0,3	-57,5%	0,5	1,0	+0,6	+127,5%	+0,8
11.02.08 Zentrale Sicherheitsaufgaben	5,4	5,2	-0,2	-3,5%	5,4	8,7	+3,3	+62,3%	+3,5
11.03.05 Logistik, Wahlen und rechtliche Angelegenheiten	0,2	0,1	-0,1	-48,8%	0,2	0,0	-0,1	kA.*	-0,0
11.03.06 Bundesamt zur Korruptionsprävention und	0,0	0,0	+0,0	kA.*	0,0	0,0	-0,0	kA.*	-0,0
11.04.03 Bau/Liegenschaften (zentrale Dienste)	0,0	0,0	+0,0	kA.*	0,0	0,0	+0,0	kA.*	-0,0
11.04.04 Direktion Digitale Services	14,5	10,4	-4,1	-28,2%	14,5	15,4	+1,0	+6,7%	+5,1
11.04.05 Sonstige Serviceleistungen	0,3	0,2	-0,1	-29,8%	0,3	0,2	-0,1	-31,6%	-0,0
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	4.010,6	4.155,1	+144,5	+3,6%	4.010,6	4.108,3	+97,6	+2,4%	-46,9
Investitionstätigkeit	55,8	45,6	-10,2	-18,3%	55,8	32,3	-23,5	-42,2%	-13,3
Darlehen und Vorschüsse	1,8	1,9	+0,1	+7,2%	1,8	1,7	-0,1	-3,3%	-0,2
Personal	3.006,6	3.112,0	+105,4	+3,5%	3.006,6	3.096,9	+90,3	+3,0%	-15,1
Betrieblicher Sachaufwand	846,6	901,9	+55,3	+6,5%	846,6	881,6	+35,0	+4,1%	-20,3
Transfers	99,8	93,7	-6,1	-6,1%	99,8	95,8	-4,0	-4,1%	+2,1
Finanzaufwand	0,0	0,0	-0,0	kA.*	0,0	0,0	-0,0	kA.*	+0,0

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 11 Inneres mit 4.155,1 Mio. € um 144,5 Mio. € bzw. 3,6% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf höhere Personalauszahlungen aufgrund der Gehaltserhöhung unter Berücksichtigung eines Struktureffekts und auf Nachzahlungen aufgrund der Vordienstzeitenreform zurückzuführen. Gleichzeitig wirkt sich die effizientere Dienstzeitplanung vermindern aus (+105,4 Mio. €, vor allem bei den Landespolizeidirektionen).

Die zusätzlichen Mittel für betriebliche Sachausgaben (+55,3 Mio. €) betreffen im Wesentlichen die diversen Werkleistungen für den polizeilichen Dienstbetrieb, Infrastrukturmaßnahmen iZm. dem Amtsgebäude Minoritenplatz und dem Bundeslagezentrum, eine Ersatzvornahme (Deponieräumung) und Auszahlungen für die technische Infrastruktur iZm. der fortschreitenden Digitalisierung, wobei insgesamt auch die aktuelle Inflationsentwicklung berücksichtigt ist. Aufgrund zeitlicher Verschiebungen von Beschaffungsvorgängen sinken die Auszahlungen für Investitionstätigkeit (-10,2 Mio. €) und auch bei den Transferzahlungen gibt es einen Rückgang (-6,1 Mio. € va. bei den Auszahlungen für bundesweite Wahlereignisse).

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 97,6 Mio. € bzw. um 2,4%. Die Auszahlungen stiegen vorwiegend aufgrund von um 90,3 Mio. € bzw. um 3,0% höheren Personalauszahlungen bedingt durch die Gehaltserhöhung unter Berücksichtigung eines Struktureffekts und die Nachzahlungen iZm. der Vordienstzeitenreform. Bei den Auszahlungen im betrieblichen Sachaufwand beträgt der Anstieg gegenüber der Vorjahresvergleichsperiode 35,0 Mio. € bzw. 4,1%, welcher vor allem auf die stetig steigenden Erfordernisse im IT-Bereich – insbesondere zur Stärkung der Cybersicherheit – zurückzuführen ist (va. bei den sonstigen Werkleistungen (ADV) und den Lizenzgebühren). Dem gegenüber stehen geringere Auszahlungen für Investitionen iHv. 23,5 Mio. € bzw. 42,2%, insbesondere für Hardware (ADV) und für Sonstige Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung. Auch im Transferbereich sanken die Auszahlungen um 4,0 Mio. € bzw. 4,1%, hauptsächlich aufgrund geringerer Auszahlungen für bundesweite Wahlereignisse.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 11 unterschreiten den BVA 2025 um 46,9 Mio. € bzw. um 1,1%, vorwiegend, weil insgesamt 20,3 Mio. € bzw. 2,3% weniger betriebliche Sachausgaben geleistet wurden und hier va. in den Detailbudgets Zentrale Sicherheitsaufgaben und Bau/Liegenschaften (insbesondere bei den Werkleistungen durch Dritte und der Instandhaltung von Gebäuden).

Weiters wurden in Summe um 15,1 Mio. € weniger Personalauszahlungen (va. bei den Landespolizei-direktionen aufgrund geringerer Nachzahlungen iZm. der Vordienstzeitenreform) und um 13,3 Mio. € weniger Auszahlungen für Investitionen (va. bei der Direktion Spezialeinheiten / EKO-Cobra und bei den Landespolizeidirektionen aufgrund geringerer Auszahlungen für sonstige Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung) getätigt. Umgekehrt wurden um 2,1 Mio. € mehr

Transferzahlungen geleistet, vorwiegend, weil im Detailbudget Bau/Liegenschaften höhere Baukostenzuschüsse an die BIG/ARE erfolgten.

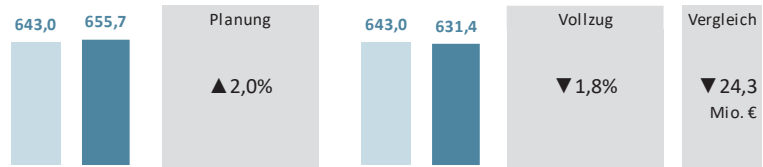
Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 11 Inneres mit 152,9 Mio. € um 19,3 Mio. € bzw. 11,2% niedriger geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf geringere erwartete Einzahlungen im Bereich der Geldstrafen zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Einzahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 0,3 Mio. € bzw. um +0,2%, vorwiegend aufgrund höherer Einzahlungen aus dem Verkauf von sonstigen Kraftfahrzeugen.

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 11 überschreiten den BVA 2025 um 19,6 Mio. € vorwiegend, weil mehr Straf gelder (+9,1 Mio. €) und EU-Kostenersätze (+6,9 Mio. €) eingezahlt wurden als für das Jahr 2025 veranschlagt waren.

UG 12 Äußeres



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	643,0	655,7	+12,7	+2,0%	643,0	631,4	-11,6	-1,8%	-24,3
Personal	159,9	178,5	+18,6	+11,6%	159,9	165,3	+5,4	+3,4%	-13,2
Personalähnliche und personalrelevante Auszahlun	54,5	61,2	+6,7	+12,3%	54,5	56,6	+2,1	+3,8%	-4,6
Entwicklungszusammenarbeit und Auslandskatastrc	218,7	183,6	-35,1	-16,0%	218,7	183,6	-35,1	-16,0%	+0,0
Beiträge an internationale Organisationen	93,2	107,2	+14,0	+15,0%	93,2	107,2	+14,0	+15,0%	-0,0
Auslandskultur und Förderungen (Ausland)	7,4	6,4	-1,0	-13,1%	7,4	7,9	+0,5	+6,4%	+1,4
Amtssitz, Konferenzen und Förderungen (Inland)	13,4	16,0	+2,6	+19,1%	13,4	11,8	-1,6	-12,0%	-4,2
Betriebs- und Investitionskosten (In- und Ausland)	95,9	102,7	+6,9	+7,2%	95,9	99,0	+3,2	+3,3%	-3,7
Einzahlungen	8,0	6,4	-1,6	-20,4%	8,0	7,1	-0,9	-11,4%	+0,7
Sonstiges	8,0	6,4	-1,6	-20,4%	8,0	7,1	-0,9	-11,4%	+0,7
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	643,0	655,7	+12,7	+2,0%	643,0	631,4	-11,6	-1,8%	-24,3
Investitionstätigkeit	12,9	18,4	+5,5	+43,0%	12,9	3,2	-9,6	-74,8%	-15,1
Darlehen und Vorschüsse	0,0	0,1	+0,1	ka.*	0,0	0,0	+0,0	ka.*	-0,0
Personal	159,9	178,5	+18,6	+11,6%	159,9	165,3	+5,4	+3,4%	-13,2
Betrieblicher Sachaufwand	145,2	155,6	+10,3	+7,1%	145,2	160,1	+14,9	+10,2%	+4,5
Transfers	324,9	303,1	-21,8	-6,7%	324,9	302,7	-22,2	-6,8%	-0,5
Finanzaufwand	0,0	0,0	-0,0	ka.*	0,0	0,0	-0,0	ka.*	+0,0

*ka. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

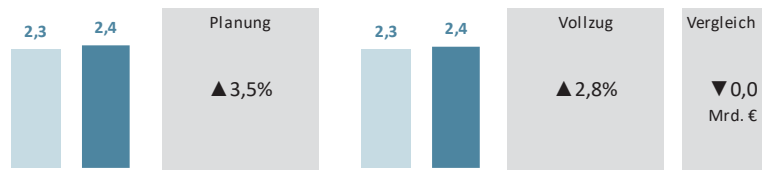
Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind Auszahlungen der UG 12 Äußeres mit 655,7 Mio. € um 12,7 Mio. € bzw. 2,0% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf höhere Auszahlungen für Personal aufgrund des neu eingerichteten Staatssekretariats für Deregulierung und aufgrund von Nachzahlungen im Zusammenhang mit der Dienstrechtsnovelle sowie auf höhere Beiträge an internationale Organisationen zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 sanken die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 11,6 Mio. € bzw. um 1,8%, vorwiegend aufgrund um 35,1 Mio. € niedrigerer Auszahlungen für Entwicklungszusammenarbeit und Auslandskatastrophenfonds. Umgekehrt wurde für Beiträge an internationale Organisationen (zB. MINUSCA, UNMISS, UNIFIL) um 14,0 Mio. € bzw. 15,0% mehr ausgezahlt. Die Auszahlungen für Personal stiegen um 5,4 Mio. € bzw. 3,4% und für Betriebs- und Investitionen (In- und Ausland) um 3,2 Mio. € bzw. 3,3%.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen der UG 12 Äußeres unterschreiten den BVA 2025 um 24,3 Mio. €, vorwiegend aufgrund geringerer Personalauszahlungen iHv. 13,2 Mio. € sowie aufgrund geringerer Auszahlungen iHv. 4,2 Mio. € für Amtssitz, Konferenzen und Förderungen (Inland).

UG 13 Justiz



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Δ v. Erf. / BVA 2025
Auszahlungen	2.321,0	2.402,9	+81,9	+3,5%	2.321,0	2.385,3	+64,3	+2,8%	-17,6
13.01 Steuerung und Services	150,1	151,3	+1,2	+0,8%	150,1	150,6	+0,5	+0,3%	-0,7
13.02 Rechtsprechung	1.370,3	1.474,9	+104,6	+7,6%	1.370,3	1.441,6	+71,2	+5,2%	-33,4
13.03 Strafvollzug	800,6	776,7	-23,9	-3,0%	800,6	793,2	-7,4	-0,9%	+16,5
Einzahlungen	1.280,3	1.363,3	+83,0	+6,5%	1.280,3	1.346,7	+66,4	+5,2%	-16,7
13.01 Steuerung und Services	0,7	0,7	-0,0	-0,1%	0,7	0,6	-0,1	-20,2%	-0,1
13.02 Rechtsprechung	1.206,9	1.289,9	+83,0	+6,9%	1.206,9	1.267,2	+60,3	+5,0%	-22,7
13.03 Strafvollzug	72,7	72,7	+0,0	+0,0%	72,7	78,9	+6,2	+8,6%	+6,2
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	2.321,0	2.402,9	+81,9	+3,5%	2.321,0	2.385,3	+64,3	+2,8%	-17,6
Investitionstätigkeit	71,1	25,7	-45,4	-63,9%	71,1	32,3	-38,7	-54,5%	+6,7
Darlehen und Vorschüsse	0,2	0,2	+0,0	+2,4%	0,2	0,0	-0,2	kA.*	-0,2
Personal	1.070,6	1.169,9	+99,3	+9,3%	1.070,6	1.125,7	+55,1	+5,1%	-44,2
Betrieblicher Sachaufwand	1.060,2	1.086,7	+26,5	+2,5%	1.060,2	1.108,5	+48,3	+4,6%	+21,8
Transfers	118,9	120,4	+1,5	+1,3%	118,9	118,7	-0,2	-0,1%	-1,7
Finanzaufwand	0,0		-0,0	kA.*	0,0	0,0	+0,0	kA.*	+0,0

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 13 Justiz mit 2.402,9 Mio. € um 81,9 Mio. € bzw. 3,5% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf höhere Personalauszahlungen für Gehaltserhöhungen und für Nachzahlungen aufgrund der Vordienstzeitenreform, für höhere betriebliche Sachaufwendungen vor allem bei den Mieten und Betriebskosten, Rechtsprechungskosten und bei den gesundheitsbezogenen Maßnahmen im Bereich der Oberlandesgerichte und für höhere Transfers aufgrund von Steigerungen insbesondere bei der Opferhilfe zurückzuführen. Gleichzeitig gibt es einen Rückgang bei der Investitionstätigkeit primär für Zahlungen bei den Baumaßnahmen und bei den IT-Projekten.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 64,3 Mio. € bzw. um 2,8%, vorwiegend aufgrund der Gehaltserhöhung, eines höheren Personalstandes und Nachzahlungen iZm. der Vordienstzeitenreform bei den Personalauszahlungen um 55,1 Mio. € bzw. um 5,1%.

Die Sachaufwendungen (betrieblicher Sachaufwand) stiegen um 48,3 Mio. € bzw. um 4,6% insbesondere für Werkleistungen durch Dritte (+21,8 Mio. €; davon vor allem für Unterbringungen gemäß § 21 Abs. 1 StGB iHv. 14,6 Mio. €), Entschädigungen gemäß ASGG iHv. 7,0 Mio. €, Beiträge zu Verteidigungskosten iHv. 6,7 Mio. €, Vergütungen für Gefangenearbeiten gem. § 52 ua. StVG iHv. 6,4 Mio. €, Zahlungen an die JBA (insbes.

Strafvollzug) iHv. 15,1 Mio. € und an die BRZ GmbH iHv. 18,3 Mio. €. Demgegenüber sanken die Auszahlungen im Vergleichszeitraum vor allem im Bereich der Baukostenzuschüsse iHv. 12,9 Mio. €, bei Instandhaltungen von Gebäuden iHv. 10,3 Mio. € und für Energie iHv. 6,4 Mio. €.

Für Investitionstätigkeiten wurde 2025 um 38,7 Mio. € bzw. um 54,5% weniger ausbezahlt. 2025 erfolgten gegenüber 2024 Minderauszahlungen im GB 1303 „Strafvollzug“ bei den Justizanstalten primär für Sanierungsarbeiten in der Justizanstalt Stein iHv. 8,0 Mio. € und für die Generalsanierung des Zellentraktes und den Umbau der Wäscherei der Justizanstalt Graz-Karlau iHv. 15,1 Mio. €.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 13 iHv. 2.385,3 Mio. € unterschreiten den BVA 2025 von 2.402,9 Mio. € um 17,6 Mio. €, vorwiegend weil die budgetierten Mittel für den Verteidigungskostenersatz nicht ausgeschöpft wurden. Weiters wurden die Minderauszahlungen im Personal, vorwiegend aus geringeren Nachzahlungen iZm. der Vordienstzeitenreform zum betrieblichen Sachaufwand, primär zu den IT-Auszahlungen umgeschichtet.

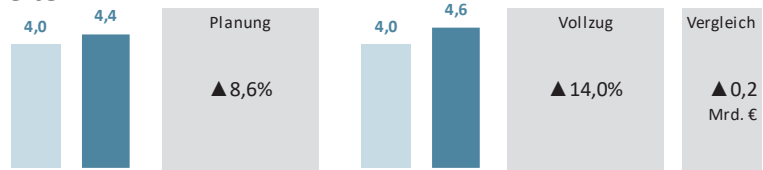
Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 13 Justiz mit 1.363,3 Mio. € um 83,0 Mio. € bzw. 6,5% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf die Valorisierung der Gerichtsgebühren gemäß § 31a GGG sowie die im weiteren Jahresverlauf erwartete Stabilisierung des Immobilienmarktes zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Einzahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 66,4 Mio. € bzw. um 5,2%, vorwiegend aufgrund des Anstiegs bei Geldbußen gemäß Kartellgesetz iHv. 21,7 Mio. €, bei den Ersätzen der Sozialversicherungsträger durch den Hauptverband iHv. 14,0 Mio. €, aufgrund der einzahlungsseitigen Verbuchung der Vollzugsbeiträge iHv. 3,9 Mio. € und bei den Erlösen für hoheitliche Leistungen („Gerichtsgebühren“) um 23,6 Mio. €, dort insbesondere durch Steigerungen im Bereich der Zivilprozesse (iHv. 29,7 Mio.); auch durch einen einzahlungsseitigen Einmaleffekt aufgrund von offenen Forderungen / Pauschalgebühren in einem Verfahren des Landesgerichts Innsbruck iHv. 13,4 Mio. €).

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen iHv. 1.346,6 Mio. € in der UG 13 unterschreiten den BVA 2025 von 1.363,3 Mio. € um 16,7 Mio. €, vorwiegend aufgrund der weiterhin gedämpften Entwicklung im Bereich der Einzahlungen aus Grundbuchsgebühren.

UG 14 Militärische Angelegenheiten



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	4.041,6	4.390,8	+349,1	+8,6%	4.041,6	4.608,9	+567,2	+14,0%	+218,1
14.07.01 S I - Generaldirektion für Verteidigungspol	115,2	118,9	+3,7	+3,2%	115,2	117,0	+1,8	+1,5%	-1,9
14.07.02 S II - Generaldirektion Präsidium	168,6	142,5	-26,1	-15,5%	168,6	162,7	-5,9	-3,5%	+20,2
14.08.01 Generaldirektion für Landesverteidigung	3.757,8	4.129,4	+371,5	+9,9%	3.757,8	4.329,2	+571,3	+15,2%	+199,8
Einzahlungen	58,2	50,0	-8,2	-14,0%	58,2	55,0	-3,2	-5,5%	+4,9
14.07.01 S I - Generaldirektion für Verteidigungspol	0,5	0,4	-0,1	-20,5%	0,5	0,5	+0,0	+3,7%	+0,1
14.07.02 S II - Generaldirektion Präsidium	3,7	3,2	-0,5	-13,8%	3,7	3,5	-0,2	-5,6%	+0,3
14.08.01 Generaldirektion für Landesverteidigung	54,1	46,5	-7,6	-14,0%	54,1	51,1	-3,0	-5,6%	+4,5
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	4.041,6	4.390,8	+349,1	+8,6%	4.041,6	4.608,9	+567,2	+14,0%	+218,1
Investitionstätigkeit	1.257,7	1.377,4	+119,6	+9,5%	1.257,7	1.611,1	+353,3	+28,1%	+233,7
Darlehen und Vorschüsse	2,3	2,2	-0,1	-4,6%	2,3	2,0	-0,3	-13,1%	-0,2
Personal	1.613,2	1.735,7	+122,4	+7,6%	1.613,2	1.689,5	+76,2	+4,7%	-46,2
Betrieblicher Sachaufwand	1.105,2	1.235,6	+130,4	+11,8%	1.105,2	1.247,5	+142,3	+12,9%	+11,9
Transfers	63,1	39,9	-23,2	-36,8%	63,1	58,7	-4,4	-6,9%	+18,8

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 14 Militärische Angelegenheiten mit 4.390,8 Mio. € um 349,1 Mio. € bzw. 8,6% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf um 119,6 Mio. € höhere Investitionen im Bereich der baulichen Infrastruktur und Rüstung, auf höhere Personalauszahlungen iHv. 122,4 Mio. € für die Gehaltserhöhung und für die Nachzahlungen aufgrund der Vordienstzeitenreform sowie auf höheren betrieblichen Sachaufwand (+130,4 Mio. €) für Instandhaltungen und Munitionsbeschaffungen zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 567,2 Mio. € bzw. um 14,0%, vorwiegend aufgrund von um 353,5 Mio. € höheren Investitionen insbesondere für militärisches Gerät (primär Luftzeuggerät) und für im Bau befindliche Gebäude, aber auch im Personalaufwand um 76,2 Mio. € aufgrund der Gehaltserhöhung unter Berücksichtigung eines Struktureffekts und von Nachzahlungen iZm. der Vordienstzeitenreform sowie beim Sachaufwand iHv. 142,3 Mio. € aufgrund von inflationsbedingten Anpassungen, höheren Auszahlungen für Instandhaltungen, Heeresanlagen und Munition.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 14 überschreiten den BVA 2025 um 218,1 Mio. €, vorwiegend aufgrund der ersten Teilanzahlung für die Beschaffung des

„Advanced Jet Trainer & Fighter Attack“ sowie aufgrund höherer Unterstützungsleistungen an die Europäische Friedensfazilität.

Die Abweichungen gegenüber dem BVA 2025 betreffen im Wesentlichen folgende Detailbudgets:

- DB 14.07.02 Generaldirektion Präsidium: +20,2 Mio. €, primär aufgrund höherer Unterstützungsleistungen an die Europäische Friedensfazilität.
- DB 14.08.01 Generaldirektion für Landesverteidigung: +199,8 Mio. €, vorwiegend infolge der Inanspruchnahme der Ermächtigung für Investitionen für die erste Teilanzahlung für die Beschaffung des „Advanced Jet Trainer & Fighter Attack“.

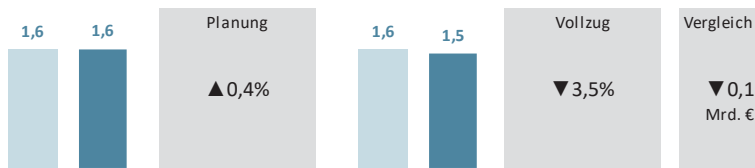
Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 14 Militärische Angelegenheiten mit 50,0 Mio. € um 8,2 Mio. € bzw. 14,0% niedriger geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf höhere Einzahlungen bei den sonstigen Erträgen (Verkaufs- und Verwertungserlöse) sowie bei den Mieteinnahmen im Erfolg 2024 zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 sanken die Einzahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 3,2 Mio. € bzw. um 5,5%, vorwiegend aufgrund des Rückgangs bei den sonstigen Erträgen (Verkaufs- und Verwertungserlöse) sowie aufgrund der Erlöse für die Airpower im Jahr 2024.

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 14 überschreiten den BVA 2025 um 4,9 Mio. €, primär aufgrund höherer Veräußerungserlöse als geplant.

UG 15 Finanzverwaltung



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ v. Erf. / BVA 2025
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. € in %		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. € in %		
Auszahlungen	1.553,6	1.559,9	+6,4	+0,4%	1.553,6	1.499,2	-54,3	-3,5%	-60,7
1501 Personal	112,3	107,1	-5,3	-4,7%	112,3	101,3	-11,0	-9,8%	-5,8
1501 Betr. Sachaufwand - IT	211,1	194,6	-16,5	-7,8%	211,1	199,7	-11,3	-5,4%	+5,2
1501 Betr. Sachaufw - Gebäudeinfrastr. (Mieten,BK,I)	18,1	16,2	-2,0	-10,9%	18,1	10,7	-7,4	-40,9%	-5,4
1501 Betr. Sachaufwand - Werkleistungen	44,2	42,1	-2,2	-4,9%	44,2	27,0	-17,2	-38,9%	-15,0
1501 Sonstiger betr. Sachaufwand	13,3	19,9	+6,6	+49,1%	13,3	21,6	+8,3	+62,2%	+1,7
1501 Transfers Sicherheitsklammer	18,2	17,1	-1,1	-5,9%	18,2	17,9	-0,3	-1,4%	+0,8
1501 Transfers WAG-LOOP		5,0	+5,0	kA.*		5,0	+5,0	kA.*	
1501 Transfers Breitband/RIC	111,8	85,0	-26,8	-24,0%	111,8	85,0	-26,8	-24,0%	-0,0
1501 sonstige Transfers	25,8	31,9	+6,1	+23,6%	25,8	26,6	+0,8	+2,9%	-5,3
1501 Investitionen, Darlehen u. Vorschüsse	2,3	0,5	-1,8	-76,8%	2,3	0,1	-2,2	-96,3%	-0,5
1502 Personal	806,7	845,8	+39,1	+4,8%	806,7	822,5	+15,8	+2,0%	-23,3
1502 Betr. Sachaufw - Gebäudeinfrastr. (Mieten,BK,I)	65,9	68,6	+2,7	+4,1%	65,9	64,4	-1,4	-2,2%	-4,1
1502 Betr. Sachaufwand - Nachrichtenübermittlung	21,4	21,6	+0,3	+1,3%	21,4	19,2	-2,1	-10,0%	-2,4
1502 Betr. Sachaufwand - Werkleistungen	18,9	20,0	+1,1	+5,7%	18,9	17,8	-1,0	-5,5%	-2,1
1502 Sonstiger betr. Sachaufwand	30,9	31,4	+0,5	+1,8%	30,9	27,1	-3,7	-12,1%	-4,3
1502 Investitionen, Darlehen u. Vorschüsse	5,3	2,0	-3,2	-61,4%	5,3	1,6	-3,7	-70,0%	-0,5
1503 Personal	41,7	44,7	+3,0	+7,2%	41,7	46,0	+4,4	+10,5%	+1,4
1503 Betr. Sachaufw - Gebäudeinfrastr. (Mieten,BK,I)	3,2	3,4	+0,2	+5,3%	3,2	3,0	-0,2	-6,9%	-0,4
1503 Betr. Sachaufwand - Werkleistungen	1,1	1,3	+0,2	+16,8%	1,1	1,4	+0,3	+25,8%	+0,1
1503 Sonstiger betr. Sachaufwand	1,2	1,0	-0,2	-18,0%	1,2	0,7	-0,5	-40,8%	-0,3
1503 Investitionen, Darlehen u. Vorschüsse	0,1	0,9	+0,8	+548,6%	0,1	0,3	+0,2	+145,0%	-0,6
Einzahlungen	273,5	220,8	-52,7	-19,3%	273,5	238,0	-35,5	-13,0%	+17,2
1501 Einhebungsvergütungen	68,3	82,2	+13,9	+20,4%	68,3	78,3	+10,1	+14,7%	-3,9
1501 Bergbau-Förderzins	112,0	80,0	-32,0	-28,6%	112,0	98,6	-13,4	-12,0%	+18,6
1501 Sonstige Einzahlungen/Erträge	74,7	41,7	-33,0	-44,2%	74,7	42,8	-31,9	-42,7%	+1,1
1502 Sonstige Einzahlungen/Erträge	15,8	15,2	-0,6	-3,9%	15,8	14,9	-0,9	-5,7%	-0,3
1503 Sonstige Einzahlungen/Erträge	2,7	1,7	-1,0	-37,0%	2,7	3,4	+0,6	+23,6%	+1,7
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	1.553,6	1.559,9	+6,4	+0,4%	1.553,6	1.499,2	-54,3	-3,5%	-60,7
Investitionstätigkeit	7,1	2,9	-4,2	-59,6%	7,1	1,5	-5,6	-78,8%	-1,4
Darlehen und Vorschüsse	0,6	0,6	-0,0	-2,3%	0,6	0,5	-0,1	-19,8%	-0,1
Personal	960,7	997,5	+36,8	+3,8%	960,7	969,8	+9,1	+1,0%	-27,6
Betrieblicher Sachaufwand	429,4	420,0	-9,4	-2,2%	429,4	393,0	-36,5	-8,5%	-27,0
Transfers	155,7	138,9	-16,7	-10,8%	155,7	134,4	-21,3	-13,7%	-4,5

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 15 Finanzverwaltung mit 1.559,9 Mio. € um 6,4 Mio. € bzw. 0,4% höher geplant als der Erfolg 2024. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf höhere Personalauszahlungen (+36,8 Mio. €) zurückzuführen. Diese resultieren in erster Linie aus der Neuberechnung des Besoldungsdienstalters und den damit verbundenen Nachzahlungen sowie aus der Gehaltserhöhung und dem Struktureffekt. Auch der sonstige betriebliche Sachaufwand wurde insbesondere infolge von anstehenden Schadensvergütungen höher veranschlagt (+6,6 Mio. €). Die Gaspipeline WAG-LOOP fand erstmals in der Planung ihren Niederschlag (+5,0 Mio. €).

Demgegenüber liegt der BVA 2025 beim Breitband/Resources Innovation Center und bei den Sonstigen Auszahlungen um 26,8 Mio. € unter dem Erfolg 2024, insbesondere aufgrund der BMG-Novelle 2025 mit 1. März 2025 (Telekommunikation und Breitband) bzw. aufgrund der BMG-Novelle 2024 (Digitalisierung).

Weitere Minderauszahlungen waren beim betrieblichen Sachaufwand-IT (-16,5 Mio. €) aufgrund der zeitlichen Streckung von IT-Projekten geplant. Schließlich liegen die Investitionsveranschlagungen bei 1502 unter dem Erfolg 2024, da im Wesentlichen weniger KFZ- bzw. Ausstattungsankäufe geplant wurden.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich sanken die Auszahlungen im Zeitraum von Jänner bis Dezember 2025 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres insgesamt um 54,3 Mio. € bzw. 3,5% insbesondere bei den Transfers Breitband/Resources Innovation Center (-26,8 Mio. €; -24,0%), beim betrieblichen Sachaufwand – IT (-11,3 Mio. €; -5,4%) und beim sonstigen betrieblichen Sachaufwand – Werkleistungen (-17,2 Mio. €; -38,9%).

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 15 unterschreiten den BVA 2025 um 60,2 Mio. € bzw. um 3,9%. Die Abweichungen gegenüber dem BVA 2025 betreffen im Wesentlichen folgende Themenbereiche/Cluster:

- 1501, 1502, 1503 Personal: -27,7 Mio. €, weil einerseits geplante VBÄ-Quoten und auch die zusätzlichen Mittel für die Neuberechnung und Nachzahlung von Vordienstzeiten nicht zur Gänze ausgeschöpft wurden
- 1501 Betr. Sachaufwand – IT: +5,2 Mio. €, vor allem in Zusammenhang mit zusätzlichen Infrastrukturkosten
- 1501 und 1502 Betr. Sachaufwand – Gebäudeinfrastr. (Mieten und BK, Instandhaltung): -9,5 Mio. €, da eingepreiste Miet- bzw. Betriebskostenerhöhungen moderater ausgefallen sind und Instandhaltungsarbeiten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Zollkorridorverkehr Vorarlberg, wegen einer Neuausrichtung des Projektes kostengünstiger umgesetzt wurden
- 1501 Betr. Sachaufwand – Werkleistungen: -15,0 Mio. €, insbesondere da Fremdleistungen, auch die Öffentlichkeitsarbeit, stark reduziert wurden

Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 15 Finanzverwaltung mit 220,8 Mio. € um 52,7 Mio. € bzw. 19,3% niedriger geplant als der Erfolg 2024. Dies ist insbesondere auf weniger geplante Einzahlungen aus dem Förderzins Bergbau (für Kohlenwasserstoffe) iHv.

32,0 Mio. € zurückzuführen. Die Planungsannahmen gehen hier von niedrigeren Handelspreisen bei Kohlenwasserstoffen, insbesondere Gas, aus.

Weitere Mindereinzahlungen bei den Sonstigen Einzahlungen iHv. -33,0 bzw. 44,2% gegenüber dem Erfolg 2024 resultieren zum einen aus den Frequenznutzungsgebühren und Erlösen aus Frequenzversteigerungen (-52,4 Mio. €), bedingt durch die BMG-Novelle 2025 und die damit verbundene Umschichtung der Mittel für den Fernmeldebereich mit 1. April 2025 in die UG 17. Zum anderen erfolgte im Jahr 2024 eine Rückzahlung von Pönal- und Stundungszinsen–Die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA) hat im Jahr 2021 ein Pönale von 21,5 Mio. € eingehoben. Da diese Mittel beim BMF eingezahlt wurden, wirkte sich die Rückzahlung dieser Pönale im Jahr 2024 aufgrund eines Gerichtsentscheides negativ auf die Einzahlungen in diesem Jahr aus.

Die Einhebungsvergütungen sind infolge höher erwarteter Zollabgaben 2025 um 13,9 Mio. € höher geplant als im Erfolg 2024.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich sanken die Einzahlungen von Jänner bis Dezember 2025 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um -35,5 Mio. € bzw. -13,0%.

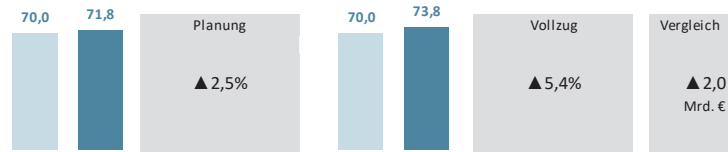
Der Rückgang der sonstigen Einzahlungen iHv. -32,2 Mio. € bzw. -25,5% sind vor allem aus dem Frequenznutzungsgebühren (-26,5 Mio. €) und den Erlösen aus den Frequenzversteigerungen im Fernmeldebereich (-24,7 Mio. €), die auf Verschiebung der Digitalisierung infolge der BMG-Novelle 2025 und die damit verbundene Umschichtung in die UG 10 Bundeskanzleramt zurückzuführen sind. Demgegenüber führte die im Vorjahr erfolgte Rücküberweisung von Pönalezinsen an die Finanzmarktaufsicht infolge eines EuGH-Urteils iHv. 21,3 Mio. € zu negativen Einzahlungen.

Darüber hinaus reduzierten geringere Erträge aus öffentlichen Rechten beim Förderzins Bergbau (für Kohlenwasserstoffe) die Einzahlungen iHv. -13,4 Mio. € (-12,0%).

Umgekehrt steigen die Einzahlungen durch Einhebungsvergütungen iHv. +10,1 Mio. € (+14,7%).

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 15 überschreiten den BVA 2025 um 17,2 Mio., vorwiegend, weil die Einzahlungen aus dem Förderzins Bergbau (für Kohlenwasserstoffe) infolge höherer Handelspreise gestiegen sind.

UG 16 Öffentliche Abgaben



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %	Δ Erf. / BVA 2025
UG 16 Öffentliche Abgaben - Brutto	114.268,8	117.398,0	+3.129,2	+2,7%	114.268,8	119.736,7	+5.467,9	+4,8%	+2.338,7
Guthaben der Steuerpflichtigen	206,6		-206,6	kA.	206,6	18,8	-187,8	-90,9%	+18,8
UG 16 Öffentliche Abgaben - Brutto ohne Abgabenguthaben	114.062,1	117.398,0	+3.335,9	+2,9%	114.062,1	119.717,9	+5.655,7	+5,0%	+2.319,9
Bruttosteuern	112.885,6	115.950,0	+3.064,4	+2,7%	112.885,6	118.301,3	+5.415,7	+4,8%	+2.351,3
Einkommen- und Vermögensteuern	60.009,1	60.127,1	+118,0	+0,2%	60.009,1	62.459,6	+2.450,6	+4,1%	+2.332,5
Veranlagte Einkommensteuer	5.005,5	4.500,0	-505,5	-10,1%	5.005,5	5.094,9	+89,4	+1,8%	+594,9
Lohnsteuer	36.214,2	37.200,0	+985,8	+2,7%	36.214,2	37.832,6	+1.618,4	+4,5%	+632,6
Kapitalertragsteuern	5.635,1	5.500,0	-135,1	-2,4%	5.635,1	6.705,9	+1.070,9	+19,0%	+1.205,9
<i>Kapitalertragsteuer auf Dividenden (KeStG)</i>	3.370,0		-3.370,0	kA.	3.370,0	3.738,9	+368,8	+10,9%	+3.738,9
<i>Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Erträge</i>	2.265,1		-2.265,1	kA.	2.265,1	2.967,1	+702,0	+31,0%	+2.967,1
Körperschaftsteuer	12.657,8	12.100,0	-557,8	-4,4%	12.657,8	11.859,7	-798,1	-6,3%	-240,3
Energiekrisenbeitrag	271,9	250,0	-21,9	-8,1%	271,9	367,3	+95,4	+35,1%	+117,3
Stiftungseinkommensteuer	29,9	30,0	+0,1	+0,2%	29,9	54,4	+24,4	+81,6%	+24,4
Abgabe von Zuwendungen	-0,2	0,1	+0,3	kA.	-0,2	-0,0	+0,2	kA.	-0,1
Kunstförderungsbeitrag	3,8		-3,8	kA.	3,8		-3,8	kA.	
Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	33,1	35,0	+1,9	+5,8%	33,1	32,7	-0,4	-1,1%	-2,3
Bodenwertabgabe	6,9	7,0	+0,1	+0,9%	6,9	5,7	-1,2	-17,3%	-1,3
Stabilitätsabgabe	151,0	205,0	+54,0	+35,8%	151,0	205,5	+54,5	+36,1%	+0,5
Stabilitätsabgabe - Sonderzahlung gem. BSMG 2025		300,0	+300,0	kA.		300,8	+300,8	kA.	+0,8
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	52.142,9	54.946,5	+2.803,6	+5,4%	52.142,9	55.007,8	+2.864,9	+5,5%	+61,3
Umsatzsteuer	38.628,2	40.100,0	+1.471,8	+3,8%	38.628,2	40.177,1	+1.548,9	+4,0%	+77,1
Tabaksteuer	2.126,1	2.200,0	+73,9	+3,5%	2.126,1	2.170,4	+44,4	+2,1%	-29,6
Biersteuer	191,5	195,0	+3,5	+1,8%	191,5	178,8	-12,8	-6,7%	-16,2
Alkoholsteuer	154,3	155,0	+0,7	+0,5%	154,3	145,1	-9,2	-5,9%	-9,9
Schaumweinsteuer - Zwischenerzeugnisse	1,9	2,0	+0,1	+4,6%	1,9	1,8	-0,1	-3,4%	-0,2
Digitalsteuer	124,1	130,0	+5,9	+4,7%	124,1	137,1	+13,0	+10,4%	+7,1
Mineralölsteuer	3.803,7	3.700,0	-103,7	-2,7%	3.803,7	3.687,2	-116,6	-3,1%	-12,8
Energieabgaben	32,8	1.000,0	+967,2	kA.	32,8	922,4	+889,7	kA.	-77,6
Normverbrauchsabgabe	541,0	530,0	-11,0	-2,0%	541,0	518,7	-22,3	-4,1%	-11,3
Kraftfahrzeugsteuer	58,6	59,0	+0,4	+0,6%	58,6	57,7	-0,9	-1,6%	-1,3
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.777,1	2.875,0	+97,9	+3,5%	2.777,1	2.902,4	+125,3	+4,5%	+27,4
Versicherungssteuer	1.559,7	1.600,0	+40,3	+2,6%	1.559,7	1.640,6	+81,0	+5,2%	+40,6
Flugabgabe	168,3	180,0	+11,7	+6,9%	168,3	178,9	+10,6	+6,3%	-1,1
Grunderwerbsteuer	1.116,0	1.300,0	+184,0	+16,5%	1.116,0	1.304,1	+188,1	+16,9%	+4,1
Glücksspielgesetz	700,3	750,5	+50,2	+7,2%	700,3	825,4	+125,1	+17,9%	+74,9
Werbeabgabe	97,7	100,0	+2,3	+2,3%	97,7	90,3	-7,4	-7,5%	-9,7
Altlastenbeitrag	61,5	70,0	+8,5	+13,8%	61,5	69,7	+8,2	+13,4%	-0,3
Gebühren, Bundesverwaltungsabg. und sonstige Abgaben	733,7	876,4	+142,7	+19,5%	733,7	833,9	+100,2	+13,7%	-42,5
Gebühren und Bundesverwaltungsabgaben	610,7	730,0	+119,3	+19,5%	610,7	702,5	+91,8	+15,0%	-27,5
Sonst. Abgaben, Resteingänge, Nebenansp. und Kosteners.	122,9	146,4	+23,5	+19,1%	122,9	131,4	+8,4	+6,8%	-15,0
Nationaler Emissionszertifikatehandel	1.176,6	1.448,0	+271,4	+23,1%	1.176,6	1.416,6	+240,0	+20,4%	-31,4
Non-ETS-Emissionen	1.176,6	1.448,0	+271,4	+23,1%	1.176,6	1.416,6	+240,0	+20,4%	-31,4
Ab-Überweisungen	-44.252,3	-45.635,6	-1.383,3	+3,1%	-44.252,3	-45.971,9	-1.719,6	+3,9%	-336,3
Finanzausgleich Ab-Überweisungen I	-36.279,6	-37.173,8	-894,2	+2,5%	-36.279,6	-37.545,5	-1.265,9	+3,5%	-371,8
Sonstige Ab-Überweisungen I	-4.955,3	-5.185,8	-230,5	+4,7%	-4.955,3	-5.188,3	-233,0	+4,7%	-2,5
EU Ab-Überweisungen II	-2.936,6	-3.200,0	-263,4	+9,0%	-2.936,6	-3.150,8	-214,2	+7,3%	+49,2
NEHS Ab-Überweisungen III	-80,8	-76,0	+4,8	-5,9%	-80,8	-87,2	-6,4	+8,0%	-11,2
UG 16 Öffentliche Abgaben - Netto	70.016,5	71.762,4	+1.745,9	+2,5%	70.016,5	73.764,8	+3.748,3	+5,4%	+2.002,4

kA. = keine %-Angabe da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert.

Die **Öffentlichen Nettoabgaben** des Bundes ergeben sich aus den Bruttoabgaben abzüglich der gesetzlichen Anteile anderer Rechtsträger (zB. Länder, Gemeinden). Diese Anteile werden als sogenannte „Ab-Überweisungen“ von der Summe der Bruttoabgaben abgesetzt und als negative Einzahlungen verbucht. Schlussendlich wird unter den Nettoabgaben jener Saldo ausgewiesen, der im Bundesbudget verbleibt.

Aus den Fälligkeitsterminen verschiedener Abgaben und dem Rhythmus des Finanzausgleichs, dessen Bemessungsgrundlage üblicherweise die Einzahlungen des zweitvorangegangenen Monats sind, ergeben sich monatliche Schwankungen bei den Anteilen der Ab-Überweisungen.

Bruttosteuern

Planung: Dem BVA 2025 lag die WIFO-Konjunkturprognose vom März 2025 zugrunde. Die Prognose des WIFO sah ein nominelles BIP-Wachstum von 2,2% für 2025 vor.

Im Rahmen der Budgetkonsolidierung wurden mehrere gesetzliche Maßnahmenpakete beschlossen, die teilweise bereits 2025 budgetäre Wirkung entfaltet haben. Die wesentlichsten bereits 2025 steuerlich wirksamen Maßnahmen waren die Verschärfung und Verlängerung des Energiekrisenbeitrags, die Anhebung der Stabilitätsabgabe (inkl. temporärer Sonderzahlung), die Erhöhung der Tabaksteuer, die Einbeziehung der Elektro-PKW in die motorbezogene Versicherungssteuer, die Anhebung der Wettgebühren sowie die vorzeitige Abschaffung der USt-Befreiung für Photovoltaik-Anlagen. Die Valorisierung der Bundesgebühren sowie die Anhebung der Glücksspielabgabe und der Konzessionsabgabe wurden ab Mitte des Jahres aufkommenswirksam.

Vorjahresvergleich: Die Einzahlungen aus Bruttoabgaben von Jänner bis Dezember betragen 119.736,7 Mio. € und stiegen um 5.467,9 Mio. € (+4,8%). Davon kamen aus den Bruttosteuern (DB 01) Entrichtungen iHv. 118.301,3 Mio. €. Die Einzahlungen aus dem nationalen Emissionszertifikatehandelssystem erbrachten 1.416,6 Mio. €. Somit ergeben sich Mehreinnahmen aus Steuern und Abgaben iHv. 5.655,7 Mio. € (+5,0%). Die Einzahlungen aus Bruttoabgaben enthalten außerdem Verbindlichkeiten aus Guthaben der Steuerpflichtigen, die gegenüber dem Vergleichszeitraum um 18,8 Mio. € zunahmen.

Voranschlagsvergleich: Die aktuelle WIFO-Prognose vom Dezember 2025 weist für das nominelle BIP 2025 ein stärkeres Wachstum aus als jene vom März 2025, nämlich 3,6%. Auch die Prognose für das Lohnwachstum wurde gegenüber der Prognose zum Zeitpunkt der Veranschlagung angehoben.

Die Einnahmen aus Bruttosteuern (ohne Abgabenguthaben) lagen mit 118.301,3 Mio. € um 2.351,3 Mio. € über dem im BVA geschätzten Wert von 115.950,0 Mio. €.

Mehreinnahmen gegenüber dem prognostizierten Wert erbrachten insbesondere die veranlagte Einkommensteuer mit 594,9 Mio. € (+13,2%), die Lohnsteuer mit 632,6 Mio. €

(+1,7%) und die Kapitalertragsteuern mit 1.205,9 Mio. €. Mindereinnahmen verzeichnete vor allem die Körperschaftsteuer mit 240,3 Mio. € (-2,0%).

Das Aufkommen der **veranlagten Einkommensteuer** stieg geringfügig gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres, nämlich um 89,4 Mio. € (+1,8). Höhere laufende Vorauszahlungen wurden durch niedrigere Zahlungen für ältere Veranlagungsjahre und höhere Auszahlungen im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung kompensiert. Gegenüber dem Voranschlag wurden Mehreinnahmen iHv. 594,9 Mio. €. (+13,2%) erzielt. Angesichts des wirtschaftlichen Umfeldes wurde davon ausgegangen, dass die Zahlungen zur Vermeidung der Anspruchsverzinsung rückläufig sein werden. Tatsächlich weisen die Erklärungsdaten jedoch einen Anstieg auf.

Die **Körperschaftsteuer** sank um 798,1 Mio. € (-6,3%) gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Verantwortlich für den Rückgang sind die negativen Ergebnisse für vergangene Veranlagungsjahre, die vom Anstieg bei den laufenden Vorauszahlungen nicht wett gemacht werden konnten. Insbesondere der Kasseneingang in den Monaten September und November, in denen die Zahlungen zur Vermeidung von Nachforderungszinsen anfallen, blieb – anders als bei der veranlagten Einkommensteuer – stark hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Gegenüber dem BVA waren Minderinnahmen iHv. 240,3 Mio. € (-2,0%) zu verzeichnen. Wie auch bei der Einkommensteuer wurde bei der Veranschlagung von rückläufigen Abschlagszahlungen ausgegangen, jedoch wurde hier der Rückgang unterschätzt.

Der in den Einkommensteuern enthaltene direkt abgeführte Teil der „Immobilienvertragssteuer“ betrug im Jahr 2025 800,5 Mio. € und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 86,7 Mio. € (+12,1%).

Die **Lohnsteuer** entwickelt sich mit einem Zuwachs von 1.618,4 Mio. € (+4,5%) insgesamt stärker als erwartet. Die rezenten Prognosen für das Lohnwachstum 2025 wurden gegenüber der Prognose zum Zeitpunkt der Veranschlagung deutlich angehoben. Der Voranschlag wurde um 632,6 Mio. € (+1,7%) übertroffen.

Die **Kapitalertragsteuern** wuchsen um 1.070,9 Mio. € (+19,0%) gegenüber dem Vorjahr. Von diesem Anstieg entfielen 368,8 Mio. € (+ 10,9%) auf die Besteuerung von Dividenden. Die Besteuerung von Zinsen und sonstigen Erträgen erbrachte Mehreinzahlungen von 702,0 Mio. € (+31,0%). Der Zuwachs bei letzterer war zum überwiegenden Teil von der Wertpapierzuwachssteuer, aber auch von der Steuer auf Zinserträge getragen. Die

Kapitalertragsteuern erbrachten Mehreinnahmen gegenüber dem BVA von 1.205,9 € (+21,9%). Bei der Veranschlagung musste angesichts eines sinkenden Zinsniveaus von einem sinkenden Aufkommen bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen ausgegangen werden. Tatsächlich gab es aber bei dieser Komponente einen Zuwachs. Auch der direkt abgeführte Teil der Wertpapierzuwachssteuer verzeichnete erhebliche Zuwächse. Zudem wurde angesichts des wirtschaftlichen Umfelds mit verhalteneren Ausschüttungen gerechnet.

Die **Umsatzsteuer** stieg um 1.548,9 Mio. € (+4,0%) auf 40.177,1 Mio. €. Veranschlagt waren 40.100,0 Mio. €, sodass sich geringfügige Mehreinnahmen iHv. 77,1 Mio. € (+0,2%) ergaben.

Der **Energiekrisebeitrag** stieg um 95,4 Mio. € (+35,1%). Die Einzahlungen erreichten eine Höhe von insgesamt 367,3 Mio. €. Im Rahmen der Budgetkonsolidierung wurden weitere Bemessungszeiträume festgelegt, die zusätzliche Einzahlungen für das laufende Haushaltsjahr erbrachten. So war mit Dezember eine Vorauszahlung an EKB-Strom für den Zeitraum vom 1. April 2025 bis 31. März 2026 (Erhebungszeitraum 3) zu leisten. Erklärung und Abrechnung für diesen Zeitraum sowie die Vorauszahlung für den EKB-fossile Energieträger für den Zeitraum 1. April 2025 bis 31. Dezember 2025 erfolgen im Juni 2026. Auf Basis der Vorauszahlungen für den Erhebungszeitraum 3 wurde der Voranschlag um 117,3 Mio. € (+46,9%) übertroffen, da für den Zeitraum vom 1. April 2025 bis 31. März 2026 mehr Vorauszahlungen eingingen als erwartet. Letztlich kann erst die Abrechnung für diesen Zeitraum im Jahr 2026 den tatsächlichen Ertrag zeitigen.

Im Zuge des Budgetsanierungsmaßnahmengesetzes wurde der Steuersatz für die **Stabilitätsabgabe** angehoben und eine **Sonderzahlung** vorgesehen. Die Einzahlungen aus der Stabilitätsabgabe übertrafen den Vorjahreserfolg daher um 54,5 Mio. € (+36,1%) und zeitigten 205,5 Mio. € an Einzahlungen. Die Sonderzahlung erbrachte 300,8 Mio. €.

Der Voranschlag von 205,0 Mio. € bzw. 300,0 Mio. € wurde somit erreicht.

Die **Gebühren und Bundesverwaltungsabgaben** sind in Summe um 91,8 Mio. € (+15,0%) gestiegen. Die Dynamik der Zulassungsgebühren (+23,9%) ist von steigenden Zulassungszahlen getragen und ab dem Aufkommen August auch von der Gebührenvalorisierung. Der Zuwachs bei den Übrigen Gebühren iHv. 48,0 Mio. € (+18,2%) ist der Erhöhung der Wettgebühren geschuldet. Der für die Gebühren und Bundesverwaltungsabgaben veranschlagte Betrag wurde um 27,5 Mio. € (-3,8%)

unterschritten. Ursache war ein Unterschreiten der Übrigen Gebühren, da ein 2025 eingepreister Großfall voraussichtlich erst 2026 schlagend wird.

Das Aufkommen aus den **Energieabgaben** stieg um 889,7 Mio. €. Zum einen fielen nach dem Auslaufen der abgesenkten Steuersätze auf Strom und Gas mit Ende 2024 nunmehr wieder Abgabenzahlungen in der üblichen Höhe an. Andererseits umfassen die zeitgleich geltend gemachten Energieabgabevergütungen auch noch Zeiträume mit abgesenkten Steuersätzen. Die Einzahlungen lagen um 77,6 Mio. € (-7,8%) unter dem Bundesvoranschlag iHv. 1.000,0 Mio. €.

Die **Normverbrauchsabgabe** ging um 22,3 Mio. € (-4,1%) zurück. Zum einen steigt der Anteil der E-Autos an den Neuzulassungen, zum anderen wirkt die CO₂ Komponente tariflich seit 1.1.2025 weniger dynamisch. Der Voranschlag iHv. 530,0 Mio. € wurde um 11,3 Mio. € (-2,1%) unterschritten.

Die **Tabaksteuer** stieg um 44,4 Mio. € (+2,1%) auf 2.170,4 Mio. €. Im Zuge der Budgetsanierung wurden verschiedene Maßnahmen bei der Tabaksteuer getroffen. So wurde die ab April 2025 vorgesehene Absenkung des Preiselements von 32% auf 31,5% ausgesetzt, das mengenbezogene Steuerelement aber wie vorgesehen angehoben. Weiters wurde die Tabaksteuerbelastung von Tabak zum Erhitzen jener von Zigaretten weiter angenähert. Der Erfolg blieb um 29,6 Mio. € (-1,3%) hinter dem Bundesvoranschlag zurück.

Die Einzahlungen aus der **Mineralölsteuer** sanken gegenüber dem Vergleichszeitraum um 116,6 Mio. € (-3,1%) auf 3.687,2 Mio. €. Eine negative Aufkommensentwicklung wurde auch mit dem Planungswert für 2025 iHv. 3.700,0 Mio. € in Aussicht genommen. Die Mindereinnahmen gegenüber dem Voranschlag betragen demnach 12,8 Mio. € (-0,3%).

Die **Abgaben nach dem Glücksspielgesetz** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 125,1 Mio. € (+17,9%). Die Konzessionsabgabe wuchs um 8,0%. Das Mehraufkommen aus der Glücksspielabgabe (+34,8%) wird sowohl von der im BBG 2025 beschlossenen Erhöhung als auch von durch Prüfergebnisse ausgelösten Zahlungen für vergangene Zeiträume getragen. Die Spielbankabgabe wurde nicht erhöht und blieb annähernd auf dem Vorjahresniveau (+1,6 Mio. € bzw. 2,4%). Die Abgaben nach dem Glücksspielgesetz wuchsen um 75,0 Mio. € (+10%) stärker als budgetiert. Hauptursache der Abweichung sind durch Prüfergebnisse ausgelöste Zahlungen an Glücksspielabgabe für vergangene Zeiträume.

Die **Grunderwerbsteuer** stieg um 188,1 Mio. € (+16,9%). Die im letzten Quartal 2024 beginnende Erholung bei der Grunderwerbsteuer setzte sich über das Jahr 2025 in einem stabilen Wachstum fort. Die Einzahlungen iHv. 1.304,1 Mio. € überstiegen den Voranschlagswert um 4,1 Mio. € (+0,3%).

Änderungen bei der **motorbezogenen Versicherungssteuer** traten mit 1. April in Kraft. Die Befreiung für Elektrofahrzeuge wurde aufgehoben. Es sind 125,3 Mio. € (+4,5%) an Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Der Voranschlag betrug 2.875,0 Mio. € und wurde um 27,4 Mio. € (+1,0%) überschritten.

Nationaler Emissionszertifikatehandel

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen aus der nationalen CO₂-Bepreisung mit 1.448,0 Mio. € um 271,4 Mio. € bzw. 23,1% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist auf den gesetzlich determinierten Anstieg des Zertifikatspreises von 45 €/tCO₂e im Jahr 2024 auf 55 €/tCO₂e im Jahr 2025 gemäß „Nationales Emissionszertifikatehandelsgesetz 2022 (NEHG 2022)“ zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich stiegen die Einzahlungen im vorläufigen Erfolg 2025 gegenüber dem Erfolg 2024 um 240,0 Mio. € bzw. 20,4% wie geplant aufgrund des ansteigenden Preispfades gemäß NEHG 2022.

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen aus der nationalen CO₂-Bepreisung unterschreiten den BVA 2025 um 31,4 Mio. € bzw. um 2,2%, vorwiegend, weil es seitens der Unternehmen zu nachträglichen Korrekturen der Vorauszahlungen aus den übermittelten Überwachungsplänen gekommen ist.

Ab-Überweisungen

Um von den Bruttoabgaben zu den Nettoabgaben zu gelangen, werden die Ab-Überweisungen als negative Einzahlungen verbucht und dargestellt. Im Sinne der Lesefreundlichkeit werden in untenstehender Tabelle und in den folgenden Erläuterungen die Ab-Überweisungen jedoch positiv dargestellt.

Tabelle 32: Ab-Überweisungen der UG 16 Öffentliche Abgaben

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg	BVA	Veränderung		Erfolg	v. Erfolg	Veränderung		Δ Erf. / BVA 2025
	2024	2025	in Mio. €	in %	2024	2025	in Mio. €	in %	
Finanzausgleich Ab-Überweisungen I	36.279,6	37.173,8	+894,2	+2,5%	36.279,6	37.545,5	+1.265,9	+3,5%	+371,8
Ertragsanteile an Gemeinden	13.419,0	13.615,9	+196,9	+1,5%	13.419,0	13.754,8	+335,8	+2,5%	+138,9
Ertragsanteile an Länder	20.589,8	21.131,7	+541,9	+2,6%	20.589,8	21.358,6	+768,8	+3,7%	+227,0
Krankenanstaltenfinanzierung Umsatzsteueranteil	227,5	234,3	+6,7	+3,0%	227,5	233,8	+6,2	+2,7%	-0,5
Gesundheitsförderung Umsatzsteueranteil	7,3	7,3	+0,0%	+0,0%	7,3	7,3	+0,0%	+0,0%	
Siedlungswasserwirtschaft	69,2	66,2	-3,0	-4,4%	69,2	63,1	-6,1	-8,8%	-3,1
Katastrophenfonds	666,7	673,4	+6,7	+1,0%	666,7	688,0	+21,3	+3,2%	+14,6
Umsatzsteueranteil für Pflegeregress	200,0	200,0	+0,0%	+0,0%	200,0	200,0	+0,0%	+0,0%	
Pflegefonds	1.100,0	1.155,0	+55,0	+5,0%	1.100,0	1.155,0	+55,0	+5,0%	
LWA-G		90,0	+90,0	kA.		84,9	+84,9	kA.	-5,1
Sonstige Ab-Überweisungen I	4.955,3	5.185,8	+230,5	+4,7%	4.955,3	5.188,3	+233,0	+4,7%	+2,5
Überweisungen an Länder (GSBG)	1.992,2	2.150,0	+157,8	+7,9%	1.992,2	2.088,8	+96,6	+4,8%	-61,2
Überweisungen an Österreichisches Rotes Kreuz (GSBG)	59,1	65,0	+5,9	+9,9%	59,1	61,8	+2,7	+4,5%	-3,2
Überweisung an den Hauptverband der SV-Träger (GSBG)	1.318,9	1.385,0	+66,1	+5,0%	1.318,9	1.420,4	+101,5	+7,7%	+35,4
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	894,6	895,4	+0,8	+0,1%	894,6	926,9	+32,2	+3,6%	+31,4
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)	690,4	690,4	+0,0%	+0,0%	690,4	690,4	+0,0%	+0,0%	
EU Ab-Überweisungen II	2.936,6	3.200,0	+263,4	+9,0%	2.936,6	3.150,8	+214,2	+7,3%	-49,2
Beitrag zur Europäischen Union	2.936,6	3.200,0	+263,4	+9,0%	2.936,6	3.150,8	+214,2	+7,3%	-49,2
NEHS Ab-Überweisungen III	80,8	76,0	-4,8	-5,9%	80,8	87,2	+6,4	+8,0%	+11,2
Entlastung CO2-Bepreisung	80,8	76,0	-4,8	-5,9%	80,8	87,2	+6,4	+8,0%	+11,2
Ab-Überweisungen	44.252,3	45.635,6	+1.383,3	+3,1%	44.252,3	45.971,9	+1.719,6	+3,9%	+336,3

kA. = keine %-Angabe da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert.

Finanzausgleich Ab-Überweisungen I

Die Anteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben erhöhten sich in den Monaten Jänner bis Dezember 2025 parallel zur Entwicklung der Erträge bei den zugrundeliegenden Abgaben im zweitvorangegangenen Monat. Während es bei den Ländern zu einem Anstieg um 768,8 Mio. € bzw. 3,7% kam, war bei den Gemeinden ein – in Relation zu den Ländern – niedrigerer Anstieg um 335,8 Mio. € bzw. 2,5% zu verzeichnen. Dieser ist auf einen Basiseffekt im Vergleichszeitraum zurückzuführen, da gemäß FAG 2024 im Jahr 2024 ein Sonder-Vorschuss an die Gemeinden iHv. 300,0 Mio. € geleistet wurde.

Voranschlagsvergleich: Im Jahr 2025 stiegen im Vergleich zum BVA 2025 die Auszahlungen an die Länder um 227,0 Mio. € bzw. um 1,1%. Die Auszahlungen an die Gemeinden sind um 138,9 Mio. € bzw. um 1,0% gestiegen.

Sonstige Ab-Überweisungen I

Planung: Im BVA 2025 wurden Ab-Überweisungen (Auszahlungen) iHv. 5.185,8 Mio. € veranschlagt.

Vorjahresvergleich: Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Auszahlungen um 233,0 Mio. € (+4,7%).

Voranschlagsvergleich: Die Steueranteile für den FLAF beruhen auf den Einzahlungen jener Abgaben, die der Berechnung des gesetzlichen Anteils zugrunde liegen. Es wurden um 31,4 Mio. € mehr ausbezahlt als veranschlagt.

Für die Zahlungen nach dem GSBG wurden um 28,9 Mio. € weniger aufgewendet als veranschlagt.

Die Abweichung gegenüber dem Voranschlag beläuft sich auf Mehrauszahlungen iHv. 2,5 Mio. €.

EU Ab-Überweisungen II

Planung: Im BVA 2025 ist der österreichische EU-Beitrag als EU Ab-Überweisungen II mit 3.200,0 Mio. € veranschlagt. Er wird damit im Vergleich zum Erfolg 2024 um 263,4 Mio. € oder 9,0% höher erwartet. Der Grund dafür liegt im Wesentlichen im höheren EU-Haushalt 2025 und einer im Jänner 2024 finanzierungswirksam gewordenen Eigenmittelgutschrift zugunsten des Bundeshaushalts.

Vorjahresvergleich: Für 2025 weist der Vollzug des EU-Beitrags einen Anstieg um 214,2 Mio. € bzw. 7,3% gegenüber dem Vorjahr auf. Dieser ist auf einen höheren EU-Haushalt 2025 sowie eine nennenswerte Gutschrift zugunsten des Finanzierungshaushalts 2024 zurückzuführen, der eine geringe Nachzahlung zulasten des Finanzierungshaushalts 2025 gegenübersteht.

Voranschlagsvergleich: Der EU-Beitrag unterschritt im vorläufigen Erfolg 2025 den BVA 2025 um 49,2 Mio. € bzw. 1,5%. Dies ist im Wesentlichen auf geringere Eigenmittelanforderungen der Europäischen Kommission zurückzuführen, weil der EU-Haushalt im Vollzug etwas niedriger lag als erwartet.

NEHS Ab-Überweisungen III

Planung: Im BVA 2025 sind die Ab-Überweisungen für die Entlastungsmaßnahmen der nationalen CO₂-Bepreisung um 4,8 Mio. € bzw. 5,9% niedriger geplant als im Erfolg 2024. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2024 aufgrund des bis dahin verzögerten beihilferechtlichen Genehmigungsprozesses bei der Europäischen Kommission die Entlastungsmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft zusätzlich zum Jahr 2024 für die Jahre 2022 und 2023 ausgezahlt wurden.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich waren die Ab-Überweisungen im vorläufigen Erfolg 2025 um 6,4 Mio. € bzw. 8,0% höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, vorwiegend, weil der amtswegige Prüfungsprozess der Anträge für die Entlastungsmaßnahme „Energieintensive Betriebe und Carbon Leakage“ schneller abgewickelt wurde und es dadurch zu einer vollständigen Auszahlung noch im Jahr 2025 kommen konnte.

Voranschlagsvergleich: Die Ab-Überweisungen für die Entlastungsmaßnahmen der nationalen CO₂-Bepreisung überschreiten den BVA um 11,2 Mio. € bzw. um 14,8%, vorwiegend, aufgrund eines effizienteren Prüfungsprozesses der eingereichten Anträge seitens des Amtes für den nationalen Emissionszertifikatehandel (AnEH). Dadurch konnte es zu einer vollständigen Auszahlung der Entlastungssumme des Jahres 2024 noch im Jahr 2025 kommen.

Unterschiede zwischen Finanzierungsrechnung und Ergebnisrechnung

Tabelle 33: Erträge und Einzahlungen in der UG 16 Öffentliche Abgaben

In Mio. €	Einzahlungen	Erträge	Unterschied
UG 16 Öffentliche Abgaben - Brutto	119.736,7	120.469,7	+733,0
Guthaben der Steuerpflichtigen	18,8		-18,8
UG 16 Öffentliche Abgaben - Brutto ohne Abgabenguthaben	119.717,9	120.469,7	+751,8
Bruttosteuern	118.301,3	118.970,8	+669,5
Einkommen- und Vermögensteuern	62.459,6	62.744,9	+285,3
Veranlagte Einkommensteuer	5.094,9	5.287,6	+192,7
Lohnsteuer	37.832,6	37.848,6	+16,0
Kapitalertragsteuern	6.705,9	6.769,3	+63,3
Körperschaftsteuer	11.859,7	11.873,3	+13,6
Verbrauchs- und Verkehrsteuern	55.007,8	55.297,5	+289,7
Umsatzsteuer	40.177,1	40.557,7	+380,6
Mineralölsteuer	3.687,2	3.660,3	-26,9
Glückspielgesetz	825,4	763,0	-62,5
Gebühren, Bundesverwaltungsabgaben und sonstige Abgaben	833,9	928,4	+94,6
Sonst. Abgaben, Resteingänge, Nebenansp. und Kosteners.	131,4	226,6	+95,2
Nationaler Emissionszertifikatehandel	1.416,6	1.498,8	+82,3
Non-ETS-Emissionen	1.416,6	1.498,8	+82,3
Ab-Überweisungen	-45.971,9	-45.942,8	+29,1
Finanzausgleich Ab-Überweisungen I	-37.545,5	-37.546,0	-0,5
Sonstige Ab-Überweisungen I	-5.188,3	-5.163,8	+24,5
EU Ab-Überweisungen II	-3.150,8	-3.145,6	+5,2
Beitrag zur Europäischen Union	-3.150,8	-3.145,6	+5,2
NEHS Ab-Überweisungen III	-87,2	-87,2	
UG 16 Öffentliche Abgaben - Netto	73.764,8	74.526,9	+762,2

Erträge aus Steuern und Abgaben (Forderungen) werden bei ihrer Vorschreibung, Einzahlungen zum Zeitpunkt der Entrichtung einer Abgabe verrechnet. Die Zahlungsflüsse der Guthaben (Verbindlichkeiten) werden nur in der Finanzierungsrechnung erfasst.

Für gewöhnlich ist die Summe der Erträge aus Steuern und Abgaben höher als die der Entrichtungen (Einzahlungen ohne Guthaben). Die Erträge aus den Bruttoabgaben (DB1 und DB5) lagen um 751,8 Mio. € über den Entrichtungen im Finanzierungshaushalt, wovon 82,3 Mio. € dem nationalen Emissionszertifikatehandel zuzurechnen sind. Der Finanzierungshaushalt enthielt überdies Einzahlungen aus dem Aufbau von Guthaben iHv. 18,8 Mio. €, womit der Ergebnishaushalt der Bruttoabgaben per Saldo um 733,0 Mio. € über dem Finanzierungshaushalt zu liegen kam.

Tabelle 34: Aufwendungen in der UG 16 Öffentliche Abgaben

In Mio. €	Planung				Vollzug			
	Erfolg	BVA	Veränderung		Erfolg	v. Erfolg	Veränderung	
	2024	2025	in Mio. €	in %	2024	2025	in Mio. €	in %
Nicht finanzierungswirksame Aufwendungen	623,2	615,1	-8,1	+0,8%	623,2	316,3	-306,8	+33,4%
Wertberichtigungen zu Forderungen	281,0	51,0	-230,0	-61,8%	281,0	0,1	-280,9	+731,6%
Forderungsabschreibungen aus Abgaben (AE)	287,3	514,0	+226,7	+54,0%	287,3	299,3	+12,1	-9,2%
Forderungsabschreibungen Zoll	54,9	50,1	-4,8	-14,1%	54,9	16,9	-38,0	-14,8%
Aufwendungen insgesamt (Ergebnishaushalt)	623,2	615,1	-8,1	+0,8%	623,2	316,3	-306,8	+33,4%

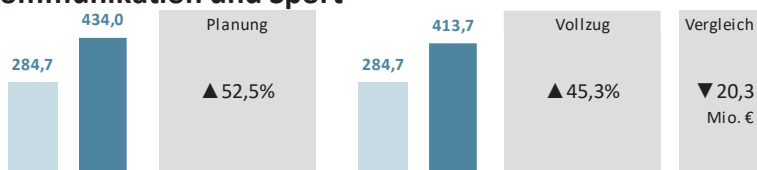
Tabelle 35: Nicht finanzierungswirksame Erträge in der UG 16 Öffentliche Abgaben

In Mio. €	Planung				Vollzug			
	Erfolg	BVA	Veränderung		Erfolg	v. Erfolg	Veränderung	
	2024	2025	in Mio. €	in %	2024	2025	in Mio. €	in %
Auflösung von Wertberichtigungen						31,2	+31,2	

Aufwendungen: Sämtliche Aufwendungen der UG 16 Öffentliche Abgaben sind nicht finanzierungswirksam, dh. es fallen dadurch keine Auszahlungen an. Bei den Wertberichtigungen werden die Nettobewegungen der ausgesetzten Beträge (Einbringung § 231 und Einhebung § 212a BAO) ausgewiesen, sowie jene Vorschriften, die von einem Insolvenzverfahren betroffen sind. Die Forderungsabschreibungen zeigen die Löschungen uneinbringlicher Forderungen und Nachsichten (§ 236 BAO).

Der Aufwand betrug im Berichtszeitraum 316,2 Mio. €. Im Jahr 2025 wurden mehr Wertberichtigungen aufgelöst als gebildet. Somit entstanden Erträge iHv. 31,2 Mio. € aus der Auflösung von Wertberichtigungen. Die Forderungsabschreibungen aus Abgaben in Höhe von insgesamt 299,3 Mio. € zeigen die Löschungen (§ 235 BAO) und Nachsichten (§ 236 BAO). Des Weiteren fielen Forderungsabschreibungen im Zollbereich in Höhe von insgesamt 16,9 Mio. € an.

UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	284,7	434,0	+149,3	+52,5%	284,7	413,7	+129,0	+45,3%	-20,3
Allgemeine Sportförderung	98,7	85,0	-13,7	-13,9%	98,7	84,3	-14,4	-14,6%	-0,7
Besondere Sportförderung	120,1	110,0	-10,1	-8,4%	120,1	110,0	-10,1	-8,4%	-0,1
Personal	32,1	34,6	+2,5	+7,7%	32,1	34,6	+2,5	+7,9%	+0,1
Energiekostenzuschuss-NPO	5,0	5,0		+0,0%	5,0	9,4	+4,4	+87,6%	+4,4
Medien		130,0	+130,0	kA.*		121,0	+121,0	kA.*	-9,0
Breitband und Telekommunikation		49,9	+49,9	kA.*		38,8	+38,8	kA.*	-11,0
Sonstiges	28,7	19,5	-9,2	-32,0%	28,7	15,5	-13,2	-45,9%	-4,0
Einzahlungen	0,6	14,9	+14,2	kA.*	0,6	26,2	+25,5	kA.*	+11,3
Sonstiges	0,6	14,9	+14,2	kA.*	0,6	26,2	+25,5	kA.*	+11,3
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	284,7	434,0	+149,3	+52,5%	284,7	413,7	+129,0	+45,3%	-20,3
Investitionstätigkeit	0,9	3,0	+2,1	+234,2%	0,9	2,4	+1,5	+161,9%	-0,6
Darlehen und Vorschüsse	0,0	0,1	+0,0	kA.*	0,0	0,0	-0,0	kA.*	-0,0
Personal	31,9	34,3	+2,4	+7,5%	31,9	34,4	+2,5	+7,9%	+0,1
Betrieblicher Sachaufwand	29,5	49,4	+19,9	+67,4%	29,5	40,0	+10,4	+35,4%	-9,4
Transfers	222,3	347,3	+124,9	+56,2%	222,3	336,9	+114,6	+51,5%	-10,3
Finanzaufwand	0,0		-0,0	kA.*	0,0		-0,0	kA.*	

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

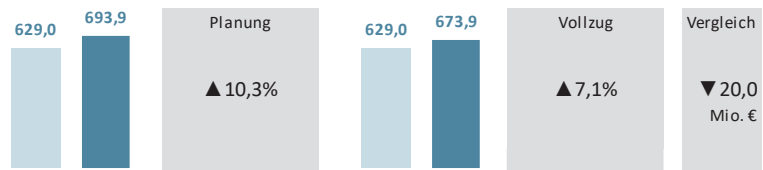
Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport mit 434,0 Mio. € um 149,3 Mio. € bzw. 52,5% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf die BMG-Novelle 2025 und die zusätzliche Übertragung der Agenden im Bereich Medien, Breitband und Telekommunikation zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 129,0 Mio. € bzw. um 45,3%. Der Anstieg der Auszahlungen ist vorwiegend auf die BMG-Novelle 2025 und die dazugehörige Übertragung der Zuständigkeiten vom Bundeskanzleramt zum Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport in den Bereichen Medien iHv. 121,0 Mio. € und Breitband und Telekommunikation iHv. 38,8 Mio. € zurückzuführen.

Voranschlagsvergleich:

Die Auszahlungen in der UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport unterschreiten den BVA 2025 um 20,3 Mio. € aufgrund geringerer Auszahlungen für Breitband iHv. 11,0 Mio. € und im Bereich Medien iHv. 9,0 Mio. €.

UG 18 Fremdenwesen



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	629,0	693,9	+64,9	+10,3%	629,0	673,9	+44,9	+7,1%	-20,0
18.01.01 Grundversorgung	431,6	494,2	+62,6	+14,5%	431,6	500,0	+68,5	+15,9%	+5,9
18.01.02 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Rü	117,2	124,5	+7,3	+6,2%	117,2	120,5	+3,3	+2,8%	-4,0
18.01.03 Infrastruktur	3,9	4,2	+0,3	+8,0%	3,9	6,7	+2,8	+72,8%	+2,5
18.01.04 Migration und Zentrale Dienste	70,3	63,9	-6,4	-9,1%	70,3	40,1	-30,2	-43,0%	-23,8
18.01.05 Grenz-, Visa- und fremdenpolizeiliche Ange	6,0	7,1	+1,1	+19,1%	6,0	6,6	+0,6	+10,3%	-0,5
Einzahlungen	43,4	33,3	-10,1	-23,3%	43,4	32,3	-11,1	-25,6%	-1,0
18.01.01 Grundversorgung	17,9	12,6	-5,2	-29,3%	17,9	19,5	+1,6	+9,1%	+6,9
18.01.02 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Rü	1,7	0,7	-1,1	-61,5%	1,7	1,0	-0,7	-43,1%	+0,3
18.01.04 Migration und Zentrale Dienste	23,8	20,0	-3,8	-16,0%	23,8	11,8	-12,0	-50,4%	-8,2
18.01.05 Grenz-, Visa- und fremdenpolizeiliche Ange	0,0	0,0	-0,0	kA.*	0,0	0,0	+0,0	kA.*	+0,0
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	629,0	693,9	+64,9	+10,3%	629,0	673,9	+44,9	+7,1%	-20,0
Investitionstätigkeit	0,2	0,1	-0,1	-45,4%	0,2	0,1	-0,1	-28,3%	+0,0
Darlehen und Vorschüsse	0,1	0,1	+0,0	+58,4%	0,1	0,0	-0,0	kA.*	-0,1
Personal	108,0	110,1	+2,2	+2,0%	108,0	113,4	+5,4	+5,0%	+3,3
Betrieblicher Sachaufwand	62,4	62,5	+0,2	+0,3%	62,4	50,5	-11,9	-19,0%	-12,0
Transfers	458,4	521,1	+62,6	+13,7%	458,4	509,8	+51,4	+11,2%	-11,2
Finanzaufwand				kA.*		0,0	+0,0	kA.*	+0,0

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 18 Fremdenwesen mit 693,9 Mio. € um 64,9 Mio. € bzw. 10,3% höher geplant als im Erfolg 2024. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2024 Akontozahlungen aus vergangenen Jahren teilweise rückverrechnet wurden und daher der Erfolg 2024 leicht verzerrt ist.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 44,9 Mio. € bzw. um 7,1%. Diese Mehrauszahlungen sind im Wesentlichen auf höhere Kostenersätze an die Länder im Rahmen der Grundversorgung zurückzuführen (+94,4 Mio. €), da im Jahr 2024 Akontozahlungen teilweise rückverrechnet wurden und daher die Auszahlungen im Jahr 2024 insgesamt geringer ausfielen. Auf der anderen Seite sanken die Transferzahlungen an die BBU GmbH (-15,2 Mio. €) und an die Sozialversicherungsträger (-11,1 Mio. €), da weniger Asylwerbende in Bundesbetreuung zu versorgen waren bzw. die Übernahme der Bezahlung der Krankenversicherungsbeiträge für nicht hilfsbedürftige Ukraine-Vertriebene zur Jahresmitte ausgelaufen ist. Im Detailbudget Migration und Zentrale Dienste sanken die Auszahlungen um 30,2 Mio. € bzw. um 43,0%, vorwiegend bei den Förderungen aus dem Europäischen Asyl- und Migrationsfonds AMIF.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 18 unterschreiten den BVA 2025 um 20,0 Mio. €. Dies betrifft vor allem das Detailbudget Migration und Zentrale Dienste und hier vor allem die Transferzahlungen an die Länder aus Kostenersätzen für die Führung der Staatsbürgerschaftsverfahren von ehemals aus Österreich Vertriebenen bzw. deren Nachfahren (-8,7 Mio. €) und die Förderungen aus dem Europäischen Asyl- und Migrationsfonds AMIF (-9,1 Mio. €).

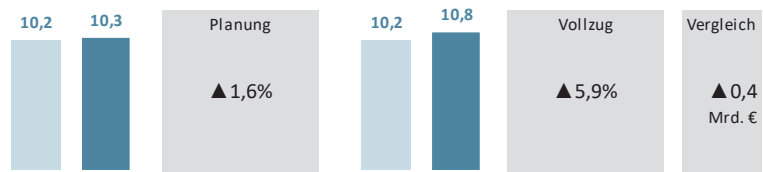
Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 18 Fremdenwesen mit 33,3 Mio. € um 10,1 Mio. € bzw. 23,3% niedriger geplant als im Erfolg 2024.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 sanken die Einzahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 11,1 Mio. € bzw. um 25,6%, vorwiegend, weil bisher geringere EU-Förderungen für den Asyl- und Migrationsfonds AMIF erfolgten.

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 18 unterschreiten den BVA 2025 um 1,0 Mio. €, vorwiegend, weil geringere EU-Förderungen für den Asyl- und Migrationsfonds AMIF und für das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik BMVI als im BVA 2025 veranschlagt waren erfolgten.

UG 20 Arbeit



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	10.181,3	10.345,4	+164,1	+1,6%	10.181,3	10.781,3	+600,0	+5,9%	+435,9
ALV-Leistungen	6.100,6	6.495,4	+394,8	+6,5%	6.100,6	6.820,9	+720,3	+11,8%	+325,5
Aktive Arbeitsmarktpolitik: Förderbudget Arbeitsma	1.470,0	1.427,7	-42,3	-2,9%	1.470,0	1.418,4	-51,6	-3,5%	-9,3
Aktive Arbeitsmarktpolitik: ESF	87,7	55,3	-32,4	-36,9%	87,7	8,7	-79,0	-90,1%	-46,6
AMS-Verwaltungskosten	736,0	733,6	-2,4	-0,3%	736,0	730,2	-5,8	-0,8%	-3,4
Zuführung Arbeitsmarktrücklage	313,2	331,6	+18,4	+5,9%	313,2	338,9	+25,7	+8,2%	+7,3
Altersteilzeit	594,0	600,0	+6,0	+1,0%	594,0	687,3	+93,3	+15,7%	+87,3
Bildungskarenz	440,2	275,0	-165,2	-37,5%	440,2	376,9	-63,3	-14,4%	+101,9
Betr. Lehrstellenförderung	280,0	280,0		+0,0%	280,0	280,0		+0,0%	
Kurzarbeit	-4,6	20,0	+24,6	kA.*	-4,6	-1,4	+3,2	-69,6%	-21,4
Einzahlungen	9.803,9	9.864,9	+60,9	+0,6%	9.803,9	9.990,0	+186,0	+1,9%	+125,1
ALV-Beiträge	9.372,7	9.692,0	+319,2	+3,4%	9.372,7	9.821,7	+449,0	+4,8%	+129,8
Auflösung Arbeitsmarktrücklage	381,9	105,1	-276,8	-72,5%	381,9	100,0	-281,9	-73,8%	-5,1
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	10.181,3	10.345,4	+164,1	+1,6%	10.181,3	10.781,3	+600,0	+5,9%	+435,9
Investitionstätigkeit	0,3	0,1	-0,1	-50,0%	0,3	0,1	-0,2	-63,6%	-0,0
Darlehen und Vorschüsse	0,0	0,0	-0,0	kA.*	0,0	0,0	-0,0	kA.*	-0,0
Personal	101,4	78,5	-22,9	-22,6%	101,4	75,0	-26,4	-26,0%	-3,5
Betrieblicher Sachaufwand	418,1	353,8	-64,3	-15,4%	418,1	396,1	-21,9	-5,2%	+42,3
Transfers	9.661,5	9.912,9	+251,4	+2,6%	9.661,5	10.310,1	+648,6	+6,7%	+397,1

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 20 Arbeit mit 10.345,4 Mio. € um 164,1 Mio. € bzw. 1,6% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist im Wesentlichen auf höhere Auszahlungen bei den Arbeitslosenversicherungsleistungen, vorwiegend beim Arbeitslosengeld, bei der Notstandshilfe und bei den Pensions- und Krankenversicherungsbeiträgen vor allem aufgrund höherer Arbeitslosigkeit (+394,8 Mio. €) zurückzuführen. Als Teil der Konsolidierung sind niedrigere Auszahlungen bei der Bildungskarenz (-165,2 Mio. €) geplant.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 600,0 Mio. € bzw. um 5,9% im Wesentlichen infolge einer konjunkturell bedingten höheren Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe inkl. Pensionsversicherungs- und Krankenversicherungsbeiträgen und Krankengeld nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (+720,3 Mio. €) und für Altersteilzeit insbesondere aufgrund einer höheren Anzahl an Leistungsbezieherinnen und -beziehern (+93,3 Mio. €).

Demgegenüber stehen niedrigere Auszahlungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik (-130,5 Mio. €) und bei der Bildungskarenz (-63,3 Mio. €).

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 20 Arbeit überschreiten den BVA 2025 um 435,9 Mio. € und betreffen im Wesentlichen die folgenden Themenbereiche:

- ALV-Leistungen: +325,5 Mio. €, infolge einer konjunkturell bedingten höheren Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe inkl. Pensionsversicherungs- und Krankenversicherungsbeiträgen und Krankengeld nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz
- Aktive Arbeitsmarktpolitik: -55,9 Mio. €, im Wesentlichen aufgrund geringerer Auszahlungen für ESF-Mittel
- Altersteilzeit: +87,3 Mio. €, insbesondere aufgrund einer höheren Anzahl an Leistungsbeziehenden und -bezieherinnen
- Bildungskarenz: +101,9 Mio. €, im Wesentlichen aufgrund der Inanspruchnahme im Zuge der geschaffenen Übergangsfristen rund um die Abschaffung der ALVG-Leistungen Weiterbildungsgeld und Bildungsteilzeitgeld ab 31.3.2025

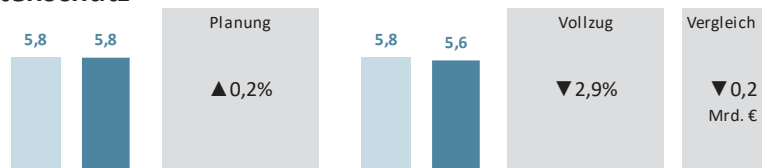
Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 20 Arbeit mit 9.864,9 Mio. € um 60,9 Mio. € bzw. 0,6% höher geplant als im Erfolg 2024 - dies ist im Wesentlichen auf höhere Arbeitslosenversicherungsbeiträge (+319,2 Mio. €) zurückzuführen. Demgegenüber steht eine geringere Überweisung aus der Arbeitsmarktrücklage des AMS für aktive Arbeitsmarktpolitik gem. § 51 AMMSG (-276,8 Mio. €)

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Einzahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 186,0 Mio. € bzw. um 1,9%, im Wesentlichen aufgrund höherer Arbeitslosenversicherungsbeiträge (+449,0 Mio. €). Aus der Arbeitsmarktrücklage gab es hingegen eine geringere Überweisung als im Jahr 2024 (-281,9 Mio. €).

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 20 Arbeit überschreiten den BVA 2025 um 125,1 Mio. €. Die Abweichungen gegenüber dem BVA 2025 sind im Wesentlichen auf höhere Arbeitslosenversicherungsbeiträge (+129,8 Mio. €) infolge der Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme und eines geringfügigen Anstiegs der Beschäftigung zurückzuführen.

UG 21 Soziales und Konsumentenschutz



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	5.789,5	5.799,5	+10,0	+0,2%	5.789,5	5.623,3	-166,2	-2,9%	-176,2
Pflegegeld	3.111,5	3.242,2	+130,7	+4,2%	3.111,5	3.242,2	+130,7	+4,2%	-0,0
Pflegefonds	1.100,0	1.155,0	+55,0	+5,0%	1.100,0	1.155,0	+55,0	+5,0%	-
Pflegeregress	300,0	300,0	+0,0	+0,0%	300,0	300,0	+0,0	+0,0%	-
Unterstützung für Menschen mit Behinderung	242,4	118,0	-124,4	-51,3%	242,4	117,6	-124,8	-51,5%	-0,3
24-h-Betreuung	155,3	126,4	-28,9	-18,6%	155,3	126,4	-28,9	-18,6%	-
Maßnahmen für pflegende Angehörige	114,3	117,6	+3,3	+2,9%	114,3	126,9	+12,7	+11,1%	+9,3
Sozialentschädigung	105,8	112,8	+7,0	+6,6%	105,8	110,9	+5,1	+4,8%	-1,9
Hospiz- und Palliativfonds	25,6	52,6	+27,0	+105,6%	25,6	24,9	-0,7	-2,7%	-27,7
Sonderzuwendungen gem. LWA-G	269,7	130,0	-139,7	-51,8%	269,7	80,4	-189,4	-70,2%	-49,6
Wohnschirm	77,0	40,0	-37,0	-48,0%	77,0	-10,4	-87,3	kA.*	-50,4
RRF-Projekt (Community Nurses)	21,6		-21,6	kA.*	21,6	-10,0	-31,6	kA.*	-10,0
Einzahlungen	1.311,6	1.453,7	+142,1	+10,8%	1.311,6	1.452,9	+141,3	+10,8%	-0,8
Pflegefonds	1.300,0	1.355,0	+55,0	+4,2%	1.300,0	1.355,0	+55,0	+4,2%	-
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	5.789,5	5.799,5	+10,0	+0,2%	5.789,5	5.623,3	-166,2	-2,9%	-176,2
Investitionstätigkeit	1,6	3,2	+1,6	+98,1%	1,6	1,1	-0,5	-32,9%	-2,1
Darlehen und Vorschüsse	4,2	4,9	+0,6	+14,9%	4,2	4,3	+0,1	+2,5%	-0,5
Personal	117,9	147,3	+29,4	+25,0%	117,9	143,6	+25,7	+21,8%	-3,7
Betrieblicher Sachaufwand	216,6	138,7	-78,0	-36,0%	216,6	120,6	-96,0	-44,3%	-18,1
Transfers	5.449,2	5.505,5	+56,3	+1,0%	5.449,2	5.353,7	-95,5	-1,8%	-151,8

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 21 Soziales und Konsumentenschutz mit 5.799,5 Mio. € um 10,0 Mio. € bzw. 0,2% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies resultiert im Wesentlichen aus höheren Auszahlungen für das Pflegegeld (+130,7 Mio. €), einer höheren Dotierung des Pflegefonds gemäß Pflegefondsgesetz (+55,0 Mio. €), höheren Auszahlungen für den Hospiz- und Palliativfonds (+27,0 Mio. €), der Veranschlagung von Unterstützungsleistungen nach Unwetterkatastrophen gem. LWA-G (+35 Mio. €), sowie der Abbildung der letzten BMG-Novelle (+33,9 Mio. €). Demgegenüber stehen geringere Auszahlungen für die Unterstützung für Menschen mit Behinderung (-124,4 Mio. €), insbesondere weil der Ausgleichstaxfonds für 2025 genügend liquide Mittel aufweist und die Überweisungen dementsprechend angepasst wurden, für Sonderzuwendungen gemäß Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz (-139,7 Mio. €) sowie für den Wohnschirm (-37,0 Mio. €).

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 sanken die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 166,2 Mio. € bzw. um 2,9%, im Wesentlichen im Bereich des Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz, ua. aufgrund des schrittweisen Auslaufens der Sonderzuwendungen als Teilbereich des LWA-G ab Ende 2024 sowie

aufgrund von Rückzahlungen seitens der Bundesländer (-189,4 Mio. €), beim Wohnschirm aufgrund einer geringeren Mittelanforderung bzw. Rückzahlungen der Abwicklungsstellen (-87,3 Mio. €) und für Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen (-124,8 Mio. €), insbesondere bei der Überweisung an den Ausgleichstaxfonds. Zu geringeren Auszahlungen kam es zudem beim RRF-Projekt Community Nurses (-31,6 Mio. €) aufgrund des Auslaufens des RRF-Projekts und der thematischen Weiterführung im Pflegefonds sowie aufgrund von Abrechnungen.

Demgegenüber stehen höhere Auszahlungen insbesondere im Bereich Pflegegeld, vor allem aufgrund der Valorisierung des Pflegegeldes und der demographischen Entwicklung (+130,7 Mio. €) und für den Pflegefonds gemäß Pflegefondsgesetz (+55,0 Mio. €). Weiters ergeben sich Abweichungen aufgrund von im Jahr 2024 erfolgten Abrechnungen beim Pflegeausbildungs- und Entgelterhöhungszweckzuschuss (+87,4 Mio. €).

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 21 Soziales und Konsumentenschutz unterschreiten den BVA 2025 um 176,2 Mio. €. Die Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres betreffen im Wesentlichen die folgenden Themenbereiche:

- Hospiz- und Palliativfonds: -27,7 Mio. €, infolge von Abrechnungen von Zweckzuschüssen aus den Vorjahren
- Sonderzuwendungen gem. LWA-G: -49,6 Mio. €, aufgrund des schrittweisen Auslaufens dieser Maßnahme als Teilbereich des LWA-G ab Ende 2024 sowie Rückzahlungen der Bundesländer
- Wohnschirm: -50,4 Mio. €, aufgrund einer geringeren Mittelanforderung bzw. Rückzahlungen der Abwicklungsstellen
- RRF-Projekt: -10,0 Mio. €, infolge von Rückzahlungen aus Abrechnungen beim RRF-Projekt Community Nurses

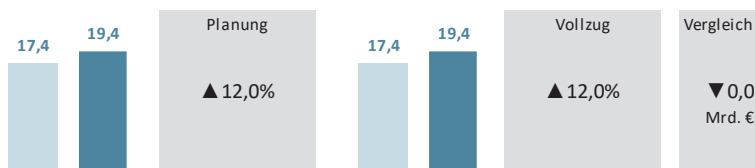
Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 21 Soziales und Konsumentenschutz mit 1.453,7 Mio. € um 142,1 Mio. € bzw. 10,8% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf eine bis Jahresmitte 2025 laufende Übergangslösung für bestimmte Sonderzuwendungen gem. LWA-G (+90,0 Mio. €) und auf eine höhere Dotierung des Pflegefonds gemäß Pflegefondsgesetz (+55,0 Mio. €) zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Einzahlungen 2025 gegenüber dem Erfolg 2024 um 141,3 Mio. € bzw. um 10,8%, im Wesentlichen aufgrund einer bis Jahresmitte 2025 laufenden Übergangslösung für bestimmte Sonderzuwendungen gem. LWA-G (+84,9 Mio. €) und einer höheren Überweisung aus dem Pflegefonds gemäß Pflegefondsgesetz (+55,0 Mio. €).

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 21 Soziales und Konsumentenschutz unterschreiten den BVA 2025 um 0,8 Mio. €.

UG 22 Pensionsversicherung



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Δ v. Erf. / BVA 2025
Auszahlungen	17.356,8	19.446,8	+2.089,9	+12,0%	17.356,8	19.446,7	+2.089,9	+12,0%	-0,0
Bundesbeitrag	15.997,0	18.029,6	+2.032,6	+12,7%	15.997,0	18.034,3	+2.037,3	+12,7%	+4,7
Ausgleichszulagen	1.247,9	1.296,5	+48,6	+3,9%	1.247,9	1.304,0	+56,2	+4,5%	+7,6
Einzahlungen	63,4	64,6	+1,2	+1,8%	63,4	65,3	+1,9	+2,9%	+0,7
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	17.356,8	19.446,8	+2.089,9	+12,0%	17.356,8	19.446,7	+2.089,9	+12,0%	-0,0
Transfers	17.356,8	19.446,8	+2.089,9	+12,0%	17.356,8	19.446,7	+2.089,9	+12,0%	-0,0

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 22 Pensionsversicherung mit 19.446,8 Mio. € um 2.089,9 Mio. € bzw. 12,0% höher geplant als im Erfolg 2024. Dies ist ua. auf die gegenüber den Beitragseinnahmen stärker steigenden Pensionsaufwendungen zurückzuführen. Diese resultieren vor allem aus der Pensionsanpassung 2025 und einem steigenden Bezieherstand infolge der zunehmenden Pensionszugänge der geburtenstarken Jahrgänge. Zusätzliche Auswirkungen ergeben sich aus höheren Auszahlungen im Zusammenhang mit den Hebesätzen infolge der Erhöhung des KV-Beitragsatzes für Pensionistinnen und Pensionisten.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 2.089,9 Mio. € bzw. um 12,0%. Dies resultiert im Wesentlichen aus höheren Vorschüssen an die Pensionsversicherungsträger, insbesondere infolge der Pensionsanpassung 2025 und der höheren Hebesatzzahlungen aufgrund der KV-Beitragsatzanhebung. Demgegenüber steht der Saldo der Abrechnungsreste (Differenz aus den geleisteten Vorschüssen des Bundes und dem tatsächlichen Bedarf der PV-Träger gemäß den endgültigen Erfolgsrechnungen) iHv. 178,5 Mio. € (2024: +155,9 Mio. €/2025: -22,6 Mio. €). Maßgeblich ist auch die Einnahmenentwicklung der PV-Träger aus Pensionsversicherungsbeiträgen.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 22 Pensionsversicherung entsprechen dem BVA 2025.

Einzahlungen

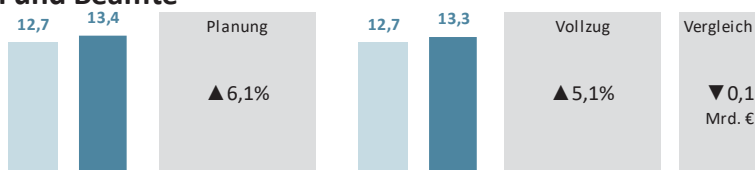
Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 22 Pensionsversicherung mit 64,6 Mio. € um 1,2 Mio. € bzw. 1,8% höher geplant als im Erfolg 2024. Dies ist

insbesondere auf die prognostizierten Entwicklungen zum Versichertenstand und den Beitragsgrundlagen im Zusammenhang mit dem Nachtschwerarbeitsgesetz (inkl. Berücksichtigung der Sistierung der Anpassung des Nachtschwerarbeitsbeitrags) zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Einzahlungen 2025 gegenüber dem Erfolg 2024 um 1,9 Mio. € bzw. um 2,9% und sind im Wesentlichen auf eine höhere durchschnittliche Beitragsgrundlage nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz zurückzuführen.

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 22 Pensionsversicherung überschreiten den BVA 2025 um 0,7 Mio. €.

UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Δ v. Erf. / BVA 2025
Auszahlungen	12.657,8	13.428,0	+770,1	+6,1%	12.657,8	13.308,5	+650,7	+5,1%	-119,5
Pensionen Beamtinnen und Beamte	12.372,5	13.124,3	+751,8	+6,1%	12.372,5	13.009,0	+636,5	+5,1%	-115,3
Pflegegeld Beamtinnen und Beamte	285,4	303,7	+18,3	+6,4%	285,4	299,6	+14,2	+5,0%	-4,2
Einzahlungen	2.192,6	2.130,3	-62,3	-2,8%	2.192,6	2.105,2	-87,4	-4,0%	-25,1
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	12.657,8	13.428,0	+770,1	+6,1%	12.657,8	13.308,5	+650,7	+5,1%	-119,5
Darlehen und Vorschüsse	0,0	0,0	+0,0	KA.*	0,0	0,0	+0,0	KA.*	+0,0
Betrieblicher Sachaufwand	0,3	0,3	+0,0	+15,5%	0,3	0,3	+0,0	+11,4%	-0,0
Transfers	12.657,6	13.427,7	+770,1	+6,1%	12.657,6	13.308,2	+650,6	+5,1%	-119,5

*KA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 23 Pensionen – Beamtinnen und Beamte mit 13.428,0 Mio. € um 770,1 Mio. € bzw. 6,1% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf die erwartete Entwicklung der Pensionsstände in Verbindung mit der Pensionsanpassung 2025 sowie auf die Valorisierung des Pflegegeldes der pensionierten Beamtinnen und Beamten zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich stiegen die Auszahlungen von Jänner bis Dezember 2025 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 650,7 Mio. € bzw. um 5,1%.

Die Abweichungen betreffen im Wesentlichen folgende Themenbereiche:

- Pensionen Beamtinnen und Beamte: +636,5 Mio. € (+5,1%), aufgrund der Entwicklung der Pensionsstände und der Pensionsanpassung 2025.
- Pflegegeld Beamtinnen und Beamte: +14,2 Mio. € (+5,0%), insbesondere aufgrund der Valorisierung des Pflegegeldes.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 23 unterschreiten den BVA 2025 um 119,5 Mio. €. Die Abweichung ist vor allem auf den Themenbereich Pensionen Beamtinnen und Beamten (-115,3 Mio. €) zurückzuführen und ergibt sich je nach Beamtengruppe auf eine anders als bei der Budgeterstellung angenommene Entwicklung der Stände bzw. der durchschnittlichen Pensionshöhe.

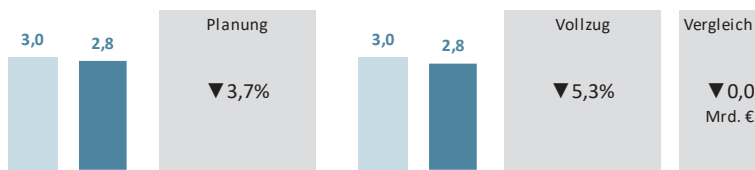
Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 23 Pensionen – Beamtinnen und Beamte mit 2.130,3 Mio. € um 62,3 Mio. € bzw. 2,8% niedriger geplant als im Erfolg 2024. Dies ist insbesondere auf einen erwarteten Rückgang der Anzahl an aktiven Beamtinnen und Beamten zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich sanken die Einzahlungen von Jänner bis Dezember 2025 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 87,4 Mio. € bzw. um 4,0%, insbesondere aufgrund einer geringeren Anzahl an aktiven Beamtinnen und Beamten sowie geringerer Überweisungsbeiträge von Pensionsversicherungsträgern infolge der Aufnahme von Bediensteten in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis im Bereich der Hoheitsverwaltung.

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 23 unterschreiten den BVA 2025 um 25,1 Mio. €. Die Abweichung ist neben etwas geringeren Pensionsbeiträgen im Bereich der Beamtinnen und Beamten der Hoheitsverwaltung vorwiegend auf die niedrigeren Überweisungsbeträge von Pensionsversicherungsträgern infolge der Aufnahme von Bediensteten in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis im Bereich der Hoheitsverwaltung zurückzuführen.

UG 24 Gesundheit



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	2.950,7	2.840,2	-110,4	-3,7%	2.950,7	2.793,2	-157,5	-5,3%	-47,1
Finanzausgleich Gesundheit	865,0	947,5	+82,5	+9,5%	865,0	934,2	+69,2	+8,0%	-13,3
Krankenanstalten Zweckzuschuss	919,7	930,9	+11,2	+1,2%	919,7	933,5	+13,8	+1,5%	+2,7
Beitragsersätze an SVS	249,6	204,1	-45,4	-18,2%	249,6	206,5	-43,0	-17,2%	+2,4
RRF-Projekte	17,7	22,5	+4,8	+27,1%	17,7	14,1	-3,7	-20,6%	-8,4
C19-Maßnahmen	266,8	143,5	-123,3	-46,2%	266,8	97,4	-169,3	-63,5%	-46,1
Einzahlungen	63,8	74,5	+10,6	+16,7%	63,8	68,4	+4,5	+7,1%	-6,1
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	2.950,7	2.840,2	-110,4	-3,7%	2.950,7	2.793,2	-157,5	-5,3%	-47,1
Investitionstätigkeit	0,2		-0,2	kA.*	0,2	0,1	-0,1	-44,7%	+0,1
Betrieblicher Sachaufwand	321,3	215,9	-105,4	-32,8%	321,3	192,9	-128,4	-40,0%	-23,0
Transfers	2.629,2	2.624,4	-4,8	-0,2%	2.629,2	2.600,2	-29,0	-1,1%	-24,2

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 24 Gesundheit mit 2.840,2 Mio. € um 110,4 Mio. € bzw. 3,7% niedriger geplant als im Erfolg 2024 – dies ist im Wesentlichen auf Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 (-123,3 Mio. €) sowie bei den Beitragsersätzen an die SVS (-45,4 Mio. €), insbesondere auf den Wegfall des Energiekostenzuschusses an Neue Selbständige zurückzuführen. Demgegenüber stehen höhere Auszahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches (+82,5 Mio. €).

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 sanken die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 157,5 Mio. € bzw. um 5,3%, im Wesentlichen für Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 (-169,3 Mio. €) und bei den Beitragsersätzen an die SVS (-43,0 Mio. €) insbesondere aufgrund des Wegfalls des Energiekostenzuschusses an Neue Selbständige.

Demgegenüber stehen höhere Auszahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches Gesundheit (+69,2 Mio. €), insbesondere zur Stärkung des spitalsambulanten Bereichs und für das Öffentliche Impfprogramm sowie für die Agenda Gesundheitsförderung infolge einer Nachzahlung für das Jahr 2024.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 24 Gesundheit unterschreiten den BVA 2025 um 47,1 Mio. €, im Wesentlichen für Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 (-46,1 Mio. €).

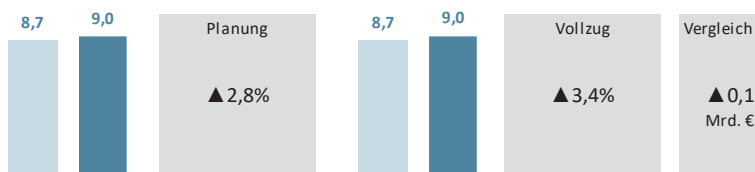
Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 24 Gesundheit mit 74,5 Mio. € um 10,6 Mio. € bzw. 16,7% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist im Wesentlichen auf die gesetzlich vorgesehenen Zahlungen der Krankenversicherungsträger im Bereich der Arzneimittel zurückzuführen (MSVAG; +9,5 Mio. €).

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Einzahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 4,5 Mio. € bzw. um 7,1%.

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 24 Gesundheit unterschreiten den BVA 2025 um 6,1 Mio. €.

UG 25 Familie und Jugend



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	8.747,4	8.991,6	+244,1	+2,8%	8.747,4	9.044,3	+296,9	+3,4%	+52,8
Familienbeihilfe	4.225,4	4.413,7	+188,3	+4,5%	4.225,4	4.401,4	+176,0	+4,2%	-12,3
Kinderbetreuungsgeld	1.281,5	1.348,7	+67,2	+5,2%	1.281,5	1.315,6	+34,1	+2,7%	-33,1
Freifahrten für Schüler, Schülerinnen und Lehrlinge	620,9	615,3	-5,6	-0,9%	620,9	632,1	+11,2	+1,8%	+16,8
Transfers an die Sozialversicherung	1.859,8	2.025,2	+165,4	+8,9%	1.859,8	2.039,9	+180,1	+9,7%	+14,7
Einzahlungen	8.903,3	8.957,8	+54,4	+0,6%	8.903,3	9.088,0	+184,6	+2,1%	+130,2
Beiträge zum FLAF – Dienstgeber	6.955,9	7.194,8	+239,0	+3,4%	6.955,9	7.223,1	+267,2	+3,8%	+28,3
Beiträge zum FLAF – Steueranteile	1.585,0	1.585,8	+0,8	+0,1%	1.585,0	1.617,2	+32,2	+2,0%	+31,4
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	8.747,4	8.991,6	+244,1	+2,8%	8.747,4	9.044,3	+296,9	+3,4%	+52,8
Investitionstätigkeit	0,0	0,0	+0,0	ka.*	0,0	0,0	+0,0	ka.*	-0,0
Darlehen und Vorschüsse	137,5	141,7	+4,2	+3,1%	137,5	144,6	+7,1	+5,2%	+2,9
Personal	11,5	12,5	+1,1	+9,2%	11,5	11,7	+0,2	+1,8%	-0,9
Betrieblicher Sachaufwand	749,7	754,0	+4,3	+0,6%	749,7	765,6	+15,9	+2,1%	+11,6
Transfers	7.848,7	8.083,3	+234,6	+3,0%	7.848,7	8.122,4	+273,7	+3,5%	+39,1

*ka. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 25 Familie und Jugend mit 8.991,6 Mio. € um 244,1 Mio. € bzw. 2,8% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf die Valorisierung der Familienbeihilfe (+188,3 Mio. €) und des Kinderbetreuungsgeldes (+67,2 Mio. €), sowie auf die höheren Transfers an die Sozialversicherungsträger (+165,4 Mio. €) zurückzuführen. Dem steht im Jahr 2025 ein geringerer budgetierter Überschuss aus der Gebarung des FLAF (-188,0 Mio. €) gegenüber.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 steigen die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 296,9 Mio. € bzw. um 3,4%.

Die Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres betreffen im Wesentlichen die folgenden Themenbereiche:

- Familienbeihilfe: +176,0 Mio. € (+4,2%), insbesondere aufgrund der Valorisierung der Familienleistungen ab 2023 gemäß § 16 FLAG 1967
- Kinderbetreuungsgeld: +34,1 Mio. € (+2,7%), vor allem aufgrund der Valorisierung der Familienleistungen ab 2023 gemäß § 3 KBGG
- Freifahren für Schülerinnen, Schüler und Lehrlinge: +11,2 Mio. € (+1,8%), überwiegend aufgrund der gesetzlich vorgesehenen Valorisierung im Linienverkehr und der Tarifierhöhung im Gelegenheitsverkehr gemäß dem Verbraucherpreisindex

- Transfers an die Sozialversicherung: +180,1 Mio. € (+9,7%), insbesondere aufgrund der höheren Beitragsgrundlage bei den Pensionsversicherungsbeiträgen für Kindererziehungszeiten, dem Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld und dem Familienzeitbonus

Dem steht im Jahr 2025 ein geringerer Überschuss aus der Gebarung des FLAF (-114,6 Mio. €) gegenüber.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 25 Familie und Jugend überschreiten den BVA 2025 um 52,8 Mio. €. Die Abweichungen gegenüber dem BVA 2025 betreffen im Wesentlichen folgende Themenbereiche:

- Kinderbetreuungsgeld: -33,1 Mio. €, im Wesentlichen aufgrund einer sinkenden BezieherInnenanzahl
- Freifahrten für Schüler, Schülerinnen und Lehrlinge: +16,8 Mio. €, vorrangig aufgrund der Verbraucherpreisindex-Entwicklung für die Freifahrten für Schülerinnen, Schüler und Lehrlinge im Gelegenheitsverkehr
- Transfers an die Sozialversicherung: +14,7 Mio. €, insbesondere aufgrund der Pensionsbeiträge gemäß § 18a ASVG

Aufgrund des gestiegenen Überschusses aus der Gebarung des FLAF gemäß § 40 (1) FLAG kam es zu einer höheren Überweisung an den Reservefonds für Familienbeihilfen (+73,4 Mio. €).

Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 25 Familie und Jugend mit 8.957,8 Mio. € um 54,4 Mio. € bzw. 0,6% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf höhere Dienstgeberbeiträge (+239,0 Mio. €) zurückzuführen. Dem stehen geringere Einzahlungen insbesondere aufgrund der gesetzlich vorgesehenen Schuldentilgung des Reservefonds an den Bund (-188,0 Mio. €) gegenüber.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 steigen die Einzahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 184,6 Mio. € bzw. um 2,1%.

Die Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres betreffen im Wesentlichen die folgenden Themenbereiche:

- Beiträge zum FLAF-Dienstgeber: +267,2 Mio. € (+3,8%), aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung
- Beiträge zum FLAF-Steueranteile: +32,2 Mio. € (+2,0%), aufgrund der Entwicklung der maßgeblichen Steuern (ESt, KÖSt)

Dem stehen geringe Einzahlungen aufgrund der gesetzlich vorgesehenen Schuldentilgung des Reservefonds an den Bund (-114,6 Mio. €) gegenüber.

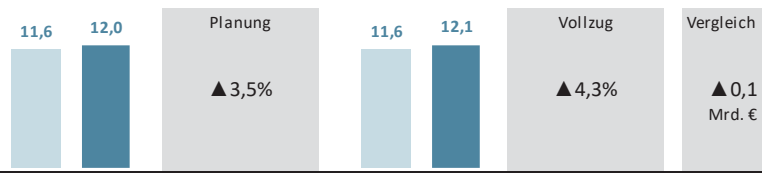
Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 25 Familie und Jugend überschreiten den BVA 2025 um 130,2 Mio. €.

Die Abweichungen gegenüber dem BVA 2025 betreffen im Wesentlichen folgende Themenbereiche:

- Beiträge zum FLAF-Dienstgeber: +28,3 Mio. €, aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung
- Beiträge zum FLAF-Steueranteile: +31,4 Mio. €, aufgrund der Einnahmenentwicklung der maßgeblichen Steuern (ESt, KÖSt)

Darüber hinaus kommt es zu einer höheren Rückzahlung des Reservefonds aufgrund des höheren Überschusses aus der Gebarung des FLAF (+73,4 Mio. €).

UG 30 Bildung



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	11.588,9	11.996,1	+407,2	+3,5%	11.588,9	12.087,7	+498,8	+4,3%	+91,6
Bundespersonal	4.255,7	4.370,9	+115,2	+2,7%	4.255,7	4.454,0	+198,3	+4,7%	+83,1
Landeslehrpersonal	5.593,4	5.804,6	+211,2	+3,8%	5.593,4	5.896,2	+302,8	+5,4%	+91,6
Gebäudeinfrastruktur	790,5	899,2	+108,7	+13,8%	790,5	829,4	+38,9	+4,9%	-69,8
Sonstiges	949,2	921,3	-27,9	-2,9%	949,2	908,0	-41,2	-4,3%	-13,3
Einzahlungen	117,2	79,9	-37,3	-31,8%	117,2	86,8	-30,4	-26,0%	+6,9
Sonstiges	117,2	79,9	-37,3	-31,8%	117,2	86,8	-30,4	-26,0%	+6,9
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	11.588,9	11.996,1	+407,2	+3,5%	11.588,9	12.087,7	+498,8	+4,3%	+91,6
Investitionstätigkeit	24,0	22,6	-1,4	-5,7%	24,0	25,7	+1,8	+7,4%	+3,1
Darlehen und Vorschüsse	1,0	0,9	-0,1	-6,8%	1,0	1,0	-0,0	-2,2%	+0,0
Personal	4.255,7	4.370,9	+115,2	+2,7%	4.255,7	4.454,0	+198,3	+4,7%	+83,1
Betrieblicher Sachaufwand	1.314,8	1.422,8	+108,0	+8,2%	1.314,8	1.349,6	+34,7	+2,6%	-73,3
Transfers	5.993,4	6.178,8	+185,4	+3,1%	5.993,4	6.257,3	+264,0	+4,4%	+78,6
Finanzaufwand	0,0	0,0	+0,0	kA.*	0,0	0,0	+0,0	kA.*	+0,0

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 30 Bildung mit 11.996,1 Mio. € um 407,2 Mio. € bzw. 3,5% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf die höhere Budgetierung beim Bundespersonal (+115,2 Mio. €) sowie beim Landeslehrpersonal (+211,2 Mio. €) zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 498,8 Mio. € bzw. um 4,3%. Die Gehaltserhöhungen und wachsende Zahl der Schülerinnen und Schüler führten zu höheren Transfers für das Landeslehrpersonal (+302,8 Mio. €) und höheren Auszahlungen für das Bundespersonal (+198,3 Mio. €), insbesondere für die Bundeslehrkräfte (+173,0 Mio. €).

Zu weiteren Mehrauszahlungen kam es bei der Gebäudeinfrastruktur (+38,9 Mio. €), hier zB. aufgrund gestiegener Norm- und Zuschlagsmieten bei den Gebäuden der Bundesimmobiliengesellschaft und den Betriebskosten für Bundesschulen. Zu Minderauszahlungen kam es im Bereich „Lebenslanges Lernen“ (-57,6 Mio. €) aufgrund der Verschiebung zur UG 31 (BMG-Novelle).

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 30 überschreiten den BVA 2025 um 91,6 Mio. €.

Die Abweichungen gegenüber dem BVA 2025 betreffen im Wesentlichen folgende Themenbereiche:

- Bundespersonal: +83,1 Mio. €, vor allem bei den Bundeslehrkräften aufgrund einer stärker wachsenden Zahl der Schülerinnen und Schüler als im Bundesvoranschlag unterstellt.
- Landeslehrpersonal: +91,6 Mio. €, vor allem die stärker wachsende Zahl der Schülerinnen und Schüler führt zu höheren Auszahlungen für Landeslehrpersonal gem. Finanzausgleichsgesetz 2024 als im Bundesvoranschlag unterstellt.
- Gebäudeinfrastruktur: -69,8 Mio. €, beim betrieblichen Sachaufwand zB. Investitionsmieten, Werkleistungen durch Dritte und Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung


Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 30 Bildung mit 79,9 Mio. € um 37,3 Mio. € bzw. 31,8% niedriger geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf die Verschiebung des Detailbudgets 30.01.06 „Lebenslanges Lernen“ zur UG 31 (BMG-Novelle) und die damit in Verbindung stehenden ESF-Einzahlungen und auf niedrigere Kostenersätze der Länder für die Leistungserbringung durch den Bund für Aufgaben der Landesvollziehung im Bereich der Bildungsdirektionen zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 sanken die Einzahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 30,4 Mio. € bzw. um 26,0% vorwiegend aufgrund der Verschiebung des Detailbudgets 30.01.06 „Lebenslanges Lernen“ zur UG 31 (BMG-Novelle).

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 30 überschreiten den BVA um 6,9 Mio. € vor allem in den Bereichen Qualitätsentwicklung und -steuerung und bei der Lehrerinnen- und Lehrerbildung.

UG 31 Wissenschaft und Forschung



Bar chart showing planned (Planung) and actual (Vollzug) values for 2024 and 2025. The planned value for 2025 is 7.3, which is 10.9% higher than the 2024 value of 6.6. The actual value for 2025 is 7.2, which is 10.1% higher than the 2024 value of 6.6. A comparison (Vergleich) shows a decrease of 0.1 Mrd. €.

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %	Δ v. Erf. / BVA 2025
Auszahlungen	6.556,5	7.272,8	+716,3	+10,9%	6.556,5	7.221,3	+664,9	+10,1%	-51,4
Universitäten (exkl. Klinischer Mehraufwand Klinikbauten)	4.808,4	5.340,7	+532,3	+11,1%	4.808,4	5.247,6	+439,2	+9,1%	-93,1
Universitäten - Klinischer Mehraufwand Klinikbauten	63,3	30,4	-32,9	-52,0%	63,3	134,2	+70,9	+112,2%	+103,8
Fachhochschulen	453,9	482,6	+28,7	+6,3%	453,9	466,8	+13,0	+2,9%	-15,8
Unterstützungsleistungen für Studierende	319,0	367,5	+48,5	+15,2%	319,0	329,7	+10,7	+3,4%	-37,8
Grundlagenforschung gem. FoFinaG	835,8	885,1	+49,2	+5,9%	835,8	881,9	+46,1	+5,5%	-3,1
Frauenangelegenheiten und Gleichstellung		32,9	+32,9	kA.*		32,9	+32,9	kA.*	-0,0
Sonstiges	76,2	133,7	+57,5	+75,4%	76,2	128,2	+52,0	+68,2%	-5,5
Einzahlungen	2,6	6,3	+3,7	+145,6%	2,6	5,5	+3,0	+115,7%	-0,8
Sonstiges	2,6	6,3	+3,7	+145,6%	2,6	5,5	+3,0	+115,7%	-0,8
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	6.556,5	7.272,8	+716,3	+10,9%	6.556,5	7.221,3	+664,9	+10,1%	-51,4
Investitionstätigkeit	0,6	1,0	+0,4	+57,2%	0,6	0,7	+0,1	+19,9%	-0,2
Darlehen und Vorschüsse	0,0	0,2	+0,2	kA.*	0,0	0,1	+0,0	kA.*	-0,1
Personal	50,7	63,9	+13,1	+25,9%	50,7	63,1	+12,4	+24,4%	-0,7
Betrieblicher Sachaufwand	56,6	79,0	+22,4	+39,6%	56,6	65,0	+8,3	+14,7%	-14,0
Transfers	6.448,5	7.128,7	+680,2	+10,5%	6.448,5	7.092,4	+643,9	+10,0%	-36,3

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 31 Wissenschaft und Forschung mit 7.272,8 Mio. € um 716,3 Mio. € bzw. 10,9% höher geplant als im Erfolg 2024. Dies ist insbesondere auf höhere geplante Auszahlungen für die Universitäten (exkl. Klinischer Mehraufwand Bau) (+532,3 Mio. €), für die Grundlagenforschung gemäß Forschungsfinanzierungsgesetz (+49,2 Mio. €), für die Valorisierung der Studienförderung (+48,5 Mio. €), für die Fachhochschulen (+28,7 Mio. €) sowie für Auszahlungen des seit Inkrafttreten der Novelle zum Bundesministeriengesetz am 1.4.2025 der UG 31 zugeordneten Globalbudgets Frauenangelegenheiten und Gleichstellung (+32,9 Mio. €) zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 664,9 Mio. € bzw. um 10,1%. Die höheren Auszahlungen sind zu einem großen Teil auf höhere Transfers im Bereich der Universitäten (exkl. Klinischer Mehraufwand Klinikbauten) zurückzuführen (+439,2 Mio. €). Diese ergeben sich vor allem aus der Erhöhung des Universitäten-Gesamtbetrages gem. § 12 Abs. 2 Universitätsgesetz 2002 im Zuge der neuen Leistungsvereinbarungsperiode 2025-2027 (+416,0 Mio. €).

Zu weiteren Mehrauszahlungen kam es aufgrund von Bau- bzw. Abrechnungsverzögerungen in Vorjahren im Bereich Universitäten – Klinischer Mehraufwand (Klinikbauten) (+70,9 Mio. €).

Bei den Einrichtungen gem. FoFinaG erhöhten sich insbesondere die Transfers an das Institute of Science and Technology Austria – ISTA (+47,2 Mio. €), dies vor allem da sich das Institut noch im Aufbau befindet und kontinuierlich neue Forschungsgruppen gegründet werden. Dem standen Minderauszahlungen ua. im Bereich des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung – FWF gegenüber.

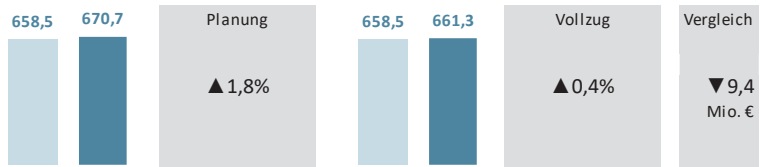
Das Detailbudget Lebenslanges Lernen (+42,4 Mio. €) und das Globalbudget Frauenangelegenheiten und Gleichstellung (+32,9 Mio. €) sind seit Inkrafttreten der Novelle zum Bundesministeriengesetz am 1.4.2025 der UG 31 zugeordnet.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 31 unterschreiten den BVA 2025 um 51,4 Mio. €.

Die Abweichungen gegenüber dem BVA 2025 betreffen im Wesentlichen folgende Themenbereiche:

- Universitäten (exkl. Klinischer Mehraufwand Bau): -93,1 Mio. €, vor allem im Bereich des Universitäten-Gesamtbetrages gem. § 12 Abs. 2 Universitätsgesetz 2002 aufgrund der Einbehalte für die soziale Dimension
- Universitäten – Klinischer Mehraufwand (Klinikbauten): +103,8 Mio. €, hauptsächlich für Klinikbauten entsprechend der Baufortschritte laut Meldungen der Krankenanstaltenträger
- Fachhochschulen: -15,8 Mio. €, vorwiegend infolge nicht besetzter FH-Studienplätze
- Unterstützungsleistungen für Studierende: -37,8 Mio. €, vor allem iZm. mit geringeren Bewilligungen bei der Studienförderung

UG 32 Kunst und Kultur



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	658,5	670,7	+12,1	+1,8%	658,5	661,3	+2,7	+0,4%	-9,4
Kunst- und Kulturförderung	243,5	232,7	-10,8	-4,4%	243,5	229,9	-13,6	-5,6%	-2,9
Bundesmuseen	152,3	157,2	+4,9	+3,2%	152,3	159,1	+6,8	+4,4%	+1,9
Bundestheater	194,7	204,2	+9,5	+4,9%	194,7	203,9	+9,3	+4,8%	-0,3
Sonstiges	68,1	76,5	+8,5	+12,4%	68,1	68,4	+0,3	+0,5%	-8,1
Einzahlungen	4,2	6,2	+2,0	+48,0%	4,2	4,8	+0,6	+13,7%	-1,4
Sonstiges	4,2	6,2	+2,0	+48,0%	4,2	4,8	+0,6	+13,7%	-1,4
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	658,5	670,7	+12,1	+1,8%	658,5	661,3	+2,7	+0,4%	-9,4
Investitionstätigkeit	0,6	0,8	+0,2	+36,6%	0,6	0,3	-0,3	-51,0%	-0,5
Darlehen und Vorschüsse		0,0	+0,0	kA.*		0,0	+0,0	kA.*	-0,0
Personal	26,2	27,5	+1,4	+5,3%	26,2	27,3	+1,1	+4,3%	-0,3
Betrieblicher Sachaufwand	29,5	28,2	-1,3	-4,3%	29,5	27,9	-1,6	-5,4%	-0,3
Transfers	602,3	614,0	+11,8	+2,0%	602,3	605,8	+3,5	+0,6%	-8,3
Finanzaufwand				kA.*		0,0	+0,0	kA.*	+0,0

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

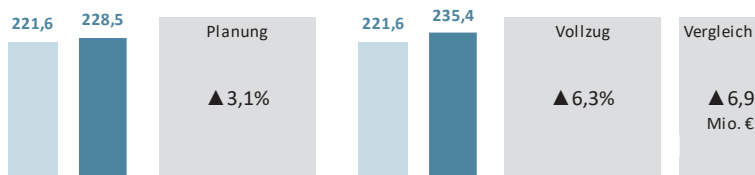
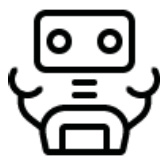
Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 32 Kunst und Kultur mit 670,7 Mio. € um 12,1 Mio. € bzw. 1,8% höher geplant als im Erfolg 2024. Dies ist insbesondere auf Mehrauszahlungen bei den Bundesmuseen (+4,9 Mio. €) und für die Bundestheater (+9,5 Mio. €) aufgrund der Erhöhung der Basisabgeltung zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 2,7 Mio. € bzw. um 0,4%. Höhere Auszahlungen ergaben sich insbesondere bei den Bundesmuseen und Bundestheatern durch die Erhöhung der Basisabgeltung 2025. Im Bereich Kunst- und Kulturförderung kam es zu Minderauszahlungen insbesondere durch das sukzessive Auslaufen von einzelnen RRF-Maßnahmen, den Abschluss des Projekts „Kulturhauptstadt 2024 Bad Ischl“ sowie aufgrund von Verzögerungen bei Bauprojekten (Salzburger Festspielbezirk).

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 32 unterschreiten den BVA 2025 um 9,4 Mio. €, vorwiegend aufgrund von Verzögerungen bei der Abrechnung von Bauprojekten (Bregenzer Festspielhaus), Minderauszahlungen im Bereich Denkmalschutz sowie Einsparungen in der Verwaltung.

UG 33 Wirtschaft (Forschung)



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	221,6	228,5	+6,9	+3,1%	221,6	235,4	+13,9	+6,3%	+6,9
Forschungsförderungsgesellschaft	66,2	50,0	-16,2	-24,5%	66,2	71,3	+5,2	+7,8%	+21,4
Forschungsförderung für Transformation	68,9	90,0	+21,1	+30,6%	68,9	83,8	+14,9	+21,6%	-6,2
Austria Wirtschaftsservice	25,3	26,5	+1,2	+4,8%	25,3	27,4	+2,1	+8,4%	+0,9
Christian Doppler Gesellschaft	8,8	15,4	+6,5	+73,8%	8,8	8,9	+0,1	+1,0%	-6,4
IPCEI RRF Mikroelektronik II u. Wasserstoff	15,0	26,0	+11,0	+72,9%	15,0	33,0	+18,0	+119,5%	+7,0
Nationale Zusatzmittel IPCEI ME II	30,1	12,5	-17,6	-58,5%	30,1	3,1	-27,0	-89,7%	-9,4
Sonstiges	7,2	8,2	+1,0	+13,2%	7,2	7,9	+0,6	+9,0%	-0,3
Einzahlungen	2,4	1,0	-1,4	-58,8%	2,4	1,2	-1,3	-51,7%	+0,2
Sonstiges	2,4	1,0	-1,4	-58,8%	2,4	1,2	-1,3	-51,7%	+0,2
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	221,6	228,5	+6,9	+3,1%	221,6	235,4	+13,9	+6,3%	+6,9
Betrieblicher Sachaufwand	18,5	16,6	-1,9	-10,4%	18,5	19,6	+1,2	+6,2%	+3,1
Transfers	203,1	211,9	+8,8	+4,4%	203,1	215,8	+12,7	+6,3%	+3,9

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

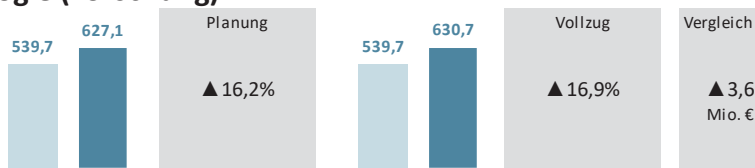
Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 33 Wirtschaft (Forschung) mit 228,5 Mio. € um 6,9 Mio. € bzw. 3,1% höher geplant als im Erfolg 2024. Hier stehen 2024 ausgelaufene Zusatzmittel für den Bereich Life Sciences in der FFG sowie Restzahlungen für das IPCEI Mikroelektronik I Zahlungsverchiebungen bestehender Verpflichtungen bei Forschungsförderung für Transformation und den IPCEI RRF Mikroelektronik II und Wasserstoff gegenüber, welche 2024 nicht in der veranschlagten Höhe zur Auszahlung gelangten.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 13,9 Mio. € bzw. um 6,3%. Die Auszahlungen stiegen vorwiegend, weil bestehende Verpflichtungen für die IPCEI RRF Mikroelektronik II und Wasserstoff zeitverzögert nun zur Auszahlung gelangten (+18,0 Mio. €) und gleichzeitig das IPCEI Mikroelektronik I ausgelaufen ist (-27,0 Mio. €). Bei der Forschungsförderung für Transformation kam es aufgrund von Zahlungsverchiebungen bestehender Verpflichtungen ebenfalls zu Mehrauszahlungen (+14,9 Mio. €).

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 33 überschreiten den BVA 2025 um 6,9 Mio. €, vorwiegend aufgrund von Zahlungsverchiebungen bestehender Verpflichtungen (Forschungsförderungsgesellschaft +21,4 Mio. €, IPCEI RRF Mikroelektronik II und Wasserstoff +7,0 Mio. €, Forschungsförderung für Transformation -6,2 Mio. €) sowie einem Minderbedarf bei der Christian Doppler

Gesellschaft (-6,4 Mio. €) durch vermehrte Inanspruchnahme von Transformationsmitteln und Mitteln aus dem Fonds Zukunft Österreich, deren Höhe für die CDG bei Budgeterstellung noch nicht fixiert war.

UG 34 Innovation und Technologie (Forschung)



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %	Δ v. Erf. / BVA 2025
Auszahlungen	539,7	627,1	+87,3	+16,2%	539,7	630,7	+91,0	+16,9%	+3,6
Weltraum	78,2	81,9	+3,7	+4,7%	78,2	81,3	+3,1	+4,0%	-0,6
Forschungsförderungsgesellschaft	275,7	387,6	+111,8	+40,6%	275,7	376,5	+100,8	+36,5%	-11,1
Austria Wirtschaftsservice	25,4	21,5	-3,8	-15,2%	25,4	22,3	-3,1	-12,1%	+0,8
Austrian Institute of Technology	65,9	67,2	+1,3	+2,0%	65,9	67,2	+1,3	+2,0%	-0,0
Silicon Austria Labs	26,9	20,2	-6,7	-25,0%	26,9	20,2	-6,7	-25,0%	-
Sonstige Forschungseinrichtungen	3,9	3,9	+0,0	+0,4%	3,9	3,8	-0,1	-3,5%	-0,2
IPCEI Mikroelektronik I u. Batterie	30,9		-30,9	kA.*	30,9	7,4	-23,5	-76,1%	+7,4
IPCEI RRF Mikroelektronik II u. Wasserstoff	14,1	26,0	+11,9	+84,2%	14,1	34,0	+19,8	+140,6%	+8,0
Sonstiges	18,7	18,8	+0,1	+0,6%	18,7	18,1	-0,6	-3,3%	-0,7
Einzahlungen	0,0	0,0	+0,0	kA.*	0,0	0,0	+0,0	kA.*	+0,0
Sonstiges	0,0	0,0	+0,0	kA.*	0,0	0,0	+0,0	kA.*	+0,0
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	539,7	627,1	+87,3	+16,2%	539,7	630,7	+91,0	+16,9%	+3,6
Betrieblicher Sachaufwand	31,3	31,9	+0,5	+1,7%	31,3	33,3	+1,9	+6,2%	+1,4
Transfers	508,4	595,2	+86,8	+17,1%	508,4	597,4	+89,0	+17,5%	+2,2

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

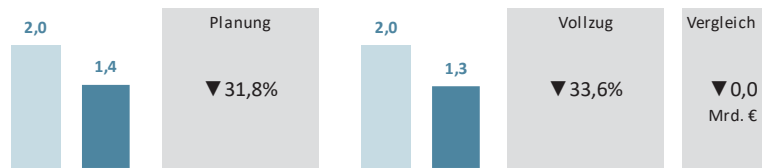
Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen in der UG 34 Innovation und Technologie (Forschung) mit 627,1 Mio. € um 87,3 Mio. € bzw. 16,2% höher geplant als im Erfolg 2024. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass 2024 bei der FFG und den IPCEI RRF Mikroelektronik II und Wasserstoffveranschlagte Mittel aufgrund von Zahlungsverzögerungen nicht zur Auszahlung gelangten.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich stiegen die Auszahlungen im vorläufigen Erfolg 2025 gegenüber dem Erfolg 2024 um 91,0 Mio. € bzw. um 16,9%, vorwiegend, weil bestehende Verpflichtungen für FFG-Förderprogramme (+100,8 Mio. €) sowie die IPCEI RRF Mikroelektronik II und Wasserstoff (+19,8 Mio. €) zeitverzögert nun zur Auszahlung gelangen und gleichzeitig die IPCEI Mikroelektronik I und Batterie (- 23,5 Mio. €) auslaufen.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 34 überschreiten den BVA 2025 um 3,6 Mio. €, vorwiegend aufgrund von Zahlungsverzögerungen bestehender Verpflichtungen (FFG -11,1 Mio. €, IPCEI RRF Mikroelektronik II und Wasserstoff +8,0 Mio. €, IPCEI Mikroelektronik I und Batterie +7,4 Mio. €).

UG 40 Wirtschaft



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	2.002,5	1.366,1	-636,4	-31,8%	2.002,5	1.330,1	-672,4	-33,6%	-36,0
Steuerung und Services	33,3	39,1	+5,8	+17,4%	33,3	57,1	+23,8	+71,4%	+18,0
Transferleistungen an die Wirtschaft	1.721,3	747,2	-974,1	-56,6%	1.721,3	821,0	-900,3	-52,3%	+73,8
Historische Objekte	79,0	86,3	+7,3	+9,2%	79,0	85,5	+6,5	+8,2%	-0,8
Grüne Transformation		209,1	+209,1	kA.*		79,4	+79,4	kA.*	-129,7
Energie Krisenmaßnahmen		101,4	+101,4	kA.*		103,9	+103,9	kA.*	+2,5
Eich- und Vermessungswesen	105,3	108,8	+3,5	+3,3%	105,3	107,0	+1,6	+1,6%	-1,8
Sonstiges	63,5	74,2	+10,7	+16,8%	63,5	76,2	+12,7	+20,1%	+2,1
Einzahlungen	72,9	1.286,5	+1.213,6	kA.*	72,9	1.319,1	+1.246,2	kA.*	+32,6
Grüne Transformation				kA.*		0,0	+0,0	kA.*	+0,0
Dividenden		1.263,0	+1.263,0	kA.*		1.263,0	+1.263,0	kA.*	
Sonstiges	72,9	23,5	-49,4	-67,8%	72,9	56,1	-16,8	-23,1%	+32,6
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	2.002,5	1.366,1	-636,4	-31,8%	2.002,5	1.330,1	-672,4	-33,6%	-36,0
Investitionstätigkeit	48,6	51,5	+2,9	+6,1%	48,6	56,5	+7,9	+16,3%	+5,0
Darlehen und Vorschüsse	0,2	0,4	+0,2	+160,7%	0,2	0,2	+0,1	+33,0%	-0,2
Personal	161,6	177,9	+16,4	+10,1%	161,6	174,3	+12,7	+7,9%	-3,7
Betrieblicher Sachaufwand	155,9	156,2	+0,3	+0,2%	155,9	140,0	-15,9	-10,2%	-16,2
Transfers	1.636,3	980,1	-656,2	-40,1%	1.636,3	959,1	-677,2	-41,4%	-21,0
Finanzaufwand	0,0		-0,0	kA.*	0,0	0,0	+0,0	kA.*	+0,0

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 40 Wirtschaft mit 1.366,1 Mio. € um 636,4 Mio. € bzw. 31,8% niedriger geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf eine niedrigere Mittelbereitstellung für Transferleistungen an die Wirtschaft, und hier insbesondere auf die Energiekostenförderungen und die Investitionsprämie, zurückzuführen. Dem gegenüber steht die Verschiebung des Bereiches Energie in die UG 40 infolge der BMG-Novelle 2025.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich sanken die Auszahlungen im vorläufigen Erfolg 2025 gegenüber dem Erfolg 2024 um 672,4 Mio. € bzw. 33,6%, insbesondere im Bereich der Transferleistungen an die Wirtschaft und hier vor allem bei den Energiekostenförderungen (-995,9 Mio. €), da der Energiekostenzuschuss 2 und die Energiekostenpauschale 2 größtenteils im Jahr 2024 zur Auszahlung gelangten und 2025 nur noch Auszahlungen für die Endabwicklung anfielen.

Zu weiteren Minderauszahlungen kam es bei der Investitionsprämie (-158,3 Mio. €), da ein Großteil der von den Unternehmen zur Förderung eingereichten Investitionsprojekte bereits in den vergangenen Jahren abgeschlossen und abgerechnet wurden.

Demgegenüber stehen höhere Auszahlungen für die Förderungsprogramme Chips Act (+82,5 Mio. €), Handwerkerbonus (+72,4 Mio. €) und FISA+ (+29,3 Mio. €), sowie bei der Wirtschaftsförderung für Transformation (+62,5 Mio. €) und im Bereich der Energie (+183,3 Mio. €), der auf Basis der BMG-Novelle 2025 von der UG 43 in die UG 40 übertragen wurde.

Hier kommt es insbesondere aufgrund der Kosten für die Speicherung der Strategischen Gasreserve (+102,5 Mio. €) sowie bei der Grünen Transformation (+79,4 Mio. €), insbesondere beim Energieeffizienzprogramm, zu Mehrauszahlungen in der UG 40 gegenüber dem Erfolg 2024.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 40 unterschreiten den BVA 2025 um 36,0 Mio. €. Diese Abweichungen betreffen im Wesentlichen den Bereich Grüne Transformation (-129,7 Mio. €), da 75,0 Mio. € an budgetierten Förderungen für die Finanzierung des Standortabsicherungsgesetzes eingespart wurden. Darüber hinaus kam es insbesondere beim Klima- und Energiefonds und beim Energieeffizienzprogramm zu Zahlungsverchiebungen in der Umsetzung mehrjähriger Projekte. Demgegenüber stehen Mehrauszahlungen in den Bereichen Transferleistungen an die Wirtschaft (+73,8 Mio. €), vor allem bei der Wirtschaftsförderung für Transformation (+32,1 Mio. €) und beim Handwerkerbonus (+31,1 Mio. €), sowie im Bereich Steuerung und Services (+18,0 Mio. €).

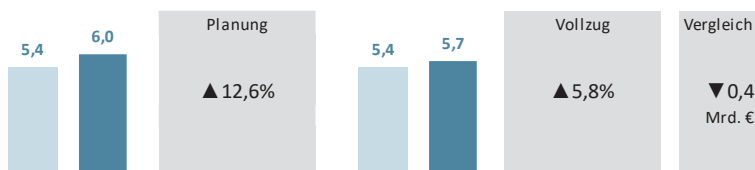
Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 40 Wirtschaft mit 1.286,5 Mio. € um 1.213,6 Mio. € bzw. um 1.665,2% höher geplant als im Erfolg 2024. Der wesentliche Grund für diese Abweichung ist die BMG-Novelle 2025, der zufolge Dividendenzahlungen von ÖBAG (+767,0 Mio. €) und Verbund (+496,0 Mio. €) ab 2025 nicht mehr in der UG 45 Bundesvermögen, sondern innerhalb der UG 40 Wirtschaft vereinnahmt werden. Demgegenüber steht der Entfall der Vergütungen an die Burghauptmannschaft Österreich gem. Leistungsabgeltungs-Verordnung 2013 (-23,5 Mio. €).

Vorjahresvergleich: Tatsächlich stiegen die Einzahlungen im vorläufigen Erfolg 2025 gegenüber dem Erfolg 2024 um 1.246,2 Mio. € bzw. um 1.709,9%. Der Anstieg ist vorwiegend auf die Mehreinzahlungen aus den Dividenden von ÖBAG (+766,9 Mio. €) und Verbund (+496,1 Mio. €) zurückzuführen, die infolge der BMG-Novelle 2025 nunmehr in der UG 40 Wirtschaft vereinnahmt werden. Demgegenüber steht der Entfall der Vergütungen an die Burghauptmannschaft Österreich gem. Leistungsabgeltungs-Verordnung 2013 (-23,5 Mio. €).

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 40 stiegen gegenüber dem BVA 2025 um 32,6 Mio. €, vor allem aufgrund unterjähriger Mehreinzahlungen beim Gründungsfonds II (+23,8 Mio. €) und im Bereich der Burghauptmannschaft Österreich (+5,2 Mio. €).

UG 41 Mobilität



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ v. Erf. / BVA 2025
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. € in %		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. € in %		
Auszahlungen	5.356,9	6.029,5	+672,6	+12,6%	5.356,9	5.667,8	+310,9	+5,8%	-361,7
Zuschussverträge (ÖBB-Infrastruktur)	2.530,0	2.641,1	+111,2	+4,4%	2.530,0	2.653,0	+123,0	+4,9%	+11,9
Verkehrsdiensteverträge (ÖBB-PV und Privatbahnen)	1.112,3	1.288,2	+175,9	+15,8%	1.112,3	1.248,2	+135,9	+12,2%	-40,0
Klimatickets	626,6	780,2	+153,6	+24,5%	626,6	772,3	+145,7	+23,3%	-8,0
Schiengüterverkehrsförderung	200,0	213,5	+13,5	+6,7%	200,0	203,5	+3,5	+1,8%	-10,0
Privatbahnförderung (MIP)	50,8	88,4	+37,6	+74,0%	50,8	70,5	+19,6	+38,6%	-18,0
Stadtregionalbahnen	13,3	21,0	+7,8	+58,5%	13,3	18,0	+4,8	+36,0%	-3,0
Grüne Transformation	159,9	418,1	+258,2	+161,4%	159,9	194,3	+34,4	+21,5%	-223,7
Transferzahlungen gem. § 10 (4) BStG	104,3		-104,3	kA.*	104,3		-104,3	kA.*	
Sonstiges	559,8	578,9	+19,1	+3,4%	559,8	507,9	-51,8	-9,3%	-71,0
Einzahlungen	1.030,6	1.167,9	+137,3	+13,3%	1.030,6	1.160,1	+129,5	+12,6%	-7,8
Klimaticket	259,8	285,8	+26,0	+10,0%	259,8	283,4	+23,6	+9,1%	-2,4
ASFNAG-Dividende	255,0	305,0	+50,0	+19,6%	255,0	305,0	+50,0	+19,6%	
Externe Kosten	170,0	255,0	+85,0	+50,0%	170,0	255,0	+85,0	+50,0%	
Sonstiges	345,9	322,1	-23,7	-6,9%	345,9	316,7	-29,2	-8,4%	-5,4
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	5.356,9	6.029,5	+672,6	+12,6%	5.356,9	5.667,8	+310,9	+5,8%	-361,7
Investitionstätigkeit	1,0	1,0	+0,0	+0,1%	1,0	0,8	-0,2	-20,2%	-0,2
Darlehen und Vorschüsse	0,0	0,2	+0,2	kA.*	0,0	0,0	+0,0	kA.*	-0,2
Personal	112,7	92,7	-20,0	-17,8%	112,7	92,3	-20,4	-18,1%	-0,4
Betrieblicher Sachaufwand	478,3	626,2	+147,9	+30,9%	478,3	614,4	+136,1	+28,5%	-11,8
Transfers	4.764,9	5.309,4	+544,5	+11,4%	4.764,9	4.960,3	+195,3	+4,1%	-349,2
Finanzaufwand		0,0	+0,0	kA.*				kA.*	-0,0

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 41 Mobilität mit 6.029,5 Mio. € um 672,6 Mio. € bzw. 12,6% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf die Mittelbereitstellung im Bereich Grüne Transformation (E-Mobilität, +168,9 Mio. €; Klima- und Energiefonds, +86,5 Mio. €), höher geplante Akontozahlungen infolge von gestiegenen Verkaufszahlen beim Klimaticket (+153,6 Mio. €), höher geplante Zahlungen iZm. den ÖBB-Zuschussverträgen (+111,2 Mio. €) sowie bei den Verkehrsdiensteverträgen mit der ÖBB-Personenverkehr AG und den Privatbahnen (+175,9 Mio. €) zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Auszahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 310,9 Mio. € bzw. um 5,8%. Die Auszahlungen stiegen vorwiegend aufgrund der Zuschussverträge (ÖBB-Infrastruktur AG, +123,0 Mio. €), gemäß gültiger Zuschussverträge 2022-2027 gem. § 42 Bundesbahngesetz.

Weiters stiegen die Auszahlungen für die Verkehrsdiensteverträge (ÖBB-PV AG und Privatbahnen, +135,9 Mio. €) gem. § 48 Bundesbahngesetz und § 3 Privatbahngesetz an die SCHIG mbH auf Basis der gültigen Verkehrsdiensteverträge.

Auch sind bei den Klimatickets die Auszahlungen (+145,7 Mio. €) gestiegen, wegen höherer Zahlungen an die Länder für regionale Klimatickets und erhöhter Akontozahlungen in Folge von gestiegenen Verkaufszahlen des Klimaticket Österreich. Demgegenüber stehen geringere Auszahlungen bei den Transferzahlungen gemäß § 10 (4) Bundesstraßengesetz (- 104,3 Mio. €), da es im Jahr 2024 zu Transferzahlungen an das Land Wien in Zusammenhang mit der Errichtung der Stadtstraße kam.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 41 unterschreiten den BVA 2025 um 361,7 Mio. €. Die Abweichungen gegenüber dem BVA 2025 betreffen im Wesentlichen folgende Themenbereiche:

- Verkehrsdiensteverträge (ÖBB-PV und Privatbahnen): -40,0 Mio. €, aufgrund von Zahlungsverchiebungen
- Privatbahnförderung (MIP): -18,0 Mio. €, aufgrund von niedrigeren Förderauszahlungen gem. Förderübereinkommen des 9. MIP
- E-Mobilität: -155,5 Mio. €, aufgrund von Verzögerungen beim Start der Förderungsprogramme EBIN II und ENIN II
- Klima- und Energiefonds: -66,4 Mio. €, aufgrund von Zahlungsverchiebungen in die Folgejahre

Einzahlungen

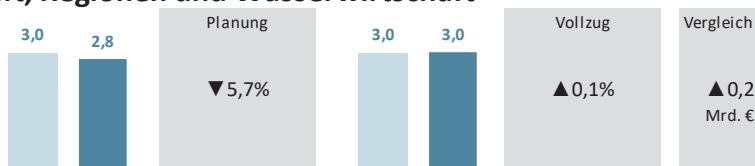
Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 41 Mobilität mit 1.167,9 Mio. € um 137,3 Mio. € bzw. 13,3% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf eine Erhöhung der ASFINAG-Dividende (+50,0 Mio. €) sowie höher geplante Einzahlungen bei den Externen Kosten gem. § 8b ASFINAG-Gesetz (+85,0 Mio. €) zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Einzahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 129,5 Mio. € bzw. um 12,6%, vorwiegend aufgrund der höheren Einzahlungen bei den Externen Kosten gem. § 8b ASFINAG-Gesetz (+85,0 Mio. €). Zusätzlich stiegen die Einzahlungen bei der ASFINAG-Dividende (+50,0 Mio. €). Auch kam es beim Klimaticket zu erhöhten Einzahlungen (+23,6 Mio. €), aufgrund gesteigerter Verkaufszahlen und der erfolgten Preiserhöhung.

Voranschlagsvergleich:

Die Einzahlungen in der UG 41 unterschreiten den BVA 2025 um -7,8 Mio. €, vorwiegend aufgrund geringerer Einzahlungen bei den Geldstrafen (-11,4 Mio. €).

UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	3.012,3	2.840,3	-172,0	-5,7%	3.012,3	3.016,8	+4,5	+0,1%	+176,5
Siedlungswasserwirtschaft	259,0	256,3	-2,7	-1,0%	259,0	245,4	-13,6	-5,2%	-10,9
Waldfonds	48,7	50,8	+2,1	+4,3%	48,7	46,2	-2,4	-5,0%	-4,5
Naturgefahren	290,0	260,0	-30,0	-10,3%	290,0	259,2	-30,8	-10,6%	-0,8
Ländliche Entwicklung - ELER (EU var.)	613,6	573,1	-40,4	-6,6%	613,6	741,5	+127,9	+20,8%	+168,4
Ländliche Entwicklung (Bund fix)	343,6	337,1	-6,5	-1,9%	343,6	418,6	+75,0	+21,8%	+81,5
Gem. Marktorganisation & EGFL (EU var.)	694,1	709,9	+15,8	+2,3%	694,1	688,4	-5,7	-0,8%	-21,5
Land- und forstwirtschaftliches Schulwesen	167,0	172,0	+5,0	+3,0%	167,0	181,8	+14,8	+8,8%	+9,8
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EU v. B.)	144,6	68,0	-76,6	-53,0%	144,6	27,2	-117,4	-81,2%	-40,8
Beteiligungen	130,9	127,9	-3,0	-2,3%	130,9	127,9	-3,0	-2,3%	-0,0
Landeslehrpersonal	52,4	54,0	+1,5	+3,0%	52,4	54,0	+1,5	+3,0%	
Sonstiges	268,4	231,3	-37,1	-13,8%	268,4	226,6	-41,8	-15,6%	-4,7
Einzahlungen	521,7	478,6	-43,1	-8,3%	521,7	480,0	-41,6	-8,0%	+1,4
Sonstiges	521,7	478,6	-43,1	-8,3%	521,7	480,0	-41,6	-8,0%	+1,4
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	3.012,3	2.840,3	-172,0	-5,7%	3.012,3	3.016,8	+4,5	+0,1%	+176,5
Investitionstätigkeit	22,7	7,0	-15,7	-69,0%	22,7	24,6	+1,8	+8,1%	+17,5
Darlehen und Vorschüsse	0,1	0,0	-0,0	kA.*	0,1	0,0	-0,0	kA.*	+0,0
Personal	193,5	228,9	+35,4	+18,3%	193,5	228,4	+34,9	+18,0%	-0,5
Betrieblicher Sachaufwand	158,9	174,2	+15,4	+9,7%	158,9	158,0	-0,8	-0,5%	-16,2
Transfers	2.636,7	2.429,7	-207,0	-7,9%	2.636,7	2.605,5	-31,2	-1,2%	+175,8
Finanzaufwand	0,4	0,4	-0,0	-10,1%	0,4	0,3	-0,2	-39,1%	-0,1

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft mit 2.840,3 Mio. € um 172,0 Mio. € niedriger geplant als im Erfolg 2024. Dies ist insbesondere auf die Konsolidierungsmaßnahmen und die damit einhergehenden geringeren Auszahlungen in nahezu allen Förderbereichen zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich stiegen die Auszahlungen im Jahr 2025 gegenüber 2024 um 4,5 Mio. € bzw. um 0,1%. Dies ist durch einen – im Vergleich zur Veranschlagung – erheblichen Mehrbedarf im Bereich der ländlichen Entwicklung (EU variabel +127,9 Mio. € bzw. + 20,8%; Bund fix + 75 Mio. € bzw. + 21,8%) aufgrund des Auslaufens der Programmperiode LE 2014-2022 (letztmögliche Zahlungen am 15.10.2025) begründet. Darunter fallen viele große, mehrjährige Projekte (zB. Wegebau, soziale Dienstleistungen, Bildung, Naturschutz, Investitionen, ...), welche meist gegen Ende der Förderperiode abgerechnet werden. Demgegenüber stehen verminderte Auszahlungen aus dem EFRE-Programm (-117,4 Mio. € bzw. -81,2%) sowie im Bereich der Naturgefahren (-30,8 Mio. € bzw. -10,6%).

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 42 überschreiten den BVA 2025 um 176,5 Mio. €. Ursächlich dafür waren im Wesentlichen die folgenden Bereiche:

- Ländliche Entwicklung:
 - ELER (EU var.): + 168,4 Mio. €, sowie
 - Bund fix: + 81,5 Mio. €,
 - beide Bereiche vor allem aufgrund von Mehrbedarfen für die Ausfinanzierung der Ländlichen Entwicklung 14-22 (letztmögliche Zahlungen im Oktober 2025).
- Direktzahlungen (EGFL, EU var.): -21,5 Mio. € va. aufgrund von Zahlungs- und Maßnahmenverschiebungen im Bereich der Direktzahlungen inkl. Öko-Regelungen sowie einer verhaltenen Beantragung der Mittel in den Sektormaßnahmen (geringere Investitions- und Auspflanztätigkeit im Weinbau aufgrund einer stark gesunkenen Nachfrage und der damit einhergehenden schlechten Absatzsituation)
- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE – var.): -40,8 Mio. €, vor allem aufgrund der Rückzahlung eines Liquiditätsvorschusses iHv. 25,2 Mio. €, welcher der Förderabwicklungsstelle (aws) gem. Art. 15a B-VG-Vereinbarung³ in den Jahren 2016 und 2017 vom Bund gewährt wurde sowie einem etwas geringeren Mittelbedarf im EFRE-Programm 2021-2027
- Land- und Forstwirtschaftliches Schulwesen: +9,8 Mio. €, va. aufgrund einer Teilzahlung iHv. 10 Mio. € für den Neubau eines Gebäudes an der HBLA und BA für Wein- und Obstbau Klosterneuburg
- Siedlungswasserwirtschaft: -10,9 Mio. €, va. aufgrund Zahlungs-Verschiebungen bei mehrjährigen Projekten in der Gewässerökologie

Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 wurden die Einzahlungen der UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft mit 478,6 Mio. € um 43,1 Mio. € bzw. 8,3% niedriger geplant als im Erfolg 2024, vor allem durch geringere Einzahlungen aus dem Katastrophenfonds für den Wasserbau (-24,2 Mio. € bzw. -22%) und die Wildbach- und Lawinenverbauung (-4,1 Mio. € bzw. -3,8%). Darüber hinaus wurden Mindereinzahlungen im Bereich des Land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens iHv. 6,7 Mio. € (entspricht 33,8%) budgetiert.

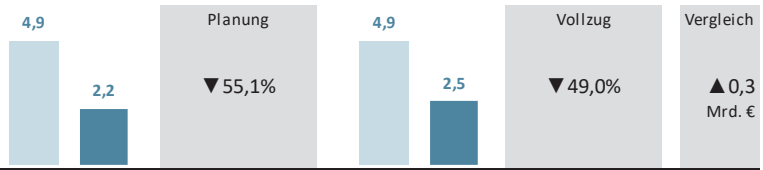
Vorjahresvergleich: Tatsächlich sanken die Einzahlungen gegenüber dem Vorjahr um 41,6 Mio. € bzw. 8,0%. Dies ist ebenfalls auf geringere Einzahlungen aus dem

³ Gem. Artikel 9 Abs. 4 Art. 15a B-VG Vereinbarung über das Verwaltungs- und Kontrollsystem [...] für die Periode 2014 – 2020

Katastrophenfonds für den Wasserbau (-24,2 Mio. € bzw. -22%) und die Wildbach- und Lawinenverbauung (-4,1 Mio. € bzw. -3,6%) zurückzuführen. Darüber hinaus wurden Mindereinzahlungen in der zweckgebundenen Gebarung der Siedlungswasserwirtschaft verzeichnet (13,6 Mio. € bzw. 5,2%).

Voranschlagsvergleich: Die tatsächlichen Einzahlungen in der UG 42 überschreiten den BVA 2025 um 1,4 Mio. €. Ursächlich dafür waren vorwiegend höhere Einzahlungen im Land -und forstwirtschaftlichen Schulwesen (+8,1 Mio. €) sowie im Bereich Wasser u. sonst. Maßnahmen (+1,0 Mio. €). Demgegenüber stehen geringere Einzahlungen iHv. -10,9 Mio. € im zweckgebundenen Bereich der Siedlungswasserwirtschaft, v.a. aufgrund von Zahlungs-Verschiebungen bei mehrjährigen Projekten in der Gewässerökologie.

UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	4.884,3	2.193,1	-2.691,2	-55,1%	4.884,3	2.491,8	-2.392,6	-49,0%	+298,6
Grüne Transformation	1.723,8	1.811,8	+87,9	+5,1%	1.723,8	2.124,0	+400,2	+23,2%	+312,3
Umwelt und Kreislaufwirtschaft	186,7	231,5	+44,8	+24,0%	186,7	239,8	+53,1	+28,5%	+8,4
Klima- und Anti-Teuerungsbonus	1.910,3	110,0	-1.800,3	-94,2%	1.910,3	88,0	-1.822,3	-95,4%	-22,0
Energie Krisenmaßnahmen	1.063,5	39,9	-1.023,6	-96,3%	1.063,5	39,9	-1.023,6	-96,3%	+0,0
Sonstiges				kA.*		0,0	+0,0	kA.*	+0,0
Einzahlungen	316,5	405,0	+88,5	+28,0%	316,5	288,6	-27,8	-8,8%	-116,3
Emissionshandel (Klima)	313,1	400,0	+86,9	+27,8%	313,1	285,2	-27,9	-8,9%	-114,8
Altlastensanierung		0,0	+0,0	kA.*				kA.*	-0,0
Sonstiges	3,4	5,0	+1,6	+46,8%	3,4	3,4	+0,0	+0,8%	-1,6
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	4.884,3	2.193,1	-2.691,2	-55,1%	4.884,3	2.491,8	-2.392,6	-49,0%	+298,6
Investitionstätigkeit	0,3	0,1	-0,2	-75,0%	0,3	4,6	+4,3	kA.*	+4,5
Betrieblicher Sachaufwand	182,1	155,4	-26,7	-14,7%	182,1	125,9	-56,1	-30,8%	-29,4
Transfers	4.702,0	2.037,7	-2.664,3	-56,7%	4.702,0	2.361,2	-2.340,7	-49,8%	+323,6

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 belaufen sich die geplanten Auszahlungen in der Untergliederung 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft auf 2.193,1 Mio. €. Verglichen mit dem Erfolg des Jahres 2024 ergibt sich somit ein Rückgang um 2.691,2 Mio. €. Die Absenkung ist im Wesentlichen auf Konsolidierungsmaßnahmen, vor allem auf die Abschaffung des Klimabonus und auf die Übertragung von Agenden aufgrund der Novelle des Bundesministeriengesetzes zurückzuführen.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich sanken die Auszahlungen von Jänner bis Dezember 2025 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 2.392,6 Mio. € bzw. um 49,0%.

Die Abweichungen betreffen im Wesentlichen folgende Themenbereiche:

- Grüne Transformation: +400,2 Mio. €, insbesondere im Bereich Transformation des Gebäudesektors, da aufgrund des starken Antragsverhaltens bei thermisch-energetischen Sanierungen ein erhöhter Liquiditätsbedarf iHv. +521,0 Mio. € ausgelöst wurde. Umgekehrt kam es beim Klima- und Energiefonds aufgrund von Konsolidierungsmaßnahmen einerseits und der Übertragung energierelevanter Programme in die UG 40 zu Minderauszahlungen iHv. -94,8 Mio. €
- Umwelt und Kreislaufwirtschaft: +53,1 Mio. € insbesondere aufgrund von Zahlungsverchiebungen bei der Umsetzung mehrjähriger Projekte im Bereich der

Altlastensanierung sowie beim erst 2024 eingerichteten Förderprogramm
Kreislaufwirtschaft

- Klima- und Anti-Teuerungsbonus: -1.822,3 Mio. € infolge der Abschaffung des Klimabonus
- Energie Krisenmaßnahmen: -1.023,6 Mio. €, insbesondere, weil mit Einhebung von Erneuerbaren-Förderbeitrag und Erneuerbaren-Förderpauschale 2025 keine Bundeszuschüsse zur Finanzierung von Verbindlichkeiten gem. Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) mehr erforderlich sind (-908,7 Mio. €). Das Auslaufen der Mittel für Netzverlustkosten bedingt weitere Minderauszahlungen iHv. 55,4 Mio. €. Darüber hinaus fallen die Auszahlungen für die Speicherung der Strategischen Gasreserve auf Grundlage der BMG-Novelle seit 1.4.2025 in der UG 40 an, was gegenüber dem Vorjahr zu weiteren Minderauszahlungen in der UG 43 iHv. 76,7 Mio. € führte.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 43 überschreiten den BVA 2025 um 298,6 Mio. €. Diese Abweichung lässt sich im Wesentlichen auf den Mehrbedarf bei der Sanierungsoffensive infolge der vorzeitigen Ausschöpfung des Zusagerahmens im Dezember 2024 zurückführen (+303,6 Mio. €). Gleichzeitig lösten hohe Vorbelastungsstände, die sich auf Förderzusagen in vergangenen Jahren zurückführen lassen, eine Überschreitung beim Klima- und Energiefonds aus (+56,2 Mio. €). Umgekehrt führte die Refundierung nicht in Anspruch genommener Gutscheine beim Klimabonus zu einer Unterschreitung des BVA (-22,0 Mio. €). Konsolidierungen im Bereich der Umweltförderung im Inland (-14,3 Mio. €) und der internationalen Klimafinanzierung (-13,2 Mio. €) zogen ebenfalls Minderauszahlungen nach sich.

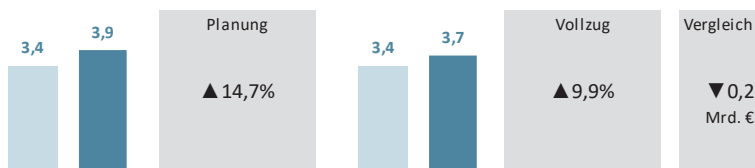
Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft mit 405,0 Mio. € um 88,5 Mio. € bzw. 28,0% höher geplant als im Erfolg 2024. Ursächlich dafür ist eine positive Erwartungshaltung iZm. der Entwicklung des Preises für Emissionszertifikate (EU-ETS 1).

Vorjahresvergleich: Tatsächlich war die Entwicklung der Einzahlungen von Jänner bis Dezember 2025 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 27,9 Mio. € bzw. um 8,9% niedriger, vorwiegend aufgrund von niedrigen Einzahlungen im Zusammenhang mit der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten im Detailbudget 43.01.04 Emissionshandel.

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 43 sanken gegenüber dem BVA 2025 um 116,3 Mio. €, vor allem weil die Preisentwicklung bei den Zertifikaten infolge einer hohen Zuführung zur Marktstabilitätsreserve unter den Erwartungen blieb.

UG 44 Finanzausgleich



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	3.406,1	3.907,9	+501,8	+14,7%	3.406,1	3.744,4	+338,3	+9,9%	-163,5
Zuschüsse zur Theaterführung	31,5	31,5		+0,0%	31,5	31,5		+0,0%	
Zukunftsfonds	1.100,0	1.133,0	+33,0	+3,0%	1.100,0	1.133,0	+33,0	+3,0%	
Zweckzuschuss Wohnbauförderung	29,8	275,0	+245,2	+823,4%	29,8	183,6	+153,9	+516,6%	-91,4
Kommunalinvestitionsgesetze	382,0	213,9	-168,1	-44,0%	382,0	214,1	-167,9	-43,9%	+0,2
Katastrophenfonds	669,5	673,4	+3,9	+0,6%	669,5	601,6	-67,9	-10,1%	-71,8
Finanzzuw. in Nahverkehrsangelegenheiten	133,7	135,6	+1,8	+1,4%	133,7	136,2	+2,4	+1,8%	+0,6
Finanzzuweisungen Gemeinden	394,0	698,6	+304,5	+77,3%	394,0	698,6	+304,5	+77,3%	-0,0
Finanzzuweisungen Länder	410,4	410,3	-0,1	-0,0%	410,4	409,8	-0,6	-0,1%	-0,5
Krankenanstaltenfinanzierung	227,5	234,3	+6,7	+3,0%	227,5	233,8	+6,2	+2,7%	-0,5
Sonstiges	27,6	102,4	+74,8	+271,2%	27,6	102,2	+74,6	+270,2%	-0,3
Einzahlungen	894,6	907,7	+13,1	+1,5%	894,6	922,6	+28,0	+3,1%	+14,9
Katastrophenfonds	667,1	673,4	+6,3	+0,9%	667,1	688,8	+21,8	+3,3%	+15,4
Krankenanstaltenfinanzierung	227,5	234,3	+6,7	+3,0%	227,5	233,8	+6,2	+2,7%	-0,5
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	3.406,1	3.907,9	+501,8	+14,7%	3.406,1	3.744,4	+338,3	+9,9%	-163,5
Betrieblicher Sachaufwand	1,6	1,1	-0,6	-35,3%	1,6	1,2	-0,4	-23,2%	+0,2
Transfers	3.404,5	3.906,9	+502,4	+14,8%	3.404,5	3.743,2	+338,7	+9,9%	-163,7

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 44 Finanzausgleich mit 3.907,9 Mio. € um 501,8 Mio. € bzw. um 14,7% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf Mehrauszahlungen aufgrund des FAG 2024, speziell die Finanzzuweisung an Gemeinden zur nachhaltigen Haushaltsführung iHv. 300 Mio. € im Jahr 2025 sowie der Zweckzuschuss für Wohnbauförderung an Länder, welcher im BVA 2025 um 245,2 Mio. € bzw. 823,4% höher geplant ist als im Erfolg 2024.

Beim Zukunftsfonds ist eine Erhöhung der Auszahlung um 33,0 Mio. € budgetiert, dem steht ein Rückgang der Auszahlungen im Rahmen des Kommunalinvestitionsgesetzes 2023 (KIG 2023) iHv. 168,1 Mio. € bzw. 44,0% gegenüber. Weiters sind unter „Sonstiges“ Auszahlungen iHv. 75 Mio. € in Form eines Zweckzuschusses aufgrund des Hochwassers 2024 geplant.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich stiegen die Auszahlungen von Jänner bis Dezember 2025 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 338,3 Mio. € bzw. 9,9%. Die Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres betreffen im Wesentlichen die folgenden Themenbereiche:

- Finanzzuweisungen Gemeinden: Die Auszahlung der Finanzzuweisung an Gemeinden zur Sicherstellung einer nachhaltigen Haushaltsführung gem. § 28a FAG 2024 iHv. 300 Mio. € erfolgte im Jänner 2025.
- Zweckzuschuss Wohnbauförderung: Die Auszahlungen sind um 153,9 Mio. € angestiegen.
- Zukunftsfonds: Die Finanzzuweisung erfolgte im Juni 2025 und weist eine Steigerung von 33,0 Mio. € auf.
- Kommunalinvestitionsgesetze: Die Auszahlungen gemäß dem KIG 2023 sind um 335,6 Mio. € gesunken. Diese wurden allerdings durch erstmalige Auszahlungen gemäß dem KIG 2025 iHv. 167,0 Mio. € - und daher ein Anstieg – teilweise kompensiert, wodurch sich der Gesamteffekt des Rückgangs (inkl. sonstiger Auszahlungen, wie Entgelt für BHAG) auf 167,9 Mio. € summiert.
- Katastrophenfonds: Die Auszahlungen sind um 67,9 Mio. € gesunken.

Voranschlagsvergleich: Im Vergleich zum BVA 2025 gab es bei folgenden Themenbereichen wesentliche Abweichungen:

- Zweckzuschuss Wohnbauförderung: Die Auszahlungen fielen ggü. dem BVA 2025 um 91,4 Mio. € nieder aus. Ursächlich dafür ist der Umstand, dass die Mittel auf Basis des Mittelbedarfs der Länder ausgezahlt werden.
- Katastrophenfonds: Die Auszahlungen sind ggü. dem BVA 2025 um 71,8 Mio. € gesunken.

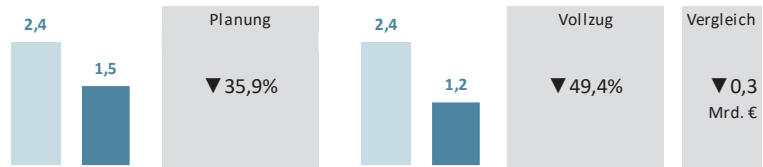
Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 44 Finanzausgleich mit 13,1 Mio. € bzw. um 1,5% höher geplant als im Erfolg 2024.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich stiegen die Einzahlungen von Jänner bis September 2025 um 28,0 Mio. € bzw. um 3,1% gegenüber dem Vorjahresniveau des Vergleichszeitraumes aufgrund der Entwicklung der Bemessungsgrundlagen (Katastrophenfonds: Einkommensteuer und Körperschaftsteuer, Krankenanstaltenfinanzierung: Umsatzsteuer).

Voranschlagsvergleich: Im Jahr 2025 stiegen im Vergleich zum BVA 2025 die Einzahlung um 14,9 Mio. €.

UG 45 Bundesvermögen



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. € in %		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. € in %		Δ v. Erf. / BVA 2025
Auszahlungen	2.398,4	1.536,9	-861,5	-35,9%	2.398,4	1.214,3	-1.184,1	-49,4%	-322,6
Exportförderung	446,7	546,8	+100,1	+22,4%	446,7	331,0	-115,6	-25,9%	-215,7
Beteiligungen	22,6	31,0	+8,5	+37,5%	22,6	24,2	+1,7	+7,4%	-6,8
COVID-19 Schadloshaltung	42,8	118,4	+75,6	+176,4%	42,8	58,4	+15,6	+36,4%	-60,0
COVID-19 OeKB Garantien	0,4	52,4	+52,0	kA.*	0,4	19,3	+18,9	kA.*	-33,1
Garantiegesetz 1977	16,7	17,4	+0,7	+4,2%	16,7	10,0	-6,7	-40,2%	-7,4
Sonstige Finanzhaftungen (variabel)	8,9	7,0	-1,9	-21,3%	8,9	14,1	+5,2	+58,8%	+7,1
COFAG & COFAG-NoAG	284,5	21,3	-263,2	-92,5%	284,5	-87,3	-371,9	kA.*	-108,7
Scheidemünzengesetz	7,5	7,8	+0,3	+4,0%	7,5	8,1	+0,6	+8,3%	+0,3
Kostensatz IAKW	35,9	40,5	+4,6	+12,8%	35,9	13,7	-22,3	-62,0%	-26,9
Entgelte BHAG	31,0	32,2	+1,2	+4,0%	31,0	32,2	+1,2	+4,0%	-0,0
Darlehen - Griechenland		0,0	+0,0	kA.*				kA.*	-0,0
Energiekostenausgleich	0,9		-0,9	kA.*	0,9	0,2	-0,7	-73,7%	+0,2
Internationale Finanzinstitutionen (IFIs)	355,7	315,3	-40,4	-11,4%	355,7	310,7	-44,9	-12,6%	-4,5
Stromkostenzuschuss	1.042,4	200,0	-842,4	-80,8%	1.042,4	345,6	-696,8	-66,8%	+145,6
Sonderdotierung Nationalstiftung	52,8	89,0	+36,2	+68,7%	52,8	81,3	+28,5	+54,1%	-7,7
4502 sonstige Auszahlungen/Aufwendungen	49,6	57,7	+8,1	+16,3%	49,6	52,7	+3,0	+6,1%	-5,0
Einzahlungen	2.428,7	509,4	-1.919,3	-79,0%	2.428,7	745,6	-1.683,0	-69,3%	+236,2
Exportförderung	384,2	434,9	+50,8	+13,2%	384,2	473,6	+89,5	+23,3%	+38,7
Beteiligungen	3,0	0,0	-3,0	kA.*	3,0		-3,0	kA.*	-0,0
COVID-19 OeKB Garantien	2,6	2,5	-0,1	-4,6%	2,6	5,1	+2,6	+98,5%	+2,7
Sonstige Finanzhaftungen	11,1	0,8	-10,4	-93,1%	11,1	16,0	+4,9	+43,9%	+15,2
Sonstige Finanzhaftungen (variabel)		0,0	+0,0	kA.*				kA.*	-0,0
COFAG & COFAG-NoAG	0,9	3,5	+2,6	+286,2%	0,9	6,0	+5,1	+559,6%	+2,5
Scheidemünzengesetz	1,7	2,0	+0,3	+17,8%	1,7	2,3	+0,6	+36,5%	+0,3
Dividenden	1.665,7		-1.665,7	kA.*	1.665,7	0,3	-1.665,5	-100,0%	+0,3
Darlehen Griechenland	282,8	27,0	-255,8	-90,5%	282,8	182,1	-100,7	-35,6%	+155,1
4502 Sonstige Einzahlungen/Erträge	76,7	38,7	-37,9	-49,5%	76,7	60,2	-16,5	-21,5%	+21,5
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	2.398,4	1.536,9	-861,5	-35,9%	2.398,4	1.214,3	-1.184,1	-49,4%	-322,6
Investitionstätigkeit	20,3	29,2	+8,9	+44,1%	20,3	24,9	+4,6	+22,6%	-4,4
Darlehen und Vorschüsse	259,7	408,5	+148,8	+57,3%	259,7	152,2	-107,5	-41,4%	-256,3
Betrieblicher Sachaufwand	82,9	95,4	+12,5	+15,1%	82,9	88,8	+5,9	+7,2%	-6,6
Transfers	2.035,6	1.003,7	-1.031,8	-50,7%	2.035,6	948,4	-1.087,2	-53,4%	-55,3

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 45 Bundesvermögen mit 1.536,9 Mio. € um 861,5 Mio. € bzw. 35,9% niedriger geplant als der vorläufige Erfolg 2024. Dies ist insbesondere auf das Stromkostenzuschussgesetz (-842,4 Mio. €) zurückzuführen, da der Stromkostenzuschuss mit 31. Dezember 2024 ausgelaufen ist und daher nur mit 200,0 Mio. € budgetiert wurde (plus Ermächtigung iHv. 150,0 Mio. €).

Ebenso bleibt die Planung der COFAG & COFAG-NoAG hinter dem vorläufigen Erfolg 2024 zurück (-263,2 Mio. €), vor allem aufgrund der Anpassung an noch offene und unerledigte Anträge. Darüber hinaus wurden die Internationale Finanzinstitutionen infolge der Zahlungspläne für die Folgejahre niedriger geplant (-40,4 Mio.)

Dem gegenüber überschreitet der BVA 2025 den vorläufigen Erfolg 2024 bei den COVID-19-Schadloshaltungen bzw. Haftungen um 75,6 Mio. € und bei den COVID-19 OeKB-Garantien um 52,0 Mio. €. Weitere Mehrauszahlungen waren bei der Exportförderung (+100,1 Mio. €), vorwiegend im Ausfuhrförderungsverfahren als Folge von höher erwarteten Schadensfällen als im Jahr 2024 sowie bei der Sonderdotierung Nationalstiftung (+36,2 Mio. €) infolge der vorliegenden Zahlungspläne, erwartet worden.

Vorjahresvergleich: Die Abweichungen von Jänner bis Dezember 2025 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres betragen -1.184,4 Mio. € bzw. -49,4% und ergeben sich im Wesentlichen ausfolgenden Themenbereichen:

- Exportförderung: -115,6 Mio. € (-25,9%) Diese ergeben sich vorwiegend aus geringeren Zahlungen für Garantien nach dem Ausfuhrförderungsgesetz (AusFG) iHv. 123,4 Mio. €, denen höhere Auszahlungen für Kursrisikogarantien nach dem Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG) iHv. 11,2 Mio. € gegenüberstehen.
- COVID-19 Schadloshaltung: +15,6 Mio. € (+36,4%) erfolgt gemäß der Schadloshaltungsvereinbarung zwischen der aws (Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH) und OeHT (Österreichische Hotel- und Tourismusbank) und dem Bund für Maßnahmen nach COFAG-Neuordnungs- und Abwicklungsgesetz. Begründet wird dies, dass bis zum 31. Juli 2024 die Auszahlungen aufgrund der Schadloshaltungsverpflichtung des Bundes für COVID-Haftungen im Wege der COFAG erfolgten, weshalb die Mittel zur Auszahlung im BFG 2024 im Globalbudget 45.02 (DB 45.02.01) budgetiert waren. Aufgrund der Abwicklung der COFAG haben Auszahlungen aufgrund von Inanspruchnahmen der Schadloshaltungsverpflichtung des Bundes seit 1. August 2024 direkt durch das BMF aus dem Globalbudget 45.01 (DB 45.01.03) zu erfolgen.
- COVID-19 OeKB-Garantien: +18,9 Mio. € höhere Auszahlungen erfolgten aufgrund von Schadenszahlungen infolge der Inanspruchnahme der Überbrückungsgarantien.
- Sonstige Finanzhaftungen (variabel): +5,2 Mio. € (+58,8%) höhere Auszahlungen im Zusammenhang mit dem Pan-Europäischen Garantiefonds (EGF) der EIB (Europäische Investitionsbank).
- COFAG & COFAG-NoAG: -371,9 Mio. € im Zuge der Liquidierung der COFAG ergab sich eine Verbindlichkeit der COFAG iA. gegenüber dem Bund iHv. 75,8 Mio. €, welche im Jänner 2025 an den Bund überwiesen wurde. Darüber hinaus kam es im Jahr 2025 zu Auszahlungen bzw. Rückzahlungen von Zuschüssen iHv. 12,2 Mio. €, welche als absetzbare Zahlungen dargestellt werden. Im Vorjahr wurden in diesem

Zusammenhang 284,5 Mio. € an Transfers ausbezahlt. Folglich kommt es zu einer Abweichung iHv. -371,9 Mio. € im Vergleichszeitraum.

- Kostenersatz IAKW: -22,3 Mio. € (-62,0%) geringere Kostenersatzzahlungen im Vergleich zum Vorjahr.
- Internationale Finanzinstitutionen (IFI's): -44,9 Mio. € (-12,6%) Der Rückgang betrifft zur Gänze die Umsetzung der IFI-Beitragsgesetze.
- Stromkostenzuschussgesetz: -696,8 Mio. € (-66,8%) Die geringere Auszahlung ist auf das Stromkostenzuschussgesetz zurückzuführen, da Leistungen (Grundkontingent I und II, Netzkostenzuschuss, Stromkostenergänzungszuschuss) ausgelaufen sind.
- Sonderdotierung Nationalstiftung: +28,5 Mio. € (+54,1%) Basierend auf den vorliegenden Zahlungsplänen kam es zu höheren Auszahlungen.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 45 unterschreiten den BVA 2025 um 333,6 Mio. €. Die Abweichungen gegenüber dem BVA 2025 betreffen im Wesentlichen folgende Themenbereiche/Cluster:

- Exportförderung: -215,7 Mio. €; vor allem, da im Ausfuhrförderungsverfahren weniger Haftungsübernahmen für Schadensfälle erfolgten (-274,0 Mio. €), aber im Gegenzug im Ausfuhrfinanzierungsförderungsverfahren höhere Zuschüsse für Kursgarantien notwendig waren (+19,2 Mio. €)
- COVID-19 Schadloshaltung: -60,0 Mio. €, vor allem iZm. Schadenzahlungen, da diese geringer ausgefallen sind als in der Planung angenommen
- COVID-19 OeKB-Garantien: -33,1 Mio. €, ebenfalls hauptsächlich aufgrund geringerer Schadenzahlungen
- COFAG & COFAG-NoAG: -108,7 Mio. €, vorwiegend infolge der Verrechnung der Rückforderungen von COFAG-Förderungen als absetzbare Zahlungen
- Kostenersatz IAKW: -26,9 Mio. €, insbesondere aufgrund von Projektverzögerungen bei der Sanierung/Modernisierung des VIC
- Stromkostenzuschuss: +145,6 Mio. €, die Verlängerung der Förderung führte zu höheren Auszahlungen, welche aber durch eine Überschreitungsermächtigung bedeckt waren

Unterschiede zwischen Finanzierungsrechnung und Ergebnisrechnung

Die in Summe um 225,1 Mio. € niedrigeren Aufwendungen als Auszahlungen von Jänner bis September 2025 in der UG 45 (Bundesvermögen) resultieren überwiegend aus:

- **Periodenabgrenzungen:** -218,5 Mio. € vorwiegend bei den Internationalen Finanzinstitutionen (IFI's) iHv. -43,9 Mio. € und beim Stromkostenzuschussgesetz iHv. 139,7 Mio. €. Bei Schadloshaltung COVID-19 und COFAG & COFAG-NoAG kommt es zu einer Differenz zwischen Ergebnis- und Finanzierungshaushalt iHv. -24,4 Mio. €, aufgrund von Rückstellungsbildungen, welche nicht in die Ergebnisrechnung durchschlägt.

Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 45 Bundesvermögen mit 509,4 Mio. € um 1.919,3 Mio. € bzw. 79,0% niedriger geplant als der Erfolg 2024. Dies ist insbesondere auf die Übertragung der Verwaltung der Anteilsrechte an der Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG) sowie an der Verbund AG (Dividenden) vom Bundesministerium für Finanzen an das Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus im Zuge der BMG-Novelle mit 1.4.2025 (-1.665,7 Mio. €) zurückzuführen.

Weitere Rückgänge bei der Planung sind aufgrund der vorzeitigen teilweisen Rückzahlung des Griechenlanddarlehens (-233,6 Mio. €) samt Zinsen (-22,2 Mio. €) im Jahr 2024 zu verzeichnen. Die Sonstigen Einzahlungen wurden auch geringer geplant (-37,9 Mio.), da die Erfolge 2024 für das ordentliche Fruchtgenussentgelt der Österreichischen Bundesforste und der Schönbrunn AG, die Erblösen Nachlässe und Liegenschaftsverkäufe sehr gut ausgefallen sind. Zusätzlich sieht die Veranschlagung der Haftungsentgelte bei den Sonstigen Finanzhaftungen ebenfalls einen Rückgang vor (-10,4 Mio.), da im Vorjahr zusätzliche Haftungen mit dem entsprechenden Haftungsentgelt übernommen wurden.

Dem gegenüber ergeben sich Mehreinzahlungen bei der Exportförderung (+50,8 Mio. €), vor allem da im Wesentlichen im Ausfuhrförderungsverfahren Haftungsentgelte und auch Rückflüsse aus bereits übernommenen Haftungen höher geplant sind als im Vorjahr vereinnahmt.

Vorjahresvergleich: Die Abweichungen von Jänner bis Dezember 2025 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um -1.683,0 Mio. € bzw. um -69,3%, die sich im Wesentlichen durch folgende Themenbereiche begründen:

- **Exportförderung:** +89,5 Mio. € (+23,3%), die sich vorwiegend beim Ausfuhrförderungsgesetz (AusFG) durch höhere Einzahlungen aus Garantien iHv. 86,0 Mio. € sowie höhere Haftungsentgelten beim Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG) iHv. 3,5 Mio. € zusammensetzen.

- Dividenden: -1.665,5 Mio. €, resultieren aus den bisher vom Bundesministerium für Finanzen verwalteten Anteilsrechten an der Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG) sowie an der Verbund AG. Diese wurden durch die Novelle des Bundesministeriengesetzes 2025, BGBl. I Nr. 10/2025 – ab dem 1. April 2025 – an das Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (UG 40) übertragen.
- Darlehen Griechenland: -100,7 Mio. € (-35,6%). Die geringeren Einzahlungen ergeben sich aus den im Vorjahr erfolgten Zahlungen zur Tilgung des Griechenland-Darlehens.

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 45 überschreiten den BVA 2025 um 236,2 Mio. €. Die Abweichungen gegenüber dem BVA 2025 betreffen im Wesentlichen folgende Themenbereiche:

- Exportförderung: +38,7 Mio. €, vor allem iZm. Mehreinzahlungen bei den Haftungsentgelten, welche jedoch insbesondere durch geringere Darlehensrückzahlungen aus Haftungszahlungen im Ausfuhrförderungsverfahren reduziert werden
- Sonstige Finanzhaftungen: +15,2 Mio. €, insbesondere aufgrund zusätzlicher Haftungsentgelte von neu übernommenen Haftungen für im Jahr 2025 aufgelegte Anleihen der ASFINAG
- Darlehen Griechenland: +155,1 Mio. €, hauptsächlich wegen der vorzeitigen Teilrückzahlung des Darlehens
- Sonstige Einzahlungen/Erträge: +21,4 Mio. €, vorwiegend infolge höherer Fruchtgenussentgelte der OeBF (+4,1 Mio. €) und der Schönbrunn AG (+2,8 Mio. €) bzw. Mehreinzahlungen bei Liegenschaftsverkäufen (+14,2 Mio. €) der BIG, des BMeiA und bei den ehem. Dt. Vermögenswerten

UG 46 Finanzmarktstabilität



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen	135,0	0,3	-134,7	-99,8%	135,0	0,0	-135,0	kA.*	-0,3
Haftungen	135,0	0,0	-135,0	kA.*	135,0	0,0	-135,0	kA.*	+0,0
Sonstiges		0,3	+0,3	kA.*				kA.*	-0,3
Einzahlungen	20,0	0,0	-20,0	kA.*	20,0	4,9	-15,1	-75,4%	+4,9
Haftungen		0,0	+0,0	kA.*				kA.*	-0,0
Sonstiges	20,0	0,0	-20,0	kA.*	20,0	4,9	-15,1	-75,4%	+4,9
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	135,0	0,3	-134,7	-99,8%	135,0	0,0	-135,0	kA.*	-0,3
Investitionstätigkeit		0,0	+0,0	kA.*				kA.*	-0,0
Darlehen und Vorschüsse	135,0		-135,0	kA.*	135,0		-135,0	kA.*	
Betrieblicher Sachaufwand		0,3	+0,3	kA.*		0,0	+0,0	kA.*	-0,3

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Auszahlungen der UG 46 Finanzmarktstabilität mit 0,3 Mio. € um 134,7 Mio. € bzw. 99,8% niedriger geplant als der vorläufige Erfolg 2024. Dies ist insbesondere auf Auszahlungen für Haftungen (-135,0 Mio. €) zurückzuführen.

Dem gegenüber stehen geplante Mehrauszahlungen iHv. 0,3 Mio. €, hauptsächlich iZm. geplanten rechtlichen Beratungskosten für Abbaueinheiten.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich sanken die Auszahlungen von Jänner bis Dezember 2025 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 135,0 Mio. € im Zusammenhang mit dem im Vorjahr entstandenen Vergleich der Republik Österreich im Verfahren Alpine/ULSG (Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz).

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 46 unterschreiten den BVA 2025 um 0,3 Mio. €, vorwiegend, weil die geplanten Beratungskosten für Abbaueinheiten nicht in Anspruch genommen wurden.

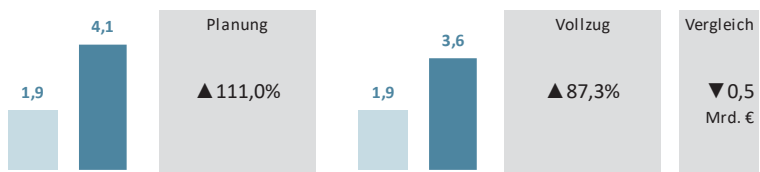
Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind Einzahlungen der UG 46 mit 0,0 Mio. € um 20,0 Mio. € niedriger geplant als der Erfolg 2024. Dies ist insbesondere auf Einzahlungen aus dem Verkauf des Bundesanteils an der Immigon Portfolioabbau AG im Jahr 2024 zurückzuführen. 2025 wurden keine Einzahlungen geplant.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich sanken die Einzahlungen von Jänner bis Dezember 2025 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 15,1 Mio. € bzw. 75,4%. Dies ist auf den Verkauf des Bundesanteils an der Immigon Portfolioabbau AG im Jahr 2024 iHv. 20,0 Mio. € zurückzuführen. Demgegenüber standen Mehreinzahlungen iHv. 4,9 Mio. € im Zusammenhang mit der Ausschüttung der Liquiditätserlöse der Abbaumanagement-gesellschaft des Bundes (ABBAG).

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 46 überschreiten den BVA 2025 um 4,9 Mio. €, vorwiegend, weil die Ausschüttung der Liquiditätserlöse der COFAG über die Abbaumanagement-gesellschaft des Bundes (ABBAG) und somit über diese UG abgerechnet wurde.

UG 51 Kassenverwaltung



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung		Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung		Δ v. Erf. / BVA 2025
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %	
Auszahlungen		0,0	+0,0	kA.*		0,3	+0,3	kA.*	+0,3
Geldverkehr des Bundes		0,0	+0,0	kA.*				kA.*	-0,0
Sonstiges				kA.*		0,3	+0,3	kA.*	+0,3
Einzahlungen	1.940,7	4.094,1	+2.153,4	+111,0%	1.940,7	3.634,4	+1.693,8	+87,3%	-459,7
Sonstige EU-Rückflüsse	5,4	6,3	+0,9	+17,4%	5,4	42,9	+37,6	+700,0%	+36,6
RRF - Aufbau- und Resilienzfähigkeit		2.137,0	+2.137,0	kA.*		2.138,4	+2.138,4	kA.*	+1,4
EU-Fonds Landwirtschaft/Fischerei	1.281,8	1.475,9	+194,1	+15,1%	1.281,8	1.162,5	-119,4	-9,3%	-313,4
EU-Strukturfonds	198,7	260,0	+61,2	+30,8%	198,7	46,3	-152,4	-76,7%	-213,6
Geldverkehr des Bundes	454,8	214,9	-239,9	-52,7%	454,8	244,3	-210,5	-46,3%	+29,4

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Einzahlungen

Planung: Im BVA 2025 sind die Einzahlungen der UG 51 Kassenverwaltung mit 4.094,1 Mio. € um 2.153,4 Mio. € bzw. 111,0% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies ist insbesondere auf die Aufbau- und Resilienzfähigkeit zurückzuführen, weil ein Zahlungsantrag mit Einzahlungen iHv. 2.138,4 Mio. € berücksichtigt wurde, der über 40% der gesamten österreichischen RRF-Rückflüsse 2021-2026 betrifft. Dem gegenüber stehen im Bereich Geldverkehr des Bundes geringere erwartete Zinseinzahlungen aus der Veranlagung der Kassenmittel des Bundes (-239,9 Mio. €).

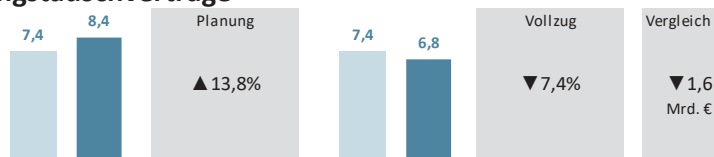
Vorjahresvergleich: Im vorläufigen Erfolg 2025 stiegen die Einzahlungen gegenüber dem Erfolg 2024 um 1.693,8 Mio. € bzw. um 87,3%. Die Abweichung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass zwei außerordentlich hohe Einzahlungen iHv. 2.138,4 Mio. € aus der Aufbau- und Resilienzfähigkeit (RRF) von der EK überwiesen wurden. Im Bereich Geldverkehr des Bundes ergeben sich geringere Einzahlungen aus der Verzinsung für die Kassenveranlagungen des Bundes aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus (-210,5 Mio. €).

Voranschlagsvergleich: Die Einzahlungen in der UG 51 unterschreiten den BVA 2025 um 459,7 Mio. €. Die Abweichungen betreffen im Wesentlichen folgende Themenbereiche:

- EU Fonds Landwirtschaft/Fischerei: -313,4 Mio. € vor allem iZm. dem Europäischen Fonds für die ländliche Entwicklung, bei dem die Schlusszahlungen für die Periode 2014-2022 seitens der EK noch zu erfolgen haben.
- EU-Strukturfonds: -213,6 Mio. € iZm. dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, bei denen es zu Verzögerungen sowohl bei Zahlungen aus der Periode 2014-2020 als auch aus der Periode 2021-2027 kommt.

- Geldverkehr des Bundes: +29,4 Mio. €, hauptsächlich aufgrund einer geringeren Absenkung des Zinsniveaus als bei der Erstellung des BVA 2025 angenommen.

UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge



In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %	Δ v. Erf. / BVA 2025
Auszahlungen	7.365,1	8.384,0	+1.018,9	+13,8%	7.365,1	6.823,5	-541,6	-7,4%	-1.560,6
Sonstige Finanzaufwendungen	2.187,9	2.192,1	+4,1	+0,2%	2.187,9	1.136,3	-1.051,7	-48,1%	-1.055,8
Zinsen	5.177,2	6.192,0	+1.014,8	+19,6%	5.177,2	5.687,2	+510,1	+9,9%	-504,7
Ökonomische Gliederung (Auszahlungen)	7.365,1	8.384,0	+1.018,9	+13,8%	7.365,1	6.823,5	-541,6	-7,4%	-1.560,6
Finanzaufwand	7.365,1	8.384,0	+1.018,9	+13,8%	7.365,1	6.823,5	-541,6	-7,4%	-1.560,6

*kA. = keine %-Angabe, da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert, oder ein Wert ist negativ

Auszahlungen

Planung: Im BVA 2025 waren die Auszahlungen der UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge mit 8.384,0 Mio. € um 1.018,9 Mio. € bzw. 13,8% höher geplant als im Erfolg 2024 – dies war insbesondere auf den Anstieg der Finanzschulden des Bundes sowie höhere Refinanzierungskosten zurückzuführen, die in höher erwarteten Auszahlungen für Zinsen resultierten.

Vorjahresvergleich: Tatsächlich sanken die Auszahlungen im vorläufigen Erfolg 2025 gegenüber dem Erfolg 2024 um 541,6 Mio. € bzw. um 7,4%, vorwiegend aufgrund geringerer Emissionsdisagien (-1.051,7 Mio. €) im Zusammenhang mit der Begebung von Bundesanleihen. Dem gegenüber standen höhere Zinszahlungen (+510,1 Mio. €), die sich hauptsächlich aufgrund der Kupontermine der 2,90% Bundesanleihe 2024-2034/1 im Februar 2025, der 3,20% Bundesanleihe 2024-2039/2 im Juli 2025 sowie der 2,50% Bundesanleihe 2024-2029/3 im Oktober 2025 ergaben.

Voranschlagsvergleich: Die Auszahlungen in der UG 58 unterschreiten den BVA 2025 um 1.560,6 Mio. €, insbesondere aufgrund niedrigerer Emissionsdisagien (-1.055,8 Mio. €) und niedrigerer Zinszahlungen (-504,7 Mio. €), vorwiegend aufgrund des niedrigeren Nettofinanzierungssaldos und der veränderten Nachfragestruktur am Kapitalmarkt im Vergleich zum Zeitpunkt der Budgeterstellung. Die geringeren Nettodisagien sind dadurch begründet, dass teilweise andere Bundesanleihen aufgestockt werden konnten als ursprünglich geplant. Dieses geänderte Emissionsverhalten führt zu Nettominderzahlungen von Emissionsdisagien.

3. Rücklagenbericht

Gemäß § 47 Abs. 2 Z 2 sowie Abs. 2a Z 2 BHG 2013 wird im folgenden Abschnitt über die Veränderungen der Rücklagen je Untergliederung sowie über Stand und Veränderungen der Rücklagen je Detailbudget informiert. Die Rücklagenbildung erfolgt gemäß den haushaltsrechtlichen Vorgaben. Gemäß § 55 Abs. 1 BHG 2013 kann grundsätzlich ein etwaiger Finanzierungsüberschuss (dieser liegt vor, wenn sich der Nettofinanzierungsbedarf niedriger als der veranschlagte darstellt) am Ende eines Finanzjahres den Rücklagen des konkreten Detailbudgets zugeführt werden. Dabei sind jedoch etwaige Budgetkorrekturen gemäß § 90 Abs. 5 BHG 2013 (gemeint sind im Wesentlichen Mittelumschichtungen und Mittelverwendungsüberschreitungen) zu berücksichtigen.

Mit 31.12.2025 beträgt der Gesamtstand der Rücklagen nach der vorläufigen Zuführung 28.719,4 Mio. €. Dies bedeutet eine Erhöhung des Rücklagenstandes gegenüber dem Vorjahr um 38,0 Mio. € (bzw. +0,1%). Der Abbau von Rücklagen entfällt in erster Linie auf die UG 15 Finanzverwaltung mit 695,5 Mio. € (davon 634,1 Mio. € Umschichtung gemäß BMG-Novelle 2025 zu UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport und auf die UG 30 Bildung mit 279,7 Mio. €. Demgegenüber wurden weitere Rücklagen in der UG 45 Bundesvermögen mit 486,6 Mio. € und in der UG 41 Mobilität mit 365,9 Mio. € aufgebaut.

Entnommen wurden im Laufe des Finanzjahres 2025 insgesamt 1.889,2 Mio. € (davon: 451,3 Mio. € nicht budgetierte Rücklagenentnahmen; 1.417,9 Mio. € budgetierte Rücklagenentnahmen; 20,1 Mio. € aufgelöste bzw. verzichtete Rücklagen). Gemäß DFB 2025 Art. IIIa wurden im Budgetprovisorium entnommene Rücklagen in Höhe von 629,7 Mio. € invalidiert. Die betragsmäßig höchste nicht budgetierte Rücklagenentnahme mit 129,5 Mio. € erfolgte in der UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft aufgrund von Auszahlungen für Maßnahmen im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raumes.

Der Rücklagenstand Ende 2025 vor der Zuführung beläuft sich auf 26.792,1 Mio. €.

Details zur Entwicklung in den einzelnen Untergliederungen können den UG-Erläuterungen im ersten Teil des Berichts zum vorläufigen Gebarungserfolg entnommen werden.

Insgesamt wurden im Jahr 2025 Rücklagen iHv. 1.889,2 Mio. € verbraucht und mit 31.12.2025 1.927,2 Mio. € an Rücklagen zugeführt.

Tabelle 36: Veränderung des Rücklagenstandes je UG (nach Zuführung)

in Mio. €	Rücklagenstand 2024	Rücklagenstand 2025	Veränderung
Rubrik 0,1: Recht und Sicherheit	2.415,4	2.200,2	-215,2
01 Präsidentschaftskanzlei	6,6	6,6	0,0
02 Bundesgesetzgebung	84,1	109,0	24,9
03 Verfassungsgerichtshof	0,6	1,2	0,5
04 Verwaltungsgerichtshof	1,1	2,4	1,3
05 Volksanwaltschaft	2,4	2,1	-0,2
06 Rechnungshof	2,1	3,9	1,8
10 Bundeskanzleramt	133,2	123,0	-10,2
11 Inneres	193,3	160,3	-33,0
12 Äußeres	43,4	73,7	30,3
13 Justiz	318,2	297,4	-20,8
14 Militärische Angelegenheiten	78,9	85,7	6,8
15 Finanzverwaltung	1.029,1	395,0	-634,1
16 Öffentliche Abgaben	2,4	2,4	0,0
17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport	100,2	762,9	662,7
18 Fremdenwesen	419,8	174,6	-245,2
Rubrik 2: Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	1.521,2	1.646,5	125,4
20 Arbeit	145,7	90,5	-55,2
21 Soziales und Konsumentenschutz	456,6	511,7	55,0
22 Pensionsversicherung	0,0	0,0	0,0
23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	682,5	789,0	106,5
24 Gesundheit	199,4	214,6	15,2
25 Familie und Jugend	36,9	40,8	3,9
Rubrik 3: Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	2.563,1	2.424,2	-138,9
30 Bildung	836,1	598,1	-238,0
31 Wissenschaft und Forschung	856,3	966,9	110,6
32 Kunst und Kultur	90,1	98,9	8,8
33 Wirtschaft (Forschung)	198,8	188,1	-10,7
34 Innovation und Technologie (Forschung)	581,7	572,1	-9,6
Rubrik 4: Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	14.229,8	14.397,1	167,3
40 Wirtschaft	934,5	1.092,1	157,6
41 Mobilität	2.442,4	2.783,1	340,7
42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserw.	484,1	304,9	-179,2
43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	2.683,9	1.979,5	-704,5
44 Finanzausgleich	149,2	254,2	105,0
45 Bundesvermögen	5.963,8	6.411,2	447,3
46 Finanzmarktstabilität	1.571,8	1.572,1	0,3
Rubrik 5: Kassa und Zinsen	7.952,0	8.051,4	99,4
51 Kassenverwaltung	1.018,2	1.117,6	99,4
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	6.933,9	6.933,9	0,0
Summe	28.681,4	28.719,4	38,0

Entnahmen

Im Finanzjahr 2025 wurden in nachstehenden Untergliederungen Rücklagen entnommen:

UG 04 Verwaltungsgerichtshof

0,2 Mio. €: budgetierte Rücklage für die finale Tranche im Zusammenhang mit der Errichtung einer Photovoltaik-Anlage

UG 05 Volksanwaltschaft

0,3 Mio. €: ausstehende Abrechnungen vom Heimopferrentengesetz und der Kommissionen

UG 10 Bundeskanzleramt

Insgesamt 13,4 Mio. €, davon:

- 9,1 Mio. €: Ständige Leistungen des Kultusamtes aufgrund des Kirchlichen Vermögensvertrages
- 4,3 Mio. €: Integrationsprojekte des AMIF II

UG 11 Inneres

Insgesamt 59,5 Mio. €, davon:

- 58,6 Mio. €: budgetierte Rücklagen iZm. Beschaffungen für die Exekutive (23,9 Mio. €), Neuanmietungen für die Exekutive (1,7 Mio. €), Zahlungen für Gewaltschutzzentren/
- Interventionsstellen (2,9 Mio. €), Beratungsstellen für Gewaltprävention (1,4 Mio. €), Deponieräumung HAZI Huter (2,8 Mio. €) sowie Zahlungen für das Programm Interoperabilität (25,8 Mio. €)
- 0,9 Mio. €: Rückzahlungsaufforderung der EK sowie für von der EU geförderte Projekte iZm. dem „Fonds für die innere Sicherheit (ISF-P)“

UG 13 Justiz

Insgesamt 27,9 Mio. €, davon:

- 15,0 Mio. €: budgetierte Rücklagen für die Sanierung und Erweiterung (für Maßnahmenvollzug) der JA Göllersdorf
- 12,9 Mio. €: Rücklagenverzicht gemäß Rücklagenverordnung § 6 Abs. 4
- 3.086 Euro: Überweisung der eingelangten Geldstrafen und Geldbußen „BDG“ an die Vereine "Allgemeiner Unterstützungsverein der Bediensteten der Justizwache, der Bewährungshilfe und der sonstigen Bediensteten an Justizanstalten" und Sozialwerk für Ressortbedienstete beim BM.f.J."

UG 14 Militärische Angelegenheiten

Insgesamt 7,1 Mio. €, davon:

- 7,1 Mio. €: Rücklagenverzicht gemäß Rücklagenverordnung § 6 Abs. 4
- 82.485 Euro: an Verbräuchen für Soldatenheime sowie im Zusammenhang mit dem Mietrechtsgesetz gem. § 45 MRG für Wohnungssanierungen

UG 15 Finanzverwaltung

58,4 Mio. €: budgetierte Rücklagen vor allem für IT-Projekte für den Unionszollkodex bzw. den Zollkorridor Vorarlberg (34,8 Mio. €), Baumaßnahmen für den Zollkorridor Vorarlberg (17,1 Mio. €), Breitband-RIC (0,5 Mio. €), Finanzprokuratur Renovierung Palais (1,0 Mio. €) und Schadensfälle Zoll (5,0 Mio. €)

UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport

Insgesamt 6,0 Mio. € budgetierte Rücklagen, davon:

- 2,7 Mio. €: Sanierung sonstige Sportstätten
- 2,0 Mio. €: Generalsanierung Eiskanal Innsbruck
- 1,3 Mio. €: Ski-WM 2025 Saalbach

UG 18 Fremdenwesen

Insgesamt 279,5 Mio. €, davon:

- 278,1 Mio. €: budgetierte Rücklage für Kostenersätze an die Länder im Rahmen der Grundversorgung
- 1,4 Mio. €: Auszahlungen an die Projektträger iZm. dem von der EU geförderten „Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (BMVI)“

UG 20 Arbeit

Insgesamt 100,8 Mio. €, davon:

- 100,8 Mio. €: budgetierte Rücklagen für Zahlungen im Zusammenhang mit der aktiven Arbeitsmarktpolitik
- 41.404 Euro: Ausgleich des Saldos beim Personalamt der IEF-Service GmbH

UG 21 Soziales und Konsumentenschutz

Insgesamt 95,3 Mio. € budgetierte Rücklagen, davon:

- 86,3 Mio. €: Pflegegeld
- 9,0 Mio. €: Sonderzuwendungen für Alleinverdienende und Alleinerziehende mit geringem Einkommen und für Arbeitslose und Ausgleichszulagenbeziehende mit Kindern gemäß LWA-G

UG 30 Bildung

Insgesamt 276,3 Mio. €, davon:

- 147,0 Mio. €: budgetierte Rücklagen vorwiegend für die Nachzahlungen bzw. laufende Zahlungen gemäß Dienstrechtsnovelle (104,0 Mio. €) und für die Umsetzung von Maßnahmen zur Digitalisierung der Schulen (zB. Ankauf digitaler Endgeräte; 31,0 Mio. €)
- 125,0 Mio. €: In Belangen der Transferauszahlungen an die Länder gem. § 6 FAG 2024 infolge der in den letzten Jahren begonnenen und weitergeführten bildungspolitischen Vorhaben sowie der Entwicklung der Schüler- und Schülerinnenzahlen aus den Ressourcenzuweisungen für Lehrpersonal
- 3,4 Mio. €: Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern, Energiekosten, Instandhaltung und Reinigung sowie Honorare betreffend Lehrveranstaltungen im Rahmen der Elementarpädagogik
- 0,9 Mio. €: Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (Einrichtungsgegenstände) und Lebensmitteln

UG 31 Wissenschaft und Forschung

36,5 Mio. € budgetierte Rücklagen, davon:

- 14,0 Mio. €: Sondermittel für die Fachhochschulen
- 11,7 Mio. €: Bereits bewilligte FWF-Cluster of Excellence 2023
- 10,8 Mio. €: Universitäten Gesamtbetrag 2025-2027: Bau

UG 32 Kunst und Kultur

Insgesamt 6,7 Mio. €, davon:

- 6,2 Mio. €: im Rahmen der RRF-Sanierungsprojekte „Prater Ateliers und Volkskundemuseum“ und für das RRF-Förderprogramm „Klimafitte Kulturbetriebe“
- 0,5 Mio. €: Bau- und Sanierungstätigkeiten in Österreich im Bereich Denkmalschutz

UG 33 Wirtschaft (Forschung)

Insgesamt 10,8 Mio. €, davon:

- 7,1 Mio. €: Zahlungsverchiebungen basierend auf bestehenden Förderverträgen im Rahmen der IPCEI Mikroelektronik II/Kommunikationstechnologien und Wasserstoff
- 3,8 Mio. €: budgetierte Rücklagen für AWS-Programme

UG 34 Innovation und Technologie (Forschung)

Insgesamt 14,0 Mio. €, davon:

- 8,0 Mio. €: Zahlungsverchiebungen basierend auf bestehenden Förderverträgen im Rahmen des IPCEI Mikroelektronik II/Kommunikationstechnologien
- 6,0 Mio. €: budgetierte Rücklagen für ESA-Wahlprogramme

UG 40 Wirtschaft

Insgesamt 127,7 Mio. €: budgetierte Rücklagen, davon:

- 114,0 Mio. €: Handwerkerbonus
- 10,3 Mio. €: Prüfungsgebühren für Meister- und Befähigungsprüfungen
- 2,4 Mio. €: Energiekostenzuschuss
- 0,7 Mio. €: Instandhaltung von Gebäuden beim Beschussamt

UG 41 Mobilität

Insgesamt 25,2 Mio. € budgetierte Rücklagen, davon:

- 14,0 Mio. €: Klimaticket Österreich
- 4,8 Mio. €: Zweckzuschüsse für Eisenbahnkreuzungen auf Gemeindestraßen
- 4,3 Mio. €: Hochwasserschutz
- 1,4 Mio. €: Stadtregionalbahn Linz
- 0,7 Mio. €: Österreichisches Patentamt für die Anschubfinanzierung der lokalen Kammer am Einheitlichen Patentgericht
- 499 Euro: Kostenersatz Probenentnahme und -überprüfung der Gasöle

UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft

Insgesamt 225,8 Mio. €, davon:

- 210,8 Mio. €: für Förderungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes (Agrarumweltmaßnahmen und Projektförderungen)
- 15,0 Mio. € budgetierte Rücklagen, davon:
 - 10,0 Mio. €: Zubau HBLA für Wein- und Obstbau Klosterneuburg
 - 5,0 Mio. €: Zinsenzuschuss für Agrarinvestitionskredite

UG 43 Klima, Umwelt und Energie

Insgesamt 478,4 Mio. €, davon:

- 412,2 Mio. € budgetierte Rücklagen, davon:
 - 300,0 Mio. €: für Thermisch-energetische Sanierungen aufgrund des erhöhten Liquiditätsbedarfs verursacht durch die hohe Anzahl von Förderanträgen und der daraus resultierenden vorzeitigen Ausschöpfung des Zusagerahmens gem. Umweltförderungsgesetz
 - 110,0 Mio. €: Restzahlungen für den Klimabonus
 - 2,2 Mio. €: Übersiedlung Umweltbundesamt
- 53,0 Mio. €: Für Förderzusagen aus dem Klima- und Energiefonds
- 13,2 Mio. €: Biodiversitätsfonds - Auszahlungen aufgrund von Förderungszusagen aus den Vorjahren

UG 45 Bundesvermögen

Insgesamt 39,3 Mio. €, davon:

- 32,0 Mio. € budgetierte Rücklagen, davon:
 - 17,8 Mio. €: internationale Finanzinstitutionen (Besondere Zahlungsverpflichtungen)
 - 14,4 Mio. €: Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien (IAKW) (Kapitalbeteiligungen)
- 7,1 Mio. € Rücklagenentnahmen, davon:
 - 7,1 Mio. €: Zahlung einer Garantie betreffend EGF – Paneuropäischer Garantiefonds an die Europäische Investitionsbank (EIB; Sonstige Finanzhaftungen (variabel))

Insgesamt beläuft sich der Stand der Rücklagen aufgrund der im Laufe des Jahres 2025 getätigten Entnahmen sowie Verzichte vor Zuführung auf 26.792,1 Mio. €.

Zuführungen

Im Finanzjahr 2025 wurden in nachstehenden Untergliederungen Zuführungen verzeichnet:

UG 02 Bundesgesetzgebung

Insgesamt 24,9 Mio. €, davon:

- 15,7 Mio. €: aufgrund von niedrigeren Auszahlungen für Energiekosten, im Personalbereich sowie Verschiebungen von Projekten und Investitionen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie
- 3,9 Mio. €: aufgrund von geringeren Auszahlungen in den Untersuchungsausschüssen und für Ruhebezüge
- 3,3 Mio. €: aufgrund geringerer Individualzahlungen für Zahlungen an NS-Überlebende, geringerer Auszahlungen für die Instandsetzung jüdischer Friedhöfe sowie für Austauschprogramme
- 1,2 Mio. €: aufgrund geringerer Auszahlungen an parlamentarische Klubs und für Repräsentationsausgaben

UG 03 Verfassungsgerichtshof

0,5 Mio. €: aufgrund von Minderauszahlungen für Energiekosten und im Personalbereich

UG 04 Verwaltungsgerichtshof

1,5 Mio. €: aufgrund von Minderauszahlungen im Personalbereich vor allem iZm. Verzögerungen bei den Nachzahlungen aus der Dienstrechtsnovelle

UG 05 Volksanwaltschaft

27.745 Euro: aufgrund von Minderauszahlungen im Personalbereich iZm. Verzögerungen bei den Nachzahlungen aus der Dienstrechtsnovelle

UG 06 Rechnungshof

1,8 Mio. €: aufgrund von Minderauszahlungen bei den Werkleistungen als auch im Personalbereich iZm. Verzögerungen bei den Nachzahlungen aus der Dienstrechtsnovelle

UG 10 Bundeskanzleramt

Insgesamt 3,0 Mio. €, davon:

- 1,4 Mio. €: aufgrund geringerer Auszahlungen im Personalbereich, vor allem iZm. Verzögerungen bei den Nachzahlungen aus der Dienstrechtsnovelle sowie Mehreinzahlungen im Bereich der Nutzungspauschale des ZAS
- 0,9 Mio. €: aufgrund von Mehreinzahlungen durch den gesetzlichen Pensionssicherungsbeitrag (Ruhegenussempfänger) sowie bei den Inkassovergütungen gem. §§ 292h und § 302 Exekutionsordnung
- 0,4 Mio. €: aufgrund geringerer Auszahlungen im Personalbereich beim Österreichischen Staatsarchiv, vor allem iZm. Verzögerungen bei den Nachzahlungen aus der Dienstrechtsnovelle sowie Mehreinzahlungen für Kopier- und Scanleistungen
- 0,2 Mio. €: aufgrund geringerer Auszahlungen im Personalbereich beim Österreichischen Staatsarchiv, vor allem iZm. Verzögerungen bei den Nachzahlungen aus der Dienstrechtsnovelle
- 41.107 Euro: aufgrund Förderrückzahlungen inkl. Zinseinnahmen

UG 11 Inneres

Insgesamt 49,6 Mio. €, davon:

- 37,5 Mio. € Detailbudget-Rücklagen, davon insbesondere:
 - 17,8 Mio. €: Minderauszahlungen bei den Personalausgaben für Nachzahlungen iZm. Vordienstzeitenreform
 - 8,3 Mio. €: Minderauszahlungen bei den betrieblichen Sachausgaben va. bei den Geringwertigen Wirtschaftsgütern
 - 7,9 Mio. €: Minderauszahlungen bei Beschaffungen iZm. Amts-, Büro- und Geschäftsausstattung
 - 3,4 Mio. €: Mehreinzahlungen iZm. der Meldeverordnung
- 12,1 Mio. € zweckgebundene Rücklagen, davon insbesondere:
 - 3,8 Mio. €: Mehreinzahlungen bei den Kostenersätzen der EU iZm. Projekten des ISF (Fonds für innere Sicherheit ISF)
 - 7,5 Mio. €: Mehreinzahlungen bei den zweckgebundenen Strafgeldern gem. § 100 Abs. 10 StVO und § 37 Abs. 8 FSG

UG 12 Äußeres

Insgesamt 30,3 Mio. €, davon:

- 15,2 Mio. €: aufgrund von Verzögerungen bei Infrastrukturprojekten im Bereich der Vertretungsbehörden
- 15,0 Mio. €: aufgrund geringerer Auszahlungen im Personalbereich, vor allem iZm. Verzögerungen bei den Nachzahlungen aus der Dienstrechtsnovelle und bei Aufnahmeverfahren, insbesondere im Büro des Staatssekretärs

UG 13 Justiz

Insgesamt 7,1 Mio. €: vorwiegend aufgrund der einzahlungsseitigen Verbuchung der Vollzugskostenbeiträge sowie aufgrund von Mehreinzahlungen bei den Nebenerlösen in den Justizanstalten (primär bei den Kostenersätzen für elektronisch überwachten Hausarrest und bei den Teilansprüchen auf Pensionen und Reha geldern von Untergebrachten)

UG 14 Militärische Angelegenheiten

Insgesamt 14,0 Mio. €: vorwiegend aufgrund von Minderauszahlungen bei den Personalaufwendungen sowie aufgrund von Mehreinzahlungen bei den sonstigen Erträgen (Verkaufs- und Verwertungserlöse) und bei den Liegenschaftsverkaufserlösen (UG 45)

UG 15 Finanzverwaltung

Insgesamt 61,4 Mio. €, davon insbesondere:

- 14,2 Mio. €: In der Zentralstelle entstanden geringere Personalauszahlungen aufgrund der Unterschreitung der VBÄ-Zielwerte (4,2 Mio. €). Beim betrieblichen Sachaufwand (7,6 Mio. €) ist die Zuführung vorwiegend für Mieten, Aufwand für Werkleistungen und Transferaufwand (1,0 Mio. €), Joint Venture Institut und für den FH-Campus Wien zurückzuführen. Zusätzlich kam es zu Mehreinzahlungen bei Geldstrafen (1,4 Mio. €).
- 36,5 Mio. €: Sind überwiegend auf Minderauszahlungen im Bereich der haushaltsführenden Stellen im Finanzressort (Finanzamt Österreich, Zollamt Österreich, Finanzamt für Großbetriebe, Amt für Betrugsbekämpfung, Prüfdienst für Lohnabgaben und Beiträge, Zentrale Services, Bundesfinanzgericht) zurückzuführen. Geringere Auszahlungen aufgrund der Neuberechnung des Besoldungsdienstalters (BDA) (20,0 Mio. €) und im betrieblichen Sachaufwand der Steuer- und Zollverwaltung (12,9 Mio. €) bei Inlandsreisen, Instandhaltung, Briefpost und Werkleistungen durch Dritte. Zusätzlich entstanden noch Minderauszahlung beim „Personal, das für Dritte

leistet“ aufgrund der Übertragung der Ämter gem. Poststrukturgesetz an die UG 40 (BMG-Novelle 2025) (3,2 Mio. €).

- 5,4 Mio. €: Bergbau eines verzögerten Programmstarts „Zukunft sichern-Innovationen für eine sichere Rohstoffversorgung“
- 2,7 Mio. €: Finanzprokuratur aufgrund der Neuberechnung des Besoldungsdienstalters (BDA) (0,2 Mio. €) und im Bereich der Sonstigen Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung im Zuge des Sanierungsprojektes des Palais (0,7 Mio. €) bzw. Mehreinzahlungen bei Erlösen hoheitlicher Leistungen (1,6 Mio. €).
- 1,5 Mio. €: Im Bereich der Sicherheitsforschung kam es hauptsächlich aufgrund von Verzögerungen bei der Abwicklung kam es zu geringeren Abrufen von Fördermitteln bei der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) als Abwicklungsstelle. (1,1 Mio. €).

UG 16 Öffentliche Abgaben

3.135 Euro aufgrund der zweckgebundenen Gebarung „Kunstförderungsbeitrag“

UG 17 Öffentlicher Dienst und Sport

Insgesamt 32,4 Mio. €, davon:

- 22,3 Mio. €: aufgrund von geringeren Auszahlungen im Bereich Breitband und Telekommunikation
- 6,1 Mio. €: aufgrund von geringeren Auszahlungen im Bereich Medien
- 3,4 Mio. €: aufgrund von geringeren Auszahlungen bei den Werkleistungen und in der Öffentlichkeitsarbeit

UG 18 Fremdenwesen

Insgesamt 11,3 Mio. €, davon:

- 8,9 Mio. € Detailbudget-Rücklagen, davon insbesondere:
 - 6,6 Mio. €: aufgrund von Mehreinzahlungen, va., da von den Ländern mehr Kostenersätze für die bundesbetreuten Personen zu leisten waren
 - 2,3 Mio. €: va. geringere Ausgaben für Kostenersätze an die Länder im Rahmen der Grundversorgung
- 2,4 Mio. € zweckgebundene Rücklagen, davon insbesondere:
 - 1,2 Mio. €: wurden 2025 der Rücklage entnommen und für Projekte iZm. BMVI (Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik) in die UG 11 umgeschichtet (Korrektur erfolgt in Form einer RL-Auflösung bei der RL-Kennziffer 18000000413 bis Ende März 2026)

- 1,2 Mio. €: va. aufgrund von Minderauszahlungen iZm. Projekten des AMIF (Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds)

UG 20 Arbeit

Insgesamt 46,6 Mio. €, insbesondere aufgrund von Minderauszahlungen beim Europäischen Sozialfonds

UG 21 Soziales und Konsumentenschutz

Insgesamt 149,4 Mio. €, davon insbesondere:

- 102,0 Mio. €: aufgrund eines Minderbedarfs und Rückzahlungen im Bereich Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz
- 17,2 Mio. €: aufgrund eines Minderbedarfes beim Hospiz- und Palliativfonds
- 16,1 Mio. €: aufgrund von Verzögerungen bei der Auszahlung im Rahmen der Besoldungsreform und bei diversen Projektvorhaben im Bereich der Zentralstelle
- 10,0 Mio. €: aufgrund der Endabrechnung des RRF-Projekts „Community Nurses“

UG 23 Pensionen – Beamtinnen und Beamte

Insgesamt 106,5 Mio. €, davon insbesondere:

- 99,3 Mio. €: bei den Pensionen der Beamtinnen und Beamten, insbesondere aufgrund eines Minderbedarfs, der auf die Entwicklung der Stände bzw. Pensionshöhen zurückzuführen ist.

UG 24 Gesundheit

Insgesamt 15,2 Mio. €, davon insbesondere:

- 6,0 Mio. €: aufgrund verzögerter Umsetzung beim Finanzausgleich Gesundheit in den Bereichen eHealth und Impfen
- 7,0 Mio. €: aufgrund verzögerter Umsetzung beim RRF-Projekt „Elektronischer Eltern-Kind-Pass“

UG 25 Familie und Jugend

Insgesamt 3,9 Mio. €, davon insbesondere:

- 1,0 Mio. €: aufgrund geringerer Auszahlungen im Bereich der Familienpolitik
- 1,4 Mio. €: vorwiegend aufgrund eines geringeren Personal- und Sachaufwandes in der Zentralstelle des BKA

- 1,0 Mio. €: im Bereich des Zivildienstes aufgrund des Minderbedarfs beim Zivildienstgeld sowie beim Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe für Zivildienstler

UG 30 Bildung

41,7 Mio. €: insbesondere beim betrieblichen Sachaufwand zB. Investitionsmieten, Werkleistungen durch Dritte und Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung

UG 31 Wissenschaft und Forschung

Insgesamt 143,1 Mio. €, davon insbesondere:

- 80,6 Mio. €: Minderauszahlungen im Bereich des Universitäten-Gesamtbeitrages gem. § 12 Abs. 2 Universitätsgesetz 2002 vor allem aufgrund der Einbehalte für die soziale Dimension
- 34,7 Mio. €: Minderauszahlungen für die Unterstützungsleistungen für Studierende vor allem iZm. mit geringeren Bewilligungen bei der Studienförderung
- 15,8 Mio. €: Minderauszahlungen im Bereich der Fachhochschulen vorwiegend infolge nicht besetzter Fachhochschulstudienplätze

UG 32 Kunst und Kultur

15,5 Mio. €: insbesondere aufgrund von Verzögerungen bei Bauprojekten (zB. Bregenzer Festspielhaus), Minderauszahlungen im Bereich Denkmalschutz sowie Einsparungen in der Verwaltung

UG 33 Wirtschaft (Forschung)

0,1 Mio. €: Minderauszahlungen aufgrund von Zahlungsverzögerungen bestehender Verpflichtungen bei AWS und FFG-Förderprogrammen

UG 34 Innovation und Technologie (Forschung)

Insgesamt 4,4 Mio. €, davon insbesondere:

- 2,6 Mio. €: Minderauszahlungen aufgrund von Zahlungsverzögerungen bestehender Verpflichtungen bei AWS und FFG-Förderprogrammen
- 1,3 Mio. €: Minderauszahlungen für div. Förderungen im Bereich FTI-Infrastruktur
- 0,5 Mio. €: Minderauszahlungen aufgrund von Zahlungsverzögerungen bestehender Verpflichtungen bei den ESA-Wahlprogrammen

UG 40 Wirtschaft

Insgesamt 51,0 Mio. €, davon insbesondere:

- 16,9 Mio. €: für den Gründungsfonds II aufgrund unterjähriger Mehreinzahlungen
- 8,6 Mio. €: durch Minderauszahlungen aufgrund von Zahlungsverchiebungen bei der Umsetzung von mehrjährigen Projekten durch den Klima- und Energiefonds (KLI.EN)
- 7,9 Mio. €: durch Minderauszahlungen aufgrund von Zahlungsverchiebungen bei diversen Wirtschaftsförderungsprogrammen
- 5,9 Mio. €: durch Minderauszahlungen bei der Burghauptmannschaft Österreich, insbesondere im Bereich Bau- und Liegenschaftsmanagement
- 4,6 Mio. €: Minderauszahlungen für Investitionszuschüsse und Förderungen zur Transformation der Industrie aufgrund von Verschiebungen der Auszahlungen bei Projekten mit mehrjähriger Dauer und dadurch bedingter geringerer Mittelausschöpfung
- 4,3 Mio. €: im Bereich Steuerung und Services durch Minderbedarf bei Personalauszahlungen sowie Mehreinzahlungen aus Kostenbeiträgen und Gebühren
- 2,8 Mio. €: Eich- und Vermessungswesen u.a. durch Minderbedarf für BDA-Nachzahlung

UG 41 Mobilität

Insgesamt 365,9 Mio. €, davon insbesondere:

- 132,5 Mio. €: Minderauszahlungen aufgrund von Zahlungsverchiebungen im Bereich Gesamtverkehr und Beteiligungen, insbesondere bei den E-Mobilitätsförderprogrammen; davon 30,0 Mio. € zweckgebunden
- 73,9 Mio. €: Zahlungsverchiebungen bei den Verkehrsdienstverträgen sowie bei der Schienengüterverkehrsförderung
- 65,4 Mio. €: Minderauszahlungen aufgrund von Zahlungsverchiebungen bei den Transferzahlungen an den Klima- und Energiefonds (KLI.EN)
- 33,7 Mio. €: Minderauszahlungen aufgrund von Zahlungsverchiebungen beim Förderungsprogramm Emissionsfreie Busse und Infrastruktur (EBIN; RRF-Maßnahme)
- 13,3 Mio. €: Minderauszahlungen beim Katastrophenfonds
- 5,7 Mio. €: Mehreinzahlungen beim Österreichischen Verkehrssicherheitsfonds (zw)
- 5,6 Mio. €: Minderauszahlungen aufgrund von Zahlungsverchiebungen und Mehreinzahlungen beim Klimaticket Österreich aufgrund höherer Verkaufserlöse; zweckgebunden
- 1,5 Mio. €: Minderauszahlungen beim Österreichischen Patentamt

UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft

Insgesamt 46,6 Mio. €, davon insbesondere:

- 25,5 Mio. €: Mehreinzahlungen im Rahmen der EFRE Förderprogramme aufgrund der Rückzahlung eines Liquiditätsvorschusses gem. der Art. 15a B-VG-Vereinbarung über das Verwaltungs- und Kontrollsystem, BGBl I Nr. 76/2017
- 8,7 Mio. €: Mehreinzahlungen im Bereich des Land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens, begründet durch vorsichtige Ertragsprognosen bei Schülerheimbeiträgen sowie höhere Gebühreneinzahlungen
- 4,5 Mio. €: Minderauszahlungen bei Nationalen und Internationalen Forstmaßnahmen aufgrund von Zahlungsverzögerungen, die die Abwicklungskosten für den Waldfonds betreffen
- 1,7 Mio. €: Minderauszahlungen bei der Zentralstelle des BMLUK insbesondere aufgrund von geringerem Sachaufwand (Werkleistungen) als im BVA 2025 veranschlagt
- 1,6 Mio. €: Minderauszahlungen bei Nationalen Agrarmaßnahmen (Junior Professional Officer (JPO) Programm) und Einzahlungen aus Rückzahlungen von Förderungen, die aufgrund ungerechtfertigter Inanspruchnahme zurückgefordert wurden.

UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft

Insgesamt 8,2 Mio. €, davon insbesondere:

- 5,2 Mio. €: Minderauszahlungen aufgrund von Zahlungsverzögerungen bei der Durchführung von Projekten im Rahmen der Umweltförderung im Inland im Rahmen des RRF
- 1,2 Mio. €: Minderauszahlungen aufgrund von Zahlungsverzögerungen bei der Durchführung von Projekten des Flächenrecyclings im Rahmen des RRF
- 1,1 Mio. €: Einzahlungen aus dem Vorsorgeentgelt, die für künftige Bedarfe aus der Endlagerung Österreichs radioaktiver Abfälle einer zweckgebundenen Rücklage zugeführt werden

UG 44 Finanzausgleich

Insgesamt 105,0 Mio. €, davon insbesondere:

- 91,0 Mio. €: Geringere Abrufe der Länder bei der Wohnbauförderung gemäß § 29a FAG 2024
- 14,0 Mio.€: nicht verausgabte Mittel des Katastrophenfonds

UG 45 Bundesvermögen

Insgesamt 486,6 Mio. €, davon insbesondere:

- 251,8 Mio. €: Beim Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG) aufgrund der Abschöpfung des § 7 Kontos (4,9 Mio. €) sowie Mehreinzahlungen im Bereich der Haftungsentgelte (zw Gebarung) (197,0 Mio.€). Des Weiteren wurden keine Haftungszuschüsse des Bundes fällig (49,9 Mio. €).
- 156,0 Mio. €: Bundesdarlehen aufgrund der frühzeitigen Rückzahlung (Darlehen, Zinsen) von Griechenland.
- 36,0 Mio. €: Kapitalbeteiligungen aufgrund von Minderauszahlungen bei Transferzahlungen an das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien (25,4 Mio.), an ausländische Beteiligungen (4,0 Mio. €), weniger Transferzahlungen an die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (1,4 Mio. €) und FMA-Bundesbeitrag (2,0 Mio. €).
- 20,5 Mio. €: Sonstigen Haftungen durch geringere Inanspruchnahme der COVID-19-Schadloshaltungsverpflichtungen
- 19,6 Mio. €: Besondere Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit Minderauszahlungen bei Internationalen Finanzinstitutionen (4,5 Mio. €), Vertragsentgelte an die aws (2,2 Mio. €) und dem Stromkostenzuschussgesetz (13,7 Mio. €) und Mindereinzahlungen bei den Erblosen Nachlässen (2,7 Mio. €).
- 1,8 Mio. €: Im Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG) aufgrund geringerer Auszahlungen für Kursrisikogarantien

UG 46 Finanzmarktstabilität

0,3 Mio. €: Minderauszahlungen für Gerichtskosten für Haftungsfälle bei den variablen Haftungen

UG 51 Kassenverwaltung

Insgesamt 99,4 Mio. €, davon insbesondere:

- 70,0 Mio. € auf die EU-Einnahmen-Rücklage: Diese setzt sich im Wesentlichen aus Mehreinzahlungen aus dem EU-Solidaritätsfonds iHv. 42,5 Mio. € sowie aus Vorschüssen iHv. 26,1 Mio. € für ELER 2023-2027, EMFAF 2021-2027 und ESF+ BMD 2021-2027 zusammen.
- 29,4 Mio. € auf die DB-Rücklage iZm. dem Geldverkehr des Bundes: Hauptsächlich aufgrund einer geringeren Absenkung des Zinsniveaus als bei der Erstellung des BVA 2025 angenommen.

Resümee: Insgesamt erhöht sich damit der Rücklagenstand nach Zuführung 2025 auf 28.719,4 Mio. €. Das entspricht einer Zunahme um 1.927,2 Mio. € (bzw. +7,2%) gegenüber

dem Rücklagenstand vor Zuführung 2025. Gegenüber 2024 ist der Rücklagenstand um 38,0 Mio. € (bzw. +0,1%) gestiegen.

Die folgenden Tabellen zeigen einerseits die Saldenveränderung der Rücklagenstände auf Untergliederungsebene, andererseits die Bewegungen auf Untergliederungsebene im abgelaufenen Finanzjahr 2025.

Tabelle 37: Veränderung des Rücklagenstandes je Untergliederung im Überblick

UG	Stand 01.01.2025	Veränderungen 2025	Stand Ende 2025 vor Zuführung	Zuführung 2025	Stand nach Zuführung 2025	Veränderungen in Mio. €	Veränderungen in %
in EURO							
Rubrik 0, 1: Recht und Sicherheit	2.415.372.644,47	452.869.114,11	1.962.503.530,36	237.664.827,21	2.200.168.357,57	-215,2	-8,9
01 Präsidentschaftskanzlei	6.579.545,24	0,00	6.579.545,24	0,00	6.579.545,24	0,0	0,0
02 Bundesgesetzgebung	84.069.210,60	0,00	84.069.210,60	24.893.829,72	108.963.040,32	24,9	29,6
03 Verfassungsgerichtshof	644.567,27	0,00	644.567,27	538.215,70	1.182.782,97	0,5	83,5
04 Verwaltungsgerichtshof	1.096.210,01	200.000,00	896.210,01	1.492.851,00	2.389.061,01	1,3	117,9
05 Volksanwaltschaft	2.362.083,30	250.000,00	2.112.083,30	27.744,93	2.139.828,23	-0,2	-9,4
06 Rechnungshof	2.124.510,85	0,00	2.124.510,85	1.767.270,55	3.891.781,40	1,8	83,2
10 Bundeskanzleramt	133.214.845,45	13.185.607,58	120.029.237,87	2.975.394,62	123.004.632,49	-10,2	-7,7
11 Inneres	193.261.926,92	82.525.470,83	110.736.456,09	49.567.784,12	160.304.240,21	-33,0	-17,1
12 Äußeres	43.415.763,54	0,00	43.415.763,54	30.264.008,57	73.679.772,11	30,3	69,7
13 Justiz	318.244.188,00	27.918.734,58	290.325.453,42	7.080.010,01	297.405.463,43	-20,8	-6,5
14 Militärische Angelegenheiten	78.866.142,44	7.139.367,81	71.726.774,63	13.961.049,71	85.687.824,34	6,8	8,6
15 Finanzverwaltung	1.029.133.278,14	695.498.914,04	333.634.364,10	61.389.778,02	395.024.142,12	-634,1	-61,6
16 Öffentliche Abgaben	2.409.908,59	0,00	2.409.908,59	3.135,06	2.413.043,65	0,0	0,1
17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport	100.152.535,07	630.293.139,89	730.445.674,96	32.422.440,81	762.868.115,77	662,7	661,7
18 Fremdenwesen	419.797.929,05	256.444.159,16	163.353.769,89	11.281.314,39	174.635.084,28	-245,2	-58,4
Rubrik 2: Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	1.521.153.134,76	196.226.422,77	1.324.926.711,99	321.614.092,79	1.646.540.804,78	125,4	8,2
20 Arbeit	145.710.612,04	101.881.775,34	43.828.836,70	46.642.302,83	90.471.139,53	-55,2	-37,9
21 Soziales und Konsumentenschutz	456.624.612,35	94.344.647,43	362.279.964,92	149.393.805,11	511.673.770,03	55,0	12,1
22 Pensionsversicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	682.539.721,01	0,00	682.539.721,01	106.457.766,81	788.997.487,82	106,5	15,6
24 Gesundheit	199.387.057,21	0,00	199.387.057,21	15.196.632,55	214.583.689,76	15,2	7,6
25 Familie und Jugend	36.891.132,15	0,00	36.891.132,15	3.923.585,49	40.814.717,64	3,9	10,6
Rubrik 3: Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	2.563.053.827,36	343.751.061,32	2.219.302.766,04	204.852.946,61	2.424.155.712,65	-138,9	-5,4
30 Bildung	836.108.224,62	279.726.137,22	556.382.087,40	41.767.622,11	598.149.709,51	-238,0	-28,5
31 Wissenschaft und Forschung	856.309.510,12	32.468.569,10	823.840.941,02	143.064.171,85	966.905.112,87	110,6	12,9
32 Kunst und Kultur	90.101.195,41	6.715.000,00	83.386.195,41	15.504.295,59	98.890.491,00	8,8	9,8
33 Wirtschaft (Forschung)	198.813.038,00	10.824.355,00	187.988.683,00	117.550,77	188.106.233,77	-10,7	-5,4
34 Innovation und Technologie (Forschung)	581.721.859,21	14.017.000,00	567.704.859,21	4.399.306,29	572.104.165,50	-9,6	-1,7
Rubrik 4: Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	14.229.767.882,55	896.377.857,17	13.333.390.025,38	1.063.695.436,13	14.397.085.461,51	-167,3	1,2
40 Wirtschaft	934.491.396,29	106.613.018,56	1.041.104.414,85	51.032.967,64	1.092.137.382,49	-157,6	16,9
41 Mobilität	2.442.408.382,64	25.212.498,93	2.417.195.883,71	365.920.799,65	2.783.116.683,36	-340,7	13,9
42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	484.093.881,43	225.791.503,37	258.302.378,06	46.558.573,00	304.860.951,06	179,2	-37,0
43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	2.683.940.909,94	712.707.000,00	1.971.233.909,94	8.229.978,50	1.979.463.888,44	704,5	-26,2
44 Finanzausgleich	149.198.113,23	0,00	149.198.113,23	105.029.060,29	254.227.173,52	-105,0	70,4
45 Bundesvermögen	5.963.836.333,64	39.279.873,43	5.924.556.460,21	486.628.637,05	6.411.185.097,26	-447,3	7,5
46 Finanzmarktstabilität	1.571.798.865,38	0,00	1.571.798.865,38	295.420,00	1.572.094.285,38	-0,3	0,0
Rubrik 5: Kassa und Zinsen	7.952.018.325,30	0,00	7.952.018.325,30	99.400.536,92	8.051.418.862,22	-99,4	1,3
51 Kassenverwaltung	1.018.152.521,89	0,00	1.018.152.521,89	99.400.536,92	1.117.553.058,81	-99,4	9,8
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	6.933.865.803,41	0,00	6.933.865.803,41	0,00	6.933.865.803,41	0,0	0,0
Gesamtsumme aller Rubriken	28.681.365.814,44	1.889.224.455,37	26.792.141.359,07	1.927.227.839,66	28.719.369.198,73	-495,4	0,1

Gesamtüberblick vor und nach Rücklagenzuführung

Die folgenden Tabellen zeigen auf Ebene der Untergliederungen sowie der Rücklagenkennzahlen den Stand und die Veränderungen der Rücklagen nach Rücklagenart vor Zuführung 2025. Die Tabelle auf Detailbudgetebene enthält auch die Zuführungen im Jahr 2025 sowie den Endbestand nach Zuführung.

Vom Gesamtstand der Rücklagen auf Untergliederungsebene per **1.1.2025** iHv. 28.681,4 Mio. € entfielen 25.087,1 Mio. € bzw. 87,5% auf **Detailbudgetrücklagen** (DB-Rücklagen). DB-Rücklagen sind Rücklagen, die – anders als variable, zweckgebundene und EU-Mehreinzahlungs-Rücklagen – von der haushaltsführenden Stelle grundsätzlich ohne Beschränkung auf einen bestimmten Verwendungszweck verwendet werden können. Die betragsmäßig höchsten DB-Rücklagen befanden sich in der UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (6.933,9 Mio. €, insbesondere für Zinszahlungen von Finanzschulden), UG 45 Bundesvermögen (5.012,5 €, insbesondere aus Reserven für das Ausfuhrförderungsgesetz, Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz sonstige Finanzhaftungen, besondere Zahlungsverpflichtungen, Bundesdarlehen und für Kapitalbeteiligungen) und in der UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft (2.305,5 Mio. €, insbesondere aufgrund der mehrjährigen Umsetzung von Förderungen des Klima- und Energiefonds und im Bereich der Umweltförderungen sowie bei den Energiekrisenmaßnahmen).

Auf **zweckgebundene Einnahmenrücklagen** entfielen per 1.1.2025 2.722,6 Mio. € bzw. 9,5%.

Maßgebliche zweckgebundene Rücklagenstände fanden sich in der in der UG 45 Bundesvermögen (786,7 Mio. €, insbesondere für Haftungsübernahmen (AusFG), UG 46 Finanzmarktstabilität (769,8 Mio. €, insbesondere aus der Stabilitätsabgabe) und in der UG 41 Mobilität (412,3 Mio. €, insbesondere bei den Mitteln aus dem Katastrophenfonds für den Hochwasserschutz entlang der Donau).

Die größten **Veränderungen** im Laufe des Finanzjahres 2025 erfolgten bei den DB-Rücklagen (1.644,0 Mio. €), insbesondere in UG 15 Finanzverwaltung (695,5 Mio. €; davon Umschichtung in die UG 17 in Höhe von 634,1 Mio. € aufgrund BMG-Novelle 2025) sowie in der UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport (630,3 Mio. €). Aufgrund der BMG-Novelle 2025 erfolgten Umschichtungen von DB-Rücklagen der UG 15 Finanzverwaltung (Breitband, Fernmeldebüro und Telekommunikation) iHv. 637,1 Mio. € in die UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport (Breitband, Fernmeldebüro und Telekommunikation).

Der Rücklagengesamtstand vor Zuführung beläuft sich auf **26.792,1 Mio. €**, jener **nach** Zuführung auf **28.719,4 Mio. €**. Insgesamt wurden für das Finanzjahr 2025 daher **1.927,2 Mio. €** an Rücklagen zugeführt.

Die Rücklagenzuführung ist nicht finanziert. Erst die konkrete Rücklagenverwendung (Entnahme und Auszahlung) ist defizitwirksam.

Tabelle 38: Stand und Veränderungen der UG-Rücklagen (vor Zuführung in Mio. €)

UG Bezeichnung	zweckgeb. Einn.-RL Stand 1.1.2025	zweckgeb. Einn.-RL Ver-änderungen	zweckgeb. Einn.-RL Stand 31.12.2025	variable RL Stand 1.1.2025	variable RL Ver-änderungen	variable RL Stand 31.12.2025	EU Einnahmen RL Stand 1.1.2025	EU Einnahmen RL Ver-änderungen	EU Einnahmen RL Stand 31.12.2025	DB-RL Stand 1.1.2025	DB-RL Ver-änderungen	DB-RL Stand 31.12.2025	Gesamtstand 1.1.2025	Gesamtstand Ver-änderungen	Gesamtstand 31.12.2025
Rubrik 0: 1: Recht und Sicherheit	60.542	6.759	53.783	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	2.354,830	446,110	1.908,720	2.415,373	1.687,084	1.962,504
01 Präsidentschaftskanzlei										6,580	0,000	6,580	6,580	0,000	6,580
02 Bundesgesetzgebung										84,069	0,000	84,069	84,069	0,000	84,069
03 Verfassungsgerichtshof										0,645	0,000	0,645	0,645	0,000	0,645
04 Verwaltungsgerichtshof										1,096	0,200	0,896	1,096	0,200	0,896
05 Volksanwaltschaft										2,362	0,250	2,112	2,362	0,250	2,112
06 Rechnungshof										2,125	0,000	2,125	2,125	0,000	2,125
10 Bundeskanzleramt	10,802	4,364	6,438				0,000	0,000	0,000	122,413	8,821	113,591	133,215	13,186	120,029
11 Inneres	20,560	0,947	19,613							172,702	81,578	91,123	193,262	82,525	110,736
12 Äußeres	0,752	0,000	0,752							42,664	0,000	42,664	43,416	0,000	43,416
13 Justiz	0,080	0,003	0,077							318,165	27,916	290,249	318,244	27,919	290,325
14 Militärische Angelegenheiten	8,999	0,082	8,917							69,867	7,057	62,810	78,866	7,139	71,727
15 Finanzverwaltung	5,660	0,000	5,660							1.023,473	695,499	327,974	1.029,133	695,499	333,634
16 Öffentliche Abgaben	2,410	0,000	2,410									2,410		0,000	2,410
17 Wohnen, Medien, Telek. und Sport	0,005	0,000	0,005							100,148	630,293	730,441	100,153	630,293	730,446
18 Fremdenwesen	11,274	1,362	9,912							408,524	255,082	153,442	419,798	256,444	163,354
Rubrik 2: Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	108.824	100.791	8.033	35.811	0,000	35.811	0,000	0,000	0,000	1.376.518	95.435	1.281.083	1.521.153	196.226	1.324.927
20 Arbeit	100,79	100,791	0,001	35,811	0,000	35,811				9,108	1,081	8,027	145,711	101,882	43,829
21 Soziales und Konsumentenschutz	0,052	0,000	0,052							456,573	94,345	362,228	456,625	94,345	362,280
22 Pensionsversicherung													0,000	0,000	0,000
23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte										682,540	0,000	682,540	682,540	0,000	682,540
24 Gesundheit	7,981	0,000	7,981							191,406	0,000	191,406	199,387	0,000	199,387
25 Familie und Jugend										36,891	0,000	36,891	36,891	0,000	36,891
Rubrik 3: Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	56.329	4.832	51.497	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	2.506,725	338,919	2.167,806	2.563,054	343,751	2.219,303
30 Bildung	53,199	4,303	48,896							782,909	275,423	507,486	836,108	279,726	556,382
31 Wissenschaft und Forschung	0,038	0,000	0,037							856,272	32,468	823,803	856,310	32,469	823,841
32 Kunst und Kultur	3,092	0,529	2,563							87,009	6,186	80,823	90,101	6,715	83,386
33 Wirtschaft (Forschung)										198,813	10,824	187,989	198,813	10,824	187,989
34 Innovation und Technologie (Forschung)										581,722	14,017	567,705	581,722	14,017	567,705
Rubrik 4: Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	2.496.936	3.300	2.493.636	479.364	129.516	349.848	0,000	0,000	0,000	11.253.467	763.561	10.489.906	14.229.768	1.109.604	13.333.390
40 Wirtschaft	0,562	0,000	0,562							933,929	106,613	1.040,542	934,491	106,613	1.041,104
41 Mobilität	412,306	3,300	409,005							2.030,103	21,912	2.008,191	2.442,408	25,212	2.417,196
42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	10,441	0,000	10,441	129,504	129,504	0,000				344,149	96,288	247,862	484,094	225,792	258,302
43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	378,442	0,000	378,442							2.305,499	712,707	1.592,792	2.683,941	712,707	1.971,234
44 Finanzausgleich	138,661	0,000	138,661	1,736	0,000	1,736				8,801	0,000	8,801	149,198	0,000	149,198
45 Bundesvermögen	786,685	0,000	786,685	164,662	0,012	164,650				5.012,490	39,268	4.973,222	5.963,836	39,280	5.924,556
46 Finanzmarktstabilität	769,840	0,000	769,840	183,462	0,000	183,462				618,496	0,000	618,496	1.571,799	0,000	1.571,799
Rubrik 5: Kassa und Zinsen	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	356,457	0,000	356,457	7.595,561	0,000	7.595,561	7.952,018	0,000	7.952,018
51 Kassenverwaltung							356,457	0,000	356,457	661,695	0,000	661,695	1.018,153	0,000	1.018,153
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge										6.933,866	0,000	6.933,866	6.933,866	0,000	6.933,866
Gesamtsumme aller Rubriken	2.722.632	115.683	2.606.949	515.175	129.516	385.659	356,457	0,000	356,457	25.087,101	1.644,026	23.443,075	28.681,366	1.889,224	26.792,141

Tabelle 39: Veränderung des Rücklagenstandes je Detailbudget

Table with columns: In EURO, Stand per 1.1.2025, Zuführung BFG, budgetierte Rücklagen gem. BFG 2025, Entnahme 2025, Auflösung 2025, Zusammenführung 2025, Stand Ende 2025 vor Zuführung, Zuführung 2025, Stand nach Zuführung 2025. Rows include categories like 'Präsidentenkanzlei', 'Bundesgesetzgebung', 'Verfassungsgerichte', 'Verwaltungsgerichte', 'Volksanwaltschaft', 'Rechnungshof', 'Bundeskanzleramt', 'Interne', and 'Außenereignisse'.

in EURO	Stand per 1.1.2025	Zuführung BFG	budgetierte Rücklagen gem. BFG 2025	Entnahme	2025	Auflösung	2025	Zusammenführung	2025	Stand Ende 2025 vor Zuführung	Zuführung 2025	Stand nach 2025	Zuführung
RL Kennzahl / Bezeichnung													
UG 13 "Justiz"													
13001000 100 / Strategie, Legistik	8.091.656,68	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.057.872,51	277.786,26	5.425.258,77	5.425.258,77
13002000 100 / Erwachsenenrecht	492.178,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	492.178,03	40.472,98	532.651,01	532.651,01	
13003000 100 / Opferhilfe	1.530.726,52	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.530.726,52	161.962,65	1.692.689,17	1.692.689,17	
13004000 100 / Österreichische Behörden	1.189.046,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.189.046,34	0,00	1.189.046,34	1.189.046,34	
13005000 100 / Oberster Gerichtshof und Generalprokurator	4.185.230,14	0,00	1.139.854,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.045.375,47	0,00	3.045.375,47	3.045.375,47	
13006000 100 / Oberlandesgerichte und Wien	146.102.016,27	0,00	1.448.371,19	0,00	4.338.228,11	0,00	0,00	0,00	140.315.416,97	0,00	140.315.416,97	140.315.416,97	
13007000 100 / Oberlandesgericht Linz	39.226.292,55	0,00	389.877,73	0,00	2.022.342,48	0,00	0,00	0,00	36.514.442,14	0,00	36.514.442,14	36.514.442,14	
13008000 100 / Oberlandesgericht Graz	28.416.442,88	0,00	281.785,50	0,00	1.835.472,96	0,00	0,00	0,00	26.317.442,13	0,00	26.317.442,13	26.317.442,13	
13009000 100 / Oberlandesgericht Innsbruck	46.941.910,69	0,00	465.355,05	0,00	1.693.280,97	0,00	0,00	0,00	44.782.734,67	0,00	44.782.734,67	44.782.734,67	
13010000 100 / Zentrale Ressourcenseuerung	18.501.867,45	0,00	5.408.109,97	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13.093.757,48	0,00	13.093.757,48	13.093.757,48	
13011000 100 / Bundesverwaltungsgesetz	17.321.442,88	0,00	498.577,68	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.822.865,20	0,00	16.822.865,20	16.822.865,20	
13030101 100 / GD + Ressourcenseuerung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.816.470,03	0,00	4.816.470,03	4.816.470,03	
13030101 113 / Uligenschaftserlöse UG 13	687.823,33	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	687.823,33	0,00	687.823,33	687.823,33	
13030110 100 / Justizanstalt Wien-Poststadt	511.885,26	0,00	511.885,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	64.527,29	0,00	64.527,29	64.527,29
13030112 100 / Justizanstalt Korneuburg	208.942,03	0,00	208.942,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	48.184,11	0,00	48.184,11	48.184,11
13030113 100 / Justizanstalt Krems	26.931,78	0,00	26.931,78	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13030114 100 / Justizanstalt St. Pölten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	20.305,89	0,00	20.305,89	20.305,89
13030115 100 / Justizanstalt Wr. Neustadt	59.720,02	0,00	59.720,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.483,03	0,00	10.483,03	10.483,03
13030116 100 / Justizanstalt Eisenstadt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13030117 100 / Justizanstalt Linz	322.003,53	0,00	322.003,53	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	127.492,45	0,00	127.492,45	127.492,45
13030118 100 / Justizanstalt Ried	178.893,19	0,00	178.893,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.562,75	0,00	36.562,75	36.562,75
13030119 100 / Justizanstalt Altheim	329.815,26	0,00	329.815,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	336.084,74	0,00	336.084,74	336.084,74
13030120 100 / Justizanstalt Wels	48.184,41	0,00	48.184,41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	79.094,73	0,00	79.094,73	79.094,73
13030121 100 / Justizanstalt Salzburg	355.332,22	0,00	355.332,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.477,75	0,00	1.477,75	1.477,75
13030122 100 / Justizanstalt Graz-Jakomini	457.743,51	0,00	457.743,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	85.701,86	0,00	85.701,86	85.701,86
13030123 100 / Justizanstalt Leoben	36.178,75	0,00	36.178,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14.781,73	0,00	14.781,73	14.781,73
13030124 100 / Justizanstalt Innsbruck	36.756,84	0,00	36.756,84	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.381,77	0,00	16.381,77	16.381,77
13030125 100 / Justizanstalt Innsbruck	171.103,90	0,00	171.103,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	134.404,99	0,00	134.404,99	134.404,99
13030126 100 / Justizanstalt Feldkirch	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.838,80	0,00	7.838,80	7.838,80
13030127 100 / Justizanstalt Murnitzplatz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.880,78	0,00	10.880,78	10.880,78
13030141 100 / Justizanstalt Wien-Favoriten	62.143,79	0,00	62.143,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13030142 100 / Justizanstalt Wien-Mittesteig	86.121,78	0,00	86.121,78	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13030143 100 / Justizanstalt Gerasdorf	85.250,56	0,00	85.250,56	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18.083,07	0,00	18.083,07	18.083,07
13030144 100 / Justizanstalt Giefersdorf	26.479,75	0,00	26.479,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26.388,41	0,00	26.388,41	26.388,41
13030151 100 / Justizanstalt Wien-Simmering	278.329,55	0,00	278.329,55	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	125,50	0,00	125,50	125,50
13030152 100 / Justizanstalt Steen	463.449,18	0,00	463.449,18	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.574,80	0,00	6.574,80	6.574,80
13030153 100 / Justizanstalt Schwarzenau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.472,13	0,00	25.472,13	25.472,13
13030154 100 / Justizanstalt Hittendorf	108.540,49	0,00	108.540,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13030155 100 / Justizanstalt Sonnenberg	231.644,56	0,00	231.644,56	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	136.770,63	0,00	136.770,63	136.770,63
13030156 100 / Justizanstalt Salsburg	35.059,23	0,00	35.059,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.490,02	0,00	5.490,02	5.490,02
13030157 100 / Justizanstalt Suben	297.837,25	0,00	297.837,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	163.701,60	0,00	163.701,60	163.701,60
13030158 100 / Justizanstalt Graz-Karlau	195.103,86	0,00	195.103,86	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.846,82	0,00	17.846,82	17.846,82
13030200 100 / Bewährungshilfe	754.387,11	0,00	754.387,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	283.211,62	0,00	283.211,62	283.211,62
	318.145.648,09	0,00	15.000.000,00	0,00	12.915.648,69	0,00	0,00	0,00	0,00	290.248.918,60	7.075.219,12	297.324.137,72	297.324.137,72
Summe der Detailbudget-RL	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe der EU-Einnahmen-RL	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13000000 400 / Geldstrafen / Geldbußen UG 13	79.519,91	0,00	0,00	3.085,89	0,00	0,00	0,00	0,00	76.534,02	4.760,89	0,00	81.324,91	81.324,91
13002600 400 / Elektronische Strafkarte UG 13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe der zweckgeb. Einnahmen-RL	79.519,91	0,00	0,00	3.085,89	0,00	0,00	0,00	0,00	76.534,02	4.760,89	0,00	81.324,91	81.324,91
Summe UG 13 - alle RL	318.244.188,00	0,00	15.000.000,00	3.085,89	12.915.648,69	0,00	0,00	0,00	290.251.452,62	7.080.019,01	0,00	297.461.461,63	297.461.461,63
UG 14 "Militärische Angelegenheiten"													
14070100 100 / S I - Generaldirektion für Verteidigungspolitik	2.496.101,37	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.496.101,37	859.673,11	3.355.774,48	3.355.774,48	3.355.774,48
14070100 100 / S II - Generaldirektion Präsidium	16.846.447,37	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.846.447,37	0,00	16.846.447,37	16.846.447,37	16.846.447,37
14080010 100 / Direktion 1 - Einsatz	12.297.592,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12.297.592,00	764.837,96	13.062.429,96	13.062.429,96	13.062.429,96
14080102 100 / Direktion 2 - Luftverteidigung	3.965.989,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.965.989,58	0,00	3.965.989,58	3.965.989,58	3.965.989,58
14080103 100 / Direktion 3 - Ausbildung	2.955.385,32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.955.385,32	683.334,91	3.638.720,23	3.638.720,23	3.638.720,23
14080104 100 / Direktion 4 - Logistik	7.203.852,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.203.852,79	0,00	7.203.852,79	7.203.852,79	7.203.852,79
14080105 100 / Direktion 5 - Beschaffung	6.868.225,39	0,00	0,00	5.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.868.225,39	3.679.644,41	5.547.869,80	5.547.869,80	5.547.869,80
14080105 161 / Direktion 5 - Sonderfinanzierung	1.484,41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.484,41	0,00	1.484,41	1.484,41	1.484,41
14080106 100 / Direktion 6 - Beschaffung	1.893.866,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.893.866,30	11.029,58	2.004.895,88	2.004.895,88	2.004.895,88
14080107 100 / Direktion 7 - Infrastruktur	6.311.757,68	0,00	0,00	2.056.882,44	0,00	0,00	0,00	0,00	4.254.875,24	889.110,24	5.143.985,48	5.143.985,48	5.143.985,48
14080107 114 / Uligenschaftserlöse UG 14	9.973.092,38	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.973.092,38	6.118.350,97	16.091.443,35	16.091.443,35	16.091.443,35
14080107 161 / Direktion 7 - Sonderfinanzierung	12,97	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12,97	0,00	12,97	12,97	12,97
14080108 100 / Direktion 8 - Militärisches Gesundheitswesen	333.853,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	333.853,04	89.653,33	423.506,37	423.506,37	423.506,37

in EURO	Stand per 1.1.2025	Zuführung BRG	budgetierte Rücklagen gem. BRG 2025	Entnahme	2025	Auflösung	2025	Zusammenführung	Stand Ende 2025 vor Zuführung	Zuführung	2025	Stand nach Zuführung
Rz Kennzahl / Bezeichnung												
UG 38 "Bildung"												
30010100 100 / Zentralstelle	17.105.366,18	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.105.366,18	3.659.632,57	0,00	20.764.998,75
30010200 100 / Regionale Schulerwaltung	32.887.542,69	0,00	3.600.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	33.611.211,28	3.541.624,39	0,00	37.152.835,67	
30010200 188 / Regionale Schulerwaltung RRF	120.567,69	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	120.567,69	0,00	0,00	120.567,69	
30010300 100 / Räumliche Infrastruktur	37.546.231,09	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	37.546.231,09	96.051,11	0,00	37.642.282,20	
30010400 100 / Qualitätsentwicklung und -steuerung	11.546.037,69	0,00	5.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.046.037,69	4.688.910,96	0,00	20.734.948,65	
30010500 100 / Lehrer/Innendienst	26.887.131,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26.887.131,70	0,00	0,00	26.887.131,70	
30010500 188 / Lehrer/Innendienst RRF	11.503,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.503,20	0,00	0,00	11.503,20	
30010601 100 / Lebenslanges Lernen-Zentralstelle	32.335.294,39	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-32.335.294,39	0,00	0,00	0,00	0,00	
30010602 100 / Bundesinstitut für Erwachsenenbildung	1.879.437,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1.879.437,22	0,00	138,96	0,00	138,96	
30010700 100 / Förderungen und Transfers	34.612.811,28	0,00	1.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	35.612.811,28	0,00	0,00	35.612.811,28	
30010800 100 / Institut für QI im Österreichischen Schulwesen	15.324.968,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15.324.968,60	243.626,48	0,00	15.568.595,08	
30010900 100 / Steuerung Elementarpädagogik	2.472.420,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.472.420,00	420.938,34	0,00	2.893.358,34	
30010900 188 / Steuerung Elementarpädagogik RRF	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
30011000 100 / Digitale Schule	41.253.455,86	0,00	31.071.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.182.455,86	91.832,96	0,00	10.274.288,82	
30011000 188 / Digitale Schule RRF	15.635.825,42	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15.635.825,42	0,00	0,00	15.635.825,42	
30020100 100 / Pflichtschulen Primar- und Sekundarstufe I	29.825.670,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29.825.670,72	3.887.504,73	0,00	33.713.175,45	
30020100 188 / Pflichtschulen Primar- und Sekundarstufe I RRF	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
30020200 100 / AHS-Sekundarstufe I	181.104.493,57	0,00	0,00	89.000.000,00	0,00	0,00	0,00	13.873.182,48	105.977.676,05	0,00	109.611.858,53	
30020200 188 / AHS-Sekundarstufe I RRF	769.864,52	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	769.864,52	0,00	0,00	769.864,52	
30020300 100 / Pflichtschulen Sekundarstufe II	858.161,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	858.161,90	268.838,87	0,00	1.127.000,77	
30020300 188 / Pflichtschulen Sekundarstufe II RRF	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
30020400 100 / Berufsbildende mittlere und höhere Schulen	224.607.317,94	0,00	104.067.000,00	36.000.000,00	0,00	0,00	0,00	16.956.111,91	101.496.429,85	0,00	105.466.528,81	
30020500 100 / Berufsbildende mittlere und höhere Schulen RRF	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
30020600 100 / Bildungsanstalten f. Elementar- u. Sozialpädagogik	6.451.003,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.451.003,66	2.690.335,36	0,00	9.141.339,02	
30020700 100 / Zweckbündene Gebarung Bundeschulen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
30020800 100 / Auslandschulen	2.994.632,90	0,00	1.240.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.754.632,90	241.678,94	0,00	1.996.311,84	
30020900 100 / Heime sowie besondere Einrichtungen	11.798.069,07	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.798.069,07	2.588.073,44	0,00	14.386.142,51	
30021000 100 / Ressourcen für private mittlere und höhere Schulen	54.881.539,05	0,00	560.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	54.321.539,05	1.588.642,22	0,00	55.910.181,27	
Summe der Detailbudget-Rz	782.909.346,34	0,00	147.038.000,00	125.000.000,00	0,00	0,00	-3.385.437,22	607.485.909,12	33.456.699,33	0,00	640.942.608,45	
Summe der EU-Einnahmen-Rz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe der zweckgeb. Einnahmen-Rz	53.198.878,28	0,00	4.302.700,00	0,00	0,00	0,00	0,00	48.896.178,28	8.310.922,78	0,00	57.207.101,06	
Summe UG 38 - alle Rz	836.108.224,62	0,00	147.038.000,00	129.302.700,00	0,00	0,00	-3.385.437,22	556.388.087,40	41.767.622,11	0,00	598.145.709,51	
UG 31 "Wissenschaft und Forschung"												
31010100 100 / Zentralstelle und Serviceeinrichtungen	51.889.232,45	0,00	22.455.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29.434.232,45	7.147.082,01	0,00	36.581.314,46	
31020100 100 / Universitäten	408.050.147,54	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	408.050.147,54	80.627.618,07	0,00	488.677.765,61	
31020100 188 / Universitäten RRF	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.016.907,82	0,00	1.016.907,82	
31020200 100 / Fachhochschulen	686.372,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	686.372,02	15.787.846,97	0,00	16.474.218,99	
31020300 100 / Services und Förderungen für Studierende	55.400.898,78	0,00	14.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	41.400.898,78	34.696.066,07	0,00	76.106.964,85	
31020400 100 / Studienhilfenbehörde	3.212.125,33	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.212.125,33	448.043,11	0,00	3.660.168,44	
31020500 100 / Lebenslanges Lernen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.385.437,22	0,00	3.385.437,22	
31020502 100 / Bundesinstitut für Erwachsenenbildung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	239.799,40	0,00	239.799,40	
31030100 100 / Projekte und Programme	73.482.544,06	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	73.482.544,06	2.702.690,96	0,00	76.185.235,02	
31030100 188 / Projekte und Programme RRF	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
31030200 100 / Geologische Bundesanstalt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
31030203 100 / Wissenschaftliche Anstalten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
31030300 100 / Basisfinanzierung von Institutionen	263.410.465,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	263.410.465,23	395.665,21	0,00	263.806.130,44	
31040100 100 / Quantum Austria RWF Programm RRF	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
31040100 100 / Fraunhoferprojekte und Gleichstellung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	601.272,51	2.154,84	0,00	603.427,35	
Summe der Detailbudget-Rz	856.271.785,41	0,00	36.455.000,00	0,00	0,00	0,00	3.986.709,73	823.803.495,14	143.064.171,85	0,00	966.867.666,99	
Summe der variablen Ausgaben-Rz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe der EU-Einnahmen-Rz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe der zweckgeb. Einnahmen-Rz	37.724,71	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	37.724,71	37.445,88	37.445,88	0,00	74.871,66	
Summe UG 31 - alle Rz	856.309.510,12	0,00	36.455.000,00	0,00	0,00	0,00	37.724,71	823.841.219,85	143.101.617,73	0,00	966.942.837,58	
UG 32 "Kunst und Kultur"												
32010201 100 / Transferzahlungen Kunst und Kultur	5.984.056,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.984.056,80	9.022.555,34	0,00	15.006.612,14	
32010201 188 / Transferzahlungen Kunst und Kultur RRF	12.653.894,46	0,00	0,00	1.686.000,00	0,00	0,00	0,00	6.447.894,46	1.050.828,13	0,00	7.504.722,59	
32010300 100 / Besondere Kultureinrichtungen	36.500.264,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.500.264,77	1.078.938,16	0,00	37.579.202,93	
32010300 100 / Denkmalschutz	3.088.529,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.088.529,15	2.041.572,49	0,00	5.130.101,64	
32010400 100 / Steuerung und Infrastruktur	779.820,68	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	779.820,68	1.397.870,75	0,00	2.177.691,43	
32010500 100 / Bundesmuseum	26.739.129,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26.739.129,51	21.479.206,54	0,00	48.218.336,05	
32010500 100 / Bundestheater	1.672.763,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.672.763,50	251.127,96	0,00	1.923.891,46	
Summe der Detailbudget-Rz	87.009.048,87	0,00	0,00	1.686.000,00	0,00	0,00	0,00	80.823.048,87	14.993.130,96	0,00	95.816.179,83	
Summe der variablen Ausgaben-Rz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe der EU-Einnahmen-Rz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
32010201 400 / Transferzahlungen Kunst und Kultur	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
32010202 400 / Besondere Kultureinrichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
32010300 400 / Denkmalschutz	3.091.176,14	0,00	0,00	529.000,00	0,00	0,00	0,00	2.562.176,14	511.164,63	0,00	3.073.340,77	
32010400 400 / Steuerung und Infrastruktur	970,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	970,00	0,00	0,00	970,00	
Summe der zweckgeb. Einnahmen-Rz	3.092.146,54	0,00	0,00	529.000,00	0,00	0,00	0,00	2.563.146,54	511.164,63	0,00	3.074.311,17	
Summe UG 32 - alle Rz	90.101.195,41	0,00	3.760.000,00	1.615.000,00	0,00	0,00	0,00	83.386.195,41				

In EURO	Stand per 1.1.2025	Zuführung BRG	budgetierte Rücklagen gem. BRG 2025	Entnahme 2025	Auflösung 2025	Zusammenführung 2025	Stand Ende 2025 vor Zuführung	Zuführung 2025	Stand nach 2025
UG 51 "Kassenverwaltung"									
Rubrik 5									
51010100 100 / Geldverkehr des Bundes	661.695.200,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	661.695.200,75	29.393.328,46	691.088.529,21
51010400 100 / Transfer von der EU	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe der Detailbudget-RL									
	661.695.200,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	661.695.200,75	29.393.328,46	691.088.529,21
Summe der variablen Ausgaben-RL									
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51010400 301 / ESF+ 2021-2027 (Beschäftigung Österreich & JTF)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51010400 302 / Europ. Sozialfonds Periode 2000-2006	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51010400 303 / EU Sozialfonds 2007-2013	13.599.054,54	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13.599.054,54	0,00	13.599.054,54
51010400 304 / EU Sozialfonds 2014-2020	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51010400 305 / EFRE 2021-2027 (BW & JTF)	3.094.111,63	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.094.111,63	0,00	3.094.111,63
51010400 307 / EU Fonds für regionale Entwicklung 2007-2013	29.674.110,14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29.674.110,14	0,00	29.674.110,14
51010400 308 / EU Fonds für regionale Entwicklung 2014-2020	81.727,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	81.727,08	0,00	81.727,08
51010400 312 / EU Garantiefonds für die Landwirtschaft	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51010400 313 / EU Fonds für die ländliche Entwicklung 2014-2022	6.044.579,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.044.579,02	0,00	6.044.579,02
51010400 314 / EU Meeres- und Fischereifonds 2014-2020	92,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	92,51	0,00	92,51
51010400 315 / EU Hilfsfonds für die am stärksten Benachteiligten	69.759,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	69.759,70	0,00	69.759,70
51010400 316 / EU Fonds für die Anpassung an die Globalisierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51010400 317 / EU Solidaritätsfonds	39.150.211,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	39.150.211,00	42.488.844,00	81.639.055,00
51010400 318 / EU Fonds für die ländliche Entwicklung 2023-2027	26.001.237,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26.001.237,60	26.001.237,60	52.002.475,20
51010400 319 / Europ. Meeres-, Fischerei-, Aquakulturfonds 21-27	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	33.590,47	33.590,47
51010400 321 / Aufbau- und Resilienzinitiative (RRF)	229.981.847,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	229.981.847,00	1.427.484,00	231.409.331,00
51010400 322 / Brexit Adjustment Reserve	8.592.628,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.592.628,00	0,00	8.592.628,00
51010400 323 / ESF+ 2021-2027 (Bekämpfung materieller Deprivation)	167.962,92	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	167.962,92	56.052,39	224.015,31
51010400 381 / EU Klima-Sozialfonds (KSF)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe der EU-Einnahmen-RL									
	356.457.321,14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	356.457.321,14	70.007.208,46	426.464.529,60
Summe der zweckgeb. Einnahmen-RL									
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe UG 51 - alle RL									
	1.018.152.521,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.018.152.521,89	99.400.536,92	1.117.553.058,81
UG 58 "Finanzierungs-, Währungstauschverträge"									
58010100 100 / Finanzierungen, Währungstauschverträge, Wertpapiergarantierung	6.820.904.183,38	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.820.904.183,38	0,00	6.820.904.183,38
58010200 100 / Kurzfristige Verpflichtungen	112.961.620,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	112.961.620,03	0,00	112.961.620,03
Summe der Detailbudget-RL									
	6.933.865.803,41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.933.865.803,41	0,00	6.933.865.803,41
Summe der variablen Ausgaben-RL									
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe der EU-Einnahmen-RL									
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe der zweckgeb. Einnahmen-RL									
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe UG 58 - alle RL									
	6.933.865.803,41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.933.865.803,41	0,00	6.933.865.803,41
Summe aller Detailbudget-RL (BLND)									
	25.087.101.346,37	0,00	1.313.820.000,00	310.233.175,07	19.972.531,33	0,00	23.443.075.640,17	1.490.649.787,87	24.933.725.428,04
Summe aller variablen Ausgaben-RL (BLND)									
	515.175.189,54	0,00	0,00	129.215.960,94	0,00	0,00	385.959.228,60	72.846.845,65	457.806.074,25
Summe aller EU-Einnahmen-RL (BLND)									
	356.457.321,14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	356.457.321,14	70.007.208,46	426.464.529,60
Summe aller zweckgeb. Einnahmen-RL (BLND)									
	2.722.631.958,39	0,00	104.091.000,00	11.554.063,52	37.724,71	0,00	2.866.949.070,16	294.723.997,68	3.161.673.067,84
Summe aller UG - alle RL (BLND)									
	28.681.365.814,44	0,00	1.417.911.000,00	451.203.139,59	20.010.255,84	0,00	26.792.141.359,07	1.927.227.839,66	28.719.369.198,73

4. Forderungsbericht – Verfügung gem. § 73 BHG 2013

Gemäß § 47 Abs. 2a BHG 2013 hat die Bundesministerin für Finanzen bzw. der Bundesminister für Finanzen dem Nationalrat jährlich bis zum 31. März gemeinsam mit dem vorläufigen Gebarungserfolg über die im vorangegangenen Finanzjahr vorgenommenen Stundungen, Ratenbewilligungen, Aussetzungen und Einstellungen der Einziehung von Forderungen des Bundes in aggregierter Form zu berichten.

Die Berichtspflicht betrifft nur jene Verfügungen, die aufgrund des BHG 2013 erfolgt sind. Es sind daher keine Verfügungen enthalten, die die öffentlichen Abgaben betreffen. Gemäß den Richtlinien zur Erstellung des Berichtes gemäß § 47 Abs. 2 Z 1 BHG 2013 besteht eine Bagatellgrenze dahingehend, dass nur über jene Verfügungshandlungen berichtet wird, bei welchen die jeweils zugrundeliegende Forderung über 10.000 Euro beträgt. Inhaltlich weist der Bericht detaillierte Aufstellungen und Erläuterungen zu den einzelnen Untergliederungen aus.

Zur Vornahme der konkreten Verfügungshandlungen ist gemäß § 73 BHG 2013 grundsätzlich die Bundesministerin für Finanzen bzw. der Bundesminister für Finanzen befugt, wobei im Sinne der Verwaltungsvereinfachung eine betraglich beschränkte Übertragung der Entscheidungsbefugnis an andere haushaltsleitende Organe möglich ist. Von dieser gesetzlich determinierten Übertragungsmöglichkeit wird im Rahmen der jährlichen Durchführungsbestimmungen zum jeweiligen Bundesfinanzgesetz regelmäßig Gebrauch gemacht. Demnach sind die einzelnen haushaltsleitenden Organe bis zu bestimmten Wertgrenzen (diese sind je nach zugrundeliegendem Sachverhalt verschieden) selbstständig befugt, die Verfügungshandlung vorzunehmen. Dabei sind jedoch einerseits die entsprechenden haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die einzelnen Verfügungshandlungen einzuhalten und andererseits ist sicherzustellen, dass Aufzeichnungen geführt werden, die den Erfordernissen der Richtlinien zur Erstellung des vorliegenden Berichtes entsprechen.

Im Finanzjahr 2025 wurden Stundungen, Ratenbewilligungen, Aussetzungen und Einstellungen der Einziehung von Forderungen iHv. insgesamt 33,7 Mio. € genehmigt (Verfügungen gemäß § 73 BHG 2013 über der Bagatellgrenze von 10.000 Euro). Dies

entspricht 0,1% des Forderungsstands des Bundes gemäß Bundesrechnungsabschluss 2024 (44.781,4 Mio. €).

Tabelle 40: Gesamtüberblick über die Verfügungen der Forderungen nach Rechtstitel

In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Abstattung der Forderungen in Raten	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe der Forderungen deren Einbringung ausgesetzt wurde	Gesamthöhe der Forderungen deren Einziehung eingestellt wurde
Rechtstitel der Forderung						
Schadenersatz	6,8	0,3	0,0		0,4	6,0
Bestandzins	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0
Forderungen aus sonstigen Verträgen	17,3	6,3	4,4	1,5	0,9	5,8
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen	0,1	0,0	0,0		0,0	0,1
Sonstige	9,4	2,2	0,1	0,5	0,0	7,2
Summe	33,7	8,8	4,5		1,3	19,1

Für Forderungen

- iHv. 19,1 Mio. € (bzw. 56,7%) wurde die Einziehung aufgrund erfolgloser Einziehungsmaßnahmen eingestellt
- iHv. 8,8 Mio. € (bzw. 26,1%) wurden Ratenzahlungen genehmigt
- iHv. 4,5 Mio. € (bzw. 13,3%) wurde eine Stundung vereinbart
- iHv. 1,3 Mio. € (bzw. 3,9%) wurde die Einbringung ausgesetzt

Der Hauptteil der Verfügungen entfällt auf Forderungen aus sonstigen Verträgen (17,3 Mio. € bzw. 51,3%). Dazu zählen beispielsweise Leistungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung und Individualbeihilfen. Bei den sonstigen Forderungen iHv. 9,4 Mio. € bzw. 27,9% handelt es sich vor allem um die Stundung der Fruchtgenussrechtszahlung aus der Abrechnung des Fruchtgenussrechts des Geschäftsjahres 2021 bis Juni 2025 der Schloss Schönbrunn Kultur- und BetriebsgmbH. Bei den Schadenersatzforderungen iHv. 6,8 Mio. € bzw. 20,2% handelt es sich vor allem um Forderungen durch die Ersatzvornahme „Räumung Huter/Feldstraße“ in Innsbruck. Von betragsmäßig untergeordneter Bedeutung sind Forderungen aus Regressen gegen Bedienstete und Versicherungen (0,1 Mio. € bzw. 0,3%).

Die betragsmäßig höchsten Verfügungen entfallen mit insgesamt 12,3 Mio. € auf die UG 20 Arbeit und betreffen die Bereiche Arbeitslosenversicherung und Individualbeihilfen sowie die Beihilfen für die betriebliche Ausbildung von Lehrlingen gem. § 19c BAG, finanziert über Mittel des § 14 AMPFG. Es handelt sich dabei um zu Unrecht vom Bund bezogene Leistungen, die zurückzufordern sind.

Weitere 5,6 Mio. € entfallen auf die UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft und betrifft die Ersatzvornahme „Räumung Huter/Feldstraße“ in Innsbruck.

Tabelle 41: Gesamtüberblick über die Verfügungen der Forderungen nach (in Mio. €)

In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Abstattung der Forderungen in Raten	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe der Forderungen deren Einbringung ausgesetzt wurde	Gesamthöhe der Forderungen deren Einziehung eingestellt wurde
06 Rechnungshof	0,210	0,210				
10 Bundeskanzleramt	0,255	0,040			0,215	
11 Inneres	1,214	0,286	0,037		0,407	0,484
12 Äußeres	4,552		3,725	1,5	0,641	0,186
13 Justiz	0,213					0,213
14 Militärische Angelegenheiten	0,053					0,053
17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport	0,047	0,047				
18 Fremdenwesen	0,933		0,067			0,866
20 Arbeit	12,304	6,108	0,664			5,532
21 Soziales und Konsumentenschutz	1,886					1,886
23 Pensionen Beamtinnen und Beamte	0,140					0,140
25 Familie und Jugend	0,100	0,016				0,084
30 Bildung	0,012					0,012
32 Kunst und Kultur	0,024					0,024
40 Wirtschaft	0,075	0,023				0,052
42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	4,024	0,059				3,965
43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	5,601					5,601
45 Bundesvermögen	2,048	2,024		0,5		0,024
Summe	33,691	8,813	4,493		1,263	19,122

Detailübersicht nach Untergliederungen

UG 06 Rechnungshof

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 0,8 Mio. €

Die offene Forderung über rd. 0,210 Mio. € resultiert aus angerechneten Ruhegenussvordienstzeiten für vier Mitarbeiter*innen gemäß § 56 Abs. 1 bis 3b Pensionsgesetz 1965 (PG 1965), BGBl. Nr. 340, wonach ein besonderer Pensionsbeitrag zu leisten ist. Ein weitere*r Mitarbeiter*in erhielt ein Investitionsdarlehen.

Die offene Forderung setzt sich wie folgt zusammen:

- Ein besonderer Pensionsbeitrag in Höhe von 34.469,09 EUR wird gemäß § 56 Abs. 4 PG 1965 in 31 Monatsraten zu je 1.079 € und in einer Restrate zu 1.020,09 € von den Monatsbezügen bis zum 31. August 2028 hereingebracht.
- Ein besonderer Pensionsbeitrag in Höhe von 14.282,80 EUR wird gemäß § 56 Abs. 4 PG 1965 in 20 Monatsraten zu je 700 € und in einer Restrate zu 282,80 € von den Monatsbezügen bis zum 1. August 2028 hereingebracht.
- Ein besonderer Pensionsbeitrag in Höhe von 84.029,40 EUR wird gemäß § 56 Abs. 4 PG 1965 in 63 Monatsraten zu je 1.333,80 € von den Monatsbezügen bis zum 31. März 2031 hereingebracht.
- Ein besonderer Pensionsbeitrag in Höhe von 66.143,52 EUR wird gemäß § 56 Abs. 4 PG 1965 in 60 Monatsraten zu je 1.084,33 € und in einer Restrate zu 1.083,72 € von den Monatsbezügen bis zum 31. Jänner 2031 hereingebracht.

- Ein Investitionsdarlehen in Höhe von 11.900 EUR wird in 119 Monatsraten zu je 100 € von den Monatsbezügen bis zum 30. November 2035 hereingebracht.

Tabelle 42: Verfügungen über Forderungen der UG 06 Rechnungshof

Untergliederung: 06 Rechnungshof										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstimmung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen										
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige	0,034	08.2028	0,034	08.2028						
Sonstige	0,014	08.2028	0,014	08.2028						
Sonstige	0,084	03.2031	0,084	03.2031						
Sonstige	0,066	01.2031	0,066	01.2031						
Sonstige	0,012	11.2035	0,012	11.2035						

UG 10 Bundeskanzleramt

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 19,9 Mio. €

Hierbei handelt es sich einerseits um Forderungen der Volksgruppenförderung in der Höhe von 0,040 Mio. Euro, aufgrund nicht widmungsgemäß verwendeter Mittel. Zur Tilgung der Forderungen wurde eine Ratenvereinbarung getroffen. Weitere 0,215 Mio. Euro betreffen uneinbringliche Forderungen der Integration aus der Förderungsvergabe. Bei einem Fall kam es zu einer freiwilligen Auflösung sowie zu einem außergerichtlichen Vergleich, bei dem 0,003 Mio. Euro von 0,026 Mio. Euro eingebracht werden konnten. In dem zweiten Fall wurde ein Insolvenzverfahren eröffnet bei dem 0,192 Mio. Euro abgeschrieben werden mussten.

Tabelle 43: Verfügungen über Forderungen der UG 10 Bundeskanzleramt

Untergliederung: 10 Bundeskanzleramt										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstimmung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen	0,255	2027	0,040	2027				0,215		
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige										

UG 11 Inneres

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 176,9 Mio. €

Es handelt sich vor allem um Forderungen nach dem Gehaltsgesetz 1956.

Tabelle 44: Verfügungen über Forderungen der UG 11 Inneres

Untergliederung: 11 Inneres										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ...JJJJ	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten bis ...JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz	0,954		0,286		0,037			0,407		0,224
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen										
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen	0,020									0,020
Sonstige	0,240									0,240
Maßgebliche Gründe für die Einstellung der Einziehung absolut in Beträgen und in Prozent der Forderungen:										Betrag in Mio. €/Prozent
Schadenersatz:										
alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht										
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen:										
alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht										
Sonstige:										0,020/100%
alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht										
										0,240/100%

UG 12 Äußeres

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 47,0 Mio. €

Erläuterung zu Regress gegen Bedienstete und Versicherungen:

Die offene Forderung über 0,121 Mio. € resultiert aus irrtümlich zu hoch berechneten Nebengebühren gegenüber einem ehemaligen Bediensteten. Die Forderung wird von der Finanzprokuratur in Evidenz gehalten und betrieben.

Erläuterung zu Forderungen aus sonstigen Verträgen - Kuba:

Im Jahr 2025 haben neuerliche Verhandlungen der GCC (Group of Creditors of Cuba = Pariser Club ohne RU, USA und DE) zu einer neuerlichen Schuldenrestrukturierung stattgefunden. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage konnte Kuba seinen Rückzahlungsverpflichtungen auch nach der Schuldenstundung von 2021 nicht nachkommen. Um Kuba eine Rückzahlung zu ermöglichen, wurde der Rückzahlungszeitraum von 2033 (Amendment von 2021) auf 2044 verlängert, wobei im Zeitraum 2025 bis 2029 nur ein Teil der jährlichen Zinsen zu zahlen ist, der Rest der Zinsen wird kapitalisiert. Ab 2030 sollen Kapital und Zinsen in steigenden Jahresraten bis 2044 zurückbezahlt werden.

Ein neues Amendment zum Vertrag wurde 2025 vorbereitet und ersetzt das Amendment aus 2021. Die Unterzeichnung erfolgte am 9. Jänner 2026.

Aufgrund der neuen Vereinbarung ändern sich sowohl der rückzuzahlende Kreditbetrag als auch die Zinsen. Die Genehmigung zur Löschung der alten Forderungsbuchungen sowie die Einbuchung der neuen Forderungsbuchungen.

Tabelle 45: Verfügungen über Forderungen der UG 12 Äußeres

Untergliederung: 12 Äußeres										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen (Kuba)	4,431	2033	0	2033	3,725		1,50%	0,641	2016-2033	0,065
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen	0,121									0,121
Sonstige										
Maßgebliche Gründe für die Einstellung der Einziehung absolut in Beträgen und in Prozent der Forderungen:									Betrag in Mio. €/Prozent	
Forderungen aus sonstigen Verträgen:										
Verzicht auf Verzugszinsen f. 2016-2024 gem. vertraglicher Vereinbarung mit Kuba										0,065/1,47%
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen:										
alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht										0,121/100%

UG 13 Justiz

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 492,7 Mio. €

Die Forderung aus dem Rechtstitel „Schadenersatz“ betrifft eine Regressforderung nach Schadenersatzleistung auf Grundlage des Amtshaftungsgesetzes (AHG) iHv 0,213 €, zu der die Einstellung der Einziehung gemäß § 73 Abs. 4 Z 2 BHG 2013 erfolgte.

Tabelle 46: Verfügungen über Forderungen der UG 13 Justiz

Untergliederung: 13 Justiz										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz	0,213									0,213
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen										
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige										
Maßgebliche Gründe für die Einstellung der Einziehung absolut in Beträgen und in Prozent der Forderungen:									Betrag in Mio. €/Prozent	
Schadenersatz:										
alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht										0,213/100 %
Einziehungsmaßnahmen von vornherein offenkundig aussichtslos										

UG 14 Militärische Angelegenheiten

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 417,0 Mio. €

Im Finanzjahr 2024 kam es zu vier Verfügungen über mehr als 10.000,00 Euro im Einzelfall.

Zu Abschreibungen von Forderungen iHv. insgesamt 0,030 Mio. € kam es in Zusammenhang mit Ersatzforderungen gegenüber früheren bzw. aktuellen Ressortbediensteten. Die Abschreibungen erfolgten aufgrund faktischer Uneinbringlichkeit.

Zu Abschreibungen von Forderungen iHv. insgesamt 0,023 Mio. € kam es in Zusammenhang mit Ersatzforderungen gegenüber ehemaligen Militärpersonen auf Zeit. Die Abschreibungen erfolgten auch hier aufgrund faktischer Uneinbringlichkeit.

Tabelle 47: Verfügungen über Forderungen der UG 14 Militärische Angelegenheiten

Untergliederung: 14 Militärische Angelegenheiten										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen										
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige (Ansprüche aus öff. rechtl. Dienstverhältnis)	0,030									0,030
Sonstige (Ansprüche aus DV als Militärperson auf Zeit)	0,023									0,023

UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 13,8 Mio. €

Bei den Forderungen iHv. insg. 0,047 Mio. € (Ratenvereinbarungen) handelt es sich um Rückforderungen von gewährten Fördergeldern im Bereich Sport.

Tabelle 48: Verfügungen über Forderungen der UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport

In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen	0,025	2021	0,025	30.06.2028						
Forderungen aus sonstigen Verträgen	0,022	2021	0,022	30.09.2029						
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige										
Forderungen aus sonstigen Verträgen:										
alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht										
Einziehungsmaßnahmen von vornherein offenkundig aussichtslos										

UG 18 Fremdenwesen

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 27,3 Mio. €

Es handelt sich vor allem um Forderungen nach dem BFA-Verfahrensgesetz (BFA-VG).

Tabelle 49: Verfügungen über Forderungen der UG 18 Fremdenwesen

Untergliederung: 18 Fremdenwesen										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen										
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige	0,933				0,067					0,866
Maßgebliche Gründe für die Einstellung der Einziehung absolut in Beträgen und in Prozent der Forderungen:										
Sonstige:									Betrag in Mio. €/Prozent	
der mit der Einziehung verbundene Verwaltungs- und Kostenaufwand steht in keinem Verhältnis zur Forderungshöhe										0,866/92,8 %

UG 20 Arbeit

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 131,8 Mio. €

Die Forderungen von 12,304 Mio. € betreffen die Bereiche Arbeitslosenversicherung und Individualbeihilfen sowie die Beihilfen für die betriebliche Ausbildung von Lehrlingen gem.

§ 19c BAG, finanziert über Mittel des § 14 AMPFG. Es handelt sich dabei um zu Unrecht vom Bund bezogene Leistungen, die zurückzufordern sind. Bei 6,108 Mio. € wurde eine Ratenvereinbarung getroffen; bei 0,664 Mio. € wurde die Forderung gestundet. Über einen Betrag von 5,532 Mio. € musste hingegen die Einziehung der Forderung eingestellt werden.

Tabelle 50: Verfügungen über Forderungen der UG 20 Arbeit

Untergliederung: 20 Arbeit										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen	12,304	2025	6,108	2029	0,664					5,532
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige										
Maßgebliche Gründe für die Einstellung der Einziehung absolut in Beträgen und in Prozent der Forderungen:									Betrag in Mio. €/Prozent	
Forderungen aus sonstigen Verträgen:										
der mit der Einziehung verbundene Verwaltungs- und Kostenaufwand steht in keinem Verhältnis zur Forderungshöhe									ja, nicht quantifizierbar	
alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht									ja, nicht quantifizierbar	
Einziehungsmaßnahmen von vornherein offenkundig aussichtslos									ja, nicht quantifizierbar	

UG 21 Soziales und Konsumentenschutz

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 357,3 Mio. €

Forderungen über 1,747 Mio. €, die nach dem Verbrechensopfergesetz (VOG) von den Tätern und Täterinnen zu begleichen gewesen wären, mussten im Jahr 2025 abgeschrieben werden, da diese über kein hinreichendes Einkommen oder Vermögen verfügt haben oder zwischenzeitig verstorben sind.

Im Bereich Kriegsopferversorgungsgesetz mussten aufgrund der Verjährung der Exekutionstitel uneinbringliche Forderungen in Höhe von 0,139 Mio. € abgeschrieben werden.

Tabelle 51: Verfügungen über Forderungen der UG 21 Soziales und Konsumentenschutz

Untergliederung: 21 Soziales und Konsumentenschutz										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen										
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige	1,886									1,886
Maßgebliche Gründe für die Einstellung der Einziehung absolut in Beträgen und in Prozent der Forderungen:									Betrag in Mio. €/Prozent	
Sonstige:										
der mit der Einziehung verbundene Verwaltungs- und Kostenaufwand steht in keinem Verhältnis zur Forderungshöhe									0,107/5,7%	
alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht									0,800/42,4%	
Einziehungsmaßnahmen von vornherein offenkundig aussichtslos									0,979/51,9%	

UG 23 Pensionen – Beamtinnen und Beamte

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 323,0 Mio. €

Forderungen von 0,140 Mio. € wurden abgeschrieben. Hierbei handelt es sich zum Großteil um die Abschreibung von Pflegegeldrückforderungen wegen Uneinbringlichkeit mangels Deckung im Nachlass. Darüber hinaus mussten gewisse Pflegegeldrückforderungen wegen Geringfügigkeit abgeschrieben werden.

Tabelle 52: Verfügungen über Forderungen der UG 23 Pensionen – Beamtinnen und Beamte

Untergliederung: UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen										
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige	0,140									0,140
Maßgebliche Gründe für die Einstellung der Einziehung absolut in Beträgen und in Prozent der Forderungen:									Betrag in Mio. €/Prozent	
Sonstige:										
der mit der Einziehung verbundene Verwaltungs- und Kostenaufwand steht in keinem Verhältnis zur Forderungshöhe										0,053
alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht										0,087

UG 25 Familie und Jugend

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 4.496,4 Mio. €

Bei der Forderung in der Höhe von 0,100 Mio. € handelt es sich um ein im Jahr 2024 eröffnetes Konkursverfahren eines Schulbuchhändlers. Im Rahmen des Insolvenzverfahrens wurde eine Zahlung in Höhe von 0,016 Mio. € vereinbart. Der Restbetrag in Höhe von 0,084 Mio. € erwies sich als uneinbringlich und musste daher abgeschrieben werden.

Tabelle 53: Verfügungen über Forderungen der UG 25 Familie und Jugend

Untergliederung: UG 25 Familie und Jugend										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen	0,100	13.03.2025	0,016							0,084
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige										

UG 30 Bildung

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 212,0 Mio. €

Es handelt sich um eine Forderung des Bundes aus dem Jahr 2001 im Bereich der nunmehrigen Bildungsdirektion für Wien. Die gegen den Schuldner gerichtete Forderung hat sich ursprünglich auf einen Betrag in Höhe von ATS 139.752,64 bezogen. Nach Auskunft der Finanzprokuratur ist nunmehr ein Gesamtbetrag von EUR 11.570,90 offen. Dieser Betrag wurde im Jahr 2025 auf Empfehlung der Finanzprokuratur wegen Aussichtslosigkeit der Einbringung abgeschrieben.

Tabelle 54: Verfügungen über Forderungen der UG 30 Bildung

Untergliederung: 30 Bildung										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen										
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige	0,012									0,012
Maßgebliche Gründe für die Einstellung der Einziehung absolut in Beträgen und in Prozent der Forderungen:									Betrag in Mio. €/Prozent	
Sonstige:										
Einziehungsmaßnahmen von vornherein offenkundig aussichtslos									0,012/100%	

UG 32 Kunst und Kultur

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 3,9 Mio. €

Bei der Forderung iHv. 0,024 Mio. €, deren Einziehung eingestellt wurde, handelt es sich um eine Rückforderung, einer während der Covid-19-Pandemie gewährten Förderung.

Tabelle 55: Verfügungen über Forderungen der UG 32 Kunst und Kultur

Untergliederung: 32 Kunst und Kultur										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen	0,024	2023								0,024
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige										
Maßgebliche Gründe für die Einstellung der Einziehung absolut in Beträgen und in Prozent der Forderungen:									Betrag in Mio. €/Prozent	
Forderungen aus sonstigen Verträgen:										
alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht									0,024/100,0 %	

UG 40 Wirtschaft

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 346,3 Mio. €

Von den 0,075 Mio. € -Forderungen bei denen Zahlungserleichterungen gewährt wurden, handelt es sich um die Einziehung von Forderungen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds (im Bereich der Wirtschaftsförderung in Höhe von insgesamt 0,052 Mio. €), die wegen Uneinbringlichkeit auf Empfehlung der Finanzprokuratur eingestellt wurden. Darüber hinaus kam es beim Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (BEV) zu einer Forderung aus Schadenersatz mit Ratenzahlung iHv. 0,023 Mio. €.

Tabelle 56: Verfügungen über Forderungen der UG 40 Wirtschaft

Untergliederung: 40 Wirtschaft										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz	0,023	2043	0,023	2043						
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen	0,052									0,052
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige										
Maßgebliche Gründe für die Einstellung der Einziehung absolut in Beträgen und in Prozent der Forderungen:									Betrag in Mio. €/Prozent	
Forderungen aus sonstigen Verträgen:										
alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht									0,052/100%	

UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 689,5 Mio. €

Der größte Teil der offenen Forderungen betrifft notstandspolizeiliche Maßnahmen, welche Gegenstand von langjährigen Gerichtsverfahren oder Verhandlungen der Finanzprokurator sind. Bei Gefahr im Verzug sind laut § 31 Abs. 3 WRG 1959 notstandspolizeiliche Maßnahmen zur Vermeidung von Gewässerverunreinigungen behördlich zu veranlassen. Die dabei entstehenden Kosten werden in weiterer Folge dem Verursacher oder Grundeigentümer vorgeschrieben und als Forderungen des Bundes erfasst.

Tabelle 57: Verfügungen über Forderungen der UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft

Untergliederung: 42 - Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit (bis ...JJJJ)	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten (bis ... JJJJ)	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum (bis ...JJJJ)	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe der Forderungen deren Einbringung ausgesetzt wurde	Aussetzung (bis...JJJJ)	Gesamthöhe der Forderungen deren Einziehung eingestellt wurde
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen										
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige	4,024		0,059	2026						3,965
Maßgebliche Gründe für die Einstellung der Einziehung absolut in Beträgen und in Prozent der Forderungen:										Betrag in Mio. €/Prozent
Sonstige:	alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht									3,965/98%

UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 108,2 Mio. €

Die Ersatzvornahme „Räumung Huter/Feldstraße“ in Innsbruck konnte im Mai 2024 abgeschlossen bzw. endabgerechnet werden. Mitsamt den erforderlichen Vorleistungen wurden von insgesamt € 4.604.966,22 für die Herstellung des rechtmäßigen Zustandes aufgewendet. Die Anweisungen erfolgten aus dem allgem. Budget. Die für die ggstdl. Maßnahmen Verpflichtete, die HAZI Huter Abfallzentrum Innsbruck GmbH wurde mittlerweile aus dem Firmenbuch gelöscht und ist damit nicht mehr existent. Im Ersatzvornahmeverfahren gemäß § 62 Abs 7 AWG iVm VVG konnten keine weiteren Verpflichteten festgestellt und zur Kostentragung herangezogen werden. Die Forderungen wurden seinerzeit im Zuge des Konkursverfahrens von der Finanzprokurator angemeldet, die Quote belief sich auf 2,200489%, was zu einer Zahlung von € 21.919,65 an das BMK führte. Die ursprünglich eingebuchte Forderung von 5,601 Mio. € wurde versehentlich erst verspätet ausgebucht.

Tabelle 58: Verfügungen über Forderungen der UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft

Untergliederung: 43 - Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft											
Rechtstitel der Forderung	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit (bis ...JJJJ)	Abstattung der Forderungen in Raten	Raten (bis ...JJJJ)	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum (bis ...JJJJ)	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe der Forderungen deren Einbringung ausgesetzt wurde	Aussetzung (bis...JJJJ)	Gesamthöhe der Forderungen deren Einziehung eingestellt wurde	
Schadenersatz	5,601									5,601	
Bestandzins											
Forderungen aus sonstigen Verträgen											
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen											
Sonstige											
Maßgebliche Gründe für die Einstellung der Einziehung absolut in Beträgen und in Prozent der Forderungen:									Betrag in Mio. €/Prozent		
Schadenersatz											
alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht										5,601/100%	

UG 45 Bundesvermögen

Forderungen gemäß BRA per 31.12.2024: 2.414,6 Mio. €

Forderungen aus sonstigen Verträgen:

Bei den ausgewiesenen Forderungen handelt es sich um Ansprüche aus Rückforderungen, welche gemäß COFAG-NoAG von der COFAG an den Bund übergegangen sind.

Im Rahmen von Gerichtsverfahren wurden zur Begleichung der ausstehenden Rückforderungen Ratenvereinbarungen iHv. 91.066,97 Euro abgeschlossen. Ein weiteres Gerichtsverfahren bezüglich einer Forderung iHv. 54.373,98 Euro wurde mit dem Abschluss eines Vergleiches beendet und dies führte zu einer Forderungsausbuchung iHv. 23.585,98 EUR. Weiters wurden durch die COFAG über ausstehende Rückforderungen Ratenvereinbarungen abgeschlossen, welche durch den Bund iHv. 12.665,26 Euro übernommen wurden und die Raten noch offen sind.

Sonstige Forderungen:

Um die Liquidität der Schloss Schönbrunn Kultur- und BetriebsgmbH im Zusammenhang mit den extremen Einnahmeausfällen, bedingt durch die COVID-19 Pandemie, aufrecht zu erhalten, wurde die abschließende Fruchtgenussrechtszahlung aus der Abrechnung des Fruchtgenussrechts des Geschäftsjahres 2019 iHv. rd. 5,020 Mio. €, die 2020 fällig gewesen wäre, wurde gestundet. Die Forderung wurde in 5 unterschiedlich hohen und ansteigenden Jahresraten (0,1 Mio. €; 0,5 Mio. €; 1,0 Mio. €; 1,5 Mio. € und 1,920 Mio. € zzgl. Zinsen) beginnend mit 2021 bis 20.12.2025 bedient. Im Finanzjahr 2025 wurde die 5. und letzte Jahresrate iHv. 1,920 Mio. € zzgl. Zinsen beglichen.

Tabelle 59: Verfügungen über Forderungen der UG 45 Bundesvermögen

Untergliederung: 45 Bundesvermögen										
In Mio. €	Gesamthöhe der Forderungen	Fälligkeit bis ... JJJJ	Abstättung der Forderungen in Raten	Raten bis ... JJJJ	Gesamthöhe der gestundeten Forderungen	Stundungszeitraum bis ...JJJJ	Stundungszinsen von % bis %	Gesamthöhe d. Forderungen, Einbringung ausgesetzt	Aussetzung bis...JJJJ	Gesamthöhe d. Forderungen, Einziehung eingestellt
Rechtstitel der Forderung										
Schadenersatz										
Bestandzins										
Forderungen aus sonstigen Verträgen	0,050	2023	0,050	2028						
Forderungen aus sonstigen Verträgen	0,024									0,024
Forderungen aus sonstigen Verträgen	0,013	2023	0,013	2026						
Forderungen aus sonstigen Verträgen	0,041	2024	0,041	2028						
Regress gegen Bedienstete und Versicherungen										
Sonstige	1,920	20.12.2025	1,920	20.12.2025						
						Aussetzung d. Forderung von November 2020 bis Juni 2021; Abstättung d. Forderung von 2021 - 2025	0,5 ---		November 2020 bis Juni 2021	---
Maßgebliche Gründe für die Einstellung der Einziehung absolut in Beträgen und in Prozent der Forderungen:										Betrag in Mio. €/Prozent
Forderungen aus sonstigen Verträgen:										
alle Möglichkeiten der Einziehung wurden erfolglos versucht										0,024/100%
Sonstige:										
der mit der Einziehung verbundene Verwaltungs- und Kostenaufwand steht in keinem Verhältnis zur Forderungshöhe										1,920/100%

5. Übersichten

Übersicht 1: Auszahlungen je Untergliederung	179
Übersicht 2: Einzahlungen je Untergliederung	180
Übersicht 3: Auszahlungen nach ökonomischer Gliederung	181
Übersicht 4: Einzahlungen nach ökonomischer Gliederung	181
Übersicht 5: Abgabenerfolg des Bundes (UG 16, Finanzierungsrechnung)	182
Übersicht 6: Vorläufiger Erfolg nach UG, GB und DB	183

Übersicht 1: Auszahlungen je Untergliederung

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	in %	
Rubrik 0,1: Recht und Sicherheit	14.877,8	15.328,8	+450,9	+3,0%	14.877,8	15.345,3	+467,4	+3,1%	+16,5
UG 01 Präsidialkanzlei	12,3	12,7	+0,5	+4,0%	12,3	12,7	+0,4	+3,6%	-0,0
UG 02 Bundesgesetzgebung	313,0	284,8	-28,2	-9,0%	313,0	259,9	-53,2	-17,0%	-25,0
UG 03 Verfassungsgerichtshof	19,6	20,7	+1,1	+5,7%	19,6	20,2	+0,7	+3,3%	-0,5
UG 04 Verwaltungsgerichtshof	26,5	27,6	+1,1	+4,2%	26,5	25,8	-0,7	-2,5%	-1,8
UG 05 Volksanwaltschaft	15,7	15,7	+0,1	+0,5%	15,7	16,1	+0,5	+2,9%	+0,4
UG 06 Rechnungshof	46,5	48,6	+2,1	+4,5%	46,5	46,8	+0,3	+0,7%	-1,8
UG 10 Bundeskanzleramt	960,8	626,2	-334,6	-34,8%	960,8	643,0	-317,8	-33,1%	+16,8
UG 11 Inneres	4.010,6	4.155,1	+144,5	+3,6%	4.010,6	4.108,3	+97,6	+2,4%	-46,9
UG 12 Äußeres	643,0	655,7	+12,7	+2,0%	643,0	631,4	-11,6	-1,8%	-24,3
UG 13 Justiz	2.321,0	2.402,9	+81,9	+3,5%	2.321,0	2.385,3	+64,3	+2,8%	-17,6
UG 14 Militärische Angelegenheiten	4.041,6	4.390,8	+349,1	+8,6%	4.041,6	4.608,9	+567,2	+14,0%	+218,1
UG 15 Finanzverwaltung	1.553,6	1.559,9	+6,4	+0,4%	1.553,6	1.499,2	-54,3	-3,5%	-60,7
UG 16 Öffentliche Abgaben				kA.				kA.	
UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport	284,7	434,0	+149,3	+52,5%	284,7	413,7	+129,0	+45,3%	-20,3
UG 18 Fremdenwesen	629,0	693,9	+64,9	+10,3%	629,0	673,9	+44,9	+7,1%	-20,0
Rubrik 2: Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	57.683,5	60.851,4	+3.167,8	+5,5%	57.683,5	60.997,3	+3.313,8	+5,7%	+146,0
UG 20 Arbeit	10.181,3	10.345,4	+164,1	+1,6%	10.181,3	10.781,3	+600,0	+5,9%	+435,9
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	5.789,5	5.799,5	+10,0	+0,2%	5.789,5	5.623,3	-166,2	-2,9%	-176,2
UG 22 Pensionsversicherung	17.356,8	19.446,8	+2.089,9	+12,0%	17.356,8	19.446,7	+2.089,9	+12,0%	-0,0
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	12.657,8	13.428,0	+770,1	+6,1%	12.657,8	13.308,5	+650,7	+5,1%	-119,5
UG 24 Gesundheit	2.950,7	2.840,2	-110,4	-3,7%	2.950,7	2.793,2	-157,5	-5,3%	-47,1
UG 25 Familie und Jugend	8.747,4	8.991,6	+244,1	+2,8%	8.747,4	9.044,3	+296,9	+3,4%	+52,8
Rubrik 3: Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	19.565,2	20.795,1	+1.229,9	+6,3%	19.565,2	20.836,4	+1.271,2	+6,5%	+41,3
UG 30 Bildung	11.588,9	11.996,1	+407,2	+3,5%	11.588,9	12.087,7	+498,8	+4,3%	+91,6
UG 31 Wissenschaft und Forschung	6.556,5	7.272,8	+716,3	+10,9%	6.556,5	7.221,3	+664,9	+10,1%	-51,4
UG 32 Kunst und Kultur	658,5	670,7	+12,1	+1,8%	658,5	661,3	+2,7	+0,4%	-9,4
UG 33 Wirtschaft (Forschung)	221,6	228,5	+6,9	+3,1%	221,6	235,4	+13,9	+6,3%	+6,9
UG 34 Innovation und Technologie (Forschung)	539,7	627,1	+87,3	+16,2%	539,7	630,7	+91,0	+16,9%	+3,6
Rubrik 4: Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	21.195,6	17.874,1	-3.321,5	-15,7%	21.195,6	17.465,2	-3.730,4	-17,6%	-408,9
UG 40 Wirtschaft	2.002,5	1.366,1	-636,4	-31,8%	2.002,5	1.330,1	-672,4	-33,6%	-36,0
UG 41 Mobilität	5.356,9	6.029,5	+672,6	+12,6%	5.356,9	5.667,8	+310,9	+5,8%	-361,7
UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	3.012,3	2.840,3	-172,0	-5,7%	3.012,3	3.016,8	+4,5	+0,1%	+176,5
UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	4.884,3	2.193,1	-2.691,2	-55,1%	4.884,3	2.491,8	-2.392,6	-49,0%	+298,6
UG 44 Finanzausgleich	3.406,1	3.907,9	+501,8	+14,7%	3.406,1	3.744,4	+338,3	+9,9%	-163,5
UG 45 Bundesvermögen	2.398,4	1.536,9	-861,5	-35,9%	2.398,4	1.214,3	-1.184,1	-49,4%	-322,6
UG 46 Finanzmarktstabilität	135,0	0,3	-134,7	-99,8%	135,0	0,0	-135,0	kA.	-0,3
Rubrik 5: Kassa und Zinsen	7.365,1	8.384,1	+1.019,0	+13,8%	7.365,1	6.823,8	-541,3	-7,3%	-1.560,3
UG 51 Kassenverwaltung		0,0	+0,0	kA.		0,3	+0,3	kA.	+0,3
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	7.365,1	8.384,0	+1.018,9	+13,8%	7.365,1	6.823,5	-541,6	-7,4%	-1.560,6
Auszahlungen	120.687,3	123.233,4	+2.546,1	+2,1%	120.687,3	121.468,0	+780,7	+0,6%	-1.765,5
Variable Gebarung	28.588,3	30.700,5	+2.112,2	+7,4%	28.588,3	31.182,2	+2.593,9	+9,1%	+481,7
UG 20 Arbeit	7.476,3	7.718,7	+242,4	+3,2%	7.476,3	8.156,8	+680,5	+9,1%	+438,1
UG 22 Pensionsversicherung	17.356,8	19.446,8	+2.089,9	+12,0%	17.356,8	19.446,7	+2.089,9	+12,0%	-0,0
UG 24 Gesundheit	919,7	930,9	+11,2	+1,2%	919,7	933,5	+13,8	+1,5%	+2,7
UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	1.462,3	1.351,1	-111,2	-7,6%	1.462,3	1.457,0	-5,3	-0,4%	+105,9
UG 44 Finanzausgleich	1.229,2	1.246,1	+16,9	+1,4%	1.229,2	1.174,0	-55,3	-4,5%	-72,1
UG 45 Bundesvermögen	8,9	7,0	-1,9	-21,3%	8,9	14,1	+5,2	+58,8%	+7,1
UG 46 Finanzmarktstabilität	135,0		-135,0	kA.	135,0		-135,0	kA.	

kA. = keine %-Angabe da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert.

Übersicht 2: Einzahlungen je Untergliederung

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ BVA / v. Erf. 25
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %	
Rubrik 0,1: Recht und Sicherheit	71.877,0	73.612,6	+1.735,6	+2,4%	71.877,0	75.650,7	+3.773,7	+5,3%	+2.038,1
UG 01 Präsidienkanzlei	0,0	0,0	+0,0	kA.	0,0	0,0	-0,0	kA.	-0,0
UG 02 Bundesgesetzgebung	2,0	2,3	+0,3	+15,4%	2,0	2,3	+0,3	+14,5%	-0,0
UG 03 Verfassungsgerichtshof	0,2	0,1	-0,1	-55,3%	0,2	0,2	-0,0	-14,4%	+0,1
UG 04 Verwaltungsgerichtshof	0,0	0,0	-0,0	kA.	0,0	0,0	-0,0	kA.	+0,0
UG 05 Volksanwaltschaft	0,2	0,1	-0,0	-22,2%	0,2	0,1	-0,0	-7,5%	+0,0
UG 06 Rechnungshof	0,2	0,1	-0,1	-60,5%	0,2	0,1	-0,1	-48,4%	+0,0
UG 10 Bundeskanzleramt	21,6	5,9	-15,7	-72,5%	21,6	5,5	-16,1	-74,7%	-0,5
UG 11 Inneres	172,2	152,9	-19,3	-11,2%	172,2	172,5	+0,3	+0,2%	+19,6
UG 12 Äußeres	8,0	6,4	-1,6	-20,4%	8,0	7,1	-0,9	-11,4%	+0,7
UG 13 Justiz	1.280,3	1.363,3	+83,0	+6,5%	1.280,3	1.346,7	+66,4	+5,2%	-16,7
UG 14 Militärische Angelegenheiten	58,2	50,0	-8,2	-14,0%	58,2	55,0	-3,2	-5,5%	+4,9
UG 15 Finanzverwaltung	273,5	220,8	-52,7	-19,3%	273,5	238,0	-35,5	-13,0%	+17,2
UG 16 Öffentliche Abgaben	70.016,5	71.762,4	+1.745,9	+2,5%	70.016,5	73.764,8	+3.748,3	+5,4%	+2.002,4
UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport	0,6	14,9	+14,2	kA.	0,6	26,2	+25,5	kA.	+11,3
UG 18 Fremdenwesen	43,4	33,3	-10,1	-23,3%	43,4	32,3	-11,1	-25,6%	-1,0
Rubrik 2: Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	22.338,8	22.545,8	+206,9	+0,9%	22.338,8	22.769,7	+430,9	+1,9%	+224,0
UG 20 Arbeit	9.803,9	9.864,9	+60,9	+0,6%	9.803,9	9.990,0	+186,0	+1,9%	+125,1
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	1.311,6	1.453,7	+142,1	+10,8%	1.311,6	1.452,9	+141,3	+10,8%	-0,8
UG 22 Pensionsversicherung	63,4	64,6	+1,2	+1,8%	63,4	65,3	+1,9	+2,9%	+0,7
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	2.192,6	2.130,3	-62,3	-2,8%	2.192,6	2.105,2	-87,4	-4,0%	-25,1
UG 24 Gesundheit	63,8	74,5	+10,6	+16,7%	63,8	68,4	+4,5	+7,1%	-6,1
UG 25 Familie und Jugend	8.903,3	8.957,8	+54,4	+0,6%	8.903,3	9.088,0	+184,6	+2,1%	+130,2
Rubrik 3: Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	126,4	93,4	-33,0	-26,1%	126,4	98,3	-28,1	-22,2%	+4,9
UG 30 Bildung	117,2	79,9	-37,3	-31,8%	117,2	86,8	-30,4	-26,0%	+6,9
UG 31 Wissenschaft und Forschung	2,6	6,3	+3,7	+145,6%	2,6	5,5	+3,0	+115,7%	-0,8
UG 32 Kunst und Kultur	4,2	6,2	+2,0	+48,0%	4,2	4,8	+0,6	+13,7%	-1,4
UG 33 Wirtschaft (Forschung)	2,4	1,0	-1,4	-58,8%	2,4	1,2	-1,3	-51,7%	+0,2
UG 34 Innovation und Technologie (Forschung)	0,0	0,0	+0,0	kA.	0,0	0,0	+0,0	kA.	+0,0
Rubrik 4: Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	5.285,0	4.755,2	-529,8	-10,0%	5.285,0	4.921,1	-363,9	-6,9%	+165,9
UG 40 Wirtschaft	72,9	1.286,5	+1.213,6	kA.	72,9	1.319,1	+1.246,2	kA.	+32,6
UG 41 Mobilität	1.030,6	1.167,9	+137,3	+13,3%	1.030,6	1.160,1	+129,5	+12,6%	-7,8
UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	521,7	478,6	-43,1	-8,3%	521,7	480,0	-41,6	-8,0%	+1,4
UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	316,5	405,0	+88,5	+28,0%	316,5	288,6	-27,8	-8,8%	-116,3
UG 44 Finanzausgleich	894,6	907,7	+13,1	+1,5%	894,6	922,6	+28,0	+3,1%	+14,9
UG 45 Bundesvermögen	2.428,7	509,4	-1.919,3	-79,0%	2.428,7	745,6	-1.683,0	-69,3%	+236,2
UG 46 Finanzmarktstabilität	20,0	0,0	-20,0	kA.	20,0	4,9	-15,1	-75,4%	+4,9
Rubrik 5: Kassa und Zinsen	1.940,7	4.094,1	+2.153,4	+111,0%	1.940,7	3.634,4	+1.693,8	+87,3%	-459,7
UG 51 Kassenverwaltung	1.940,7	4.094,1	+2.153,4	+111,0%	1.940,7	3.634,4	+1.693,8	+87,3%	-459,7
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge				kA.				kA.	
Einzahlungen	101.567,9	105.101,1	+3.533,2	+3,5%	101.567,9	107.074,3	+5.506,4	+5,4%	+1.973,2

kA. = keine %-Angabe da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert.

Übersicht 3: Auszahlungen nach ökonomischer Gliederung

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg	BVA	Veränderung		Erfolg	v. Erfolg	Veränderung		Δ BVA / v. Erf. 25
	2024	2025	in Mio. €	in %	2024	2025	in Mio. €	in %	
Auszahlungen	120.687,3	123.233,4	+2.546,1	+2,1%	120.687,3	121.468,0	+780,7	+0,6%	-1.765,5
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1.578,5	1.596,1	+17,6	+1,1%	1.578,5	1.826,9	+248,3	+15,7%	+230,7
Auszahlungen aus Darlehen und Vorschüsse	542,9	562,4	+19,5	+3,6%	542,9	307,1	-235,8	-43,4%	-255,3
Auszahlungen für finanzierungswirksame Aufwendungen	118.565,8	121.074,9	+2.509,0	+2,1%	118.565,8	119.334,0	+768,2	+0,6%	-1.740,9
Auszahlungen/Aufwendungen für Personal	12.204,2	12.781,1	+577,0	+4,7%	12.204,2	12.704,1	+499,9	+4,1%	-77,1
Bezüge	8.298,7	8.867,0	+568,4	+6,8%	8.298,7	8.722,5	+423,8	+5,1%	-144,5
Mehrdienstleistungen	941,9	900,3	-41,6	-4,4%	941,9	929,2	-12,7	-1,3%	+28,9
Sonstige Nebengebühren	537,7	546,7	+9,0	+1,7%	537,7	545,3	+7,7	+1,4%	-1,4
Gesetzlicher Sozialaufwand	2.166,1	2.239,5	+73,3	+3,4%	2.166,1	2.248,8	+82,7	+3,8%	+9,4
Abfertigungen und Jubiläumswendungen	175,4	145,1	-30,3	-17,3%	175,4	177,3	+1,9	+1,1%	+32,2
Freiwilliger Sozialaufwand	46,3	42,6	-3,7	-8,1%	46,3	42,3	-4,0	-8,7%	-0,3
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	38,1	40,0	+1,9	+5,0%	38,1	38,6	+0,5	+1,3%	-1,4
Betrieblicher Sachaufwand	8.267,6	8.505,3	+237,7	+2,9%	8.267,6	8.312,5	+44,8	+0,5%	-192,8
Vergütungen innerhalb des Bundes	82,3	10,4	-71,9	-87,3%	82,3	5,9	-76,4	-92,9%	-4,6
Materialaufwand	14,2	14,1	-0,1	-1,0%	14,2	12,4	-1,8	-12,6%	-1,7
Mieten	1.311,9	1.383,6	+71,7	+5,5%	1.311,9	1.376,6	+64,7	+4,9%	-7,0
Instandhaltung	388,2	390,8	+2,5	+0,6%	388,2	407,9	+19,7	+5,1%	+17,2
Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	139,5	138,4	-1,1	-0,8%	139,5	123,3	-16,2	-11,6%	-15,1
Reisen	113,9	111,6	-2,3	-2,0%	113,9	116,3	+2,4	+2,1%	+4,7
Aufwand für Werkleistungen	3.582,2	3.829,5	+247,2	+6,9%	3.582,2	3.734,5	+152,2	+4,2%	-95,0
Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund	363,6	373,1	+9,4	+2,6%	363,6	370,1	+6,5	+1,8%	-3,0
Transporte durch Dritte	552,6	553,6	+1,0	+0,2%	552,6	561,9	+9,2	+1,7%	+8,2
Heeresanlagen	181,0	174,7	-6,3	-3,5%	181,0	218,5	+37,5	+20,7%	+43,8
Entschädigungen an Präsenz- und Zivildienstleistende	108,2	113,4	+5,2	+4,8%	108,2	111,8	+3,6	+3,3%	-1,6
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	102,4	103,1	+0,7	+0,7%	102,4	78,7	-23,7	-23,1%	-24,4
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	1.327,4	1.309,0	-18,4	-1,4%	1.327,4	1.194,6	-132,9	-10,0%	-114,4
Auszahlungen/Aufwendungen für Transfers	90.728,5	91.403,9	+675,4	+0,7%	90.728,5	91.493,7	+765,2	+0,8%	+89,7
Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	51.165,4	54.613,6	+3.448,3	+6,7%	51.165,4	54.595,7	+3.430,3	+6,7%	-18,0
Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger	879,7	775,7	-103,9	-11,8%	879,7	782,4	-97,3	-11,1%	+6,6
Transfers an Unternehmen	13.445,9	12.266,1	-1.179,8	-8,8%	13.445,9	11.977,4	-1.468,5	-10,9%	-288,8
Transfers an private Haushalte	24.881,7	23.384,2	-1.497,5	-6,0%	24.881,7	23.782,3	-1.099,3	-4,4%	+398,1
Sonstige Transfers	355,9	364,2	+8,3	+2,3%	355,9	355,9	+0,0	+0,0%	-8,3
Auszahlungen/Aufwendungen für Finanzaufwand	7.365,5	8.384,5	+1.018,9	+13,8%	7.365,5	6.823,8	-541,7	-7,4%	-1.560,7

Übersicht 4: Einzahlungen nach ökonomischer Gliederung

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich
	Erfolg	BVA	Veränderung		Erfolg	v. Erfolg	Veränderung		Δ BVA / v. Erf. 25
	2024	2025	in Mio. €	in %	2024	2025	in Mio. €	in %	
Einzahlungen	101.567,9	105.101,1	+3.533,2	+3,5%	101.567,9	107.074,3	+5.506,4	+5,4%	+1.973,2
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	28,4	4,3	-24,1	-84,8%	28,4	19,4	-9,0	-31,7%	+15,1
Einzahlungen aus Darlehen und Vorschüsse	373,3	189,6	-183,7	-49,2%	373,3	305,5	-67,8	-18,2%	+115,9
Einzahlungen aus finanzierungswirksamen Erträgen	101.166,1	104.907,1	+3.741,0	+3,7%	101.166,1	106.749,3	+5.583,2	+5,5%	+1.842,2
Abgaben - brutto	114.268,8	117.398,0	+3.129,2	+2,7%	114.268,8	119.736,7	+5.467,9	+4,8%	+2.338,7
Ab-Überweisungen	-44.252,3	-45.635,6	-1.383,3	+3,1%	-44.252,3	-45.971,9	-1.719,6	+3,9%	-336,3
Abgabenähnliche Einzahlungen	17.978,0	18.536,6	+558,6	+3,1%	17.978,0	18.731,6	+753,6	+4,2%	+194,9
Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (ALV)	9.361,2	9.680,0	+318,8	+3,4%	9.361,2	9.813,5	+452,3	+4,8%	+133,5
Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)	8.547,8	8.788,2	+240,4	+2,8%	8.547,8	8.847,2	+299,4	+3,5%	+59,0
Sonstige abgabenähnliche Einzahlungen/Erträge	69,0	68,5	-0,5	-0,7%	69,0	70,9	+1,9	+2,8%	+2,4
Einzahlungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	864,7	881,8	+17,1	+2,0%	864,7	812,3	-52,4	-6,1%	-69,5
Kostenbeiträge und Gebühren	1.584,2	1.722,0	+137,8	+8,7%	1.584,2	1.739,1	+155,0	+9,8%	+17,2
Transfers	7.692,6	9.764,9	+2.072,4	+26,9%	7.692,6	9.251,9	+1.559,3	+20,3%	-513,1
Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	1.170,4	662,2	-508,2	-43,4%	1.170,4	726,0	-444,4	-38,0%	+68,8
Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern	1.631,8	4.026,6	+2.394,8	+146,8%	1.631,8	3.528,8	+1.897,0	+116,3%	-497,8
Transfers von Unternehmen	585,1	632,5	+47,5	+8,1%	585,1	646,1	+61,0	+10,4%	+13,6
Transfers von privaten Haushalten	315,5	320,1	+4,6	+1,5%	315,5	318,9	+3,3	+1,1%	-1,3
Transfers innerhalb des Bundes	3.449,8	3.582,5	+132,7	+3,8%	3.449,8	3.494,7	+45,0	+1,3%	-87,7
Sozialbeiträge	540,0	541,0	+1,0	+0,2%	540,0	537,3	-2,6	-0,5%	-3,6
Vergütungen innerhalb des Bundes	45,3	10,0	-35,3	-77,9%	45,3	5,9	-39,4	-87,0%	-4,1
Sonstige Einzahlungen	541,2	384,0	-157,2	-29,1%	541,2	565,6	+24,3	+4,5%	+181,6
Finanzeinzahlungen	2.443,7	1.845,4	-598,3	-24,5%	2.443,7	1.878,3	-565,5	-23,1%	+32,9

Übersicht 5: Abgabenerfolg des Bundes (UG 16, Finanzierungsrechnung)

In Mio. €	Planung				Vollzug				Vergleich Δ Erf. / BVA 2025
	Erfolg 2024	BVA 2025	Veränderung in Mio. €	in %	Erfolg 2024	v. Erfolg 2025	Veränderung in Mio. €	in %	
UG 16 Öffentliche Abgaben - Brutto	114.268,8	117.398,0	+3.129,2	+2,7%	114.268,8	119.736,7	+5.467,9	+4,8%	+2.338,7
Guthaben der Steuerpflichtigen	206,6		-206,6	kA.	206,6	18,8	-187,8	-90,9%	+18,8
UG 16 Öffentliche Abgaben - Brutto ohne Abgabenguthaben	114.062,1	117.398,0	+3.335,9	+2,9%	114.062,1	119.717,9	+5.655,7	+5,0%	+2.319,9
Bruttosteuern	112.885,6	115.950,0	+3.064,4	+2,7%	112.885,6	118.301,3	+5.415,7	+4,8%	+2.351,3
Einkommen- und Vermögensteuern	60.009,1	60.127,1	+118,0	+0,2%	60.009,1	62.459,6	+2.450,6	+4,1%	+2.332,5
Veranlagte Einkommensteuer	5.005,5	4.500,0	-505,5	-10,1%	5.005,5	5.094,9	+89,4	+1,8%	+594,9
Lohnsteuer	36.214,2	37.200,0	+985,8	+2,7%	36.214,2	37.832,6	+1.618,4	+4,5%	+632,6
Kapitalertragsteuern	5.635,1	5.500,0	-135,1	-2,4%	5.635,1	6.705,9	+1.070,9	+19,0%	+1.205,9
<i>Kapitalertragsteuer auf Dividenden (KeStG)</i>	<i>3.370,0</i>		<i>-3.370,0</i>	<i>kA.</i>	<i>3.370,0</i>	<i>3.738,9</i>	<i>+368,8</i>	<i>+10,9%</i>	<i>+3.738,9</i>
<i>Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Erträge</i>	<i>2.265,1</i>		<i>-2.265,1</i>	<i>kA.</i>	<i>2.265,1</i>	<i>2.967,1</i>	<i>+702,0</i>	<i>+31,0%</i>	<i>+2.967,1</i>
Körperschaftsteuer	12.657,8	12.100,0	-557,8	-4,4%	12.657,8	11.859,7	-798,1	-6,3%	-240,3
Energiekrisenbeitrag	271,9	250,0	-21,9	-8,1%	271,9	367,3	+95,4	+35,1%	+117,3
Stiftungseinkommensteuer	29,9	30,0	+0,1	+0,2%	29,9	54,4	+24,4	+81,6%	+24,4
Abgabe von Zuwendungen	-0,2	0,1	+0,3	kA.	-0,2	-0,0	+0,2	kA.	-0,1
Kunsthilfsbeitrag	3,8		-3,8	kA.	3,8		-3,8	kA.	
Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	33,1	35,0	+1,9	+5,8%	33,1	32,7	-0,4	-1,1%	-2,3
Bodenwertabgabe	6,9	7,0	+0,1	+0,9%	6,9	5,7	-1,2	-17,3%	-1,3
Stabilitätsabgabe	151,0	205,0	+54,0	+35,8%	151,0	205,5	+54,5	+36,1%	+0,5
Stabilitätsabgabe - Sonderzahlung gem. BSMG 2025		300,0	+300,0	kA.		300,8	+300,8	kA.	+0,8
Verbrauchs- und Verkehrsteuern	52.142,9	54.946,5	+2.803,6	+5,4%	52.142,9	55.007,8	+2.864,9	+5,5%	+61,3
Umsatzsteuer	38.628,2	40.100,0	+1.471,8	+3,8%	38.628,2	40.177,1	+1.548,9	+4,0%	+77,1
Tabaksteuer	2.126,1	2.200,0	+73,9	+3,5%	2.126,1	2.170,4	+44,4	+2,1%	-29,6
Biersteuer	191,5	195,0	+3,5	+1,8%	191,5	178,8	-12,8	-6,7%	-16,2
Alkoholsteuer	154,3	155,0	+0,7	+0,5%	154,3	145,1	-9,2	-5,9%	-9,9
Schweinesteuer - Zwischenerzeugnisse	1,9	2,0	+0,1	+4,6%	1,9	1,8	-0,1	-3,4%	-0,2
Digitalsteuer	124,1	130,0	+5,9	+4,7%	124,1	137,1	+13,0	+10,4%	+7,1
Mineralölsteuer	3.803,7	3.700,0	-103,7	-2,7%	3.803,7	3.687,2	-116,6	-3,1%	-12,8
Energieabgaben	32,8	1.000,0	+967,2	kA.	32,8	922,4	+889,7	kA.	-77,6
Normverbrauchsabgabe	541,0	530,0	-11,0	-2,0%	541,0	518,7	-22,3	-4,1%	-11,3
Kraftfahrzeugsteuer	58,6	59,0	+0,4	+0,6%	58,6	57,7	-0,9	-1,6%	-1,3
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.777,1	2.875,0	+97,9	+3,5%	2.777,1	2.902,4	+125,3	+4,5%	+27,4
Versicherungssteuer	1.559,7	1.600,0	+40,3	+2,6%	1.559,7	1.640,6	+81,0	+5,2%	+40,6
Flugabgabe	168,3	180,0	+11,7	+6,9%	168,3	178,9	+10,6	+6,3%	-1,1
Grunderwerbsteuer	1.116,0	1.300,0	+184,0	+16,5%	1.116,0	1.304,1	+188,1	+16,9%	+4,1
Glücksspielgesetz	700,3	750,5	+50,2	+7,2%	700,3	825,4	+125,1	+17,9%	+74,9
Werbeabgabe	97,7	100,0	+2,3	+2,3%	97,7	90,3	-7,4	-7,5%	-9,7
Altlastenbeitrag	61,5	70,0	+8,5	+13,8%	61,5	69,7	+8,2	+13,4%	-0,3
Gebühren, Bundesverwaltungsabg. und sonstige Abgaben	733,7	876,4	+142,7	+19,5%	733,7	833,9	+100,2	+13,7%	-42,5
Gebühren und Bundesverwaltungsabgaben	610,7	730,0	+119,3	+19,5%	610,7	702,5	+91,8	+15,0%	-27,5
Sonst. Abgaben, Resteingänge, Nebenansp. und Kosteners.	122,9	146,4	+23,5	+19,1%	122,9	131,4	+8,4	+6,8%	-15,0
Nationaler Emissionszertifikatehandel	1.176,6	1.448,0	+271,4	+23,1%	1.176,6	1.416,6	+240,0	+20,4%	-31,4
Non-ETS-Emissionen	1.176,6	1.448,0	+271,4	+23,1%	1.176,6	1.416,6	+240,0	+20,4%	-31,4
Ab-Überweisungen	-44.252,3	-45.635,6	-1.383,3	+3,1%	-44.252,3	-45.971,9	-1.719,6	+3,9%	-336,3
Finanzausgleich Ab-Überweisungen I	-36.279,6	-37.173,8	-894,2	+2,5%	-36.279,6	-37.545,5	-1.265,9	+3,5%	-371,8
Ertragsanteile an Gemeinden	-13.419,0	-13.615,9	-196,9	+1,5%	-13.419,0	-13.754,8	-335,8	+2,5%	-138,9
Ertragsanteile an Länder	-20.589,8	-21.131,7	-541,9	+2,6%	-20.589,8	-21.358,6	-768,8	+3,7%	-227,0
Krankenanstaltenfinanzierung Umsatzsteueranteil	-227,5	-234,3	-6,7	+3,0%	-227,5	-233,8	-6,2	+2,7%	+0,5
Gesundheitsförderung Umsatzsteueranteil	-7,3	-7,3		+0,0%	-7,3	-7,3		+0,0%	
Siedlungswasserwirtschaft	-69,2	-66,2	+3,0	-4,4%	-69,2	-63,1	+6,1	-8,8%	+3,1
Katastrophenfonds	-666,7	-673,4	-6,7	+1,0%	-666,7	-688,0	-21,3	+3,2%	-14,6
Umsatzsteueranteil für Pflegeregress	-200,0	-200,0		+0,0%	-200,0	-200,0		+0,0%	
Pflegefonds	-1.100,0	-1.155,0	-55,0	+5,0%	-1.100,0	-1.155,0	-55,0	+5,0%	
LWA-G		-90,0	-90,0	kA.		-84,9	-84,9	kA.	+5,1
Sonstige Ab-Überweisungen I	-4.955,3	-5.185,8	-230,5	+4,7%	-4.955,3	-5.188,3	-233,0	+4,7%	-2,5
Überweisungen an Länder (GSBG)	-1.992,2	-2.150,0	-157,8	+7,9%	-1.992,2	-2.088,8	-96,6	+4,8%	+61,2
Überweisungen an Österreichisches Rotes Kreuz (GSBG)	-59,1	-65,0	-5,9	+9,9%	-59,1	-61,8	-2,7	+4,5%	+3,2
Überweisung an den Hauptverband der SV-Träger (GSBG)	-1.318,9	-1.385,0	-66,1	+5,0%	-1.318,9	-1.420,4	-101,5	+7,7%	-35,4
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	-894,6	-895,4	-0,8	+0,1%	-894,6	-926,9	-32,2	+3,6%	-31,4
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)	-690,4	-690,4		+0,0%	-690,4	-690,4		+0,0%	
EU Ab-Überweisungen II	-2.936,6	-3.200,0	-263,4	+9,0%	-2.936,6	-3.150,8	-214,2	+7,3%	+49,2
Beitrag zur Europäischen Union	-2.936,6	-3.200,0	-263,4	+9,0%	-2.936,6	-3.150,8	-214,2	+7,3%	+49,2
NEHS Ab-Überweisungen III	-80,8	-76,0	+4,8	-5,9%	-80,8	-87,2	-6,4	+8,0%	-11,2
Entlastung CO ₂ -Bepreisung	-80,8	-76,0	+4,8	-5,9%	-80,8	-87,2	-6,4	+8,0%	-11,2
UG 16 Öffentliche Abgaben - Netto	70.016,5	71.762,4	+1.745,9	+2,5%	70.016,5	73.764,8	+3.748,3	+5,4%	+2.002,4

kA. = keine %-Angabe da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert.

Übersicht 6: Vorläufiger Erfolg nach UG, GB und DB

In Mio. €	Auszahlungen				Einzahlungen			
	BVA	v. Erfolg	Veränderung		BVA	v. Erfolg	Veränderung	
	2025	2025	in Mio. €	in %	2025	2025	in Mio. €	in %
01 Präsidentschaftskanzlei	12,7	12,7	-0,0	-0,3%	0,0	0,0	-0,0	kA.
01.01 Präsidentschaftskanzlei	12,7	12,7	-0,0	-0,3%	0,0	0,0	-0,0	kA.
01.01.01 Präsidentschaftskanzlei	12,7	12,7	-0,0	-0,3%	0,0	0,0	-0,0	kA.
02 Bundesgesetzgebung	284,8	259,9	-25,0	-8,8%	2,3	2,3	-0,0	-0,8%
02.01 Bundesgesetzgebung	284,8	259,9	-25,0	-8,8%	2,3	2,3	-0,0	-0,8%
02.01.01 Nationalrat	62,9	58,7	-4,3	-6,8%	1,3	0,9	-0,4	-30,8%
02.01.02 Bundesrat	8,4	7,9	-0,4	-5,2%	0,2	0,1	-0,1	-36,8%
02.01.03 Klubförderung und gemeinsame Ausgaben für Mandatar:in	32,5	31,2	-1,3	-3,9%	0,0	0,0	+0,0	kA.
02.01.04 Parlamentsdirektion-Verwaltung	166,0	150,7	-15,3	-9,2%	0,8	1,2	+0,4	+52,8%
02.01.05 Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus	14,0	10,7	-3,3	-23,3%				kA.
02.01.07 Parlamentarisches Datenschutzkomitee (PDK)	1,1	0,7	-0,4	-38,4%				kA.
03 Verfassungsgerichtshof	20,7	20,2	-0,5	-2,2%	0,1	0,2	+0,1	+91,5%
03.01 Verfassungsgerichtshof	20,7	20,2	-0,5	-2,2%	0,1	0,2	+0,1	+91,5%
03.01.01 Verfassungsgerichtshof	20,7	20,2	-0,5	-2,2%	0,1	0,2	+0,1	+91,5%
04 Verwaltungsgerichtshof	27,6	25,8	-1,8	-6,5%	0,0	0,0	+0,0	kA.
04.01 Verwaltungsgerichtshof	27,6	25,8	-1,8	-6,5%	0,0	0,0	+0,0	kA.
04.01.01 Verwaltungsgerichtshof	27,6	25,8	-1,8	-6,5%	0,0	0,0	+0,0	kA.
05 Volksanwaltschaft	15,7	16,1	+0,4	+2,4%	0,1	0,1	+0,0	+18,9%
05.01 Volksanwaltschaft	15,7	16,1	+0,4	+2,4%	0,1	0,1	+0,0	+18,9%
05.01.01 Volksanwaltschaft	15,7	16,1	+0,4	+2,4%	0,1	0,1	+0,0	+18,9%
06 Rechnungshof	48,6	46,8	-1,8	-3,6%	0,1	0,1	+0,0	+30,7%
06.01 Rechnungshof	48,6	46,8	-1,8	-3,6%	0,1	0,1	+0,0	+30,7%
06.01.01 Rechnungshof	48,6	46,8	-1,8	-3,6%	0,1	0,1	+0,0	+30,7%
10 Bundeskanzleramt	626,2	643,0	+16,8	+2,7%	5,9	5,5	-0,5	-7,9%
10.01 Steuerung, Koordination und Services	625,6	642,3	+16,8	+2,7%	5,9	5,5	-0,5	-7,9%
10.01.01 Ressortübergreifende Vorhaben	155,0	156,2	+1,2	+0,8%	1,5	2,3	+0,9	+61,5%
10.01.02 Zentralstelle	115,3	109,5	-5,8	-5,0%	1,6	1,8	+0,3	+17,5%
10.01.03 Informationstätigkeit	1,6	0,4	-1,2	-74,7%	0,1	0,1	-0,0	-47,2%
10.01.04 Dienststellen und ausgegliederte Bereiche	131,9	129,9	-2,0	-1,5%	0,5	0,4	-0,0	-7,5%
10.01.05 Digitalisierung	64,0	69,8	+5,8	+9,0%	0,1	0,0	-0,0	kA.
10.01.06 Integration	78,0	85,4	+7,4	+9,6%	2,3	0,7	-1,5	-67,7%
10.01.07 Kultus und Volksgruppen	79,8	91,1	+11,3	+14,2%	0,0	0,0	+0,0	kA.
10.02 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung	0,7	0,7	-0,0	-0,1%	0,0	0,0	+0,0	kA.
10.02.01 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung	0,7	0,7	-0,0	-0,1%	0,0	0,0	+0,0	kA.
11 Inneres	4.155,1	4.108,3	-46,9	-1,1%	152,9	172,5	+19,6	+12,8%
11.01 Steuerung	167,2	159,2	-8,0	-4,8%	0,8	2,2	+1,3	+160,6%
11.01.01 Zentralstelle	68,0	65,9	-2,1	-3,1%	0,2	0,3	+0,2	+116,1%
11.01.02 Sicherheitsakademie	85,0	81,6	-3,5	-4,1%	0,7	1,3	+0,6	+93,5%
11.01.03 EU und Internationales	14,2	11,8	-2,4	-17,2%	0,0	0,5	+0,5	kA.
11.02 Sicherheit	3.524,1	3.492,9	-31,2	-0,9%	141,3	154,7	+13,3	+9,4%
11.02.01 Landespolizeidirektionen	3.022,0	3.012,6	-9,5	-0,3%	125,4	134,7	+9,3	+7,4%
11.02.02 Auslandseinsätze	30,2	28,5	-1,7	-5,6%	5,8	4,9	-0,9	-14,7%
11.02.03 Direktion Spezialeinheiten/Einsatzkommando Cobra	159,8	154,0	-5,8	-3,6%	1,1	1,0	-0,1	-5,8%
11.02.05 Krisenmanagement	36,2	35,5	-0,6	-1,8%	3,6	4,2	+0,6	+15,6%
11.02.06 Bundeskriminalamt	131,8	127,9	-3,9	-3,0%	0,2	1,0	+0,8	+435,5%
11.02.08 Zentrale Sicherheitsaufgaben	144,2	134,4	-9,8	-6,8%	5,2	8,7	+3,5	+68,1%
11.03 Recht/Wahlen	48,1	45,9	-2,2	-4,5%	0,1	0,0	-0,1	kA.
11.03.05 Legistik, Wahlen und rechtliche Angelegenheiten	33,8	31,2	-2,6	-7,6%	0,1	0,0	-0,0	kA.
11.03.06 Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbel	14,2	14,6	+0,4	+2,8%	0,0	0,0	-0,0	kA.
11.04 Services	415,7	410,3	-5,4	-1,3%	10,6	15,6	+5,0	+47,3%
11.04.03 Bau/Liegenschaften (zentrale Dienste)	50,5	44,5	-6,0	-11,8%	0,0	0,0	-0,0	kA.
11.04.04 Direktion Digitale Services	327,9	331,0	+3,1	+0,9%	10,4	15,4	+5,1	+48,7%
11.04.05 Sonstige Serviceleistungen	37,3	34,8	-2,5	-6,8%	0,2	0,2	-0,0	-2,6%
12 Äußeres	655,7	631,4	-24,3	-3,7%	6,4	7,1	+0,7	+11,3%
12.01 Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination	364,9	340,6	-24,3	-6,7%	6,4	7,1	+0,7	+11,3%
12.01.01 Zentralstelle	129,4	113,8	-15,5	-12,0%	3,1	3,2	+0,0	+0,2%
12.01.02 Vertretungsbehörden	235,5	226,7	-8,8	-3,7%	3,2	4,0	+0,7	+22,1%
12.02 Außenpolitische Maßnahmen	290,8	290,8	-0,0	0,0%	0,0	0,0	-0,0	kA.
12.02.01 Entwicklungszusammenarbeit und Auslandskatastrophenf	183,6	183,6	+0,0%	0,0%	0,0	0,0	-0,0	kA.
12.02.02 Beiträge an Internationale Organisationen	107,2	107,2	-0,0	-0,0%				kA.

In Mio. €	Auszahlungen				Einzahlungen				
	BVA	v. Erfolg	Veränderung		BVA	v. Erfolg	Veränderung		
	2025	2025	in Mio. €	in %	2025	2025	in Mio. €	in %	
13 Justiz	2.402,9	2.385,3	-17,6	-0,7%	1.363,3	1.346,7	-16,7	-1,2%	
13.01 Steuerung und Services	151,3	150,6	-0,7	-0,5%	0,7	0,6	-0,1	-20,1%	
13.01.01 Strategie, Legistik	58,5	58,6	+0,1	+0,2%	0,5	0,5	+0,0	+1,2%	
13.01.02 Erwachsenenschutz	70,5	70,3	-0,2	-0,2%				kA.	
13.01.03 Opferhilfe	16,2	15,6	-0,6	-3,5%				kA.	
13.01.04 Datenschutzbehörde	6,1	6,0	-0,1	-1,7%	0,2	0,1	-0,2	-68,4%	
13.02 Rechtsprechung	1.474,9	1.441,6	-33,4	-2,3%	1.289,9	1.267,2	-22,7	-1,8%	
13.02.01 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	26,2	25,0	-1,2	-4,7%	0,1	0,2	+0,1	+222,4%	
13.02.02 Oberlandesgericht Wien	575,2	563,0	-12,1	-2,1%	571,4	590,1	+18,6	+3,3%	
13.02.03 Oberlandesgericht Linz	238,8	235,8	-3,0	-1,2%	250,1	218,7	-31,4	-12,6%	
13.02.04 Oberlandesgericht Graz	230,8	226,7	-4,1	-1,8%	205,0	186,2	-18,8	-9,2%	
13.02.05 Oberlandesgericht Innsbruck	141,6	136,9	-4,7	-3,3%	191,6	182,5	-9,1	-4,7%	
13.02.06 Zentrale Ressourcensteuerung	156,5	151,1	-5,4	-3,5%	70,0	88,1	+18,1	+25,8%	
13.02.07 Bundesverwaltungsgericht	105,9	103,0	-2,9	-2,7%	1,8	1,5	-0,2	-13,8%	
13.03 Strafvollzug	776,7	793,2	+16,5	+2,1%	72,7	78,9	+6,2	+8,6%	
13.03.01 Justizanstalten	726,5	743,2	+16,8	+2,3%	72,7	78,9	+6,2	+8,6%	
13.03.02 Bewährungshilfe	50,2	49,9	-0,3	-0,6%				kA.	
14 Militärische Angelegenheiten	4.390,8	4.608,9	+218,1	+5,0%	50,0	55,0	+4,9	+9,9%	
14.07 Zentrale Steuerung	261,4	279,7	+18,3	+7,0%	3,5	3,9	+0,4	+11,7%	
14.07.01 S I - Generaldirektion für Verteidigungspolitik	118,9	117,0	-1,9	-1,6%	0,4	0,5	+0,1	+30,4%	
14.07.02 S II - Generaldirektion Präsidium	142,5	162,7	+20,2	+14,2%	3,2	3,5	+0,3	+9,5%	
14.08 Landesverteidigung	4.129,4	4.329,2	+199,8	+4,8%	46,5	51,1	+4,5	+9,7%	
14.08.01 Generaldirektion für Landesverteidigung	4.129,4	4.329,2	+199,8	+4,8%	46,5	51,1	+4,5	+9,7%	
15 Finanzverwaltung	1.559,9	1.499,2	-60,7	-3,9%	220,8	238,0	+17,2	+7,8%	
15.01 Steuerung & Services	519,2	494,9	-24,3	-4,7%	203,9	219,7	+15,8	+7,8%	
15.01.01 Zentralstelle	364,6	351,0	-13,6	-3,7%	32,6	34,3	+1,7	+5,2%	
15.01.02 Einhebungsvergütungen	0,3	0,2	-0,1	-44,2%	82,2	78,3	-3,9	-4,7%	
15.01.03 Personal, das für Dritte leistet	8,3	5,1	-3,2	-38,7%				kA.	
15.01.06 Sicherheitsforschung	123,7	121,6	-2,1	-1,7%	8,9	8,2	-0,7	-7,9%	
15.01.07 Bergbau	22,4	17,1	-5,4	-23,9%	80,1	98,8	+18,7	+23,3%	
15.02 Steuer- & Zollverwaltung	989,4	952,8	-36,6	-3,7%	15,2	14,9	-0,3	-1,9%	
15.02.01 Finanzamt Österreich	589,0	570,8	-18,3	-3,1%	6,7	6,5	-0,2	-2,9%	
15.02.03 Zollamt Österreich	166,6	162,6	-4,0	-2,4%	0,6	0,6	-0,0	-4,7%	
15.02.04 Finanzamt für Großbetriebe	80,1	75,8	-4,3	-5,4%	7,7	7,7	-0,0	-0,4%	
15.02.05 Amt für Betrugsbekämpfung	85,4	78,2	-7,3	-8,5%	0,1	0,1	-0,1	-42,9%	
15.02.06 Prüfdienst für Lohnabgaben und Beiträge	34,1	33,1	-1,0	-2,9%	0,0	0,0	+0,0	kA.	
15.02.07 Zentrale Services	34,2	32,4	-1,7	-5,1%	0,0	0,0	+0,0	kA.	
15.03 Rechtsvertretung & Rechtsinstanz	51,3	51,5	+0,2	+0,5%	1,7	3,4	+1,7	+96,2%	
15.03.01 Bundesfinanzgericht	39,2	40,6	+1,4	+3,5%	0,0	0,1	+0,0	kA.	
15.03.02 Finanzprokuratur	12,0	10,9	-1,1	-9,3%	1,7	3,3	+1,6	+96,5%	
16 Öffentliche Abgaben			kA.		71.762,4	73.764,8	+2.002,4	+2,8%	
16.01 Öffentliche Abgaben					kA.	71.762,4	73.764,8	+2.002,4	
16.01.01 Bruttosteuern					kA.	115.950,0	118.320,1	+2.370,1	+2,0%
16.01.02 Finanzausgleich Abüberweisungen I					kA.	-37.173,8	-37.545,5	-371,8	+1,0%
16.01.03 Sonstige Abüberweisungen I					kA.	-5.185,8	-5.188,3	-2,5	+0,0%
16.01.04 EU Abüberweisungen II					kA.	-3.200,0	-3.150,8	+49,2	-1,5%
16.01.05 Nationaler Emissionszertifikatehandel (Brutto)					kA.	1.448,0	1.416,6	-31,4	-2,2%
16.01.06 Abüberweisungen III Entlastungsmaßnahmen im Rahmen des nEHS					kA.	-76,0	-87,2	-11,2	+14,8%
17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport	434,0	413,7	-20,3	-4,7%	14,9	26,2	+11,3	+75,8%	
17.01 Steuerung und Services	232,4	212,7	-19,6	-8,4%	14,8	26,1	+11,3	+76,3%	
17.01.01 Zentralstelle	40,2	40,3	+0,1	+0,2%	0,3	0,3	-0,0	-3,2%	
17.01.02 Medien	130,9	121,8	-9,1	-6,9%	0,2	0,8	+0,5	+242,4%	
17.01.03 Telekommunikation und Breitband	61,2	50,6	-10,7	-17,4%	14,3	25,1	+10,8	+75,6%	
17.02 Sport	201,7	201,0	-0,7	-0,3%	0,0	0,0	-0,0	kA.	
17.02.01 Allgemeine Sportförderung & Services	85,0	84,3	-0,7	-0,8%	0,0	0,0	-0,0	kA.	
17.02.02 Besondere Sportförderung	110,0	110,0	+0,0	+0,0%				kA.	
17.02.04 Bundessporteinrichtungen GmbH	6,7	6,7	+0,0	+0,0%				kA.	
18 Fremdenwesen	693,9	673,9	-20,0	-2,9%	33,3	32,3	-1,0	-3,0%	
18.01 Fremdenwesen	693,9	673,9	-20,0	-2,9%	33,3	32,3	-1,0	-3,0%	
18.01.01 Grundversorgung	494,2	500,0	+5,9	+1,2%	12,6	19,5	+6,9	+54,3%	
18.01.02 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Rückkehr	124,5	120,5	-4,0	-3,2%	0,7	1,0	+0,3	+47,6%	
18.01.03 Infrastruktur	4,2	6,7	+2,5	+59,9%				kA.	
18.01.04 Migration und Zentrale Dienste	63,9	40,1	-23,8	-37,2%	20,0	11,8	-8,2	-40,9%	
18.01.05 Grenz-, Visa- und fremdenpolizeiliche Angelegenheiten	7,1	6,6	-0,5	-7,3%	0,0	0,0	+0,0	kA.	

In Mio. €	Auszahlungen				Einzahlungen			
	BVA	v. Erfolg	Veränderung		BVA	v. Erfolg	Veränderung	
	2025	2025	in Mio. €	in %	2025	2025	in Mio. €	in %
20 Arbeit	10.345,4	10.781,3	+435,9	+4,2%	9.864,9	9.990,0	+125,1	+1,3%
20.01 Arbeitsmarkt	10.291,3	10.727,5	+436,1	+4,2%	9.864,5	9.989,6	+125,1	+1,3%
20.01.01 Arbeitsmarktdadministration BMASGPK	1.076,9	1.084,1	+7,3	+0,7%	172,5	167,5	-4,9	-2,9%
20.01.02 Aktive Arbeitsmarktpolitik	1.213,0	1.161,1	-51,9	-4,3%				kA.
20.01.03 Leistungen/Beiträge BMASGPK	7.966,9	8.451,0	+484,1	+6,1%	9.692,0	9.822,0	+130,1	+1,3%
20.01.04 Arbeitsmarktdadministration AMS	34,6	31,2	-3,4	-9,8%	0,0	0,0	-0,0	kA.
20.02 Arbeitsinspektion	44,0	43,9	-0,1	-0,2%	0,4	0,4	+0,0	+1,6%
20.02.01 Arbeitsinspektion	44,0	43,9	-0,1	-0,2%	0,4	0,4	+0,0	+1,6%
20.03 Steuerung und Services	10,1	10,0	-0,1	-1,4%	0,0	0,0	-0,0	kA.
20.03.01 Zentralstelle	10,1	10,0	-0,1	-1,4%	0,0	0,0	-0,0	kA.
21 Soziales und Konsumentenschutz	5.799,5	5.623,3	-176,2	-3,0%	1.453,7	1.452,9	-0,8	-0,1%
21.01 Steuerung und Services	502,3	366,4	-135,8	-27,0%	93,2	91,2	-2,0	-2,1%
21.01.01 Zentralstelle	156,1	142,8	-13,3	-8,5%	3,2	6,1	+3,0	+94,1%
21.01.02 Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen	82,8	82,8	-0,1	-0,1%	0,1	0,2	+0,2	+265,4%
21.01.03 Konsumentenschutz	8,2	8,1	-0,1	-1,5%				kA.
21.01.04 EU, Internationales, Soziales, Senioren	255,2	132,8	-122,4	-48,0%	90,0	84,9	-5,1	-5,7%
21.02 Pflege	5.066,4	5.028,4	-38,1	-0,8%	1.357,8	1.358,7	+1,0	+0,1%
21.02.01 Pflegegeld und Pflegekarenz	3.372,2	3.371,9	-0,3	-0,0%	2,8	3,7	+1,0	+36,1%
21.02.02 Pflegefonds, 24h-Betreuung, pflegende Angehörige	1.694,2	1.656,4	-37,8	-2,2%	1.355,0	1.355,0	+0,0	+0,0%
21.03 Versorgungs- und Entschädigungsgesetze	112,8	110,9	-1,9	-1,7%	2,7	2,9	+0,2	+7,3%
21.03.01 Kriegsopferversorgung	27,2	26,1	-1,1	-4,2%	1,4	1,5	+0,1	+10,5%
21.03.02 Heeresentschädigung, Impfschaden	28,3	23,6	-4,7	-16,4%	0,0		-0,0	kA.
21.03.03 Opferfürsorge	12,2	11,2	-1,0	-8,2%				kA.
21.03.04 Hilfeleistung für Opfer von Verbrechen, Heimopfer	45,2	50,0	+4,9	+10,8%	1,4	1,4	+0,1	+4,2%
21.04 Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen	118,0	117,6	-0,3	-0,3%				kA.
21.04.01 Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen	118,0	117,6	-0,3	-0,3%				kA.
22 Pensionsversicherung	19.446,8	19.446,7	-0,0	-0,0%	64,6	65,3	+0,7	+1,1%
22.01 Bundesbeitrag Partnerleistung Ausgleichszulagen NSchG var.	19.446,8	19.446,7	-0,0	-0,0%	64,6	65,3	+0,7	+1,1%
22.01.01 Bundesbeitrag, Partnerleistung variabel	18.029,6	18.034,3	+4,7	+0,0%				kA.
22.01.02 Ausgleichszulagen variabel	1.296,5	1.304,0	+7,6	+0,6%				kA.
22.01.03 Nachtschwerarbeit variabel	120,7	108,5	-12,3	-10,2%	64,6	65,3	+0,7	+1,1%
23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	13.428,0	13.308,5	-119,5	-0,9%	2.130,3	2.105,2	-25,1	-1,2%
23.01 Ruhe und Versorgungsgenüsse inkl. SV	13.124,3	13.009,0	-115,3	-0,9%	2.130,3	2.105,2	-25,1	-1,2%
23.01.01 Hoheitsverwaltung und Ausgliederte Institutionen Pensi	6.114,3	6.035,4	-78,9	-1,3%	1.464,9	1.430,0	-34,9	-2,4%
23.01.02 Post Ruhe- und Versorgungsgenüsse inkl. SV	1.501,4	1.500,7	-0,7	-0,0%	138,9	144,7	+5,8	+4,2%
23.01.03 ÖBB Ruhe- und Versorgungsgenüsse inkl. SV	2.525,7	2.523,6	-2,1	-0,1%	302,3	306,4	+4,1	+1,4%
23.01.04 Landeslehrer Ruhe- und Versorgungsgenüsse inkl. SV	2.982,9	2.949,3	-33,6	-1,1%	224,1	224,0	-0,1	-0,0%
23.02 Pflegegeld	303,7	299,6	-4,2	-1,4%				kA.
23.02.01 Hoheitsverwaltung und Ausgliederte Institutionen Pflege	157,8	155,2	-2,6	-1,6%				kA.
23.02.02 Post Pflegegeld	48,1	47,3	-0,7	-1,5%				kA.
23.02.03 ÖBB Pflegegeld	60,2	60,2	-0,1	-0,1%				kA.
23.02.04 Landeslehrer Pflegegeld	37,6	36,8	-0,8	-2,1%				kA.
24 Gesundheit	2.840,2	2.793,2	-47,1	-1,7%	74,5	68,4	-6,1	-8,2%
24.01 Steuerung Gesundheitssystem	180,8	176,7	-4,0	-2,2%	17,4	16,9	-0,5	-2,9%
24.01.01 e-health und Gesundheitsgesetze	71,7	65,5	-6,2	-8,6%	0,6	0,0	-0,6	kA.
24.01.02 Betteilg. und Überweisungen (AGES und GÖG)	109,1	111,2	+2,2	+2,0%	16,8	16,9	+0,1	+0,5%
24.02 Gesundheitssystemfinanzierung	2.489,2	2.456,1	-33,1	-1,3%				kA.
24.02.01 Krankenanstaltenfinanzierung nach dem KAKuG, variabel	930,9	933,5	+2,7	+0,3%				kA.
24.02.02 Finanzausgleich, Primärversorgung	1.051,0	1.030,8	-20,2	-1,9%				kA.
24.02.03 Leistungen an Sozialversicherungen	507,3	491,8	-15,5	-3,1%				kA.
24.03 Gesundheitsvorsorge u. Verbrauchergesundheit	170,3	160,3	-9,9	-5,8%	57,1	51,5	-5,6	-9,8%
24.03.01 Gesundh. förddg. , - prävention u. Maßn. gg. Suchtmitteln.	161,2	149,1	-12,1	-7,5%	55,1	50,1	-5,0	-9,0%
24.03.02 Veterinär-, Lebensmittel- u. Gentechnologieangelegenheiten	9,1	11,3	+2,2	+23,9%	2,1	1,4	-0,6	-31,3%
25 Familie und Jugend	8.991,6	9.044,3	+52,8	+0,6%	8.957,8	9.088,0	+130,2	+1,5%
25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	8.893,6	8.950,2	+56,6	+0,6%	8.893,6	8.950,2	+56,6	+0,6%
25.01.01 Familienbeihilfe	4.418,8	4.406,2	-12,6	-0,3%	0,2	0,2	+0,0	+0,0%
25.01.02 Kinderbetreuungsgeld	1.381,1	1.352,6	-28,5	-2,1%	0,1	0,1	-0,0	-25,8%
25.01.03 Fahrtbeihilfe, Freifahrten, Schulbücher	756,7	769,2	+12,4	+1,6%	14,1	14,2	+0,1	+0,6%
25.01.04 Transfers Sozialversicherungsträger	2.025,2	2.039,9	+14,7	+0,7%				kA.
25.01.05 Sonstige familienpolitische Maßnahmen des FLAF	170,0	237,7	+67,7	+39,8%	0,0	0,0	-0,0	kA.
25.01.06 Unterhaltsvorschlüsse	141,7	144,6	+2,9	+2,1%	91,0	88,5	-2,5	-2,7%
25.01.07 Einnahmen des FLAF					kA.	8.847,2	+59,0	+0,7%
25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend	98,0	94,2	-3,8	-3,9%	64,2	137,8	+73,6	+114,7%
25.02.01 Familienpolitische Maßnahmen	5,1	4,1	-1,0	-19,4%	64,2	137,6	+73,4	+114,4%
25.02.02 Jugendpolitische Maßnahmen	11,1	10,6	-0,5	-4,6%	0,0	0,0	-0,0	kA.
25.02.03 Steuerung und Services	13,8	12,5	-1,3	-9,5%	0,0	0,2	+0,2	kA.
25.02.04 Zivildienst	68,1	67,1	-1,0	-1,5%		0,0	+0,0	kA.

In Mio. €	Auszahlungen				Einzahlungen			
	BVA	v. Erfolg	Veränderung		BVA	v. Erfolg	Veränderung	
	2025	2025	in Mio. €	in %	2025	2025	in Mio. €	in %
30 Bildung	11.996,1	12.087,7	+91,6	+0,8%	79,9	86,8	+6,9	+8,6%
30.01 Steuerung und Services	1.757,8	1.695,9	-61,8	-3,5%	29,2	32,3	+3,1	+10,5%
30.01.01 Zentralstelle	88,8	85,3	-3,5	-3,9%	0,3	0,6	+0,3	+99,0%
30.01.02 Regionale Schulverwaltung	192,1	192,0	-0,1	-0,0%	15,4	13,8	-1,6	-10,5%
30.01.03 Räumliche Infrastruktur	715,4	722,9	+7,6	+1,1%	0,4	0,1	-0,3	-83,8%
30.01.04 Qualitätsentwicklung und -steuerung	77,5	57,5	-20,0	-25,9%	0,1	4,6	+4,5	ka.
30.01.05 Lehrer/innenbildung	318,2	304,2	-13,9	-4,4%	1,9	4,7	+2,8	+151,0%
30.01.06 Lebenslanges Lernen	3,6	3,5	-0,1	-2,9%	0,2	0,2	+0,0	+0,1%
30.01.07 Förderungen und Transfers	77,0	65,5	-11,5	-15,0%	0,0	0,0	-0,0	ka.
30.01.08 Institut für QS im österreichischen Schulwesen	18,6	16,8	-1,8	-9,5%	0,0	0,0	-0,0	ka.
30.01.09 Steuerung Elementarpädagogik	209,6	200,3	-9,3	-4,4%	0,0	0,1	+0,1	ka.
30.01.10 Digitale Schule	57,0	47,8	-9,2	-16,1%	10,9	8,3	-2,6	-24,0%
30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	10.238,3	10.391,8	+153,4	+1,5%	50,7	54,5	+3,8	+7,5%
30.02.01 Pflichtschulen Primar- und Sekundarstufe I	5.671,0	5.761,7	+90,7	+1,6%	0,4	0,5	+0,1	+11,3%
30.02.02 AHS-Sekundarstufe I	1.778,4	1.818,9	+40,5	+2,3%	13,7	14,3	+0,6	+4,3%
30.02.03 Pflichtschulen Sekundarstufe II	228,3	228,0	-0,3	-0,1%	0,0	0,0	-0,0	ka.
30.02.05 Berufsbildende mittlere und höhere Schulen	1.658,1	1.671,0	+12,9	+0,8%	0,5	0,5	-0,1	-13,1%
30.02.06 Bildungsanstalten f. Elementar- u. Sozialpädagogik	103,3	100,4	-2,9	-2,8%	0,9	0,8	-0,1	-6,3%
30.02.07 Zweckgebundene Gebarung Bundesschulen	23,6	21,2	-2,4	-10,2%	23,6	24,3	+0,8	+3,2%
30.02.08 Auslandsschulen	37,9	38,0	+0,1	+0,2%	0,7	0,9	+0,2	+34,0%
30.02.09 Heime sowie besondere Einrichtungen	36,2	34,8	-1,5	-4,1%	10,7	12,8	+2,1	+19,2%
30.02.10 Ressourcen für private mittlere und höhere Schulen	701,6	717,9	+16,4	+2,3%	0,2	0,4	+0,2	+144,2%
31 Wissenschaft und Forschung	7.272,8	7.221,3	-51,4	-0,7%	6,3	5,5	-0,8	-12,2%
31.01 Steuerung und Services	79,5	72,6	-7,0	-8,7%	1,7	1,9	+0,2	+11,0%
31.01.01 Zentralstelle und Serviceeinrichtungen	79,5	72,6	-7,0	-8,7%	1,7	1,9	+0,2	+11,0%
31.02 Tertiäre Bildung	6.275,2	6.233,9	-41,3	-0,7%	4,5	3,6	-0,9	-20,3%
31.02.01 Universitäten	5.371,0	5.381,8	+10,8	+0,2%				ka.
31.02.02 Fachhochschulen	482,6	466,8	-15,8	-3,3%				ka.
31.02.03 Services und Förderungen für Studierende	367,5	329,7	-37,8	-10,3%	0,0	0,1	+0,1	ka.
31.02.04 Studienbeihilfenbehörde	13,9	13,2	-0,7	-5,0%	0,3	0,1	-0,2	-80,3%
31.02.05 Lebenslanges Lernen	40,2	42,4	+2,2	+5,4%	4,2	3,4	-0,7	-17,6%
31.03 Forschung und Entwicklung	885,1	881,9	-3,1	-0,4%	0,1	0,0	-0,0	ka.
31.03.01 Projekte und Programme	76,6	73,3	-3,2	-4,2%				ka.
31.03.03 Basisfinanzierung von Institutionen	808,5	808,6	+0,1	+0,0%	0,1	0,0	-0,0	ka.
31.04 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung	32,9	32,9	+0,0%		0,0	0,0	+0,0	ka.
31.04.01 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung	32,9	32,9	+0,0%		0,0	0,0	+0,0	ka.
32 Kunst und Kultur	670,7	661,3	-9,4	-1,4%	6,2	4,8	-1,4	-23,2%
32.01 Kunst und Kultur	309,3	298,3	-11,0	-3,6%	6,2	4,8	-1,4	-23,2%
32.01.02 Kunst- und Kulturförderung	232,7	229,5	-3,2	-1,4%	0,6	0,6	+0,1	+13,5%
32.01.03 Denkmalschutz	56,9	54,8	-2,1	-3,7%	5,4	4,1	-1,3	-23,9%
32.01.04 Steuerung und Infrastruktur	19,6	13,9	-5,7	-28,9%	0,2	0,0	-0,2	ka.
32.03 Kultureinrichtungen	361,4	363,0	+1,6	+0,4%				ka.
32.03.01 Bundesmuseen	157,2	159,1	+1,9	+1,2%				ka.
32.03.02 Bundestheater	204,2	203,9	-0,3	-0,1%				ka.
33 Wirtschaft (Forschung)	228,5	235,4	+6,9	+3,0%	1,0	1,2	+0,2	+17,0%
33.01 Wirtschaft (Forschung)	228,5	235,4	+6,9	+3,0%	1,0	1,2	+0,2	+17,0%
33.01.01 Kooperation Wissenschaft-Wirtschaft	50,4	50,3	-0,0	-0,0%				ka.
33.01.02 Innovation, Technologietransfer	149,6	156,6	+6,9	+4,6%	1,0	1,2	+0,2	+17,0%
33.01.03 Gründung innovativer Unternehmen	28,5	28,5	-0,0	-0,0%				ka.
34 Innovation und Technologie (Forschung)	627,1	630,7	+3,6	+0,6%	0,0	0,0	+0,0	ka.
34.01 Forschung, Technologie und Innovation	627,1	630,7	+3,6	+0,6%	0,0	0,0	+0,0	ka.
34.01.01 Internationale Kooperation	82,2	81,6	-0,5	-0,7%				ka.
34.01.02 FTI-Infrastruktur	129,9	142,3	+12,4	+9,6%				ka.
34.01.03 FTI-Förderung	415,0	406,7	-8,3	-2,0%	0,0	0,0	+0,0	ka.

In Mio. €	Auszahlungen				Einzahlungen			
	BVA	v. Erfolg	Veränderung		BVA	v. Erfolg	Veränderung	
	2025	2025	in Mio. €	in %	2025	2025	in Mio. €	in %
40 Wirtschaft	1.366,1	1.330,1	-36,0	-2,6%	1.286,5	1.319,1	+32,6	+2,5%
40.01 Steuerung und Services	113,3	130,7	+17,4	+15,4%	1.265,2	1.267,2	+2,0	+0,2%
40.01.01 Zentralstelle	98,2	96,3	-2,0	-2,0%	0,9	0,9	+0,0	+1,6%
40.01.02 Bundesmobilienerwaltung	3,6	3,4	-0,2	-4,3%	0,2	1,0	+0,8	+316,4%
40.01.03 Bundeswettbewerbsbehörde	8,1	8,0	-0,1	-0,7%	0,8	2,1	+1,3	+149,8%
40.01.04 Beschusswesen	2,1	1,3	-0,9	-41,0%	0,2	0,2	+0,0	+10,8%
40.01.05 Strategische Unternehmensbeteiligungen	0,3	0,3	-0,0	-4,7%	1.263,0	1.263,0	+0,0	+0,0%
40.01.06 Personal, das für Dritte leistet	1,0	21,5	+20,5	ka.				ka.
40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft	747,2	821,0	+73,8	+9,9%	1,1	25,1	+24,0	ka.
40.02.01 Wirtschaftsförderung	685,8	752,7	+66,8	+9,7%	1,1	25,1	+24,0	ka.
40.02.02 Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung	0,0		-0,0	ka.	0,0		-0,0	ka.
40.02.03 Tourismus	61,4	68,4	+6,9	+11,3%	0,0	0,0	+0,0	ka.
40.03 Eich- und Vermessungswesen	108,8	107,0	-1,8	-1,7%	6,2	7,6	+1,3	+21,6%
40.03.01 Eich- und Vermessungswesen	108,8	107,0	-1,8	-1,7%	6,2	7,6	+1,3	+21,6%
40.04 Historische Objekte	86,3	85,5	-0,8	-0,9%	14,0	19,2	+5,2	+37,1%
40.04.01 Burghauptmannschaft Österreich	13,7	13,6	-0,1	-0,4%	0,9	1,9	+1,0	+113,9%
40.04.02 Bau u. Liegenschaftsmanagement	72,6	71,9	-0,7	-1,0%	13,1	17,3	+4,2	+32,0%
40.06 Energie	310,5	185,9	-124,6	-40,1%	0,0	0,0	+0,0	ka.
40.06.01 Energie und Transformation	136,5	74,4	-62,1	-45,5%		0,0	+0,0	ka.
40.06.02 Energieversorgungssicherheit	101,4	103,9	+2,5	+2,5%				ka.
40.06.03 Klima- und Energiefonds	72,6	7,6	-65,0	-89,5%				ka.
41 Mobilität	6.029,5	5.667,8	-361,7	-6,0%	1.167,9	1.160,1	-7,8	-0,7%
41.01 Steuerung und Services	350,4	282,4	-67,9	-19,4%	42,4	41,4	-0,9	-2,2%
41.01.01 Zentralstelle	90,7	90,6	-0,1	-0,1%	0,4	0,5	+0,1	+16,4%
41.01.02 Klima- und Energiefonds (KLI.EN)	229,4	163,1	-66,4	-28,9%				ka.
41.01.03 Österreichisches Patentamt	30,3	28,8	-1,5	-4,8%	41,9	40,9	-1,0	-2,4%
41.02 Mobilität und Infrastruktur	4.898,9	4.613,1	-285,8	-5,8%	839,8	835,3	-4,5	-0,5%
41.02.01 Gesamtverkehr und Beteiligungen im Verkehr	541,0	344,8	-196,2	-36,3%	560,3	561,1	+0,8	+0,1%
41.02.02 Schiene	4.254,8	4.184,1	-70,7	-1,7%	132,9	136,4	+3,5	+2,7%
41.02.04 Straße	15,7	10,5	-5,2	-33,0%	102,2	92,4	-9,8	-9,6%
41.02.05 Luft	14,4	14,6	+0,3	+1,9%		0,0	+0,0	ka.
41.02.06 Wasser	73,0	59,1	-13,9	-19,1%	44,3	45,3	+1,0	+2,2%
41.03 Klimaticket	780,2	772,3	-8,0	-1,0%	285,8	283,4	-2,4	-0,8%
41.03.01 Klimaticket	780,2	772,3	-8,0	-1,0%	285,8	283,4	-2,4	-0,8%
42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	2.840,3	3.016,8	+176,5	+6,2%	478,6	480,0	+1,4	+0,3%
42.04 Steuerung und Services	482,5	489,7	+7,2	+1,5%	24,4	33,1	+8,7	+35,5%
42.04.01 Zentralstelle	128,6	124,9	-3,8	-2,9%	0,3	0,9	+0,6	+172,8%
42.04.02 Beteiligungen	127,9	127,9	-0,0	-0,0%	11,0	11,0	+0,0	+0,0%
42.04.05 Land- und forstwirtschaftliches Schulwesen	226,0	236,9	+10,9	+4,8%	13,1	21,2	+8,1	+61,9%
42.05 Agrar- und Regionalpolitik	1.769,5	1.953,8	+184,3	+10,4%	3,2	4,1	+0,9	+28,5%
42.05.01 Gemeinsame Agrarpolitik - EU, variabel	1.283,1	1.429,8	+146,7	+11,4%				ka.
42.05.02 Gemeinsame Agrarpolitik - Bund	339,4	420,7	+81,3	+24,0%	0,5	0,9	+0,4	+72,2%
42.05.03 Nationale Agrarmaßnahmen	60,6	58,3	-2,3	-3,8%	0,6	0,8	+0,2	+30,2%
42.05.04 Dienststellen Landwirtschaft	15,4	15,1	-0,2	-1,4%	2,1	2,4	+0,3	+16,3%
42.05.05 EFRE Förderprogr. (variabel)	68,0	27,2	-40,8	-60,0%				ka.
42.05.06 Regionalpolitik	3,0	2,7	-0,3	-11,6%		0,0	+0,0	ka.
42.06 Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement	588,3	573,3	-15,0	-2,5%	451,0	442,8	-8,2	-1,8%
42.06.01 Wildbach- und Lawinenverbauung	155,0	154,9	-0,1	-0,1%	105,5	105,7	+0,2	+0,2%
42.06.02 Nationale und internat. Forstmaßnahmen	58,5	54,1	-4,4	-7,5%	0,4	1,1	+0,7	+177,6%
42.06.03 Wasserbau	105,0	104,7	-0,3	-0,3%	86,0	86,0	+0,0	+0,0%
42.06.04 Wasser u. sonst. Maßnahmen	6,0	5,8	-0,2	-2,8%	2,6	3,6	+1,0	+40,0%
42.06.05 Bundesamt für Wasserwirtschaft	7,5	8,4	+0,9	+11,9%	0,3	1,1	+0,8	+254,0%
42.06.06 Siedlungswasserwirtschaft	256,3	245,4	-10,9	-4,3%	256,2	245,3	-10,9	-4,2%
43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	2.193,1	2.491,8	+298,6	+13,6%	405,0	288,6	-116,3	-28,7%
43.01 Umwelt und Klima	1.961,6	2.251,9	+290,3	+14,8%	400,0	285,4	-114,6	-28,7%
43.01.01 JI/CDM - Programm	0,0		-0,0	ka.				ka.
43.01.02 Umweltförderung im Inland	1.610,3	1.886,7	+276,4	+17,2%		0,0	+0,0	ka.
43.01.03 Klima- und Energiefonds	72,5	128,6	+56,2	+77,5%				ka.
43.01.04 Emissionshandel	0,0	0,0	-0,0	ka.	400,0	285,2	-114,8	-28,7%
43.01.05 Umwelt und Klima	239,0	196,7	-42,3	-17,7%	0,0	0,1	+0,1	ka.
43.01.08 Energieversorgungssicherheit und Kompensationsmaßnah	39,9	39,9	-0,0	-0,0%				ka.
43.02 Kreislaufwirtschaft, Chemie und Strahlenschutz	231,5	239,8	+8,3	+3,6%	5,0	3,3	-1,7	-34,3%
43.02.01 Kreislaufwirtschaft und Chemie	93,7	101,3	+7,6	+8,2%	2,6	2,2	-0,4	-15,0%
43.02.02 Altlastensanierung	70,0	69,4	-0,6	-0,8%	0,0		-0,0	ka.
43.02.04 Strahlenschutz	20,9	18,5	-2,4	-11,5%	2,4	1,1	-1,3	-55,2%
43.02.05 Kreislaufwirtschaft (UFG)	46,9	50,6	+3,7	+7,8%		0,0	+0,0	ka.

In Mio. €	Auszahlungen				Einzahlungen			
	BVA	v. Erfolg	Veränderung		BVA	v. Erfolg	Veränderung	
	2025	2025	in Mio. €	in %	2025	2025	in Mio. €	in %
44 Finanzausgleich	3.907,9	3.744,4	-163,5	-4,2%	907,7	922,6	+14,9	+1,6%
44.01 Transfers an Länder und Gemeinden	3.234,5	3.142,8	-91,7	-2,8%	234,3	307,0	+72,7	+31,0%
44.01.01 Finanzkraftstärkung der Gemeinden, variabel	178,8	178,8	-0,0	-0,0%				kA.
44.01.02 Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten, variab	135,6	136,2	+0,6	+0,5%				kA.
44.01.03 Zuschüsse für Krankenanstalten, variabel	234,3	233,8	-0,5	-0,2%	234,3	233,8	-0,5	-0,2%
44.01.04 Transfers an Länder und Gemeinden, nicht variabel	2.661,8	2.570,4	-91,4	-3,4%	0,0	73,2	+73,2	kA.
44.01.05 Bedarfszuweisung an Länder (variabel)	24,0	23,5	-0,5	-2,0%				kA.
44.02 Katastrophenfonds	673,4	601,6	-71,8	-10,7%	673,4	615,6	-57,8	-8,6%
44.02.01 Katastrophenfonds, variabel	673,4	601,6	-71,8	-10,7%	673,4	615,6	-57,8	-8,6%
44.02.02 Katastrophenfonds, fix	0,0		-0,0	kA.	0,0		-0,0	kA.
45 Bundesvermögen	1.536,9	1.214,3	-322,6	-21,0%	509,4	745,6	+236,2	+46,4%
45.01 Haftungen des Bundes	738,2	431,3	-307,0	-41,6%	438,2	494,8	+56,6	+12,9%
45.01.01 Ausfuhrförderungsgesetz	395,3	164,9	-230,3	-58,3%	333,9	367,8	+33,8	+10,1%
45.01.02 Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz	151,5	166,1	+14,6	+9,6%	101,0	105,9	+4,9	+4,8%
45.01.03 Sonstige Finanzhaftungen (fix)	184,5	86,1	-98,4	-53,3%	3,2	21,1	+17,9	+552,5%
45.01.04 Sonstige Finanzhaftungen (variabel)	7,0	14,1	+7,1	+101,9%	0,0		-0,0	kA.
45.02 Bundesvermögensverwaltung	798,6	783,0	-15,6	-2,0%	71,2	250,9	+179,6	+252,1%
45.02.01 Kapitalbeteiligungen	152,9	7,1	-145,8	-95,4%	5,9	8,9	+3,1	+52,3%
45.02.02 Bundesdarlehen	0,0		-0,0	kA.	33,8	189,7	+156,0	+462,0%
45.02.03 Unbewegliches Bundesvermögen	1,4	2,2	+0,8	+54,8%	22,0	45,0	+23,0	+104,2%
45.02.04 Besondere Zahlungsverpflichtungen	644,3	773,8	+129,5	+20,1%	9,6	7,2	-2,4	-24,8%
46 Finanzmarktstabilität	0,3	0,0	-0,3	kA.	0,0	4,9	+4,9	kA.
46.01 Finanzmarktstabilität	0,3	0,0	-0,3	kA.	0,0	4,9	+4,9	kA.
46.01.01 Partizipations-Kapitalbeteiligungen	0,3		-0,3	kA.	0,0	4,9	+4,9	kA.
46.01.02 Haftungen (fix)	0,0	0,0	+0,0	kA.	0,0		-0,0	kA.
46.01.03 Haftungen (variabel)				kA.	0,0		-0,0	kA.
51 Kassenverwaltung	0,0	0,3	+0,3	kA.	4.094,1	3.634,4	-459,7	-11,2%
51.01 Kassenverwaltung	0,0	0,3	+0,3	kA.	4.094,1	3.634,4	-459,7	-11,2%
51.01.01 Geldverkehr des Bundes	0,0		-0,0	kA.	214,9	244,3	+29,4	+13,7%
51.01.04 Transfer von der EU		0,3	+0,3	kA.	3.879,2	3.390,1	-489,0	-12,6%
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	8.384,0	6.823,5	-1.560,6	-18,6%				kA.
58.01 Finanzierungen und Währungstauschverträge	8.384,0	6.823,5	-1.560,6	-18,6%				kA.
58.01.01 Finanzierungen, Währungstauschverträge, Wertpapiergeb	8.090,2	6.566,3	-1.523,8	-18,8%				kA.
58.01.02 Kurzfristige Verpflichtungen	293,9	257,1	-36,7	-12,5%				kA.

kA. = keine %-Angabe da die prozentuelle Veränderung keinen aussagekräftigen Wert liefert.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 und Abbildung 1: Saldenentwicklung vom BVA 2025 zum vorl. Erfolg 2025	7
Tabelle 2: Vorläufiger Erfolg 2025, Übersicht Finanzierungsrechnung.....	9
Tabelle 3: Auszahlungen iZm. Konjunktur (und Demografie)	10
Tabelle 4: UG 58: Finanzierungen, Währungstauschverträge	11
Tabelle 5: Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit.....	12
Tabelle 6: Finanzschulden des Bundes.....	13
Tabelle 7: Übersicht Auszahlungen für Bundespersonal und Landeslehrer	14
Tabelle 8: Übersicht Auszahlungen iZm. der Energiekrise und COVID-19.....	15
Tabelle 9: Auszahlungen iZm. der Energiekrise.....	16
Tabelle 10: Auszahlungen für die COVID-19-Krisenbewältigung	18
Tabelle 11: Auszahlungen gem. § 2 Abs. 9 COFAG-NoAG.....	20
Tabelle 12: Sonstige Auszahlungen	21
Tabelle 13: Grüne Transformation	22
Tabelle 14: Auszahlungen für Fördermittel 2025.....	23
Tabelle 15: Einzahlungen in konjunkturreagiblen Untergliederungen	25
Tabelle 16: Sonstige Einzahlungen	26
Tabelle 17: Abweichungen Konsolidierungsmaßnahmen 2025.....	27
Tabelle 18: Gesamtstaatliche Eckwerte 2025	31
Tabelle 19: Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	37
Tabelle 20: Ökonomischer Gliederung der Auszahlungen.....	42
Tabelle 21: Personalauszahlungen nach ökonomischer Gliederung	43
Tabelle 22: Auszahlungen für Personal und Vollbeschäftigtenäquivalente	44
Tabelle 23: Auszahlungen für betrieblichen Sachaufwand.....	45
Tabelle 24: Auszahlungen für Transfers	48
Tabelle 25: Ökonomische Gliederung der Einzahlungen	49
Tabelle 26: Vergleich mit dem Bundesfinanzrahmen 2025	53
Tabelle 27: Ermächtigungen im BFG 2025	54
Tabelle 28: Übersicht Ergebnishaushalt.....	55
Tabelle 29: Unterschiede zwischen Aufwendungen und Auszahlungen	56
Tabelle 30: Unterschiede zwischen Erträge und Einzahlungen	61
Tabelle 31: Abweichungen zum BVA 2025 je Untergliederung	65
Tabelle 32: Ab-Überweisungen der UG 16 Öffentliche Abgaben	87
Tabelle 33: Erträge und Einzahlungen in der UG 16 Öffentliche Abgaben	89
Tabelle 34: Aufwendungen in der UG 16 Öffentliche Abgaben.....	90

Tabelle 35: Nicht finanzierungswirksame Erträge in der UG 16 Öffentliche Abgaben	90
Tabelle 36: Veränderung des Rücklagenstandes je UG (nach Zuführung).....	140
Tabelle 37: Veränderung des Rücklagenstandes je Untergliederung im Überblick.....	155
Tabelle 38: Stand und Veränderungen der UG-Rücklagen (vor Zuführung in Mio. €)	157
Tabelle 39: Veränderung des Rücklagenstandes je Detailbudget.....	158
Tabelle 40: Gesamtüberblick über die Verfügungen der Forderungen nach Rechtstitel ..	166
Tabelle 41: Gesamtüberblick über die Verfügungen der Forderungen nach (in Mio. €) ..	167
Tabelle 42: Verfügungen über Forderungen der UG 06 Rechnungshof	168
Tabelle 43: Verfügungen über Forderungen der UG 10 Bundeskanzleramt	168
Tabelle 44: Verfügungen über Forderungen der UG 11 Inneres	169
Tabelle 45: Verfügungen über Forderungen der UG 12 Äußeres	170
Tabelle 46: Verfügungen über Forderungen der UG 13 Justiz.....	170
Tabelle 47: Verfügungen über Forderungen der UG 14 Militärische Angelegenheiten	171
Tabelle 48: Verfügungen über Forderungen der UG 17 Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport.....	171
Tabelle 49: Verfügungen über Forderungen der UG 18 Fremdenwesen	171
Tabelle 50: Verfügungen über Forderungen der UG 20 Arbeit.....	172
Tabelle 51: Verfügungen über Forderungen der UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	172
Tabelle 52: Verfügungen über Forderungen der UG 23 Pensionen – Beamtinnen und Beamte	173
Tabelle 53: Verfügungen über Forderungen der UG 25 Familie und Jugend	173
Tabelle 54: Verfügungen über Forderungen der UG 30 Bildung	174
Tabelle 55: Verfügungen über Forderungen der UG 32 Kunst und Kultur	174
Tabelle 56: Verfügungen über Forderungen der UG 40 Wirtschaft.....	174
Tabelle 57: Verfügungen über Forderungen der UG 42 Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	175
Tabelle 58: Verfügungen über Forderungen der UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft.....	176
Tabelle 59: Verfügungen über Forderungen der UG 45 Bundesvermögen	177

Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1 und Abbildung 1: Saldenentwicklung vom BVA 2025 zum vorl. Erfolg 2025	7
Abbildung 2: Entstehung des BIP – Bruttowertschöpfung nach Sektoren	34
Abbildung 3: Entwicklung der Inflationsrate samt Beiträge gemäß IHS-Preismonitor	35
Abbildung 4 und Abbildung 5: Entwicklung Arbeitsmarkt und Entwicklung Zinsen	36
Abbildung 6: Jahresinflationsraten nach COICOP	39
Abbildung 7: Entwicklung der 10-jährigen Bundesanleihe	41

Abkürzungen

ARP	Aufbau- und Resilienzplan
AusfFG	Ausfuhrförderungsgesetz
ALV	Arbeitslosenversicherung
aws	Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH
BFG	Bundesfinanzgesetz
BFRG	Bundesfinanzrahmengesetz
BHAG	Buchhaltungsagentur des Bundes
BHG	Bundeshaushaltsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMG	Bundesministeriengesetz
BRA	Bundesrechnungsabschluss
BVA	Bundesvoranschlag
COFAG	COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH
EK	Europäische Kommission
EZB	Europäische Zentralbank
FAG	Finanzausgleich
FFG	Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds
IPCEI	Important Projects of Common European Interest
KAKuG	Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
OeKB	Oesterreichische Kontrollbank AG
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ÖHT	Österreichische Hotel- und Tourismusbank GmbH
RRF	Recovery and resilience facility (Aufbau- und Resilienzfazilität)
SV	Sozialversicherung
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WKO	Wirtschaftskammer Österreich

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Finanzen, Johannesgasse 5, 1010 Wien

Autorinnen und Autoren: BMF

Gesamtumsetzung: Sektion II, BMF

Wien, 2026. Stand: 31.3.2026

Copyright und Haftung:

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundesministeriums für Finanzen ausgeschlossen ist.

Bundesministerium für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

+43 1 514 33-0

bmf.gv.at

